

Stenographisches Protokoll

99. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 16. Dezember 1981

Tagesordnung

Grüner Plan 1982

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982

Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 9969)

Tatsächliche Berichtigungen

Dr. Keimel (S. 10078)

Heinzinger (S. 10094)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 9969)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-111): Grüner Plan 1982 (905 d. B.)

Berichtersteller: Stögner (S. 9969)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 d. B.)

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Spezialberichtersteller: Stögner (S. 9969)

Redner:

Dipl.-Ing. Riegler (S. 9971),
Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden
(S. 9979, S. 10004 und S. 10044),

Pfeifer (S. 9979),

Ing. Murer (S. 9987),

Deutschmann (S. 9996),

Peter (S. 9999),

Hietl (S. 10012),

Lafer (S. 10015),

Remplbauer (S. 10018),

Brandstätter (S. 10025),

Kriz (S. 10028),

Huber (S. 10032),

Hirscher (S. 10035),

Hagspiel (S. 10038),

Gurtner (S. 10042),

Josef Steiner (S. 10047) und

Keller (S. 10050)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Deutschmann und Genossen betreffend eine Agrar- und Wirtschaftspolitik für die Bauern (S. 9999) — Ablehnung (S. 10052)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Remplbauer und Genossen betreffend die

Fortführung der derzeit erfolgreichen Agrarpolitik (S. 10024) — Annahme E 71 (S. 10052)

Kenntnisnahme des Grünen Planes 1982 und Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 10052)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 (900 d. B.)

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik

Spezialberichtersteller: Modl (S. 10052)

Redner:

Dr. Keimel (S. 10054),

Kittl (S. 10061),

Probst (S. 10067),

Bundesminister Sekanina (S. 10073),

Dr. Keimel (S. 10078) (tatsächliche Berichtigung),

Lußmann (S. 10079),

Hesoun (S. 10083),

Dr. Jörg Haider (S. 10090),

Heinzinger (S. 10094) (tatsächliche Berichtigung),

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer (S. 10094),

Tull (S. 10096),

Weinberger (S. 10098) und

Vetter (S. 10100)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen betreffend Vorlage eines Finanzierungskonzeptes für die Wohnbauförderung (S. 10061) — Ablehnung (S. 10103)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Kittl, Dr. Keimel, Probst und Genossen betreffend die Zusammenfassung der Rechnungsabschlußberichte des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds (S. 10066) — Annahme E 72 (S. 10103)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Vorlage eines Wohnbauprogramms (S. 10093) — Ablehnung (S. 10103)

Annahme der Beratungsgruppe XIII (S. 10102)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Braun, Steinbauer, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz 1974 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden (145/A)

9968

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Dr. Ermacora, Kraft, Elisabeth Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Heeresgebührengesetz geändert wird (Heeresgebührengesetz-Novelle 1982) (146/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Feurstein, Dr. Ludwig Steiner, Hagspiel und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Europäisches Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften (1627/J)

Wolf, Otilie Rochus und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Leitung der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und der Bundesgastgewerbeschule in Neusiedl am See (1628/J)

Otilie Rochus und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend geplante Änderungen an der HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe (1629/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend

die dienstrechtliche Ungleichbehandlung von präsenzdienstleistenden AHS-Lehrkräften (1630/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Gewährung von Freifahrten für Grundwehrdiener auf öffentlichen Verkehrsmitteln (1631/J)

Grabher-Meyer, Ing. Murer und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Bundes-Immissionschutzgesetz (1632/J)

Dr. Stix, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Verwendung von elektrischem Strom für Raumheizungssysteme (1633/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (1446/AB zu 1457/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Thalhammer.

Präsident Mag. Minkowitsch: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 97. Sitzung vom 14. Dezember 1981 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Gföllner.

Entschuldigt hat sich niemand.

Einlauf und Zuweisung

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 1446/AB eingelangt ist.

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung weise ich den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 144/A der Abgeordneten Czettel, Ing. Gassner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeiterkammergesetz geändert wird, zu.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident Mag. Minkowitsch: Vereinbarungsgemäß wird die Debatte über den auf der heutigen Tagesordnung stehenden Grünen Plan 1982 und die Beratungsgruppe VIII des Bundesvoranschlages zusammengefaßt werden.

Es wird daher zuerst der Berichterstatter seine zwei Berichte geben, sodann wird die Debatte über beide Gegenstände gemeinsam durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich wie immer in solchen Fällen getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-111 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1982) (905 der Beilagen)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815

der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 der Beilagen)

Beratungsgruppe VIII

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den beiden Verhandlungsgegenständen, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies:

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-111 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1982) (905 der Beilagen), und

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 der Beilagen) Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Stögner. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter und Spezialberichterstatter **Stögner**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Absatz 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1982) (III-111 der Beilagen).

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat am 6. Oktober 1981 gemäß § 9 Absatz 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976, den Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft (Grüner Plan 1982) vorgelegt. Der Bericht enthält neben den Auswirkungen des Grünen Planes 1980 die zusammengefaßten Ergebnisse aus dem Lagebericht 1980. Insbesondere enthält der Grüne Plan die finan-

9970

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Stögner

ziellen Erfordernisse für die in Aussicht genommenen Maßnahmen 1982.

Unter Berücksichtigung der Empfehlung für die Förderungsschwerpunkte der Kommission gemäß § 7 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes wird vorgeschlagen, Maßnahmen des Grünen Planes im Jahre 1982 im Sinne des § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes mit Bundesmitteln in der Höhe von 1 931,405 Millionen Schilling zu dotieren. Hierbei sind im Ansatz 1/603 1 073,605 Millionen Schilling und im Ansatz 1/602 für das Bergbauern-Sonderprogramm 857,8 Millionen Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1982 sind beim Ansatz 602 in der Stabilisierungsquote 35,5 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote 29,5 Millionen Schilling sowie beim Ansatz 603 in der Stabilisierungsquote jeweils 50 Millionen Schilling sowie in der Konjunkturbelebungsquote 21,5 Millionen Schilling vorgesehen.

In den Erläuterungen zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen wird ausgeführt, daß die Bundesregierung im Sinn der Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes und der Regierungserklärung 1979 einer leistungsfähigen und wirtschaftlich gesunden Landwirtschaft größte Bedeutung zumißt.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 20. November 1981 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Pfeifer und Dipl.-Vw. Josseck sowie der Ausschußobmann Deutschmann und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschluß, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen. Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1982) (III-111 der Beilagen), zur Kenntnis nehmen.

Ich erstatte weiters den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen. Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr

1982 in seiner Sitzung am 20. November 1981 in Verhandlung gezogen.

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft

Im Bundesvoranschlag 1982 sind für die Land- und Forstwirtschaft 5 478,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Dieser Ausgabenkredit gliedert sich wie folgt:

1 002,6 Millionen Schilling für den Personalaufwand,

1 218,8 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums (Titel 600), der nachgeordneten Dienststellen (Titel 605, 606 und 609), sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens (Titel 607),

22,7 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft (Titel 601),

857,8 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm (Titel 602),

1 073,6 Millionen Schilling für den Grünen Plan (Titel 603),

47,5 Millionen Schilling für den Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds (Titel 604),

1 255,0 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaues und der Lawinenerverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse (Titel 608).

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in dem Amtsbehef zum Bundesfinanzgesetz eingehend erläutert.

Kapitel 62: Preisausgleiche

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1982 sind für die Preisausgleiche 3 560,9 Millionen Schilling veranschlagt, denen 978,4 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen.

Die Ausgabenkredite verteilen sich wie folgt:

838,1 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich (Titel 620),

1 821,2 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich (Titel 621),

637,3 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten (Titel 622),

59,5 Millionen Schilling für den Zuckerpreisausgleich (Titel 623),

204,8 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich (Titel 625).

Die Verwendungszwecke der einzelnen

Stögner

Kredite sind im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

**Zu Kapitel 77 des Bundesvoranschlages 1982:
Österreichische Bundesforste**

Im Voranschlag 1982 des Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesforste sind die mit der Bewirtschaftung des 844 942 ha großen Bundesforstbesitzes (hievon 498 190 ha Wald) verbundenen Ausgaben und die dabei erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 1 950 000 Festmetern Holz (1 760 000 ohne Servituten), vorgesehen. Veranschlagten Betriebsausgaben von 1 917,7 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen von 1 974,5 Millionen Schilling gegenüber, sodaß mit einem Überschuß von 56,8 Millionen Schilling gerechnet werden kann. Hierbei wurde von der Erwartung ausgegangen, daß die Holzpreise im Jahre 1982 eine Erholung erfahren werden.

Bei Betrachtung des Voranschlages der Österreichischen Bundesforste ist noch zu beachten, daß die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung dieses Wirtschaftskörpers im Betrage von etwa 56 Millionen Schilling zu tragen haben und im Rahmen der Einführungsrechte zu Abgaben im Werte von rund 140 Millionen Schilling verpflichtet sind.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters Stögner anschloß, ergriffen die Abgeordneten Deutschmann, Pfeifer, Dipl.-Vw. Josseck, Helga Wieser, Remplbauer, Dipl.-Ing. Riegler, Peck, Franz Brunner, Hirscher, Keller, Hietl, Ing. Hasler, Ingrid Tichy-Schreder, Weinberger, Fachleutner, Gärtner und Lafer das Wort.

Die aufgeworfenen Fragen wurden durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden sowie durch den Staatssekretär Schober beantwortet.

Bei der Abstimmung am 27. November 1981 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VIII gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft,
dem Kapitel 62: Preisausgleiche, und
dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste,

samt den zu den Kapiteln 60 und 77 dazugehö-

renden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

9.11

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspolitik ist in Österreich allgemein von Sorgen und von Problemen beherrscht.

Wir sehen das aus einer jüngst vorgenommenen Einschätzung der Verantwortlichen in der Wirtschaft im Hinblick auf die künftige Entwicklung. Wir sehen das sehr deutlich aus den neuesten Analysen des Instituts für Wirtschaftsforschung. Und es ist wohl auch erkennbar an der Tatsache, daß gestern hier im Nationalrat Maßnahmen zur Bewältigung wirtschaftlicher Probleme im Bereich der verstaatlichten Stahlindustrie und der gesamten Wirtschaft beschlossen werden mußten.

Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß in der Öffentlichkeit viel zuwenig anerkannt wird, welche gewaltige Bedeutung dem Wirtschaftssektor Land- und Forstwirtschaft für das Gesamtgeschehen in unserer Volkswirtschaft zukommt.

Wenn man nur einige Merkmale aufzeigt: eine gesamte Produktionsleistung von etwa 65 Milliarden Schilling, Aufträge an Handel, Gewerbe und Industrie in einem Ausmaß von etwa 40 Milliarden Schilling — das ist ein sehr, sehr hoher Betrag auch im Verhältnis zu den Investitionsausgaben, die im Rahmen des Staatshaushaltes erfolgen —, und trotz der rasanten Abnahme der Haupteinwerbssbeschäftigten noch immer etwa 300 000 hauptberuflich Tätige. Wenn man die Nebenerwerbsbauern dazurechnet, sind es weit mehr als 700 000 Menschen, die in diesem Wirtschaftssektor voll oder zumindest teilweise ihr Einkommen erwirtschaften.

Ich glaube, daß diese Tatsachen in der Öffentlichkeit viel zu oft übersehen werden und daß sie gerade angesichts der uns gemeinsam bewegenden Probleme aufgezeigt sein sollten. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Der heutigen

Dipl.-Ing. Riegler

Debatte wohnte auch eine Reihe von Bauern aus verschiedenen österreichischen Regionen bei. Wenn Sie die Gelegenheit wahrnehmen würden, mit diesen Bauern über die konkreten Probleme und Sorgen zu reden, dann würden Sie feststellen können, daß es nicht nur — wie Sie es immer hinstellen — Behauptungen der Oppositionsparteien sind, daß es in der Landwirtschaft Schwierigkeiten gibt, sondern wir erkennen aus der Praxis heraus, daß es für viele Bauern immer schwieriger wird, ihre Kredite zurückzuzahlen, daß die Bauern immer stärker stöhnen unter den steigenden Belastungen mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen — nicht zuletzt eine Folge Ihrer Steuer — und unter der Abgabenpolitik der sozialistischen Regierung!

Ich glaube daher, daß sich eine Agrardebatte nicht vordergründig in Polemiken ergeben soll. Wir haben nichts davon, wenn wir Schwarzweißmalerei betreiben, und der Abgeordnete Pfeifer dann nachweist, wie furchtbar es vor 1970 war und welch glorreiches Zeitalter inzwischen angebrochen ist.

Ich glaube vielmehr, daß sich eine Debatte darum bemühen sollte — natürlich in kritischer Auseinandersetzung — zu überlegen, welche Maßnahmen notwendig sind, damit wir der jungen Bauerngeneration eine Chance geben für die Zukunft (*Beifall bei der ÖVP*), damit wir den Bauern in der Landwirtschaft eine Zuversicht vermitteln, in diesem Beruf zu bleiben, hier einzusteigen.

Es geht ja letztlich — das müssen wir immer wieder aufzeigen — nicht nur um ein Gruppeninteresse, sondern es geht auch darum — und die weltweite Entwicklung sollte uns das doch deutlich machen —, daß die Versorgungssicherheit gewährleistet ist, daß wir in der Energiesicherung die Chancen aus der Land- und Forstwirtschaft nützen, daß wir unser gepflegtes und gestaltetes Land auch über die jetzige Generation hinaus sicherstellen.

Meine Damen und Herren! In einer soeben erschienenen Publikation von Professor Hans Bach, dem bisherigen Leiter des Instituts für Agrarpolitik an der Universität Linz, ist in der Einleitung eine sehr bemerkenswerte Charakterisierung der Aufgabenstellung der Agrarpolitik enthalten. Er schreibt hier:

„Wenn der Bauer nicht mehr Bauer sein wollte, dann könnte keine Agrarpolitik ihn zwingen, es zu bleiben. Die Frage der bäuerlichen Landwirtschaft ist darum zunächst eine Angelegenheit der Bauern selbst, bestimmt durch ihren Willen zur Selbstbehauptung.“

Ich möchte das unterstreichen. Ich glaube,

daß wir in der Agrarpolitik eine gemeinsame Aufgabe haben, diesen Selbstbehauptungswillen, der in unserer Bauernschaft Gott sei Dank vorhanden ist, zu erhalten und auch weiterzugeben. Das ist ein menschliches Kapital, das wir da haben, das es zu wahren und zu hüten gilt.

Ich setze jetzt das Zitat fort:

„Aber auf die Dauer kann auch der Bauer nicht gegen den Strom schwimmen. Er wird geprägt von der Zeit und von der Gesellschaft, in der er lebt. Die Agrarpolitik stellt die Weichen der Agrarentwicklung.“

Es heißt hier weiter: „Die Landwirtschaft kann nur dann alle ihre Funktionen erfüllen, wenn sie ökologisch orientiert bleibt, und wenn die Agrarpolitik auch gesellschaftspolitisch ausgerichtet ist. Landbau ist eben nicht nur Produktionsgeschehen, sondern auch Naturgrundlagenerhaltung und Landschaftspflege. Agrarpolitik ist nicht nur Wirtschafts-, sondern immer auch Gesellschaftspolitik. Bäuerliche Landwirtschaft bedarf daher einer ganzheitlichen Agrarpolitik.“

Ich glaube, daß man das angesichts einer Debatte über das Kapitel Land- und Forstwirtschaft nicht eindringlich genug unterstreichen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Österreichische Volkspartei sieht daher angesichts der Tatsachen, angesichts der wirtschaftlichen Probleme, angesichts der Entwicklung folgende notwendige agrarpolitische Schwerpunkte, die es anzugehen gilt. Wir haben diese Schwerpunkte in unseren Anträgen der Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung, in verschiedenen Initiativanträgen im Nationalrat, in verschiedenen Vorschlägen bei konkreten Verhandlungen immer wieder versucht einzubringen und in die praktische Agrarpolitik umzusetzen.

Sie aber haben uns leider allzu oft ein Nein entgegengesetzt, meistens ohne Debatte, meistens ohne auf das, was uns hier bewegt, einzugehen, sondern einfach mit Ihrer Mehrheit das weggeschoben. Ich glaube, daß das kein guter Weg ist — jetzt nicht im Sinn der Volkspartei gesehen, sondern im Sinn der Bauern und unserer gemeinsamen Zukunft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Schwerpunkte müssen lauten:

Erstens mehr Sicherheit für den Arbeitsplatz Bauernhof. Meine Damen und Herren! Ich möchte hier zwei ganz aktuelle, besorgniserregende Fakten aufzeigen.

Ich sage dazu ganz offen: Ich bedaure sehr — es ist ja schon fast Tradition —, daß bei der

Dipl.-Ing. Riegler

Debatte über das Kapitel Land- und Forstwirtschaft nur wenige Beobachter der sozialistischen Fraktion im Hause sind. Ich bedaure es sehr, daß sich beispielsweise die Betriebsräte, die Gewerkschaftsfunktionäre, die Arbeiterkammerfunktionäre, die unser wirtschaftliches Geschehen sehr maßgeblich auch für die Bauern mitgestalten, nicht die Zeit nehmen, eine Debatte über die Situation der Land- und Forstwirtschaft mitzuverfolgen. Ich würde sehr gerne mit ihnen diskutieren, und ich bedaure das daher.

Aber, meine Damen und Herren, das Statistische Zentralamt hat eine erste Auswertung der Ergebnisse der Betriebszählung 1980 vorgelegt, und es wird daraus ein radikaler und besorgniserregender Rückgang der Vollerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft sichtbar. Nach diesen vorläufigen Auswertungen, meine Damen und Herren, sind im Jahr 1980 von den etwas mehr als 300 000 landwirtschaftlichen Betrieben nur mehr 38 Prozent in der Lage, allein aus der Land- und Forstwirtschaft zu leben. Das heißt, nur mehr 38 Prozent sind Vollerwerbsbetriebe in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft.

In absoluten Zahlen heißt das, daß die Zahl jener Bauernfamilien, die von ihrem Hof leben konnten, von 256 000 im Jahr 1951 auf 115 000 im Jahr 1980 zurückgegangen ist. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt hat um etwa 100 000 abgenommen und die Zahl der Vollerwerbsbetriebe um noch Wesentliches mehr.

Meine Damen und Herren! Wir verschließen uns nicht der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade die österreichischen Bauern haben die größte Mobilität in der Gesamtentwicklung in der Nachkriegszeit bewiesen und auch auf sich genommen, eine Mobilität, die beispielhaft sein könnte für manche andere Wirtschaftszweige. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir unterstreichen, daß es diese Notwendigkeit auf Grund unserer Betriebsstruktur gibt, daß es Einkommenskombinationen geben muß, daß der Nebenerwerbsbetrieb eine Dauerform unserer Landwirtschaft sein soll.

Aber wir sollten nicht übersehen, daß diese radikale Abnahme der Vollerwerbsbetriebe ein Signal ist, daß etwas in der Landwirtschaft nicht stimmen kann.

Sie haben bei verschiedenen Diskussionen immer wieder darauf hingewiesen, nach Umfragen, die Sie vorgenommen haben, wären 71 Prozent der Bauern mit ihrer Situation zufrieden. Es liegt zunächst einmal an der Fragestellung. Die Fragestellung Ihrer

Umfrage hat gelautet, ob man die eigene Lage als zufriedenstellend oder auskömmlich einschätzt. Doch bei der bescheidenen Einstellung der Bauern halten relativ viele ihre Lage noch für auskömmlich, meine Damen und Herren. Dann zu sagen, drei Viertel etwa sind ohnehin zufrieden, ist schon manipulativ.

Aber wenn man die Gruppe der Vollerwerbsbetriebe herausnimmt, sind es nur mehr 65 Prozent der Familien, die auf die Frage, ob ihre Situation zufriedenstellend oder auskömmlich sei, mit ja geantwortet haben. Das heißt, ein Drittel der Vollerwerbsbauern hat gesagt, die Situation ist nicht einmal auskömmlich; und das ist das Problem, warum wir diese radikale Verringerung in der Zahl unserer Vollerwerbsbetriebe haben.

Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß die außerlandwirtschaftliche Arbeitsplatzsituation immer schwieriger wird. Nach den ersten Schätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung wird die Abnahme aus der Landwirtschaft im Jahr 1981 relativ gering ausfallen. Das wäre an sich etwas Begrüßenswertes aus unserer Sicht. Aber die verringerte Abnahme wird nicht deshalb eintreten, weil es in der Landwirtschaft besser geworden ist, sondern deshalb, weil es viel schwieriger geworden ist, außerhalb der Landwirtschaft einen Arbeitsplatz zu finden. Und das ist die zweite Sorge, die uns bewegt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht daher darum, zu versuchen, mehr Arbeitsplätze gerade in den ländlichen Regionen zu schaffen, als Voraussetzung dafür, daß gerade die Nebenerwerbsbauern und jene, die gezwungen sind, sich in diese Richtung umzustellen, überhaupt eine Chance finden können.

Vor allem aber, und das sollte eigentlich übereinstimmend gelingen, gerade auch mit den Gewerkschaftsvertretern, sollte es Ziel der Agrarpolitik sein, zu versuchen, mehr Menschen als bisher in der Landwirtschaft eine effektive Chance zu geben, im Interesse der Situation der Bauern und im Interesse der Situation auf dem Arbeitsmarkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die entscheidende Voraussetzung dafür sind kostendeckende Preise für die Produkte der Bauern und vor allem eine Sicherheit für den Absatz der Produkte. Es ist ja unzumutbar, wenn Bauern in eine Produktion einsteigen, zur Beweglichkeit bereit sind, etwa in Spezialkulturen, daß sie nach ein oder zwei Jahren feststellen müssen, daß sie das, was sie produzieren, gar nicht verkaufen können. Gar nicht zu reden von den Preisen, die sie

9974

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Dipl.-Ing. Riegler

erzielen. Das schafft Unsicherheit und vergällt vielen Bauern die Bereitschaft, etwas zu tun, damit sie in der Landwirtschaft ihre Existenz erhalten können. Das heißt, wenn man die Zielsetzung der Arbeitsplatzsicherung am Bauernhof ernst nimmt, dann muß man eine Wirtschaftspolitik betreiben, die die Preisabdeckung und die Absatzsicherheit in den Vordergrund stellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Schwerpunkt — dieser ergibt sich logisch aus dem zuerst Gesagten —: Es geht darum, neue Produktionsmöglichkeiten für unsere landwirtschaftlichen Betriebe zu schaffen. In die Vereinbarung zwischen Parteiboss Mock und Bundeskanzler Kreisky sind auch Zielformulierungen aufgenommen worden: Schaffung neuer Agrarprodukte, Verbesserung von Absatzmöglichkeiten. Es wird nun sehr darauf ankommen, meine Damen und Herren, in den Detailverhandlungen das, was erfreulicherweise übereinstimmend hier als Ziel formuliert werden konnte, auch in die Tat umzusetzen, in gesetzliche Vorkehrungen, in budgetpolitische Maßnahmen, in außenhandelspolitische Initiativen. Das ist es, was wir brauchen.

Wir haben nichts davon, Herr Minister, wenn Sie uns erklären, mit allen möglichen Ausreden, warum das eine und andere nicht geht. Reden und Theoretisieren ist zu wenig. Sie regieren, Sie haben die Aufgabe zu handeln. Sie haben die Aufgabe, etwas zu tun. Wir haben halt leider den Eindruck, Herr Minister, daß Sie zwar dort stark sind, wo es um parteipolitische Personalentscheidungen geht, daß Sie stark sind, wo es darum geht, millimeterweise Machtpositionen auszubauen — in allen Bereichen —, daß Sie aber sachpolitisch innerhalb Ihrer Partei und innerhalb der Bundesregierung ein schwacher Minister sind *(Beifall bei der ÖVP)*, daß Sie sich danach richten, wo gerade der Wind weht. Das ist immer wieder erkennbar am Zickzackkurs Ihrer Aussagen, sei es in der Energiepolitik, sei es im Ölsaatenanbau, sei es bei anderen Problemen.

Das heißt, was wir konkret wollen, ist der stufenweise Aufbau des Ölsaatenanbaues. Wir haben derzeit einen ganz kleinen Ansatz im Budget, und es geht nun darum, schrittweise die Voraussetzungen für diese Alternativproduktion aufzubauen. Wir haben hier wiederholt konkrete Vorschläge gemacht. Wir sind auch bereit, Mitverantwortung für die Maßnahmen zu tragen, die notwendig sind. Die Rückzieher sind bisher immer von Ihrer Seite gekommen.

Wir brauchen zweitens ein energiepolitisches Konzept, in dem der Bereich des Bio-

sprits eine Komponente darstellt, und zwar eine zukunftsweisende, eine dynamische. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So wie es gestern am Abend in der Debatte zur Gewerbeordnung unser Energiesprecher Dr. König aufgezeigt hat. Das ist der Weg, der gegangen werden muß.

Wir sind bereit, uns zusammenzusetzen, konkret zu überlegen, welches die sinnvollste Maßnahme ist. Wir sind bereit, hier Verantwortung mitzutragen. Aber entscheidend ist, daß von Ihrer Seite etwas geschieht. Entscheidend ist, daß seitens der Regierung und der sozialistischen Mehrheit die Bereitschaft besteht, etwas zu tun. Wir haben doch nichts von einem Schwarzer-Peter-Spiel, nichts davon, daß der Handelsminister erklärt, die Unternehmer sollen investieren. Was sollen sie denn investieren, wenn keine Grundlagen und Voraussetzungen bestehen? Das ist doch keine Wirtschaftspolitik, sondern das ist Augenauswischerei, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube, daß man dies einfach aufzeigen muß.

Ein erster Schritt der Bleireduzierung bei Normalbezin mit Hilfe des Beisatzes von Biosprit würde unseren Schätzungen nach etwa 17 Groschen Belastung je Liter Benzin ausmachen. Der Finanzminister hat im Jahr 1981 durch die Preissteigerungen bei Benzin allein mit der Mehrwertsteuer um 18 Groschen je Liter mehr kassiert. Gar nicht zu reden von der Mineralölsteuer, gar nicht zu reden von der Preissteigerung, die an sich aus der internationalen Entwicklung da ist. Zu sagen, diese Maßnahmen seien nicht zumutbar, weil eine Belastung damit verbunden ist, und auf der einen Seite still und leise allein zusätzlich bei der Mehrwertsteuer mehr zu kassieren, das ist eine Vorgangsweise, die nicht korrekt und nicht redlich ist, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir brauchen als drittes in den Produktionsalternativen Möglichkeiten für die Erzeugung und Verarbeitung von Spezialkulturen. Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Hier müßten wir doch übereinstimmen können, denn das sind doch Maßnahmen zur Existenzsicherung unserer kleinsten Betriebe.

Seit vielen Jahren verfolgen wir die Maßnahmen, in diese Richtung etwas zu tun. Ich habe nachgelesen: Landwirtschaftsminister Hartmann hat bereits 1958 bei den Verhandlungen über die damaligen Landwirtschaftsgesetze erklärt, daß es notwendig wäre, auch im Bereich der Gemüse-, der Obst- und der Weinproduktion bessere Vorkehrungen zu

Dipl.-Ing. Riegler

treffen. Wieviel hätten wir uns in der Entwicklung erspart, wie viele Existenzen unserer Kleinbauern hätten erhalten werden können, wenn man bereit gewesen wäre, in diese Richtung etwas zu tun! *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir wissen ja, daß es hier immer der Widerstand aus gewissen Bereichen der Sozialistischen Partei gewesen ist, der eine Beschlußfassung, eine notwendigerweise, weil Zweidrittelmehrheit, gemeinsame Beschlußfassung unmöglich gemacht hat.

Ich nehme gewisse Pamphlets der sozialistischen Bauernorganisation nicht ernst. Aber wenn hier immer wieder der Vorwurf gemacht wird, der Bauernbund sei ja nur an einer Agrarpolitik für die Großbauern interessiert, dann muß ich Ihnen schon in Erinnerung rufen: Wer hat sich denn eingesetzt, daß wir die Bestandsbegrenzungen in der tierischen Veredelungsproduktion bekommen haben? Wer hat sich eingesetzt, daß wir mit einem Obst- und Gemüsegesetz Vorkehrungen für die Existenz unserer Kleinbauern haben, und wer hat den sozialpolitischen Fortschritt für unsere Bauern gebracht, die Familienbeihilfe 1953, die Zuschußrentenversicherung 1957, die Bauernkrankenkasse 1965, die Bauernpensionsversicherung 1969?

Sie rühmen sich jetzt, daß in den siebziger Jahren die Ausgaben für die Sozialpolitik stark gestiegen sind. Das stimmt, sie sind sehr stark gestiegen. Sie sind aber auf Grund der Gesetze, vor allem des Bauernpensionsgesetzes aus dem Jahr 1969, gestiegen, das damals von der ÖVP-Alleinregierung — und ich sage heute: im letzten Moment — durchgesetzt und beschlossen werden konnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Gerade angesichts der vielen jungen Bauern, die hier der Debatte beiwohnen, muß ich Ihnen sagen: Eine Agrarpolitik, wie sie von Ihnen immer erkennbar ist, ist nicht zielführend, nämlich mit der Zwangsjacke der Produktionsbegrenzungen in möglichst vielen Bereichen — in der Milchwirtschaft, in verschiedenen anderen Bereichen —, mit der Zielsetzung — und die ist in Ihrem neuen sozialistischen Wirtschaftsprogramm nachzulesen, es heißt da so schön —: „Ausbau der Mitverantwortung der Erzeuger im Rahmen eines exportorientierten Finanzierungssystems zur Verwertung der Überschüsse unter Beachtung des Verursacherprinzips“. Das klingt sehr schön: „Ausbau der Mitverantwortung“. In normales Deutsch übersetzt heißt das, die Bauern sollen mehr zahlen, sie sollen weitgehend die Exportfinanzierung selbst übernehmen. Das ist keine Politik im Interesse der Zukunft unserer Bauern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht uns daher darum, den Produktivitätsfortschritt in unserer Landwirtschaft sinnvoll zu nützen. Wir wissen, daß die Absatzmöglichkeiten auf den internationalen Märkten schwieriger werden. Wir erinnern uns daran, was wir erlebt haben in der Entwicklung der Getreideexporte. Der Rahmenvertrag mit Polen ist heute nicht mehr realisierbar. Gerade daher, Herr Minister, sollten wir uns doch gemeinsam bemühen, dort, wo wir auf den Inlandsmärkten große Produktionsventile haben — Ölsaatenproduktion, Energieproduktion, Spezialkulturen —, eine sinnvolle Umlenkung unserer Produktions- und Absatzmöglichkeiten in diese Richtung herbeizuführen.

Meine Damen und Herren! Dritter Schwerpunkt ist die Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes in erreichbarer Entfernung für unsere Nebenerwerbsbauern. Wir haben es gerade im abgelaufenen Halbjahr erlebt, was es — Konkurs Eumig, Konkurs Klimatechnik — für die konkrete Situation unserer Nebenerwerbsbauern bedeutet, wenn sie den Arbeitsplatz verlieren, wenn sie gar nicht in der Lage sind, einen Arbeitsplatz anzunehmen, der sehr weit von ihrem Betrieb entfernt ist.

Daher: Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den ländlichen Regionen. Hier muß der Schwerpunkt auf unseren gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben liegen. Sie sind die Chance, das Arbeitsplatzangebot dorthin zu bringen, wo wir es für unsere Nebenerwerbsbauern am dringendsten brauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen die Bedeutung der Schwerindustrie nicht verkennen, auch für viele Nebenerwerbsbauern — etwa der obersteirischen Region, des Mühlviertels —, aber für die Gesamtheit des Angebots an Arbeitsplätzen ist der Vorrang der Klein- und Mittelbetriebe ganz unverkennbar.

Vierter Schwerpunkt: Verbesserung der Struktursituation in den ländlichen Regionen, vor allem in den Berggebieten und Grenzregionen. Wir haben am 17. September im Nationalrat von der Österreichischen Volkspartei den Antrag gestellt: 500 Millionen für ein Sofortprogramm im ländlichen Raum zur Strukturverbesserung. Wir wären heute froh, wenn Sie bereit gewesen wären — und ich glaube, die gesamte Wirtschaft —, auf diesen Vorschlag einzugehen und damit einen Impuls in der Verkehrserschließung, im Telefonausbau, für Maßnahmen der baulichen Verbesserungen zu setzen, nicht nur im Interesse der Menschen, die dort leben, sondern auch im Interesse der Bauwirtschaft, die sich ohnehin

9976

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Dipl.-Ing. Riegler

in einer äußerst kritischen Entwicklung befindet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fünfter Schwerpunkt: Investitionsförderung in der Land- und Forstwirtschaft. Das ist, meine Damen und Herren, ein sehr, sehr heikel gewordener Bereich.

Ich muß sagen, Herr Bundesminister, daß es für mich unverständlich ist, daß Sie der Entwicklung im Jahr 1981 mit einer enorm steigenden Entwicklung des Zinsniveaus einfach zugesehen haben. Der Kreditapparat ist mit einem steigenden Zinsniveau konfrontiert, und es ist ihm auch gar nichts anderes übriggeblieben, als sich mit Ihnen in Verbindung zu setzen und zu fragen, wie es gelingt, die Agrarinvestitionskredite überhaupt noch auszufinanzieren. Es ist mir wirklich unverständlich, daß Sie überhaupt nichts unternommen haben, um budgetmäßig eine zusätzliche Vorkehrung zu treffen, weder im Jahr 1981 angesichts der alarmierenden Entwicklung noch für das Jahr 1982.

Herr Minister! Wenn Sie versucht haben, etwa dem Raiffeisenkreditsektor den Schwarzen Peter zuzuspielen, und gefragt haben, warum denn diese Organisation der Bauern nichts tue, muß ich antworten: Die Raiffeisenkreditorganisation hat allein im Jahr 1981 hohe Beträge geopfert, damit die weitere Flüssigstellung der AI-Kredite überhaupt möglich war. Ich kann die Zahlen nicht nachkontrollieren, aber der Raiffeisensektor hat erklärt, daß allein dieser Kreditsektor etwa 100 Millionen Schilling an Verlusten auf sich genommen hat.

Herr Bundesminister! Sie haben gar nichts zusätzlich getan. Das verstehe ich nicht, denn die Aufgabe der Förderung haben doch wohl zuallererst Sie als Bundesminister und nicht die Kreditinstitutionen. Wir sind sicher daran interessiert, daß wir uns gemeinsam bemühen, daß man alles tut, die besten Voraussetzungen auch vom Kreditapparat zu schaffen. Aber den Schwarzen Peter einfach dorthin abzuschieben, das geht wirklich nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wie dramatisch die Entwicklung ist, sieht man aus der Darstellung, daß 1980/81 der Zinssatz für die Bauern einfach sprunghaft nach oben gegangen ist und es ja immer schwieriger wird, wenn der AI-Kredit bereits an die 9 Prozent effektive Verzinsung kostet, in der Landwirtschaft damit Investitionen vorzunehmen. Sie wissen genau, daß diese AI-Kredite, wenn 2 ½ Milliarden Kreditvolumen ausgegeben werden, Investitionen in der Höhe von 5, 6, 7 Milliarden in unserer Wirtschaft bewirken, und es wäre

daher schon wirtschaftspolitisch notwendig, daß Vorkehrungen für das Funktionieren dieses wichtigsten Förderungsinstrumentes von Ihrer Seite getroffen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie haben es der ÖVP überlassen, in dieser heiklen Frage etwas zu tun. Unser Parteiobermann Dr. Mock, Präsident Sallinger, Präsident Graf und Dr. Taus haben sich als Verhandler mit den Vertretern der Sozialistischen Partei bemüht, zusätzliche Mittel für die Finanzierung der agrarischen Investitionskredite flüssigzumachen.

Herr Abgeordneter Pfeifer! Sie haben begrüßt, daß es in diese Richtung zu einer Verbesserung gekommen ist. Wir begrüßen das gemeinsam.

Aber ich sage noch einmal: Völlig unverständlich ist mir, daß sich der Minister zurücklehnt, die Hände verschränkt und die Entwicklung abwartet und von sich aus nichts tut! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte auch zum Verhandlungspunkt in dem Wirtschaftspaket klarstellen: Uns geht es nicht nur darum, daß die Neukredite ab 1982 um 2 Prozent besser gestützt werden, sondern uns geht es auch darum, daß die sehr teuer gewordenen Kredite 1981 zusätzlich abgestützt werden, und uns geht es auch darum, daß eine Verteuerung der Altkredite durch Bereitstellung zusätzlicher Budgetmittel abgefangen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher sind unsere Verhandler immer davon ausgegangen — das war auch unbestritten —, daß es nicht um etwa 50 Millionen Schilling, wie der Finanzminister erklärt hat, sondern um etwa 240 Millionen Schilling gehen wird, wenn wir das gesamte Kreditvolumen mit einer besseren Stützung entsprechend absichern wollen.

Nun noch einige Worte zur konkreten Budgetsituation: Ihre Regierung steht heute vor dem Dilemma, das Erbe Androschs verwalten zu müssen. Eine Analyse des Instituts für Wirtschaftsforschung nennt folgende Schlagzeilen zur Entwicklung: weniger für Investitionen, geringere Nachfrageimpulse, aber wesentlich höhere Ausgaben für die Finanzierung der Staatsschuld. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Wir wissen ja, die stärkste Steigerung, nämlich 20 Prozent, war bei den Aufwendungen für den Schuldendienst. Was die Situation der Landwirtschaft betrifft, so ersehen wir aus dieser Darstellung, wie sich die Dinge verhalten *(der Redner zeigt eine Graphik vor)*: Stei-

Dipl.-Ing. Riegler

gerung der gesamten Budgetausgaben, Steigerung der landwirtschaftlichen Förderung, Steigerung der Preisausgleichsmaßnahmen, Steigerung der Finanzschulden und Steigerung des Schuldendienstes.

Meine Damen und Herren! Das ist die Situation: Plus 600 Prozent Ausgabensteigerung zwischen 1970 und 1982 für den Schuldendienst, plus 260 Prozent Steigerung der Gesamtausgaben und nur 112 Prozent für die landwirtschaftliche Förderung und gar nur 30 Prozent für die Preisausgleiche. Nun gebe ich schon zu, daß es Verschiebungen innerhalb eines Budgets gibt. Aber es wird erkennbar, daß diese Verschiebungen eindeutig zu Lasten der Landwirtschaft gehen und eindeutig vom Schuldendienst verursacht werden.

Sich auf den Ausbau des Bundesheeres auszureden, Herr Minister, wie Sie das im Ausschuß getan haben, ist nicht ernst zu nehmen. Das Bundesheer ist nicht 1970 aufgebaut worden, sondern 1955. Damals war man bereit und auch in der Lage, für die Bauern etwas zu tun. Sie begründen heute den Rückgang der Ausgaben damit, daß das Bundesheer aufgebaut werden müßte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich muß auch folgendes klarstellen, weil das wahrscheinlich auch heute wieder durch die Medien geht: Es sind nicht 9,5 Milliarden Schilling, die für die Land- und Forstwirtschaft ausgegeben werden, sondern in diesen 9,5 Milliarden Schilling stecken 1,9 Milliarden Schilling Budgetrahmen der Österreichischen Bundesforste. Das ist ein Durchlauferposten im Budget, wo sogar um 60 Millionen Schilling mehr Einnahmen vorgesehen sind. Das kann man doch nicht der Land- und Forstwirtschaft als Ausgabe anrechnen. Es stecken 1,2 Milliarden Schilling für den Schutzwasserbau drinnen; das sind wichtige Maßnahmen, aber nicht etwas, was man ausschließlich den Bauern zuliebe tut. Ferner stecken 2,2 Milliarden Schilling Sach- und Personalaufwand des Ministeriums und der nachgeordneten Stellen drinnen.

Ich stimme mit Ihnen überein, wenn Sie sagen: Die Arbeit der Beamten dient indirekt auch den Bauern. Aber man muß doch klarstellen, daß das nicht in erster Linie Ausgaben für die Bauern sind, sondern Ausgaben für die Zentralverwaltung. Auch bei den 3,5 Milliarden Schilling für die Preisausgleiche haben Sie auf der anderen Seite 1,5 Milliarden Schilling oder sogar mehr an Einnahmen aus den Beiträgen der Bauern, aus den Importabschöpfungen, aus den Konsumentenbeiträgen, sodaß effektiv im Förderungsbudget und bei den Preisausgleichen zirka 4 Mil-

liarden Schilling wirkliche Steuermittel aufgewendet werden müssen.

Ich glaube, daß man das festhalten soll, weil die Öffentlichkeit korrekt informiert werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Bauern haben es nicht notwendig, daß man ihnen Milliardenbeträge vorhält, die sie in Wirklichkeit gar nicht bekommen.

Zu der Steigerung der Ausgaben um 500 Millionen Schilling ist folgendes zu sagen: Herr Bundesminister! Sie haben im Budgetausschuß zwar die Budgetbindungen im Bereich des Förderungskapitels genannt, Sie haben aber nicht auf die Bindungen im Bereich der Preisausgleiche hingewiesen. Nach vorsichtigen Schätzungen der Entwicklung müssen wir annehmen, daß ein beachtlicher Teil der Budgetsteigerung im Jahr 1981 durch die Budgetbindungen zunächst einmal eingespart wurde.

Ich glaube, daß man das auch im Hinblick auf die Budgetklarheit feststellen soll, wie wir überhaupt wieder darauf hinweisen müssen, daß die Taktik Ihrer Regierung darauf hinausläuft, die Dinge möglichst zu verschleiern und nicht klar erkennbar werden zu lassen, wo im Budget die einzelnen Positionen und Aufgabenbereiche vorgesehen sind, siehe zum Beispiel die Grenzlandförderung, siehe die Umschichtung weg von der Verkehrserschließung.

Ein besonders negatives Zeichen, meine Damen und Herren, ist aber die steigende Steuerlast als Merkmal der sozialistischen Politik. Wir haben bei der Verabschiedung des Abgabenänderungsgesetzes wirklich mit Schrecken feststellen müssen, daß der Finanzminister gar nicht mehr in der Lage war, zu erklären, die 8 Prozent Mehrwertsteuersatz seien aufkommensneutral. Er hat selbst zugeben müssen, daß das nicht mehr stimmt. Aber kaltschnäuzig ist eine Anpassung dieses Mehrwertsteuersatzes einfach vom Tisch gewischt worden. Was heißt das? — Der Finanzminister kassiert von den Bauern Steuern, die ihm auf Grund des Mehrwertsteuergesetzes gar nicht zustehen. Das ist ein unhaltbarer Zustand, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir werden daher nicht locker lassen, dieses Unrecht aufzuzeigen, und wir werden Sie so lange in dieser Frage in der Öffentlichkeit stellen, bis sich Ihre Regierung dazu bequemt, das in Ordnung zu bringen, was sie auf Grund des Umsatzsteuergesetzes längst von sich aus hätte tun müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was wir wollen, meine Damen und Herren, ist, daß die Mittel der Steuerzahler sparsam

Dipl.-Ing. Riegler

verwendet werden, und zwar nicht auf Kosten der Bevölkerung. Sie sollen dort sparsam verwendet werden, wo eine unnötige Verschwendung vorliegt. Dafür gibt es auch in Ihrem Ressort, Herr Bundesminister, eine Reihe von Beispielen: Die Verschwendung von Steuergeldern für unnötige Parteipropaganda, siehe die Millionen für die „Agrarwelt“, siehe die Beiträge aus den Steuergeldern für den Verein für Agrarinformation, siehe die verschiedenen, gar nicht ganz durchschaubaren Entwicklungen, die beim Soja-Ring festzustellen waren. Der Verein hat sich inzwischen anscheinend wieder aufgelöst. Dann entsteht wieder irgend etwas, und man weiß gar nicht, wer dahintersteckt. Aber überall wird erkennbar, daß Steuergelder eingesetzt werden, um gewisse halb parteipolitische Einrichtungen und Organisationen zu unterstützen.

Hinzu kommt eine Aufblähung des Personalstandes, und zwar nicht weil die Aufgaben gestiegen sind — Sie haben ja im Laufe der vergangenen Jahre Kompetenzen abgeben müssen —, sondern weil in immer stärkerem Maße parteipolitische Stäbe eingeführt werden. Es ist ja auch ein Symptom, daß in einem Budgetansatz die Beträge für die Miet- und Pachtzinse um 4 Millionen Schilling höher veranschlagt sind. Man will ein Bürogebäude dazumieten. Das heißt, Sie haben im Ressort gar nicht mehr genug Platz für Ihren Personalstab, obwohl Sie Kompetenzen abgegeben haben.

Ich sage noch einmal: Wir anerkennen die äußerst gute Arbeit der Fachbeamten in Ihrem Ressort und sind dafür, daß ausreichende Personalbesetzungen etwa in den Versuchsanstalten und in den verschiedenen Instituten vorhanden sind. Aber wir haben etwas dagegen, wenn Sie Doppelbesetzungen vornehmen. Weil Ihnen der Fachbeamte nicht paßt, setzen Sie einen parteipolitischen Aufpasser daneben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das heißt, ein wirkungsvollerer Einsatz der Steuermittel wäre möglich. Herr Minister! Nicht weil wir uns mit Ihnen auseinandersetzen wollen, nicht um des Auseinandersetzens willen, sondern im Interesse unserer Bauern müssen wir Ihre Ressortführung einer Kritik unterziehen.

Ich muß immer wieder feststellen, daß Sie ein Weltmeister im Mißtrauen gegen Ihre Beamtschaft und ein Weltmeister in der parteipolitischen Vorgangsweise sind. Wir sehen das immer wieder bei Ihren Entscheidungen in Personalbesetzungen. Es ist eine lange Liste, die sich bereits angesammelt hat. Sie wurde heuer wieder um einige Beispiele verlängert. Wieselburg haben wir hier disku-

tiert. Der Bewerber, der die eigenen Ausschreibungsvoraussetzungen nicht erfüllt, wird bestellt, fünf andere werden nicht berücksichtigt. Ein anderes Beispiel ist das Institut für Bienenkunde. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Natürlich sind das Budgetfragen. Wir bezahlen ja die Fehlentscheidungen aus dem Budget. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ein ausgezeichnete Fachmann wird nicht berücksichtigt, eine Dame wird bestellt, die Dienstfreistellungen braucht, damit sie an der Hochschule Vorlesungen über Bienenkunde besuchen kann. Das heißt: zuerst die Parteibesetzung und dann die Aneignung des notwendigen Fachwissens. Das müssen wir kritisieren, Herr Minister. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir zeigen das deshalb auf, weil durch diese parteipolitische Vorgangsweise die Steuerzahler und die Bauern benachteiligt werden, weil die Effizienz der Arbeit Ihres Ressorts darunter leidet und weil zum Teil Beamte auch das machen müssen, was gewisse Parteibesetzungen auf Grund fehlender Voraussetzung fachlich nicht in der Lage sind zu leisten. Herr Minister! Ich sage Ihnen das ganz ernst. Sie verwalten einen Teil der Republik. Sie verwalten nicht eine politische Parteiorganisation. Das verwechseln Sie immer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie Ihre Praxis im sozialistischen Zentralsekretariat anwenden, muß man das hinnehmen. Aber als Minister, als jemand, der nicht nur für eine Partei, sondern für alle Österreicher, für alle Steuerzahler, für alle Bauern Verantwortung trägt, können wir diese Entscheidungen einfach nicht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Deshalb, Herr Minister, möchte ich zum Schluß festhalten: Wir werden auch im Jahre 1982 wichtige Maßnahmen für die Bauern beschließen müssen: Marktordnungsverhandlungen, Maßnahmen im Budget, preispolitische Maßnahmen. *(Abg. A. Schlager: Ist leicht der Schober wieder in der Sauna? Er gehörte hinauf zum Minister! Das ist doch eine Schweinerei!)* Das wird schon geklärt werden.

Was wir feststellen, Herr Minister — ich sage das nicht als leichtfertigen Vorwurf —, ist, daß aus Ihrer Vorgangsweise immer wieder erkennbar wird, daß Sie parteipolitisch klein-kariert handeln. Ich sage das sehr bewußt. Wir sehen das in konkreten Entscheidungen. Sie haben nicht die Weite, das Sachliche voranzustellen, sondern es geht Ihnen zuerst um die Partei. Das ist eine Vorgangsweise, die immer wieder zerstörend ist im Verhältnis zu den Förderungsorganisationen, zu den Absatzorganisationen. Es laufen momentan

Dipl.-Ing. Riegler

beziehungsweise es stocken eher die Verhandlungen über die milchwirtschaftlichen Verwertungsmaßnahmen. Wir wollen eine konstruktive, eine gemeinsame Bewältigung der Aufgaben.

Der Hauptvorwurf aber, Herr Minister, den ich Ihnen mache, ist folgender: Aus vielen Einzelentscheidungen sehen wir, daß Ihnen das Schicksal der Bauern eher gleichgültig ist, daß Sie das Schicksal der Bauern eher kalt läßt. Anders kann ich mir Ihre Vorgangsweise bei den Agrarischen Investitionskrediten, Ihr Verhalten gegenüber jenen Bauern, die bezüglich der Milchrichtmengenregelung in größte Schwierigkeiten kommen, und verschiedene andere Maßnahmen nicht erklären. Das ist es, was wir an Ihrer Politik besonders kritisieren. Darum sind wir auch nicht bereit, diesem Budgetkapitel als Ausdruck Ihrer Agrarpolitik die Zustimmung zu geben.

Meine Damen und Herren! Herr Minister! Sie wissen auf Grund der Prognosen des Instituts für Wirtschaftsforschung, daß das Jahr 1981 für die Bauern sehr schlecht ausgehen wird. Es wird aller Voraussicht nach beachtliche reale Einkommensverluste geben. Ich möchte daher etwas auch noch klarstellen, weil Sie immer behauptet haben, in den sechziger Jahren sei es viel schlechter gewesen. Die reale Steigerung der Einkommen pro Jahr: 1960 bis 1965 0,46 Prozent real pro Jahr, 1965 bis 1970 6,56 Prozent real im Jahresdurchschnitt, 1970 bis 1975 5,67 Prozent, 1975 bis 1980 2,9 Prozent real im Jahresdurchschnitt. Das heißt, die reale Verbesserung geht zurück.

Herr Minister! Es stimmt ja nicht, was Sie immer wieder behaupten: 1966 bis 1970 im Durchschnitt 1,9 Prozent real. Da haben Sie einen Trick angewendet. Sie rechnen 1966 bis 1969 und sagen 1966 bis 1970. Wenn Sie 1966 bis 1970 rechnen, sind es 3,3 Prozent reale Steigerung im Vergleich zu 2,47 Prozent zwischen 1976 und 1980. Sagen wir doch die Dinge, wie sie sind. Die Zahlen kommen aus Ihren Grünen Berichten, aus den Grünen Berichten des Ministeriums. Zeigen wir die Dinge doch auf, wie sie sich tatsächlich darstellen. Wir haben doch nichts davon, wenn die Öffentlichkeit ein falsches Bild bekommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich schließe ab. Was wir aus der Sicht der Volkspartei haben wollen: Die Schwerpunkte Preis- und Absatzsicherung, neue Produktionsalternativen, Strukturverbesserung und Unterstützung der Eigeninitiativen. Wir haben in Österreich gute natürliche Voraussetzungen, wir haben aber vor allem eine fleißige bäuerliche Bevölkerung. Als politische

Verantwortungsträger haben wir gemeinsam — ich sage hier bewußt: gemeinsam — die Verantwortung, diese Voraussetzungen auch weiter zu tragen. Unsere Kritik an den konkreten politischen Entscheidungen entspringt der Sorge um die Zukunft. Wir werden gerne das uns Mögliche zur positiven Mitgestaltung und Mitverantwortung beitragen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 9.55

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

9.56

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Schlager wirklich nicht qualifizieren. Ich möchte Ihnen nur mitteilen: Der Herr Staatssekretär Schober hat sich einer ernsten Operation unterziehen müssen. Er befindet sich im Krankenstand, Herr Abgeordneter. *(Abg. A. Schlager: Das tut mir leid, aber es war schon einmal anders! Ich bitte, das auch zur Kenntnis zu nehmen! — Zwischenruf des Abg. Wille. — Abg. A. Schlager: Er war schon einmal bei der Agrardebatte in der Sauna! Das steht fest!)* 9.57

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

9.58

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Offenbar darf der Herr Kollege Schlager heute nicht reden, daher seine geistreichen Zwischenrufe. *(Abg. A. Schlager: Gescheitere habe ich schon als du!)* Ja das ist Ihre Sache. Glauben Sie, Herr Kollege Schlager, daß das jener Stil ist, der den Bauernbund und Ihre Partei wieder zur Mehrheit bringt? Dann tun Sie nur so weiter. Mehr kann ich Ihnen nicht sagen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Hietl: Man hört seit zehn Jahren die gleichen Reden von Ihnen!)*

Meine Damen und Herren! Der Hauptredner der ÖVP hat wie immer schwerste Vorwürfe gegen den Herrn Bundesminister vorgebracht. Zum Beispiel: Das Schicksal der Bauern — so formulierte er wörtlich — ließe ihn kalt. Alles, was durch die sozialistische Agrarpolitik geschieht, sei Augenauswischerei. Schließlich hat er ihn der Unredlichkeit geziehen. Wir verwahren uns gegen diese wirklich echten Unterstellungen des ÖVP-Bauernbundsprechers und weisen sie auf das schärfste zurück. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

9980

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Pfeifer

Bevor ich mich mit dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft beschäftige, möchte ich für meine Fraktion sagen: Ich habe der Rednerliste entnommen, daß heute elf Abgeordnete des Bauernbundes der ÖVP zum Kapitel Landwirtschaft reden werden. *(Zwischenruf.)* Ich sage nur meine Meinung. Wir haben heute zwei Kapitel zu verhandeln. Wenn wir in der gleichen Weise von meiner Fraktion Redner melden, dann werden wir wahrscheinlich den Kollegen des Kapitels Bauten keinen guten Dienst erweisen, denn dann werden die wahrscheinlich um Mitternacht reden. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Hietl: Sie haben ja keine Bauern!)*

Sie können meinetwegen 20 Redner zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft nennen ... *(Abg. Hietl: Jetzt werden wir uns noch von Ihnen vorschreiben lassen, wer reden darf!)* Bitte, schreien Sie viel, das hilft uns sehr viel weiter, da brauchen wir weniger zu argumentieren. Schreien Sie viel herein bitte!

Ich möchte Ihnen nur sagen: Wir werden diesen Weg nicht mitgehen, wir werden durch unsere Redner die Landwirtschaftspolitik der Sozialistischen Partei und der Regierung klarmachen und vertreten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. A. Schlager: Da käme der Herr Sekretär nicht nach mit dem Schreiben der Reden!)*

Herr Kollege Schlager! Warum gehen Sie denn? Bleiben Sie da, Sie helfen uns sehr! Reden Sie nur weiter, schreien Sie nur weiter! Der Bauernbund darf seit 1970 offenbar nur mehr schreien. Die zwölf Jahre Opposition haben Sie nervlich sehr zugerichtet, das muß ich Ihnen schon sagen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Zwölf Jahre Opposition haben Ihre Nerven sehr strapaziert. Man sieht das ja bei jeder Debatte im Parlament, wenn es um Agrarfragen geht.

Meine Damen und Herren! Kollege Riegler hat gemeint, daß die Anwesenheit sehr gering ist. Ich habe mich gestern bei der Debatte über die Verstaatlichte, als wir gemeinsam ein wichtiges Gesetz beschlossen haben, ein wenig umgesehen. Was sich da an Anwesenheit bei Ihnen abgespielt hat, darüber brauchen wir gar nicht zu reden, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Kraft: Reden Sie zur Landwirtschaft oder zur Verstaatlichten?)*

Kollege Riegler hat außerdem speziell auch von der Sozialpolitik gesprochen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, darüber sollten Sie eher wenig reden, denn ich war selber damals dabei, als meine Partei noch in der Opposition war. *(Abg. Brand-*

stätter: Das waren noch Zeiten!) Damals haben Sie 1969 in Ihrer Torschlußpanik das Bauernpensionsgesetz mit uns beschlossen. Sie wissen ja, es hat Ihnen nichts mehr genützt, denn die Ergebnisse der März-Wahlen 1970 waren für Sie niederschmetternd. Die Bauern haben sehr wohl erkannt — auch in ihrer Mehrheit —, wie die Dinge wirklich liegen und wer das Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsgesetz überhaupt möglich gemacht hat. Sie haben sich sehr lange dagegengestellt. Sie haben gesagt: Was braucht denn ein Bauer überhaupt eine Pension? Er hat doch seinen Betrieb. Das ist doch alles nicht notwendig.

Wir, diese Seite des Hauses *(der Redner zeigt auf die Bänke der SPÖ)*, haben den Bauern die Pensionen überhaupt gebracht und möglich gemacht. Das muß wieder einmal ausgesprochen werden! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie haben den Abgeordneten eine Broschüre über die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 1981 gegeben. Ich möchte mich dafür sehr bedanken, weil ich glaube, daß gerade in dieser Broschüre die Landwirtschaftspolitik dieser Bundesregierung, unsere Landwirtschaftspolitik rein informativ gut dargelegt ist und die Zahlen in einem Guß als Information verstanden werden können. Ich möchte Ihnen, Herr Bundesminister, und Ihren Beamten für diese Broschüre über die Land- und Forstwirtschaft herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade in Zeiten einer schwierigen Wirtschaftspolitik alles getan werden soll, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, und alles getan werden soll, gemeinsame Beschlüsse möglich zu machen.

Wir von der Regierungspartei suchen das Gespräch. Bauern und Regierung, Interessenvertretungen und Bundesregierung müssen im Gespräch bleiben und bleiben auch im Gespräch. Ich glaube, das ist gut so. Sie wissen selbst, Herr Kollege Riegler, daß der Herr Bundesminister jederzeit gesprächsbereit ist, wenn es um landwirtschaftliche Fragen geht.

Aber auf einen Einwand von Ihnen muß ich noch kurz etwas entgegnen. Wenn Sie meinen, der verstorbene Landwirtschaftsminister Hartmann hätte alles getan, um sich der alternativen Produktion der Sonderkulturen schon zu seiner Zeit zu widmen, darf ich aber bitte doch auf folgendes hinweisen: Ich war, als Sie an der Regierung waren, als Ihr Landwirtschaftsminister Schleinzner das Landwirtschaftsressort vertreten hat, auch bei den Marktordnungsverhandlungen dabei.

Pfeifer

Herr Abgeordneter Riegler! Erinnern Sie sich vielleicht daran: Ich habe nie gehört, daß die ÖVP damals in den sechziger Jahren auch nur einen Satz vorbereitend für die schwierigen Situationen, die uns ins Haus stehen, überhaupt in Sachen alternativer Produktion für Sonderkulturen, gesagt hätte. Damals gab es weder einen Antrag, damals gab es überhaupt kein Wort darüber. Ich möchte das nur zur Steuerung der Wahrheit klarstellen. *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Riegler.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte der Schwarzmalerei, die Sie immer betreiben, und auch die Armuts- und Lamentationspolitik der ÖVP ist ja nicht zu übersehen seit 1970, ich möchte dieser ÖVP-Politik den im Ausland geprägten Begriff des Modells Österreich entgegensetzen *(Beifall bei der SPÖ)*, des Modells Österreich in der Wirtschaftspolitik und speziell in der Landwirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren! Es ist ja nicht so, wie Sie behaupten, daß es schlechter geworden ist, daß die Bauern von dieser Landwirtschaftspolitik schlecht behandelt werden. Gerade das Gegenteil ist der Fall!

Bitte werfen Sie mir nicht vor, daß ich Ihnen dieses Argument immer wieder vorhalte: Aber glauben Sie im Ernst, daß diese Regierung, meine Partei, bei allen Wahlen in den ländlichen Regionen speziell die größten Zuwächse hätte, wenn diese Politik so schlecht wäre? *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Jörg Haider: Was war denn in Kärnten?)* Was war denn bei den Eisenbahnerwahlen? *(Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.)* Was war denn bei den Eisenbahnerwahlen? *(Beifall bei der SPÖ.)* Wenn Sie von Kärnten reden, dann wissen Sie sehr wohl, daß unsere Freunde dort an und für sich ihre Mandate gehalten haben. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Den Vorstandssitz haben Sie verloren!)*

Herr Kollege Haider! Ich sage Ihnen, warum ich jetzt so geantwortet habe: Weil Sie nicht so naiv sind, nicht erkennen zu können, daß wir bei allen Bundeswahlen mehr als andere Parteien in den ländlichen Räumen gewinnen. Das ist ein Faktum! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir uns schon über Wahlen unterhalten, sage ich noch einmal: Bei den Kammerwahlen in Kärnten haben wir an und für sich unsere acht Mandate gehalten. Das wissen Sie! *(Abg. Dr. Jörg Haider: Den Vorstandssitz haben Sie verloren!)* Herr Kollege Haider! Ich gönne Ihnen sicherlich das Erfolgserlebnis, keine Frage. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Sie brauchen nicht so groß zu reden!)* Sie werden doch nicht glauben, daß Sie das sehr lange

behalten werden können, darum werden wir uns schon kümmern!

Aber wenn wir schon von Wahlen reden: Ich glaube, an und für sich muß man doch auch die Wahlen bei den Bundesbahnen besonders hier hervorheben. *(Abg. Dr. Blenk: Weil sie für den ländlichen Raum so wichtig sind!)* Da hat uns ja die ÖVP-Fraktion auf Grund eines Flugblattes der Fraktion christlicher Gewerkschafter sehr geholfen. Und die Damen der ÖVP waren da sehr wertvoll für uns. Ich hoffe, daß das noch länger so bleiben wird.

Meine Damen und Herren! Die Land- und Forstwirtschaft ist in allen Industriestaaten auch entscheidend von der Entwicklung der übrigen Wirtschaft abhängig. Ein Blick auf das Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich zeigt, daß die Phase der starken ökonomischen Zuwächse vorbei ist, was nicht unerhebliche Probleme auch auf dem Arbeitsmarkt zur Folge hat.

Österreich schneidet allerdings bei einem internationalen Vergleich sowohl hinsichtlich des Wirtschaftswachstums als auch bei der Arbeitslosenrate sehr günstig ab. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar für den Zwischenruf Eisenbahner. Wissen Sie, daß es Tausende von Nebenerwerbsbauern gibt, die ein kärgliches Einkommen hätten — denn Sie haben nie vorgesorgt dafür! —, wenn sie nicht bei den Bundesbahnen überhaupt verdienen könnten? *(Beifall bei der SPÖ.)* Das sind die Fakten! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Herr Kollege, bitte schön. *(Abg. Dr. Blenk: Ist es richtig, daß der Kärntner Bauernobmann der SPÖ ein Eisenbahner ist? — Ruf bei der ÖVP: Ja!)* Ich werde Ihnen etwas sagen. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wir haben über die Wahlen gesprochen, und da habe ich die Eisenbahnerwahlen sehr wohl zitiert, weil ich meine, daß da Tausende von Nebenerwerbsbauern ebenfalls ihr Votum abgegeben haben: gegen Sie und für uns. Das ist die Situation, und das muß ich noch einmal unterstreichen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. A. Schlager: Da werden wir auch bald mit 50 Jahren in Pension gehen!)*

Herr Kollege Schlager! Seien Sie mir nicht böse, wenn ich auf Ihre Zwischenrufe nicht mehr antworte, denn sie sind mir wirklich im Niveau zu tief. Sie dürfen nicht reden, Sie sind verärgert, es ist halt einmal so. *(Abg. Haas: Die sind sehr geistreich!)* Ja.

Ich kann also nur sagen: Hoffentlich

Pfeifer

schreien Sie sehr oft drein, denn das kommt ja auch ins Fernsehen, und das ist uns sicherlich nicht abträglich.

Meine Damen und Herren! Das Bauernbudget 1982 ist ein echtes Budget für die Bauern. Der Finanzminister hat, wie ich meine, und ich möchte das, was ich im Ausschuß gesagt habe, hier wiederholen, in schwierigen Zeiten die Wichtigkeit der Landwirtschaft erkannt und die notwendigen Mittel verstärkt zur Verfügung gestellt. Dadurch war es möglich, das Bergbauern-Sonderprogramm von 777 Millionen auf 858 Millionen Schilling aufzustocken und die Bergbauerndirektzuschüsse neuerlich zu erhöhen. Das in einer Zeit, in der Sparsamkeit der Schwerpunkt dieses Budgets war.

Landwirtschaftspolitik heißt gleichzeitig auch Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren. Sie ist ein wesentlicher Teil der gesamten Wirtschaftspolitik. In manchen Zeiten der wichtigste Teil der Staatspolitik. Von der Geburtenbeihilfe über die freie Schulfahrt, über die Bildungspolitik, Familienpolitik, Heiratsbeihilfe bis zu den Bergbauernprogrammen, der Förderungspolitik und der Sozialpolitik bis zur Grenzlandpolitik, dem Ausbau des Telephonnetzes im ländlichen Raum — ich glaube, gerade auch dieser Schwerpunkt ist hier besonders zu unterstreichen, weil gerade auf diesem Sektor in den letzten Jahren unwahrscheinlich viel geleistet wurde ... *(Zwischenruf des Abg. Gurtner.)*

Ja sicherlich. Kollege Gurtner, weil Sie immer wieder mit dem Argument kommen: Trotzdem ist noch ein Nachholbedarf, möchte ich sagen: Ja selbstverständlich. Wissen Sie aber auch, warum die Leute sich so viele Telephone einleiten lassen? *(Abg. Gurtner: Weil sie sie brauchen!)* Natürlich, weil sie es brauchen, aber auch, weil sie das Geld dazu haben im ländlichen Raum zum Unterschied von Ihrer Zeit. Das muß auch einmal gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Maschinenringe, meine Damen und Herren, werden mit mehr als 9 Millionen Schilling durch das Budget gefördert. Die Bundesmineralölsteuerrückvergütung beträgt rund 1 Milliarde Schilling. 1981 erhielten 261 000 Landwirte 938 Millionen Schilling Bundesmineralölsteuerrückvergütung, also Treibstoffrückvergütung. Seit 1975, meine Damen und Herren, hat sich dieser Betrag verdoppelt. Wir wissen sehr wohl, daß auch die Belastungen auf Grund der Energiepreisverteuerungen für die Bauern natürlich einschneidender wurden. Wir haben aber, glaube ich, auch hier den Bauern entsprechend im Rahmen des Möglichen geholfen.

Meine Damen und Herren! Ich sage es immer wieder, und heute möchte ich es noch einmal unterstreichen: Sie kommen ans Rednerpult und tun so, als ob das Ihr Budget wäre, als ob Sie hier große Verantwortung übernehmen würden. Meine Damen und Herren! Wenn diese Seite des Hauses *(der Redner zeigt auf die Bänke der SPÖ)* nicht die Milliarden für die Landwirtschaft beschließt, dann würden Sie auf der rechten Seite schön ausschauen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben schon eine Agrardebatte über den Grünen Bericht geführt. Die Argumente sind immer gleich. Tatsache ist, daß der beste Grüne Bericht, der überhaupt je von einem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wurde, natürlich wieder mit fadenscheinigen Argumenten der ÖVP-Opposition und auch der kleinen Opposition abgelehnt wurde, weil man sagt: Wenn die Zahlen für die Bauern gut sind — anders kann man das nicht betonen —, dann ist das für die Opposition schlecht, und deswegen lehnen Sie ab.

Meine Damen und Herren! Das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft hat sich seit 1970 im Bundesmittel um 179 Prozent — das können Sie nachlesen — von 32 490 S auf 90 802 S verbessert. 1972, 1975 und 1978 wurden bedeutende Zunahmen im Bundesmitteldurchschnitt erzielt. Der eingetretene Rückgang im Jahre 1979 von minus 6 Prozent konnte, so sagt der Grüne Bericht, 1980 durch eine 25prozentige Zunahme wettgemacht werden.

Von 1970 bis 1980 gibt es eine nominelle Steigerung von plus 11 Prozent für die Bauern. Real im jährlichen Durchschnitt, so sagt es der Grüne Bericht, und da können Sie die Dinge drehen und wenden, wie Sie wollen, ist es ein Plus von 4,3 Prozent.

Der Verbrauch im landwirtschaftlichen Haushalt ist um plus 9 Prozent auf 175 316 S gestiegen, und je vollverpflegten Familienangehörigen erhöhte sich der Verbrauch auf durchschnittlich 45 301 S. Ein Plus von 7 Prozent!

Weil so viel von den Nebenerwerbsbauern geredet wird, möchte ich sagen, daß Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses, sie ja sehr spät entdeckt haben. Sie wissen ja: 1975 hat Ihr jetziger Generalsekretär Lanner gemeint, warum man denn überhaupt die Nebenerwerbsbauern wegstößt. Also 1975 waren die Nebenerwerbsbauern für Sie noch gar nicht existent. Aber eines sage ich Ihnen hier: Ein Faktum ist, daß die Nebenerwerbsbauern in ihrem

Pfeifer

Beruf nur deswegen so tätig sein können, weil wir, die linke Seite des Hauses, die sozialistische Seite, seit 1970 alles tun, um die beste Beschäftigungspolitik in schwierigen Zeiten zu halten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Niemand anderer als wir Sozialisten haben die Nebenerwerbsbauern in die landwirtschaftliche Förderung einbezogen. Sie haben sie ja eigentlich immer nur vor Wahlen entdeckt. Und Sie haben dann natürlich auch die entsprechende Antwort bekommen.

Und jetzt bitte auch zu Fragen der Landwirtschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Sie werfen dem Herrn Bundesminister immer wieder vor, daß er nichts für die Bauern tut, und Sie wissen selbst, daß die umfangreichste Agrarvereinbarung nach unserer Methode der Politik der kleinen Schritte mit der EG vor gar nicht so langer Zeit abgeschlossen wurde: das Paket des gegenseitigen Warenaustausches: Käse, Wein und Rinder insgesamt mit einem Volumen von 1,4 Milliarden Schilling Agrarexport in die Gemeinschaft. Das ist ein Drittel der gesamten Agrarexporte in diesem Bereich.

Herr Bundesminister! Die österreichische Bauernschaft dankt Ihnen für Ihr Engagement und für den Erfolg, den Sie aus Brüssel nach Hause gebracht haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Besonders unterstreichen möchte ich noch, Herr Bundesminister, daß es für die Weinbauern enorm wichtig und notwendig war, daß der Export von österreichischen Qualitätsweinen in Form eines Briefwechsels möglich gemacht wurde. Es ist lange darüber gerungen worden, aber entscheidend ist, daß das Ihnen, Herr Bundesminister, für die österreichischen Weinbauern gelungen ist.

Es ist für die Landwirtschaft in den letzten Jahren viel gemeinsam geschehen. Gemeinsam konnte der Getreide- und Milchmarkt geordnet werden. Mit der Regierung, so meine ich, kann man reden. Bauern und Landwirtschaftsminister müssen — ich darf das wiederholend sagen — immer im Gespräch bleiben. Heute nachmittag, glaube ich, gibt es bereits wieder Verhandlungen über wichtige Landwirtschaftsfragen.

Allein die letzte Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, meine Damen und Herren von der rechten Seite, in Richtung Milchmarkt hat doch gezeigt, daß man nicht vorschnell über den Herrn Bundesminister urteilen soll. Sie wissen sehr wohl, wie die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes aus-

gegangen ist. Sie sind damals, als Sie den Verfassungsgerichtshof angerufen haben, von außerordentlichen Voraussetzungen ausgegangen, und Sie haben auch eine klare Antwort bekommen. Ich meine, man sollte also in Zukunft das Wort des Herrn Bundesministers, speziell in Sachfragen, nicht so in den Wind schlagen, sondern man sollte die Dinge auch von Ihrer Seite viel ernster nehmen.

Die Strukturpolitik, meine Damen und Herren, ist ein wesentlicher Teil der Landwirtschaftspolitik. Wenn man sich ein wenig die Zahlen anhört, die der Herr Berichterstatter genannt hat und überhaupt landwirtschaftliche Informationen liest, Grüne Berichte studiert, dann stellt man fest, daß sich der Strukturwandel in der österreichischen Landwirtschaft in den letzten Jahren nach einer stürmischen Entwicklung zwischen 1960 und 1970 verlangsamt hat. *(Abg. Ing. Murer: Weil es keine Arbeitsplätze mehr gibt!)*

Zu Beginn des Jahres 1981 waren in der österreichischen Landwirtschaft 324 000 Berufstätige beschäftigt; das entspricht 10 Prozent aller Berufstätigen. Zwischen 1951 und 1961 — auch das möchte ich hier darlegen — hat sich diese Quote von 32 auf 23 Prozent vermindert. Zwischen 1971 und 1980 betrug die Abnahme ganze 4 Prozent. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung nahm demnach im Dezember 1951 bis 1960 von 22 auf 16 Prozent ab, im Jahrzehnt 1971 bis 1980 von 11 auf 8 Prozent.

Im internationalen Vergleich ist der Anteil der landwirtschaftlich Berufstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Österreich höher als in verschiedenen EG-Staaten. Im Durchschnitt der EG-Staaten machte diese Quote 7,7 Prozent aus, in England nur 2,6, in Italien fast 15 Prozent. In der Bundesrepublik beträgt der Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen 6,6 Prozent, in Dänemark 8,3 und in Holland ebenfalls 6,2 Prozent.

Nun zu Ihrem — ich würde fast sagen — laufenden Argument, die Bauern werden an Zahl immer weniger. Wir vertreten den Standpunkt, daß sich die Landwirtschaft aus einer Zeit der Armut in der Landwirtschaft, wo nämlich 80 Prozent, wenn Sie wollen, in langen Zeiten vor uns in der Landwirtschaft tätig waren, bettelarm waren, gesundwachsen und nicht gesundschrumpfen muß. Wir wollen, daß die Landwirtschaft ein gutes Einkommen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn dieses Einkommen, Herr Kollege Murer, ganz einfach in so kleinen Betrieben nicht möglich ist — denn der Bauer ist ja in

Pfeifer

immer größerer Zahl auch Konsument —, dann gibt es für uns nur eine Möglichkeit: Neben der alternativen Produktion, die wir überlegen, die wir beraten, Produktionen in Sonderkulturen. Aber das kann man nicht generalisierend sagen. Glauben Sie, es ist besser, wenn ein Betrieb, der zu klein ist und der keine alternative Produktion machen kann, einen vernünftigen, nicht allzu weit entfernten Arbeitsplatz und damit ein Nebenerwerbseinkommen hat, als er fristet ein kärgliches Leben. Das ist unsere Politik.

Auf der anderen Seite vergessen Sie auch nicht, daß wir durch die Beschäftigungspolitik dieser Bundesregierung mehr Nebenerwerbsbauern als Vollerwerbsbauern haben. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Aber nicht die Arbeitsplätze bei General Motors um 1 ½ Milliarden fördern!)*

Herr Kollege Riegler! Auf diesen Zwischenruf habe ich sehr wohl gewartet. Sie machen meinen Freunden in der verstaatlichten Industrie immer wieder den Vorwurf, daß gestern — ich unterstreiche: gemeinsam — 4 Milliarden Schilling beschlossen wurden. Aber Sie vergessen ganz — und dazu bekennen wir uns —, daß meine Freunde in der verstaatlichten Industrie mindestens zwölf Jahre lang in der Alleinregierung dafür Sorge tragen, daß die Bauern die Milliarden bekommen. Das muß ebenfalls gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie diese Argumentation immer wieder betonen, immer wieder aufrechterhalten, dann müssen wir Ihnen immer wieder die gleiche Antwort darauf geben.

Das Förderungsbudget, meine Damen und Herren — ich sagte es schon —, in der Land- und Forstwirtschaft ist, glaube ich, unter Dach und Fach. Das Landwirtschaftsbudget spricht eine deutliche Sprache zur Agrarförderung für das Jahr 1982. Sie kommen jetzt und sagen vom Grünen Plan, es ist alles so schlecht, es ist alles zu wenig. Ich kenne das ja schon. Ihr Argument ist, alles zu wenig, alles zu schlecht seit 1970, aber Sie halten beide Hände auf, damit Sie recht viele Milliarden bekommen können.

Das ist Ihre Argumentation, Sie sind immer dagegen, Sie sagen, es ist alles zu wenig, aber: Minister, schau nur, daß sehr schnell das Geld herkommt, damit wir, obwohl wir dagegen waren, doch auch entsprechende Mittel bekommen.

Meine Damen und Herren! Wenn der Grüne Plan 1,9 Milliarden Schilling ausweist, davon 857,8 Millionen um genau für das zweite Bergbauernprogramm — das ist ein Plus von 81

Millionen —, dann muß man doch sagen, daß hier sehr viel auch für diese Sparte geschehen ist. Meine Freunde werden sich dann noch speziell mit diesen Fragen beschäftigen.

Aber eines möchte ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Sie sagen, alles ist zu wenig. Lassen Sie mich nur eine Vergleichszahl sagen. Ich habe Sie schon über das Einkommen mit plus real 4,2 Prozent informiert. Ich möchte Ihnen sagen, wir haben jetzt für das Budget 1982 1,9 Milliarden Schilling für die Bauern im Grünen Plan, davon 857 Millionen nur für die Bergbauern. Und jetzt — weil Sie auch immer vergleichen —: In ihrem letzten Budget, bevor Sie vom Wähler auf lange Zeit abgerufen wurden, waren 814 Millionen für den gesamten Grünen Plan vorgesehen. Und da haben Sie den Mut, sich herzustellen und zu sagen, für die Bauern geschieht nichts, die Sozialisten sind gegen die Bauern! Also da gehört schon etwas dazu, muß ich sagen.

Weil wir sehr genau wissen, daß die Bauern diese Politik ja von der familienpolitischen Seite her sehr wohl kennen, was da seit 1970 nicht nur im Grünen Plan, sondern auch in der gesamten Wirtschafts- und Familienpolitik dieser Bundesregierung für die Bauern geschehen ist, deswegen haben wir auch bei Bundes- und Landtagswahlen die entsprechenden Erfolge. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn jetzt auch immer wieder von den Einkommensvergleichen geredet wird, möchte ich mich hier nicht besonders einmischen. Aber ich weiß sehr wohl aus Ausschußberatungen, daß da gewöhnlich immer Äpfel mit Birnen oder, wenn Sie wollen, Ungleiches mit Gleichem von Ihrer Seite verglichen wurde.

Ich lasse hier einen Wissenschaftler reden, der einen sehr bemerkenswerten Artikel zur Problematik von Einkommensvergleichen zwischen der Landwirtschaft und anderen Berufsgruppen geschrieben hat. Universitätsassistent Dipl.-Ing. Helmut Haimböck vom Institut für landwirtschaftliche Betriebs- und Ernährungswirtschaft der Universität für Bodenkultur Wien sagt... *(Abg. A. Schlager: Soviel Bla-Bla!)* Das Lesen ist für Sie wahrscheinlich nicht unbedingt eine große Zeitaufgabe, Herr Kollege Schlager, sonst müßten Sie die Dinge ein wenig kennen, oder Sie beschäftigen sich nicht mehr damit, weil Sie sagen, ich geh' eh' schon bald in Pension, das ist ja möglich.

Universitätsassistent Dipl.-Ing. Helmut Haimböck sagt also zur Problematik von Einkommensvergleichen zwischen der Landwirtschaft und anderen Berufsgruppen unter anderem:

Pfeifer

„Vergleichsrechnungen werden in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten sowohl in der Schweizer Eidgenossenschaft (seit 1951) als auch in der Bundesrepublik Deutschland (seit 1955) durchgeführt. Allerdings sind in den genannten Ländern die Ziele der Berechnungen jeweils unterschiedlich definiert und deshalb liegen voneinander abweichende Berechnungsabläufe vor.“

Und dann sagt Haimböck:

„Einkommensvergleiche, egal auf welcher Berechnungsgrundlage sie nun durchgeführt werden, sind problematisch. Die Zielsetzung einer Vergleichsrechnung hat wesentliche Auswirkungen auf deren Aufbau und Aussagekraft. Zusätzlich liegen Einflüsse vor, die sich nur schwer oder überhaupt nicht erfassen lassen. Hier wären an Beispielen zu nennen“ — und er geht hier speziell darauf ein —:

„die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Arbeitsleistungen,

die Naturalbezüge im landwirtschaftlichen Bereich,

die freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen in außerlandwirtschaftlichen Bereichen,

die unterschiedliche Auswirkung der Steuergesetzgebung auf die Einkommen der zu vergleichenden Gruppen,

die Unterschiede im Bereich der sozialen Sicherheit,

um die Einkommensgrundlage zu erhalten, muß im Bereich der Landwirtschaft ein Teil des Einkommens wieder in den Betrieb investiert werden.

Diese sicherlich unvollständige Aufzählung zeigt bereits, wie viele, teilweise auch subjektive Faktoren in einer Vergleichsrechnung mit zu berücksichtigen wären.“

Und dann sagt Haimböck — und ich darf auch diese Sätze noch kurz zitieren —:

„Ein Bruttogesamteinkommensvergleich ist mit den Daten der Buchführungsergebnisse nicht sinnvoll, da die außerbetrieblichen Erwerbseinkommen (Nebenerwerbseinkommen) nur als Nettowerte erfaßt sind. Die in den Buchführungsergebnissen und den Grünen Berichten ausgewiesenen Gesamteinkommen sind daher keine Bruttogesamteinkommen, sondern eine Mischung aus Brutto- und Nettowerten.“

Schließlich meint Heimböck, daß „Einkommensvergleiche problematisch sind und Schlüsse nur gezogen werden sollten, wenn Gleiches mit Gleichem verglichen wird.“

Meine Damen und Herren! Auch noch einige Sätze zur Weinproduktion. Ich habe da von einem Bauernbundabgeordneten eine schriftliche Mitteilung bekommen, in der die Regierung aufgefordert wird, sich auch mehr um die Weinbauern anzunehmen. Er meint also, daß die Weinbauern durch die Getränkesteuer und durch die Alkoholsondersteuer sehr die Schultern zusammengedrückt bekommen.

Was die Getränkesteuer betrifft, möchte ich sagen, die Gemeinden werden sich freuen, wenn sie Ihrer Meinung nach keine Getränkesteuer mehr kassieren sollen. Für die Gemeinden sind diese Abgaben, diese Einnahmen bitter notwendig.

Von der Alkoholabgabe, Herr Kollege Hietl, wäre es besser nicht zu reden. Sie waren damals noch nicht im Haus, aber Sie hätten sicherlich bei dem Einkommensniveau, dem Faßpreisniveau in den sechziger Jahren bei 4 oder 5 S ebenfalls applaudiert, als Professor Koren, Ihr damaliger Finanzminister, die Alkoholsonderabgabe eingeführt hat. (*Abg. Dr. Zittmayr: Ihr habt sie verlängert! Wir haben sie befristet eingeführt!*) Ja, der Unterschied ist, daß wir jetzt ein anderes Preisniveau haben und die Bauern mehr Einkommen haben als zu Ihrer Zeit. Das ist der Unterschied. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und jetzt bitte, Herr Kollege Hietl, weil Sie uns da Zahlen vorlegen, auch nur einige Sätze zu Ihnen.

Sie geben also hier die Zahlen aus den siebziger Jahren wieder und verschweigen wohlweislich, weil Sie ja wissen, warum Sie das tun, die Zahlen der sechziger Jahre. Wenn Sie jetzt die Exportzahlen mit den Importzahlen auch des Jahrzehnts der sechziger Jahre vergleichen würden, würden Sie sehen, daß die Dinge anders ausschauen. Bitte nachzuschlagen im Buch des Herrn Bundesministers, das er hier zur Verfügung gestellt hat über Landwirtschaftsfragen, wo er sich mit Weinausfuhren und -einfuhren von 1961 bis 1980 beschäftigt.

Von 1961 bis 1970, Herr Abgeordneter Hietl, haben insgesamt 3 654 329 Hektoliter Importe stattgefunden, also in Ihrer Zeit. Und wissen Sie, wie es mit der Ausfuhr ausgeschaut hat, Herr Kollege Hietl? Wissen Sie das? — Sie lachen! — 224 665 Hektoliter haben Sie ausgeführt — bei der besten Agrarexportpolitik aller Zeiten unter der ÖVP! Da war alles heil, da war alles in Ordnung, die Bauernbündler mußten applaudieren, durften nichts sagen. Seit 1970 schreien Sie, sind dagegen, daß die Bauern mehr bekommen, und wir gewinnen.

Pfeifer

Hoffentlich bleibt es noch lange so. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und jetzt, Herr Kollege Hietl, damit ich nicht nur die eine Seite sage: Von 1961 bis 1970 haben Sie 3 654 329 Hektoliter Wein importiert; innerhalb der besten Regierung aller Zeiten ist das auch so gewesen. Sie haben sich wahnsinnig „zerspragelt“, bei schlechten Weinpreisen haben Sie die Alkoholversteuerung, wie schon gesagt, eingeführt. Und da haben Sie 224 665 Hektoliter exportiert!

Und wissen Sie, wie das jetzt aussieht? In dieser so schlechten, wie Sie behaupten, SPÖ-Regierung, da gibt es von 1971 bis 1980 eine Einfuhr von 3 932 764 Hektoliter. Und jetzt passen Sie gut auf, schreiben Sie mit, wenn Sie wollen, sonst vergessen Sie es wieder: 2 422 833 Hektoliter sind in den zehn Jahren exportiert worden, und bei Ihnen sind es 224 000 gewesen!

Nur damit hier die Dinge ins richtige Lot gerückt werden und damit da hier nicht der Eindruck entsteht, als ob wir nicht wüßten, warum Sie mit diesen Zahlen argumentieren. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich weiß schon, daß Ihnen das nicht gefällt, aber ich kann Ihnen das nicht ersparen. *(Abg. A. Schlager: Privatinitiative der Bauern!)*

Herr Kollege Schlager! Schreien Sie noch ein wenig, ich komme sowieso schon zum Schluß. Vielleicht können Sie mir ein bißchen helfen, daß das ein bißchen aufgelockert wird. Ihre Freunde freuen sich ja auch, wenn es laut wird. Ich habe es auch ganz gern, also bitte.

Ich habe gestern die Rede des Kollegen Kern sehr genau gehört und habe mir auch kurz notiert, was er von seiner Warte aus gemeint hat. Er meinte, daß für die Landwirtschaft alles besser war während der ÖVP-Zeit. Dem steht entgegen, daß es immer weniger werden seit 1970, die immer wieder das gleiche Argument verwenden.

Dann meinte Kern, das Agrarbudget wird ausgehungert. Er hat wörtlich gesagt, das Agrarbudget wird ausgehungert. Ich sagte Ihnen schon, seit 1970 werden in steigendem Maße Milliardenbeträge von dieser Seite für die Landwirtschaft beschlossen. Sie sind immer dagegen. Sie wissen zwar nicht, warum, aber Sie sind halt dagegen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Der Prozentanteil im Budget ist halbiert worden!)*

Auch diesen Vergleich, Herr Kollege Zittmayr, halten wir jederzeit aus. Der Herr Bundesminister hat Ihnen das schon zehnmal

gesagt. Wenn Sie wollen, ich sage es Ihnen das elfte Mal, aber es ist ja zwecklos, es hilft ja nichts. Wenn bei Ihnen weiß nicht mehr weiß und schwarz nicht mehr schwarz ist, was soll man dann mit Ihnen anfangen? Da ist es am besten, mit einem Wort, die Diskussion abubrechen. So ist das halt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dann meinte Kern, meine Damen und Herren, daß der Kurswechsel — und das haben Sie uns im Ausschuß ja auch immer wieder gesagt — auf alle Fälle nötig ist. Seit 1970 wollen Sie immer den Kurswechsel.

Ihr ehemaliger Parteiobmann Taus hat gestern gesagt, natürlich wollen Sie gerne an die Regierung. Das ist verständlich, daß Sie diesen Wunsch haben. Sie haben gestern ja auch — und wir sind sehr froh darüber — gemeinsam mit uns gestimmt. Aber wenn man immer wieder von seiten der ÖVP vom Kurswechsel redet, dann gestatten Sie, daß ich in aller Bescheidenheit immer wieder auch die Frage stelle: Ja bitte, welchen Kurs meinen Sie denn? Ich habe Ihnen das schon im Ausschuß gesagt, ich wiederhole noch einmal: Meinen Sie... *(Abg. Dr. Zittmayr: Haben Sie wieder nicht aufgepaßt?)* Ich habe sehr genau aufgepaßt. Ich lese Ihnen jetzt vor, vielleicht sind Sie dann mit mir doch ein wenig mehr zufrieden, wenn überhaupt, denn da sagte Kollege Kern wörtlich:

„In besonderer Weise hat sich die Volkspartei darum bemüht, den Mindestrentnern zu helfen.“ Na bitte. Breiten wir den Mantel des Schweigens darüber, in Ihrer Zeit haben Sie das vergessen, keine Frage. „Aber für die kleinen Leute ist kein Geld da“ — sagte Kern. Kollege Kern hat ganz vergessen, was wir gerade auch für die Ausgleichszulagenrentner, für die kleinen Leute immer wieder getan haben und tun. Das übergeht er geflissentlich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dann sagte Kern: „Die Voraussetzung für eine gezielte Sozialpolitik, für wertgesicherte Pensionen ist nun einmal eine gute solide Wirtschaftspolitik.“ Natürlich, die haben wir, diese solide Wirtschaftspolitik setzen wir fort, und wir sind dankbar, wenn Sie zu der Erkenntnis kommen, daß Sie uns in manchen wesentlichen, wichtigen Fragen auch unterstützen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Schließlich meinte er: „Gerade bei dieser soliden Wirtschaftspolitik“ — die ihm nicht solid genug ist — „müßte der Kurswechsel kommen.“ Und jetzt, meine Damen und Herren, noch einmal die Frage: Welchen Kurs meint er? Meint er den Kurs der Margaret Thatcher in England mit 3 Millionen Arbeits-

Pfeifer

losen? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Meint er den Kurs in Belgien mit 500 000 Arbeitslosen? (*Zwischenruf des Abg. Fachleutner.*) Oder geht das in die Richtung, daß dieser Kurswechsel unter dem Motto steht: Wir wissen zwar nicht, wohin der Kurs geht, aber dafür sind wir schneller dort!?

Auf diesem Kurs werden wir Sie nicht begleiten.

Diesem Budget werden wir die Zustimmung geben, weil wir davon überzeugt sind, daß die Landwirtschaft, daß unsere Bauern wie seit 1970 die Milliarden dringend brauchen (*Zwischenruf des Abg. Hietl*), und wir werden auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, auch wie bisher, wie seit 1970, für die Landwirtschaft jederzeit gesprächsbereit sein. Wir sind dankbar, daß der Herr Bundesminister so viel für die Landwirtschaft erreicht hat! (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{10.42}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Murer. Ich erteile es ihm.

^{10.42}

Abgeordneter Ing. **Murer** (FPÖ): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich muß als Bauer aus der Obersteiermark wirklich sagen: Wenn ich mir das jetzt angehört habe, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß man den Bauern in Österreich nicht helfen kann, Herr Kollege Pfeifer, wenn man versucht, alle möglichen Geschichten, die in den letzten Jahrzehnten danebengegangen sind, auf die ÖVP abzuwälzen und das Budget des Jahres 1970 hernimmt, das natürlich anders ausschaut als das jetzige Budget.

Meine Damen und Herren! Wir haben in den Jahren 1970 und 1969 für einen Traktor nicht 420 000 S, sondern maximal 80 000 S hinlegen müssen. Da war eben das Geld noch etwas wert. (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. — Zwischenruf bei der SPÖ.*) Damals hatte das Geld noch einen anderen Wert als heute, Herr Kollege Pfeifer!

Als Bauer aus der freiheitlichen Fraktion werde ich mich heute bemühen, ganz klar und emotionslos die Dinge so darzustellen, wie ich glaube, daß es notwendig ist, um eine Regierungspartei, von einer absoluten Mehrheit getragen, vielleicht doch einmal zum Nachdenken zu bringen, Herr Minister. Sie nur zum Nachdenken zu bringen, wäre schon ein großer Erfolg.

Aber wenn ich mir das jetzt so angehört habe, Herr Kollege Pfeifer, da kann ich mich, wie gesagt, des Eindrucks nicht erwehren,

daß diese immer gleichen Geschichten es kaum fertiggebracht haben, die wirklichen Bauernprobleme, aber nicht nur die Bauernprobleme, sondern die wirklichen Probleme des ländlichen Raums, wo 3 ½ Millionen Menschen, 3 ½ Millionen Österreicher leben, diese Probleme, mit denen wir hier zu tun haben, auch nur in etwa zu berühren.

Und das hat mich schon ein bisschen betroffen, das muß ich Ihnen schon sagen, denn ich lebe auch im ländlichen Raum, und ich glaube, daß es gescheiter ist, sehr nüchtern über die Dinge zu reden und darüber nachzudenken, wie wir die Verhältnisse in der Zukunft ändern können, als große Polemik zu machen und der ÖVP die Schuld zuwälzen oder vielleicht — das haben Sie heute Gott sei Dank einmal nicht gemacht, das machen aber auch andere immer wieder — der FPÖ zu sagen, daß sie daran schuld sei, daß das Dieselöl heute so teuer ist, und was weiß ich was alles.

Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen sagen: Das wird uns nicht in die Zukunft führen und wird vor allem jenen Menschen nicht weiterhelfen, die für die Zukunft so sehr in Sorge sein müssen, wie wir mit so wenigen Bauern, mit so wenigen Vollerwerbsbauern, die wir noch haben, die Ernährung in unserem Lande sichern können.

Herr Bundesminister Haiden! Wenn immer wieder die gleichen Argumente ausgetauscht werden und immer wieder die Schuld auf den anderen abgeschoben wird, dann kommt man fast zur Überzeugung, daß das eigentlich der Ausdruck dessen ist, daß die Agrarpolitik fast stillsteht, daß man eigentlich — so entsteht mir der Eindruck — bald nicht mehr weiß, wie es weitergehen soll. Das hat aber nichts mit der Adventzeit zu tun, Herr Minister, überhaupt nichts, sondern ich glaube wirklich, daß eine solche Polemik dazu angetan ist, darüber hinwegzutäuschen, daß man tatsächlich nicht mehr weiß, wie man in der Agrarpolitik mit den Problemen im ländlichen Raum, die damit ja eng verbunden sind und die 3 ½ Millionen Menschen in Österreich betreffen, weiter tun soll.

Herr Bundesminister! Die letzten Wochen — ich konnte es vom Spital aus Gott sei Dank verfolgen —, muß ich Ihnen ehrlich sagen, waren doch der Ausdruck dessen, was man heute von Ihrem Regierungssprecher Pfeifer gehört hat, nämlich, daß man in Österreich einfach nicht mehr in der Lage ist, die Dinge trotz Kommissionen, Präsidenten, Superpräsidenten, Fonds, Tausende von Experten und alles dessen, was wir uns leisten und was wir haben, so zu lenken, wie es für die Menschen

9988

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Ing. Murer

in diesem Lande gut und angemessen sein sollte. Wir sind dazu nicht in der Lage.

Einige Beispiele dafür: Die kräftige Besteuerung über den Krisengroschen in der Milchwirtschaft, Herr Minister, die Ankündigungen von Ihnen, das noch über 2 S zu steigern, sind nicht dazu angetan, den Milchbauern in den Problemgebieten unserer Heimat zu helfen. Jene Menschen, die zu uns auf Urlaub kommen, empfinden das angenehm, für die Regierung, für unser Land: eine sehr produktive Gegend! Aber wir zahlen Krisengroschen über Krisengroschen und wissen nicht, wie es weitergehen wird.

Ich glaube, Herr Minister, es ist nicht möglich, mit dieser Krisengroschenwirtschaft die Probleme zu lösen.

Herr Bundesminister! Was mich besonders erschreckt hat, war, als ich gehört habe, daß Sie das Getreide, das unsere Bauern mit viel Fleiß erzeugen und produzieren, bis heute gar nicht haben verkaufen können. Sie haben einen Getreidewirtschaftsfonds, Sie haben Experten, Sie haben Supervertretungen im Ausland, und trotzdem hat ein Schweizer Experte sogar gesagt: Wir sind ein Getreideimportland, aber die Österreicher, die kommen alleweil ein bisschen zu spät mit ihrem Antrag! — Zu spät, als daß wir dorthin etwas verkaufen könnten. *(Zwischenruf des Abg. Brandstätter.)*

Die Getreidebauern zahlten vor einem Jahr 7,5 Groschen als Krisengroschen für die Mehrproduktion. Dieser Krisengroschen wurde auf 19,5 Groschen angehoben.

Das ist auch kein Anzeichen, daß wir das Problem lösen, vor allem dann nicht, Herr Bundesminister, wenn man Braunkohle importiert und dafür Getreide exportiert und die Bauern mehr als 200 Millionen für einen Energieimport bezahlen müssen, den alle in Österreich bekommen. Ich bin auch dafür, daß man unter Umständen solche Geschäfte macht, aber man kann dann nicht hergehen und einseitig den Bauern Hunderte von Millionen abverlangen, damit alle Österreicher Braunkohle kriegen, Herr Minister! Das ist doch ein Zeichen, daß die Linie nicht richtig liegt. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Ein weiteres Beispiel, meine Damen und Herren, sehr drastisch im Fernsehen dargestellt: 6 000 Tonnen Kartoffeln verfaulen im Waldviertel! Der Herr Bundeskanzler Kreisky hat sehr richtig gesagt, daß man sich dieser Problemgebiete annehmen muß. *(Zwischenruf des Abg. Hietl.)* Wir sind in Österreich mit so viel Agrarbürokratie, mit einem Landwirtschaftsministerium, das es zwar in der

Schweiz nicht gibt — vielleicht klappt es deshalb dort besser —, einfach nicht in der Lage zu verhindern, daß 6 000 Tonnen Kartoffeln verfaulen in unserem Land! Das ist doch eine Schande, Herr Minister!

Sie sind sicherlich nicht allein maßgebend schuld daran, aber mich bewegt es ganz einfach: Während Hunderte von Millionen Menschen verhungern, verfaulen bei uns 6 000 Tonnen Kartoffeln in einem Problemgebiet! Das ist doch eine Schande für die Demokratie, und es ist ein Zeichen für das Unvermögen, die Dinge so zu regeln, wie wir es eigentlich tun sollten. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Aber, Herr Bundesminister, ich höre ja noch viel mehr. Der Herr Kollege Pfeifer hat ganz groß über die Weinwirtschaft gesprochen. Ganz groß.

Herr Kollege Pfeifer! Ich habe gehört, daß das Europaparlament ein Weinwirtschaftsgesetz vorlegen möchte, das, um mich vorsichtig auszudrücken, diversen Exportgeschäften näherrückt, um mehr kontrollieren zu können. Ich höre, daß dieses Weinwirtschaftsgesetz, das das Europaparlament zu beschließen überlegt, alle Drittländer schwer benachteiligen wird, sofern wir nicht in der Lage sind, lückenlos die Exportgeschäfte so abzuwickeln, wie sie sein müssen, um eine gute Exportpolitik für die Zukunft betreiben zu können.

Ich hoffe nur, Herr Minister, daß sich die zukünftige Weinexportwirtschaft — mehr will ich schon gar nicht sagen, das andere wissen Sie selber — zugunsten der Weinbauern und auch unserer Handelsexporteure so entwickeln möge, daß sie weiter existieren können und nicht sonst irgendwie diese Geschäfte von einem sehr schweren Rückschlag getroffen werden. Ich will nicht mehr sagen.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir auch das SPÖ-Agrarprogramm und das Regierungsprogramm, das Sie vorgelegt haben, angeschaut, und da steht sehr deutlich drinnen, was Sie vorhaben. Ich habe jetzt nur einige Punkte aufgezählt. Danach bin ich eigentlich zur Überzeugung gekommen, daß Ihr Regierungsprogramm in bezug auf ländlichen Raum, Agrarpolitik immer mehr zu einem Schaufensterprogramm wird.

Meine Damen und Herren: sehr anschaulich, aber an der Realität sehr weit vorbei, ein Schaufensterprogramm, das die agrarpolitischen Probleme der achtziger Jahre niemals lösen kann! Es soll gar nicht geschimpft sein darüber, sondern reden muß man darüber, Herr Minister. Ich werde mich bemühen, in

Ing. Murer

meiner heutigen Rede die Dinge wirklich von der Praxis her zu zeigen.

Herr Bundesminister! Die Vollerwerbsbauern, also der typische Familienbetrieb Österreichs, der Einmannbetrieb Österreichs, den man ja in den letzten Jahrzehnten dazu gemacht hat, wo Sie gar nichts dafür können, ich weiß schon, Herr Minister. Aber Sie müssen als Regierungsverantwortlicher endlich die Frage beantworten, ob der Familienbetrieb, der Einmannbetrieb eines Bauern und seiner Familie bei einer entsprechenden durchschnittlichen Größenordnung und guter Bewirtschaftung für die nächste Generation noch haltbar ist! Herr Bundesminister, ich bitte Sie darum, daß Sie endlich einmal ein klares Wort darüber sagen. Vielleicht sagen Sie: Na ja, wir werden sehen, wie viele noch abwandern müssen — das kann man nicht genau sagen —, wie die Industrieentwicklung ist und so weiter. Aber ich will es heute von Ihnen hören.

Ich bin ein Vollerwerbsbauer mit 30 Hektar Gründland und 25 Hektar Wald, Herr Minister, und wenn ich nicht Abgeordneter wäre, wo man ganz schön verdient — das sage ich da auch offen und ehrlich —, dann, muß ich Ihnen sagen, hätte ich ganz schön Angst, ob ich nicht in die Wegrationalisierungsmaschinerie der Sozialisten kommen würde. Meine Kollegen, meine Berufsfreunde fragen mich: Wie kann ich meinen Hof übergeben? Soll ich ihn übergeben, oder soll ich meine Kinder etwas anderes lernen lassen? Diese Dinge muß doch eine Regierung für die Zukunft klären! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen denken überall in Generationen *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, deshalb haben wir ja auch schon seit Jahrzehnten ein Umweltkonzept entwickelt. Man kann doch nicht heute alles verbrauchen und dann einfach sagen: Meine lieben Kinder, ihr werdet schon sehen, wie ihr weiterkommt!

Herr Bundesminister! Meiner bescheidenen Meinung nach reichen die Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung, die im Grünen Plan vorgesehen sind, die im Agrarbudget allgemein vorgesehen sind, nicht dazu aus, dem Vollerwerbsbetrieb für die Zukunft eine Chance zu geben. Das tut mir sehr leid, und ich bitte Sie, daß Sie, wenn Sie nachher sprechen werden, den Bauern klar und deutlich sagen, was sie von Ihnen zu erwarten haben.

Ja ich muß sogar sagen — und das hat mich so verwundert —, daß das Agrarprogramm

der Bundesregierung in krassem Gegensatz zum Landwirtschaftsgesetz steht.

Ich will nur einen Punkt aus dem Landwirtschaftsgesetz herausnehmen. Da heißt es: „... die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung Österreichs teilhaben zu lassen.“ Das müßte also durch Gesetze verwirklicht werden: bis heute meilenweit, Lichtjahre davon entfernt, Herr Minister! Jährlich verlassen Tausende und Abertausende von Arbeitnehmern im bäuerlichen Bereich ihre Existenzgrundlagen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Aber gut, Herr Minister, Sie können sagen: Der Murer kritisiert! Ich will auch versuchen, Ihnen zu sagen, wo die Ursachen liegen.

Eine der großen Ursachen liegt darin, daß das Marktordnungssystem, wie es zurzeit vorhanden ist, nicht funktioniert. Wir haben eher eine Marktunordnung, denn sonst brauchten wir ja keinen Krisengroschen, Herr Minister. Aber gut, das wird ja gemeinsam von Österreichischer Volkspartei und Sozialisten getragen.

Die Preispolitik, durch das Preisgesetz geregelt, wird so gehandhabt, daß die Landwirte Österreichs zu Billigproduzenten degradiert wurden. Und der Zwang zur totalen Rationalisierung, der uns ja durch diese Maßnahmen auferlegt wurde, zwingt die Bauern immer mehr, zur Bank zu gehen, weil sie ja keine Gewinne mehr machen können, immer mehr, zur Bank zu gehen, Geld aufzunehmen und Schuldner zu werden, und wenn er nicht mehr zurückzahlen kann, dann muß er eben Grund und Boden verkaufen.

Schlußendlich, Herr Minister, zieht, was mir persönlich sehr leid tut, weil ich glaube, daß die Sozialpartnerschaft sicherlich etwas Gutes an sich haben mag, eine sehr egoistische Haltung der Sozialpartnerschaft und der Mitglieder in diesem Verein dem Bauern immer mehr die Daumenschraube an, indem sie die Betriebsmittelverteuerungen zu einem solchen Belastungsdruck emporschnellen lassen, daß wir es kaum mehr aushalten können.

Ich habe vorher gesagt, daß im Jahre 1970 ein 40-PS-Traktor — es ist nur ein kleines Beispiel, ich will auf die anderen gar nicht eingehen — 80 000 S kostete, heute aber ungefähr 350 000 S bis 400 000 S kostet. Ich frage nur, wie das erwirtschaftet werden soll, meine Damen und Herren.

Man drängt die Bauern immer mehr zur Mehrproduktion, um diese Dinge auszugleichen. Der seinerzeitige Landwirtschaftsminister Hartmann hat schon gesagt: Mit diesen

Ing. Murer

Methoden, die Bauern immer mehr vom Land zu vertreiben und die Verbliebenen immer mehr produzieren zu lassen, kann man die Probleme nicht lösen. Aber Hartmann wurde ebenso wenig gehört wie anscheinend unsere warnenden Stimmen, die wir immer wieder erheben, um eine Änderung der Politik zu erreichen.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Produktionssteigerung sollte auch diskutiert werden. Gestern wurde über die österreichische Wirtschaft diskutiert: über die VOEST-Alpine, über die Stahlerzeugung in Österreich und so weiter. Wir haben gesehen, daß eine Produktion, die man nicht verkaufen kann, auch in einer freien Marktwirtschaft zu einem staatspolitischen Problem wird.

Deshalb meine ich, daß die Frage einer Produktionssteigerung überlegt werden muß, vor allem dann, wenn sie vom Krisengroschen immer mehr überlagert wird, den die Produzenten selbst bezahlen müssen.

In der gesamten übrigen Wirtschaft in unserem Lande kennen wir keine Form dieser Mitfinanzierung. Nur bei uns. Aber darüber sollte man reden und Überlegungen anstellen, Herr Minister.

Eine verantwortungsvolle Agrarpolitik, Herr Bundesminister, kommt nicht umhin, über diese Mehrproduktion, über diese von vielen zitierte unerwünschte Mehrproduktion zu reden. Wenn wir diese Mehrproduktion wollen, dann müssen wir, glaube ich, Ventile einbauen, Ventile, wie zum Beispiel — wie es heute schon gesagt worden ist vom Kollegen Riegler — eine Biospritindustrie für das Getreide, das wir mehr produzieren, damit wir die inländische Versorgung sichern können. Dann müßten wir uns nicht mit diesen Handelsschwierigkeiten herumschlagen, sondern wir vermarkten es eben selbst, Herr Bundesminister. Ich glaube, daß das viel gescheiter wäre.

Herr Bundesminister! Ebenfalls glaube ich, daß diese gewaltigen Futtermittelimporte insofern zu einem Problem geworden sind, weil dem nur ein kleiner krisengeschüttelter Getreideanbau gegenübersteht mit geringen Mengen, die wir, wie wir es gerade in diesem Jahr sehen, wieder nur sehr schwer absetzen können.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mir den Grünen Voranschlag, das Grüne Budget anschau, fällt mir immer wieder das gleiche auf. Aber es muß trotzdem gesagt werden, denn wer schweigt, der würde ja zustimmen, und das wollen wir Freiheitlichen in diesem

Bereich überhaupt nicht. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Innerhalb der insgesamt 15 Budgetbereiche, wie Oberste Organe, Bundeskanzleramt, Justiz und so weiter, befindet sich das Agrarbudget im weitesten Sinn mit einer Zuwachsrate von 5,6 Prozent — das muß man sagen; 5,6 Prozent Zuwachs ist auch erfreulich, Herr Bundesminister, man kann nicht sagen, das ist schlecht; es gibt 5,6 Prozent Zuwachs — nur an der zwölften Stelle des Gesamtbudgets. Das allein beweist eben schon für mich, daß die Land- und Forstwirtschaft eher stiefmütterlich behandelt wird. Schließlich — wenn man vor allem überlegt, daß das gesamte Budget um 10 Prozent in den letzten Jahren gestiegen ist — vermisste ich eine höhere Rangordnung dieses Budgets in der Gesamtsicht.

Meine Damen und Herren! In der Landwirtschaft haben wir es nicht nur mit einer Einkommensdisparität zu tun, sondern auch mit einer Budget- und Förderungsdisparität. Herr Minister! Das Kapitel 60, also Land- und Forstwirtschaft im engeren Sinn, mit rund 5,4 Milliarden Schilling veranschlagt, ist auf den ersten Blick ein sehr satter, ein sehr guter Voranschlag. Für jene, die nicht wissen, was dahintersteckt, und für jene, die nicht wissen, wem das zugute kommt, ist das ein sehr guter Voranschlag. Es gibt eine Steigerungsrate — das ist gar keine Frage — von 8,6 Prozent. Ich habe auch beim ersten Hinschauen gesagt: Gar nicht schlecht! Aber als ich mir das dann genauer angeschaut habe, meine Damen und Herren, ist mir schon ein wenig schwindlig geworden. Als ich nämlich die fremden Kostgänger entdeckt habe, die bei diesen 5,4 Milliarden Schilling dabei sind, habe ich hinsichtlich der Zuordnungen dieses Budgets und dieser Posten schon sehr große Zweifel daran bekommen.

Ich will nur ein Beispiel bringen, das mich auch bewegt. Die Schutzwasser- und Lawinverbauung, mit 1,3 Milliarden Schilling vorgesehen, ist ein sehr wesentlicher und sehr wichtiger Bestandteil. Gerade in den Gebirgsländern ist das nämlich sehr notwendig. Es ist auch eine landeskulturelle Maßnahme.

Herr Bundesminister Haiden! Ich ersuche Sie, doch in der Öffentlichkeit einmal zu sagen, daß das doch allen dreieinhalb Millionen Menschen, die in unserem ländlichen Raum Gott sei Dank noch leben, zugute kommt, aber doch nicht 5,4 Milliarden Schilling den Bauern zuzuordnen sind. Jeder in Österreich meint: So viele Milliarden Schilling gibt man den Bauern — die leben ja nur

Ing. Murer

mehr von Subventionen! Das lehne ich ab.
(*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Herr Bundesminister! Bemühen wir uns gemeinsam ohne große Sprüche darum, eine Agrarpolitik zu machen, die unsere Menschen notwendig haben, damit sie die nächsten Jahrzehnte überleben können. Seien wir doch ehrlich und anständig dabei, und versuchen wir, das Verständnis zu bekommen, das Verständnis herbeizuführen, daß eine Bauernpolitik zu einem Sozialtarif mit Null einfach nicht geht, daß eben die Grundnahrungsmittel mehr kosten müssen und den Bauern zugute kommen müssen.

Da möchte ich überleiten zum Herrn Finanzminister. Das ist ja auch etwas, Herr Bundesminister, was Sie — so hoffe ich — auch getroffen hat, als der Herr Finanzminister gemeint hat, das Sozialbudget beträgt außerdem noch 9,5 Milliarden Schilling.

9,5 Milliarden Schilling, sagt der Finanzminister. Der Sozialminister sagt 20 Milliarden Schilling Budget für die Bauern. Der Bundesminister Haiden redet auch von so ähnlichen Ziffern. Diese Verwirrspiele sollen dazu beitragen, eine menschengerechte Agrarpolitik für die Zukunft gestalten zu können, ein Verständnis bei den anderen Menschen zu finden? Herr Bundesminister! Ihr alle macht genau das Gegenteil davon. Und das ärgert mich so!

Meine Damen und Herren! Diese Verwirrspiele beginnen bei der Zuordnungsproblematik im Budget. Im Budget ist außerdem eine versteckte Umschichtungspolitik enthalten, die mir schon aufgefallen ist, Herr Minister. Mir ist schon aufgefallen, was Sie da gemacht haben. Andere Vollerwerbsbauern, Freunde von mir, sind gekommen und haben gesagt: Sag einmal, Murer, jetzt kriegen wir für die Zucht- und Nutztinder, die wir ab Hof verkaufen, kein Geld mehr, keine Förderung mehr; ja was ist denn da passiert?

Herr Bundesminister! Im Budget sieht man es ja, wohin das Geld kommt und wem man es wegnimmt. Aber da komme ich noch später darauf zurück. Sie, Herr Bundesminister, haben ja im Jahre 1981 mit der Umschichtung begonnen. Als mit dem EG-Paket Griechenland zur EG gekommen ist, wodurch wir ja einen großen finanziellen Ausfall in der Exportpolitik gehabt haben, speziell die Rinder haltenden Betriebe, hat man uns 50 Millionen von der Bundesregierung gegeben. Das war sehr anständig. Das ist gar keine Frage. Man hat sich dann geeinigt. Da wart ihr von der ÖVP auch dabei. Es hat mich, das muß ich euch sagen, schon wirklich erschreckt, daß ihr

da auch mitgetan habt, mitgepackelt habt mit den Sozialisten. Das ist ja schrecklich. Ihr habt 50 Millionen denen gegeben, die weniger Rinder haben. Und die Talbetriebe, die intensiv geführten Rinderbetriebe haben nichts gekriegt.

Das findet man dann eben in dem Budget, und dann weiß man auch, wie man eine Aufstockung vollbringen muß. Wieso habt ihr da mitgetan, Herr Präsident Deutschmann? — Vielleicht hören wir das heute noch. — Ihr habt den Sozialisten geholfen, habt Steigbügelhalter gespielt, daß sie ein schönes Budget erstellen können. (*Zwischenruf des Abg. Deutschmann.*) Das hätte ich mir von Ihnen mit so einem starken Bauernbund nicht gedacht. Wir tun bei dieser Packlerei nicht mit. Das sage ich Ihnen! (*Zustimmung bei der FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Aber den Bauern interessiert viel mehr das Agrarbudget, was ihnen also direkt zugute kommt. Das ist zweifelsohne — Sie, Herr Schlager, müßten es ja wissen — der Grüne Plan. Sie werden ja wissen, daß die Mittel des Grünen Plans direkt den Bauern zugute kommen. Das sind inklusive des Berbauern-Sonderprogramms zirka 1,9 Milliarden Schilling. Das entspricht, Herr Minister, wieder — ich will es nicht verheimlichen; Sie sehen, daß ich es ehrlich meine — einer Steigerung von 5,9 Prozent. Ich will es nicht verheimlichen. Die ÖVP hat nichts davon geredet, daß es Steigerungen gibt. Aber wir Freiheitlichen untersuchen diese Steigerungen und wem sie zugute kommen.

Herr Bundesminister! Das Stammbudget des Grünen Plans mit einer Steigerung von bloß 2,6 Prozent weist eine bescheidene Zuwachsrate auf. Eine weitere Steigerung von 6 Prozent ergibt sich durch das Bergbauern-Sonderprogramm. Das ist gar keine Frage. Aber ich habe vorhin kurz gestreift, woher das Geld gekommen ist. Man nimmt den einen etwas weg, und gibt den anderen etwas, weil der Herr Minister Salcher sagt: Ich habe kein Geld mehr für sie.

Vielleicht sind einige Millionen irgendwo zuletzt dann noch dazugekommen. Das kann ja sein. Sie werden das ja dann ohnehin sagen, Herr Minister.

Meine Damen und Herren! Mir kommt es auf die Gesamtsicht an. Die Sozialisten sagen immer wieder: Schauen wir uns die vergangenen zehn Jahre an, vergleichen wir doch alles.

Ich sage jetzt auch: Schauen wir uns das an. Eine dynamische Betrachtung der letzten Jahre gibt mir Anlaß zu einer sehr großen

9992

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Ing. Murer

Sorge, Herr Minister. Ich halte mich an Ihre Reden: Vergleichen wir mit den letzten Jahren.

Ich nehme die letzten zehn Jahre her. Da darf ich Ihnen folgendes sagen:

1972 und 1973 betrug dieser Anteil, also der Anteil des Agrarbudgets am Gesamtbudget noch 1 Prozent. In der ÖVP-Regierung betrug dieser Anteil mehr als 1 Prozent, 1975 ist er schon zusammengeschmolzen auf 0,7 Prozent. 1977 betrug er sogar nur 0,58 Prozent, und 1981 belief sich dieser Grüne Plan, nämlich das, was den Bauern direkt zugute kommt und kommen kann, nur mehr auf 0,54 Prozent. Wenn man die zehn Jahre anschaut und auf das Jahr 1982 kommt, dann beträgt er für die Bauern nur mehr 0,52 Prozent, da müssen wir uns mit 0,52 Prozent zufriedengeben.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Das heißt: Innerhalb von zehn Jahren ist der Anteil des Grünen Plans am Gesamtbudget halbiert worden.

Ich will jetzt einen anderen Vergleich dazu bringen, weil er, glaube ich, gerade dazupafßt: Im Jahre 1970 haben wir etwa 35 Prozent Bauern gehabt, die sich durch einen Zuerwerb weiter über die Runden halten können. Herr Bundesminister! Durch Ihre Politik ist es Ihnen gelungen, das zu verdoppeln auf 60 bis 70 Prozent, und für die restlichen Bauern ist das Budget um die Hälfte gekürzt worden.

Das, Herr Bundesminister, ist eigentlich das typische Spiegelbild einer zehnjährigen sozialistischen Agrarpolitik!

Herr Bundesminister! Die sozialistische Agrarpolitik zeigt sich durch diese Zielsetzungen aber auch noch in einem anderen Bild. Ich möchte versuchen, einige Dinge aufzuzeigen, wie sich diese Bilder den Praktikern, den Bauern draußen zeigen.

Es gibt heute Tausende von Menschen in der Landwirtschaft, die Angst vor der Zukunft haben, die gezeichnet sind von der Angst vor der Zukunft, weil sie nicht wissen, Herr Minister, ob ein 30-, 40- oder 50-Stück-Viehbetrieb ohne Zuerwerb, auch wenn er gut geführt ist, ausreicht, um sich in die nächsten Jahre hinüberretten zu können. Die sozialistische Bundesregierung — und das muß ich betonen — steht nach zehn Jahren Regierung — seien Sie mir nicht böse, Herr Minister — wirklich ohne bäuerliches Arbeitsplatzsicherungskonzept da und gefährdet klarerweise dadurch Tausende, ja ich muß sagen Zehntausende von Arbeitsplätzen der Landwirtschaft.

Herr Bundesminister! Der wachsende Zwang zur Beseitigung — ich will es so formu-

lieren — von den sogenannten schwer verkäuflichen — Führungszeichen — „Überschüssen“ ist eben auch dadurch entstanden, weil ständig handelspolitische Fehlentscheidungen getroffen werden. Die Bauern zu einer Mehrproduktion zu treiben und zu glauben, daß man dann Getreide für Energie aus dem Osten tauschen kann, ist mit Sicherheit ein schlechtes Geschäft, vor allem dann noch, wenn man die Betroffenen, die man dazu getrieben hat, mit einem Krisengroschen in einer Zeit, wo man von der Krise nicht viel wissen will, belastet, Herr Minister.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auffordern, den Krisengroschen, den Sie so drastisch in gemeinsamer Arbeit mit der ÖVP, mit den Bauernbund-Herren beim Getreide angehoben haben auf 19,5 Groschen, für dieses Jahr auszusetzen, weil wir eine viel geringere Ernte gehabt haben, und vorzutragen für das nächste Jahr. Versuchen wir mit anderen Ländern ein gutes Geschäft zu machen. Dann sind wir auch bereit, das zu zahlen. Aber Energie aus dem Osten zu importieren und den Bauern Hunderte von Millionen abzunehmen, damit sie das mitfinanzieren sollen, damit alle anderen eine günstige Kohle kriegen, sehe ich nicht ganz ein. Herr Bundesminister, überlegen Sie sich das!

Ich habe schon gesagt: Die zunehmende Belastung mit dem Krisengroschen sowie der Zinswucher und die Preistreiberei bei den Betriebsmittelbestimmungen bringen eben diese selbständigen Existenzen im ländlichen Raum, diese Familienbetriebe in Gefahr. Und weiter in Gefahr, denn sie wissen ja nicht, wie die Zukunft aussieht, Herr Bundesminister. Sie sind es uns schuldig, uns eine klare Antwort zu geben.

Die stagnierenden Agrarpreise zwingen uns natürlich — das weiß ich schon — weiter zu der Mengenproduktion, zu Überschüssen. Die Umweltprobleme — alle, wie wir sie kennen — werden wir auch damit nicht lösen, Herr Minister. Da können Sie zehn Umweltminister einsetzen. Es ist gescheitert, wir haben gar keinen und machen eine gescheiterte Agrarpolitik und eine gescheiterte Politik im ländlichen Raum. Dann könnten wir es vielleicht leichter lösen. *(Zustimmung bei der FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aber diese wenigen Punkte, meine Damen und Herren, zeigen doch auf — ich habe mich doch bemüht, diese Dinge aufzuzeigen —, wir sind eigentlich mit der Agrarpolitik, mit der Politik für den ländlichen Raum in eine Sackgasse gekommen, in eine Sackgasse, wo wir nur mit viel Mut zu einer Neuordnung herauskommen können, Herr Minister.

Ing. Murer

Meine Herren der Österreichischen Volkspartei! Eines, Herr Kollege Riegler, muß ich Ihnen ja sagen: Mich hat es sehr gefreut, daß Sie ebenso wie ich und wir Freiheitlichen gemeint haben, daß wir zu einer Marktordnung kommen sollten, die auf Jahrzehnte Gültigkeit haben müßte und nicht auf ein Schachergeschäft, wo man sich jedes Jahr auf überhebliche Forderungen der Sozialisten einlassen muß, wo dicke, fette Pfründe dort oder da nur landen können.

Na, wo landen sie denn heute? Mehr oder weniger, Herr Minister, in Ihrem Ressort und in Ihrer Partei.

Ich will auf diese Dinge gar nicht näher eingehen, was uns die drastische Qualitätsverschärfung in der Milchproduktion eingebracht hat. Im Budget steht nichts davon drinnen, welche Mittel man da geben kann, damit unsere Bauern das auch zustande bringen in Zukunft ohne Einkommensverluste. Kein Groschen ist vorhanden! Sie zwingen uns einfach dazu, immer mehr in die Enge, immer mehr uns an die Wand zu stellen. Und irgendwann muß man halt dann sagen: Ja, entweder meine Frau geht arbeiten oder ich gehe selber. Betriebe mit 30, 40 ha Grünland ohne Zuerwerb im Berggebiet können nur schwer existieren.

Das ist das Trauerspiel der Agrarpolitik in Österreich, meine Damen und Herren!

Wenn diese Politik, Herr Minister, aufrechterhalten bleibt — ich will Ihnen das nur so sagen als Bauer —, dann, glaube ich, daß für die Bauern, die Bauern bleiben wollen, in der Zukunft halt nicht etwas sehr Gescheites herauskommen wird.

Wenn ich dann noch daran denke, daß zur Aufrechterhaltung dieser Politik und zur Deckung der damit verbundenen Systemkosten, das muß man ja auch sagen, auf die Erzeugereinkommen zurückgegriffen wird in Form von immer mehr Krisengroschen, dann wird das Ganze wirklich absurd, und zwar deshalb, weil man ja das Einkommen über die Mechanismen der sogenannten Marktordnung entstehen läßt, um sie dann diesen Begünstigten wieder auf dem Weg des Krisengroschens wegzunehmen. Um diese Art, Herr Minister, der Einkommensentstehung finanzieren zu können, wenn wir diesen Weg weiter wählen, dann, glaube ich, daß wir aus diesen Problemen nicht herauskommen werden.

Meine Damen und Herren! In jüngster Zeit — ich möchte kurz auf die Sozialpolitik überleiten, ich will näher nicht eingehen, weil Herr Kollege Haider, mein Freund Jörg Haider, das sehr ausführlich in der Debatte getan

hat und gesagt hat — hört man immer wieder: Die Bauern haben ein Sozialbudget von 8,5 Milliarden. Die tonangebenden Kräfte in diesem Lande meinen, daß das ein unheimlich großer Zuschuß, eine Förderung ist, die eigentlich dazu beitragen soll, daß die Bauern mit ihren kritischen Stimmen eher verstummen mögen.

Herr Bundesminister! Das ist das eine Maß, mit dem man heute in der Gesellschaft Österreichs mißt. Das andere Maß, das ich empfinde für die Berufsgruppe, die ich zu vertreten habe, ist jenes: Ich möchte jetzt nur die zaghaften Versuche, das Mutterschaftsgeld für die Bäuerin einzuführen, diese zaghaften Versuche, Gebilde, dunkle Gebilde, wo man sich gar nicht recht auskennt, ist das Gefühl, daß das eher dazu beigetragen hat, wieder einmal eine diskriminierende Haltung gegenüber den Frauen in der Landwirtschaft einzunehmen.

Herr Minister! Ich möchte Ihnen und ich darf Ihnen als kleiner Oppositionsredner einer kleineren Partei einen guten Rat geben: Wenn man nicht weiß, was das Ziel sein soll, dann ist doch ganz klar, daß man nicht weiß, wie der Weg gehen soll.

Aber versuchen Sie doch nicht, hier Dinge zu machen, die in den Ansätzen vielleicht dann stecken bleiben und wo jahrzehntelang darauf gewartet werden muß, bis man eine gleiche — eine gleiche — Förderung im Karenzgeld bei unseren Frauen in der Landwirtschaft herbeiführen kann. Diese Diskriminierung wollen wir lieber gar nicht beginnen.

Entweder wir haben das Geld, dann geben wir es ihnen. Wenn wir es nicht haben, Herr Minister, dann lassen wir es lieber.

Herr Bundesminister! Aber weiter zum Agrarbudget noch ein paar Daten. Es ist auch ein Budget des Widerspruchs, das ist gar keine Frage. Ein Budget des Widerspruchs deshalb, weil es den tatsächlichen Gegebenheiten in gar keiner Weise Rechnung trägt, überhaupt in gar keiner Weise.

Da kommt jetzt wirklich das leidliche Problem, man zwingt die Bauern immer mehr bei den Investitionen, in den Kreditbereich zu gehen, die Zinsen sind gewaltig gestiegen.

Aber eines: Mir tut es furchtbar leid, Herr Minister, daß Sie es nicht fertiggebracht haben, Sie sind da sicherlich nicht schuld daran, das muß ich auch sagen, weil der Herr Finanzminister halt kein Verständnis hat für Sie, aber in einer Zeit, in der die Zinsen weltweit so gestiegen sind, wo Sie alle nichts

Ing. Murer

dafür können, ist mir schon klar, daß die Gegensteuerung einzuleiten wäre, wie wir Freiheitlichen immer sagen. Warum tun Sie denn das nicht, Herr Minister? Sagen Sie doch Ihrem Kollegen, das ist doch unmöglich: In der Zeit, wo es Kredite mit 3,5 bis 4 Prozent Zinsbelastung gab, hat es fast die gleichen Zinsenzuschüsse gegeben wie heute mit 12 Prozent Zinsen.

Herr Bundesminister! In einer parlamentarischen Fragebeantwortung haben Sie uns wissen lassen, daß der Nettozinssatz für die Flachlandbauern — man muß es ja sagen, weil Sie alles so eingeteilt haben — 8 ¼ Prozent beträgt, für die Bergbauern 7 ¼ Prozent. So ist binnen einem Jahr der Nettozinssatz für die Talbetriebe um 2 ¾ Prozent, für die Bergbauernbetriebe fast um ein ganzes Prozent gestiegen, meine Damen und Herren!

Sicherlich werden die anderen Damen und Herren, die die Wirtschaft zu vertreten haben, meinen, alle hat es genauso getroffen. Das ist richtig.

Nur, Herr Bundesminister, wenn sich das in der Landwirtschaft eingesetzte Kapital, egal ob Eigenkapital oder Fremdkapital, nicht mehr so verzinst, wie es vor zehn Jahren in etwa war, sodaß wir null Prozent Verzinsung haben und man trotzdem die Bauern in eine Investitionspolitik hineintreibt, die nur mehr über Banken möglich ist, weil Gewinne nicht mehr gemacht werden können, dann muß ich Ihnen sagen: Diese Agrarinvestitionskreditaktionen bringen die Bauern in Österreich in Gefahr und können bald nicht mehr mit gutem Gewissen als Förderung der Landwirtschaft empfohlen werden.

Herr Bundesminister! Durch dieses hohe Zinsniveau werden die Bauern weiter mit Hunderten von Millionen Schilling belastet und viele Vollerwerbsbetriebe, die der Politik des Weichens auskommen wollten, sind natürlich jetzt in furchtbare Gefahr gekommen, weil sie nur mehr den Weg zur Bank haben.

Das Leitbild der SPÖ-Agrarpolitik, meine Damen und Herren, hat hier hart durchgeschlagen und meiner Meinung nach danebengeschlagen. Hier hätte man sollen gegensteuern, hier hätte man großzügiger die Kredite stützen sollen, damit die Bauern die Möglichkeit haben, weiterzuwirtschaften. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist leider so, daß der Herr Bundesminister mit dem Budget, mit dem Agrarbudget, zu einem Spielball der Haushalts- und Finanzpolitik der sozialistischen Bundesregierung geworden ist. Das tut mir sehr leid.

Aber für mich, Herr Minister, ist es auch sehr erschreckend, das muß ich auch sagen, als ich heute gehört habe, Herr Kollege Pfeifer auch, das muß ich Ihnen auch sagen, wie einäugig, mit einer Abwertung, die meiner Meinung nach nie da war, über die Agrarpolitik, über diese Probleme, die so viele Tausende von Familien betrifft, hier diskutiert wird. Das, meine Damen und Herren, habe ich in den letzten Jahren, seit ich hier bin, noch nicht erlebt.

Es tauchen immer mehr neue Ratgeber auf, immer weniger Bauern, immer weniger Selbstständige, immer mehr Ratgeber, die uns mit klugen Ratschlägen hier beglücken möchten, und denen möchte ich eines sagen: Alle Institute und alle Büros und alles, was sich da so bildet in Österreich, die wachsen ja wie die Schwammerln aus dem Boden, alle leben von uns, ihnen muß ich eines sagen: Wenn die österreichische Agrarpolitik nur mehr — nur mehr — durch die Brille der Abwanderung und der damit verbundenen Zerstörung der Selbständigenexistenzen gesehen wird, dann soll sich niemand in Österreich wundern, wenn sich gerade die jungen Menschen immer mehr von dieser Politik abwenden.

Meine Damen und Herren! Daß es Probleme gibt in allen Wirtschaftsbereichen, daß es Probleme gibt in der Agrarpolitik, ist gar nicht so sehr die Schuld der Bauern. Denn die Bauern haben bis heute alles getan, was man ihnen geraten hat, und sie haben sich sehr an die rationellen Anordnungen der entsprechenden Experten gehalten und sich angepaßt.

Aber, meine Damen und Herren, man soll diese Menschen nicht verunsichern. Man soll ihnen sagen, wohin der Weg geht und was ein durchschnittlich gut geführter Familienbetrieb in den nächsten Jahrzehnten, nicht morgen und übermorgen, in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten hat.

Ich möchte wissen, ob meine Tochter Bäuerin werden kann oder ob es sich nicht mehr lohnt, das Studium aufzunehmen, weil es keinen Bauernhof mehr geben wird, weil er weg-rationalisiert wurde, um mit Hunderten von Millionen Schilling in der Industrie einen Arbeitsplatz zu schaffen. Das ist nämlich die viel teurere Art, Herr Minister. Da werden Sie mir ja sicher recht geben.

Ich weiß schon, Sie sind nicht der allein Verantwortliche, aber, meine Damen und Herren, ich möchte dazu ein sehr ernstes Wort noch sagen. Gerade gestern bei den Debatten VOEST-Alpine, bei den gestrigen Debatten über Zuschüsse zur verstaatlichten Industrie hat mich das sehr bewegt. Wenn

Ing. Murer

man in einer Zeit wie jetzt, in einer sehr schwierigen Zeit, immer mehr Milliardenbeiträge für Staatsbetriebe, für Banken trotz Haushalts- und Budgetmisere lockermachen kann, dann, meine Damen und Herren, sollte man eigentlich nicht vergessen, daß ein paar hundert Millionen mehr für eine so wesentliche Zinsstützung nicht unbeachtet bleiben sollten.

Ich würde mich sehr freuen, Herr Minister, wenn es gelänge, die Zinsen der Agrarinvestitionskredite wieder auf 3 Prozent herabzusetzen, denn dann können wir Bauern wieder investieren und dazu beitragen, daß in der Industrie die Arbeitsplätze, viele Tausende von Arbeitsplätzen in der Industrie, sicher gehalten werden können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt, meine Damen und Herren, meiner Meinung nach überhaupt keinen Grund, überhaupt keinen einsichtigen Grund, warum die Bauern einem so großen Kostendruck ausgesetzt werden müssen. Und dieser Kostendruck setzt sich immer weiter fort.

Wie ich sagte, jeder, der seine selbständige Existenz aufgeben muß, nachdem wir uns alle zur Vollbeschäftigung bekennen, muß meiner Meinung nach, weil er ein Recht hat auf die Arbeit, am Arbeitsmarkt untergebracht werden. Und das kostet Hunderte von Millionen. Herr Minister, geben wir die Hunderte von Millionen direkt dorthin, wo er sich befindet, dann braucht er seine Familie nicht zu verlassen, und wir brauchen diese Pendlerpauschale und alle Probleme, die es da gibt, nicht weiter zu lösen und haben diese ganzen Sorgen dann nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher, meine Damen und Herren, möchte ich jetzt kurz zusammenfassen. Gerade, weil wir in einer sehr schwierigen Zeit leben, bewegt mich dieses Problem sehr. Ich glaube, daß wir nicht weit nach Osten zu schauen brauchen, wo Millionen von Menschen vor leeren Geschäften stehen, wo es nichts zu essen gibt und nichts zu kaufen. Und ich wage fast zu behaupten, wenn wir in eine Krise kommen und uns diese riesigen Futtermittelimporte und Agrarimporte vielleicht nicht mehr leisten können, daß wir dann in eine Problematik hineinkommen, die uns alle miteinander erspart bleiben möge. Und das läßt sich machen, Herr Minister. Mit vielen Bauern in unseren ländlichen Regionen läßt sich das ohne weiteres machen. Wenn wir viele Vollerwerbsbauern haben, dann werden wir diese Agrarprodukte liefern, die Grundnahrungsmittel liefern, gesunde Grundnahrungsmittel liefern, die unsere Menschen in diesem Land ernähren sollen. Wir werden sie für

Jahrzehnte, für Generationen liefern können. Aber wenn Sie dazu beitragen, daß immer weniger Vollerwerbsbauern werden, dann begeben Sie sich in eine politische Entwicklung, die vor der gesamten Bevölkerung Österreichs nicht zu verantworten ist.

Aber ich möchte zusammenfassend zum Budget noch etwas sagen. Das Agrarbudget, Herr Minister, ist im weitesten Sinn, so wie es alle Jahre diskutiert wird, ein Sammelbecken von unterschiedlichen Budgetansätzen. Bitte, sagen Sie das der Bevölkerung, und halten Sie nicht, so wie der Herr Finanzminister, großspurige Reden, die die anderen nur verunsichern. Es liegt im gesamtwirtschaftlichen, im volkswirtschaftlichen Interesse, glauben Sie mir das.

Das Kapitel Land- und Forstwirtschaft erfährt 1982, Herr Minister, eine anerkennenswerte Steigerung von 8,6 Prozent auf rund 5,4 Milliarden Schilling. Gar keine Frage, das ist eine anerkennenswerte Steigerung. Aber die kräftigste Steigerung liegt im Bereich der Agrarbürokratie mit 13,7 Prozent.

13,7 Prozent mehr Agrarbürokratie für immer weniger Bauern wurde hier reserviert. Der Grüne Plan mit dem gesamten Bergbauern-Sonderprogramm, meine Damen und Herren, als ein Herzstück, überhaupt als das Herzstück der Agrarpolitik, erfuhr zwar eine erfreuliche Ausweitung um 6 Prozent, doch, Herr Bundesminister, hier waren die Umschichtungsheinzelmännchen am Werk. So ist das zustande gekommen. Mit einer Zauberformel, die heißt: Man nehme den Talbauern und gebe denen im Gebirge.

Der Grüne Plan, Herr Bundesminister, gemessen am Gesamtbudget, geht immer mehr zurück. Ich habe Ihnen ja vorher vorge tragen, wie sich das in den letzten zehn Jahren entwickelt hat, und wir sind nun bei 0,52 Prozent des Gesamtbudgets, und das ist eine sehr leidliche Zahl.

Herr Bundesminister! Damit befindet sich halt die österreichische Bauernschaft in einem Zangengriff in Form einer unterdurchschnittlichen Förderungsmittelsteigerung und einer enttäuschenden sonstigen Agrarpolitik.

Herr Bundesminister Haiden! Ich möchte der jetzigen Bundesregierung nur vier Wünsche heute mitgeben oder Ihnen das mitgeben, damit Sie es weitergeben, was wichtig wäre, damit wir weiter existieren und selbständig bleiben können: ein neues Preisgesetz, ein neues Landwirtschaftsgesetz, das den Bauern die kalkulierten Erzeugerpreise zugesteht, ein allgemeines Agrarkreditpro-

Ing. Murer

gramm, das sich nach der Verzinsung des im Betrieb investierten Kapitals zu orientieren hat, und ein Arbeitsmarktkonzept, Herr Bundesminister, das dem Bauernstand zu einer neuen Blüte verhelfen soll. Das sollen die Damen und Herren der Bundesregierung — ich würde es mir wünschen — in der nächsten Zeit bald vorlegen. Es gibt bis jetzt keines. Kollege Wille, Sie brauchen nicht so enttäuscht zu schauen. *(Zwischenruf des Abg. Wille.)*

Herr Kollege Wille! Sie sind bei Sozialprogrammen ein großer Redner, und Sie haben sicher auch viel erreicht. Darf ich hier im Namen der Bauern Österreichs, denn da geht es ja auch um die Gesamtentwicklung in der Zukunft, eine soziale Forderung, einen sozialen Wunsch deponieren, nämlich das Sozialprogramm weiterzuentwickeln, das unseren Frauen, unseren Bäuerinnen in diesem Land die gleichen Chancen einräumt wie allen anderen Frauen Österreichs. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Da es hier noch viel Arbeit gibt, wozu wir Freiheitlichen gerne, Herr Minister, soweit wir können, mit Ideen beitragen möchten — ich weiß schon, alles ist ja nicht möglich —, aber weil es noch unheimlich viel zu tun gibt und vieles in den letzten Jahrzehnten auch nicht erkannt wurde, können wir Freiheitlichen diesem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)* 11.42

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Deutschmann.

11.42

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verlauf der Debatte zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft muß uns eigentlich zu denken geben. Wir haben gestern ein Gesetz beschlossen, mit dem man für die Arbeitsplatzsicherung einiges getan hat, Gott sei Dank etwas tun konnte. Aber wir haben heute vom Hauptredner der Regierungspartei wiederum vernehmen können, daß kritische Anmerkungen der Opposition als Unterstellungen abqualifiziert werden, daß man versucht, im Rahmen der Ausführungen darauf hinzuweisen, daß ja sowieso alles in bester Ordnung sei. Wie nicht anders zu erwarten, versucht man, unter allen Umständen darauf hinzuweisen, daß man ja, wenn man über Agrarpolitik redet, das Sozialpaket, das auch die Landwirtschaft betrifft, miteinzukalkulieren hat.

Hier hat sich der Herr Abgeordnete Pfeifer wirklich wieder in eine Diktion verstiegen, die

ich einfach nicht so ohne weiteres hinnehmen kann, als er nämlich gemeint hat: Wir haben das gemacht. Aus. Ihr habt das einfach zur Kenntnis zu nehmen. Ich war damals dabei, Kollege Pfeifer, und es ist mir noch in bester Erinnerung, als einer Ihrer Hauptredner eine Monsterrede gehalten hat gegen die Bauernpensionsversicherung und hat nicht weniger als 67 Abänderungsanträge eingebracht, welche insbesondere über die Beitragsleistung den bauerlichen Berufsstand belasten sollten. Sie wissen ja selbst, auch der nachmalige Dritte Nationalratspräsident Pansi hat hier eine Rolle gespielt. Ich möchte darauf nicht eingehen, sondern nur folgendes sagen: Wenn damals die Regierungspartei und die Vertreter des Bauernbundes nicht echt ein Bollwerk gegen Ihre Ansinnen errichtet hätten, wären die Bauern schon lange nicht mehr in der Lage, die hohen Beitragsleistungen zu entrichten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber auch auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pfeifer — das paßt ja eigentlich in mein Konzept hinein — kurz eingehen, weil man sehr gerne versucht, darauf hinzuweisen: Wie war es einmal und wie ist es heute? *(Abg. Pfeifer: Entschuldigen Sie: ein Zwischenruf!)*

Warten Sie ein bisserl, Herr Abgeordneter Pfeifer. Ich weiß, daß Sie sehr gerne in der Vergangenheit herumkriechen und versuchen, die Öffentlichkeit falsch zu informieren oder in der Hoffnung Aussagen zu machen, daß die Menschen vergessen haben, was einmal war.

Sie haben heute auch das Energieproblem, Diesellohlpreis und so weiter als etwas Hervorragendes, als Teil der Agrarpolitik hier in diesen Raum gestellt. *(Abg. Pfeifer: Ein Zwischenruf bitte!)*

Bitte, Herr Abgeordneter Pfeifer, ich habe nur 20 Minuten Zeit und Sie haben gesagt, es sind „eh“ zu viele, die reden, aber ich möchte sagen, daß das doch dem freien Abgeordneten zugeordnet werden kann, ob er sich zum Wort meldet oder nicht. Das möchte ich nebenbei bemerken. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pfeifer: Aha! Ich habe mir alles gefallen zu lassen! Bitte!)*

Ich möchte nur sagen, daß man damit rechnet, daß die Leute vergessen. Ich muß jetzt folgendes aufzeigen: Im Jahr 1970 hat der Bauer für einen Liter Diesellohl 1,90 S bezahlt, im Jahr 1981 bereits 7,62 S. *(Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Und daran bin ich schuld?)*

Nein, Herr Bundesminister, ich werde dann in meinen Ausführungen noch auf einiges in diesem Zusammenhang zurückkommen. Sie

Deutschmann

sagen ja immer, welche gute Agrarpolitik in der Gesamtheit gesehen für die österreichischen Bauern geleistet wird. Ich war verwundert — ich sage Ihnen das ganz offen —, wie der Minister Lausecker hier die Interessen seines Ressorts vertreten hat. Da habe ich gesagt: Eigentlich, Herr Minister, hätten wir das auch von Ihnen erwartet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich werde auf das zurückkommen, weil der Herr Abgeordnete Roppert hat ja hier gesagt: Wir werden nicht auf den Bildungsurlaub verzichten, wir wollen nicht auf das verzichten, und wir wollen nicht auf jenes verzichten. Der Herr Minister Lausecker hat sich dafür eingesetzt und gesagt: Es ist unser gutes Recht, das beizubehalten. Nur wenn es um die Probleme der Landwirtschaft geht, dann versucht man in verschiedenen Ausflüchten zu enden, die Bauern sind halt dann leider Gottes die Leidtragenden.

Ich möchte aber noch etwas dazu sagen, weil ich beim Dieselölpreis bin. Der Herr Abgeordnete Murer hat auch darauf verwiesen, ich habe da auch einige Zahlen aufgeschrieben, weil man da immer wieder auf die Vergangenheit zurückgreift.

Herr Bundesminister! Im Jahre 1971 hat ein Steyrer-Traktor mit 52 PS 116 500 S gekostet. Der gleiche Steyrer-Traktor kostet im Jahre 1981 319 053 S. Und jetzt, Herr Abgeordneter Wille, möchte ich noch etwas sagen, weil man sehr gerne darauf sagt: Ja, aber es hat Preissteigerungen in verschiedenen Bereichen gegeben und außerdem spielt die Produktivität eine große Rolle, wir müssen ja wissen, daß sich pro Einheit wesentlich mehr erzeugen läßt.

Ich habe das umgerechnet: Im Jahre 1971 hat man 7 116 kg Rindfleisch gebraucht, um diesen Traktor kaufen zu können; im Jahre 1981 — der Preis ist schon drinnen, die Erzeugung geht nicht schneller — 13 722 kg. Gerade aus Kärnten kommt sehr viel Mais, wir sind ein gutes Maisanbaugebiet: im Jahre 1971 54 186 kg und im Jahre 1981 110 782 kg.

Dazu kommt noch das eine — mein Kollege, Abgeordneter Riegler hat schon darauf verwiesen —, was sich da im Zusammenhang mit dem AIK ergeben hat, welches Spiel man hier getrieben hat, einer wollte auf den anderen die Verantwortung abschieben. Herr Bundesminister! Diese Verantwortung tragen Sie, Sie sind der Ressortminister, Ihre Aufgabe ist es, mit den zuständigen Stellen so zu verhandeln, daß ein positives Ergebnis zugunsten der Bauern herauskommt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In den Jahren 1970/71 kostete ein AI-Kredit dem Bauern drei Prozent. Um drei Prozent konnte im Jahre 1970 beziehungsweise 1971 der Bauer einen AI-Kredit für sich in Anspruch nehmen, bei diesen Maschinenpreisen. Im Jahre 1981, Herr Landwirtschaftsminister, ich brauche Ihnen ja nichts zu erzählen, wir wissen es nicht ganz genau, 7 bis 8³/₈ Prozent. Das ist die Situation, mit der wir uns jetzt auseinandersetzen müssen.

Und da behaupten Sie, daß das eine „Klasse“, eine gute Agrarpolitik ist.

Ich sage es Ihnen ganz offen, Herr Bundesminister — ich habe auch schon im Ausschuß darauf verwiesen —: Sie kommen mit den Budgetansätzen 1982 nicht über die Runden. Sie können nicht über die Runden kommen, schon deshalb nicht, weil Sie die Budgetüberschreitung in diesem Budget gar nicht berücksichtigt haben. Sie haben sie nicht berücksichtigt!

Man hat aber — der Herr Abgeordnete Riegler hat ja darauf verwiesen — mit Zahlenspielen in der Öffentlichkeit zeigen wollen, wie gut das Agrarbudget für die Landwirtschaft aussieht.

Wir haben nichts dagegen, daß man die Bundesforste erwähnt, die Lawinenverbauung, die Flußverbauung, die Spanische Hofreitschule und so weiter und so fort, die Gärten in Wien, die alle in Ihrem Budget verwaltet werden. Ich habe gar nichts dagegen! Aber wir haben etwas dagegen, wenn man in der Öffentlichkeit das Bild malt, das seien alles Förderungen, Unterstützungen für die Landwirtschaft. Dagegen verwahren wir uns, Herr Bundesminister. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Leider ist es so — ich muß das sagen, die Entwicklung zeigt das ja —, daß die Agrarpolitik, die Sie jetzt betreiben, nicht greift. Sie greift einfach nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Heute erklärt man — so auch der Herr Abgeordnete Pfeifer —: Wenn mehr Nebenerwerbsbetriebe wären oder mehr Zuerwerbsbetriebe, das ist halt so eine Entwicklung et cetera.

Ich sage Ihnen ganz offen, Herr Abgeordneter Pfeifer, in der Zeit von 1966 bis 1970 hat man gesagt: Die schlechte Agrarpolitik ist schuld daran, daß es diese Entwicklung gibt. Ich frage Sie: Welcher Bauer ist denn bereit, eine doppelte Belastung auf sich zu nehmen mit einem Nebenerwerb, damit er mit seinem Betrieb über die Runden kommt? In keinem anderen Beruf mutet man den Menschen eine solche Entwicklung zu, aber in der Landwirtschaft ist das ein „Strukturproblem“, eine

Deutschmann

„Entwicklungsphase“, die man einfach überdauern muß und die, die übrigbleiben, werden schon schauen, daß es weitergeht. Dagegen verwahren wir uns!

Wir sind der Auffassung, es darf uns nicht so ergehen — bitte jetzt allen Ernstes — wie der Verstaatlichten Industrie. *(Beifall bei der ÖVP.)* Jahrelang hat man hier im Parlament auf die Schwierigkeiten der Verstaatlichten Industrie hingewiesen, hat man aufgezeigt, daß es da und dort nicht stimmt, aber es wurde das alles vom Tisch gewischt, es sei ohnehin alles in bester Ordnung.

Beim letzten Wirtschaftsbericht hat man noch gesagt: Was wollt ihr denn? Die höchste Beschäftigungsrate in Österreich, die niedrigsten Arbeitslosenziffern und so weiter und so fort. Und gestern haben wir 4 Milliarden auf den Tisch legen müssen. Hoffen wir, daß das nicht einmal bei uns in der Landwirtschaft auch so passiert.

Ich bin der Auffassung, daß die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft genausoviel wert sind und genauso geschützt gehören wie in allen anderen Bereichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist auch ein Problem, das im Zusammenhang mit dem Einkommen zu sehen ist. Es paßt uns nicht, Herr Landwirtschaftsminister — ich weiß, Sie sind nicht zuständig, ich weiß, daß der Herr Handelsminister der Preisminister ist, aber ich muß das Ihnen sagen, weil Sie vertreten uns ja in der Bundesregierung als Landwirtschaftsminister —, es geht nicht an, Herr Landwirtschaftsminister, wenn es Preisanträge der Landwirtschaft gibt, daß es dann letzten Endes heißt: Volkswirtschaftlich ist nur so viel vertretbar. Aus! Basta!

Wenn es um die Betriebsmittelerhöhungen und um diese Preise geht, so hat man ja vom Herrn Handelsminister gehört — im Zusammenhang mit dem Kunstdüngerpreis, Sie werden sich noch sehr gut daran erinnern —: betriebswirtschaftlich gerechtfertigt.

In der Landwirtschaft, wenn es Wünsche gibt, heißt es: volkswirtschaftlich nicht vertretbar, mehr ist nicht drin, ihr kriegt nicht mehr, mit dem müßt ihr euch zufriedengeben. Wenn es aber um den anderen Bereich geht, dann heißt es: betriebswirtschaftlich gerechtfertigt.

Meine sehr Geehrten! Wir glauben, daß das Gleichheitsprinzip nicht richtig angewendet wird von Ihnen, daß ja auch Sie, Herr Landwirtschaftsminister, die Verpflichtung haben, in der Bundesregierung den Herrn Preisminister darauf aufmerksam zu machen, daß in

der Landwirtschaft Menschen leben, die auch das Recht auf einen ordentlichen Lohn haben.

Und wenn das endlich einmal Platz greift, wird es auch möglich sein, letzten Endes doch zu einer verbesserten Agrarpolitik zu kommen.

Der Herr Abgeordnete Fauland hat immer dieses Büchel herausgenommen und hat gewunken damit. Ja, wissen Sie was das ist? Eine Zusammenfassung von Daten und Fakten, nicht mehr! *(Ruf bei der SPÖ: Die Daten sprechen für sich!)*

Schauen Sie, Sie können die Zahlen wahrscheinlich nicht richtig deuten, weil Sie die Dinge nicht auseinanderhalten können. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Fauland.)*

Abgeordneter Fauland! Warten Sie ein bißchen, ich werde Ihnen folgendes sagen: Ich habe auch die Sorge, Herr Landwirtschaftsminister, daß wir im Zusammenhang mit der Problematik auf dem Milchsektor, auf dem Rindersektor und auf dem Schweinesektor in der nächsten Zeit in größte Schwierigkeiten kommen werden.

Herr Landwirtschaftsminister! Lesen Sie die Seite 65, es muß Ihnen ja zu denken geben, daß in den Jahren 1971 und 1972 weit mehr Rinder ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Herr Abgeordneter Fauland, hören Sie zu! In den Jahren 1971 und 1972 konnten weit mehr Rinder exportiert werden als im Jahre 1981. Vor zehn, elf Jahren bitte.

Daß sich das Einkommen sicher durch den Verkauf vergrößert oder verkleinert, muß Ihnen klar sein, und deshalb sage ich Ihnen: Das sind nur Daten. Wenn das der Herr Landwirtschaftsminister weiß, dann muß er ja sofort etwas unternehmen, damit sich das ändert. Wir stehen ja jetzt schlechter da bei den Exporten.

Aber was ist passiert? Abbau bei den Abhof-Verkäufen bei den Bergbauern und so weiter und so fort, eine Verminderung der Einkommen in diesen Bereichen. Sehen Sie, das ist es. Ich bin ja den Beamten recht dankbar dafür, daß sie uns diese Broschüre in die Hand gegeben haben. Wirklich. Die ist sehr brauchbar, ich möchte das gar nicht leugnen.

Aber welche Schlüsse zieht man aus dieser Entwicklung? Das wollte ich Sie fragen, Herr Landwirtschaftsminister: Welche Schlüsse werden Sie aus dieser Entwicklung ziehen? Ich weiß, daß in diesem Zusammenhang verschiedene Ungereimtheiten mit zu beobachten sind, die leider Gottes von Ihnen einfach nicht zur Kenntnis genommen werden.

Deutschmann

Die Milchsituation ist sicher ein Teil dieser Entwicklung. Wenn sich hier nicht bald etwas anderes tut, werden wir in größere Schwierigkeiten kommen. Ich habe im Ausschuß schon gesagt, Herr Bundesminister: Welche Maßnahme werden Sie setzen? Wir haben ja einmal schon das Tief auf dem Schweinemarktssektor gehabt, dann sind wir in Mallnitz zu einer Regelung Gott sei Dank gekommen.

Man hat dann dort erklärt, der Herr Landwirtschaftsminister auch: Wir müssen alles unternehmen — bitte hören Sie zu —, damit uns das kein zweites Mal passiert.

Jetzt wissen wir schon, daß im kommenden Frühjahr, im April/Mai der Schweineberg uns wieder ins Haus steht. Ich habe den Herrn Landwirtschaftsminister im Ausschuß gefragt: Herr Minister, was werden wir denn tun? Die Antwort war: Bei den Marktordnungsverhandlungen werden wir auch diese Sache in den Griff bekommen.

Herr Minister! Diese Aussage greift bei einem Laien, aber nicht bei einem, der bei den Verhandlungen mit dabei ist und weiß, was los ist. Herr Minister! In dieser Zeit ist der Schweineberg schon weit über uns, wir ersticken schon daran, bis wir dann die Marktordnungsverhandlungen abgeschlossen haben.

Sie wissen ja: Erst am 1. Juli kommt die Marktordnung zum Tragen. Bis dorthin ist schon alles vorbei mit dem Schweineberg. Deshalb fordere ich Sie auf, Herr Bundesminister, sofort etwas zu unternehmen, damit nicht wiederum die Bauern, deren Arbeit immer wieder gelobt wird, unter die Räder kommen.

Ich möchte schließlich sagen: Ich glaube, daß die Situation nicht sehr leicht, in der ganzen Welt nicht leicht ist. Das muß man wissen.

Wir wissen auch, daß es in Europa in manchen Ländern beziehungsweise Staaten schon Ernährungsschwierigkeiten und Versorgungsschwierigkeiten gibt.

Tun wir alles, Herr Landwirtschaftsminister, daß wir einen zukunftsorientierten Bauernstand haben, damit auch unsere jungen Leute gern bereit sind, diesen Beruf anzunehmen! Denn wenn es einen gesunden Bauernstand gibt, ist es auch möglich, Nahrungsmittel zu erzeugen, und das dient dem ganzen Volk. Ich möchte daher sagen: Landwirtschaft geht alle an! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schließlich will ich noch einen Antrag verlesen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Deutschmann, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (815 und Zu 815 d. B. in der Fassung des Ausschußberichtes 900 d. B.), Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, betreffend eine Agrar- und Wirtschaftspolitik für die Bauern:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Agrar- und Wirtschaftspolitik so auszurichten, daß den Bauern

kostendeckende Preise und

Absatzsicherheit garantiert werden;

durch eine gezielte Investitionsförderung die dynamische Weiterentwicklung der bäuerlichen Betriebe ermöglicht wird und

die Bauern durch die Förderung von Produktionsalternativen neue Chancen auf dem Markt wahrnehmen können.

Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.02

Präsident: Der Entschließungsantrag ist genügend unterstützt, steht mit in Behandlung.

Nächster Redner ist der Abgeordnete Peter.

12.02

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Die freihheitlichen Abgeordneten werden den soeben vom Abgeordneten Deutschmann verlesenen Entschließungsantrag unterstützen und für ihn stimmen.

Ich halte nur fest, daß jene Forderungen, die diesem ÖVP-Entschließungsantrag zugrunde liegen, seit Jahren erhoben worden sind, aber bis heute nicht realisiert werden konnten.

Ich gebe dem Wunsche und der Erwartung aus freihheitlicher Sicht Ausdruck, daß es möglich sein möge, diesem Entschließungsantrag in der Agrarpolitik zum Durchbruch zu verhelfen.

Meine Damen und Herren! Als „agrarpolitischer Hilfsarbeiter“, wenn auch als sehr interessierter, habe ich den bisher vorgetragenen Argumenten der Agrarfachleute mit großer Aufmerksamkeit zugehört.

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich auch den Argumenten des Generalredners der sozialistischen Fraktion gelauscht. Allerdings gestehe ich, daß ich vom Inhalt seiner Ausführungen

10000

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Peter

rungen heute so enttäuscht worden bin wie kaum jemals zuvor. Man kann, Herr Abgeordneter Pfeifer, nicht von einer Schwarzweißmalerei, die Sie heute betrieben haben, reden, sondern nur mehr von einer Rot-in-Rot-Malerei.

Durch diese Rot-in-Rot-Malerei haben Sie nicht nur bei den freiheitlichen Abgeordneten und nicht nur bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, sondern sicher auch in weiten Kreisen der österreichischen Landwirtschaft an Glaubwürdigkeit eingebüßt, deswegen an Glaubwürdigkeit eingebüßt, weil es einfach nicht so rosig für die österreichischen Bauern bestellt ist, Herr Abgeordneter Pfeifer, wie Sie es als der sozialistische Agrarpolier in Ihrer Rot-in-Rot-Malerei heute dargelegt haben.

Meine Damen und Herren! Das Landwirtschaftsgesetz ist nunmehr 22 Jahre alt. Man darf den seinerzeitigen Initiatoren des Landwirtschaftsgesetzes sicher unterstellen, daß sie vor mehr als 20 Jahren bemüht waren, ein gutes Gesetz für die Bauern zustande zu bringen. Nach 20 Jahren ist daher meines Erachtens die Frage nicht nur berechtigt, sondern drängt sich geradezu auf, ob das Landwirtschaftsgesetz heute noch ein gutes oder, besser gesagt, ein zeitgemäßes Gesetz ist, das der befriedigenden und zufriedenstellenden Lösung bäuerlicher Probleme dient.

Wie immer man das wenden und drehen mag, von welchem Standpunkt aus man es auch immer betrachten mag, nach unserer freiheitlichen Überzeugung bedarf das Landwirtschaftsgesetz dringend der Weiterentwicklung. Ich behaupte nicht, das Gesetz sei schlecht, aber es bedarf der Weiterentwicklung. Nach 22 Jahren ist einfach eine Anpassung an die heutigen Gegebenheiten notwendig, soll die Landwirtschaft nicht endgültig unter die Räder kommen.

Herr Abgeordneter Pfeifer! In den zurückliegenden 20 Jahren sind weite Teile der österreichischen Landwirtschaft unter die Räder gekommen. Das kann von niemandem wegdiskutiert werden. Die Reduzierung des Bauernstandes in Österreich war in den letzten 20 Jahren eklatant. Daher ist die Landwirtschaft nach 22 Jahren Landwirtschaftsgesetz und nicht zuletzt nach 11 Jahren einer sozialistischen Alleinregierung — und da stehe ich im Gegensatz zu Ihnen — zu einem Stiefkind der Gesamtpolitik geworden.

Die Bauern werden nach wie vor hin- und hergestoßen. Die Industriestaaten — das scheint eine allgemeine Erscheinung zu sein und ist nicht nur auf Österreich zu beziehen

— tun sich mit der Landwirtschaft schwer. Die Industriegesellschaft hat leider manchmal noch immer ein zwiespältiges Verhältnis zur Landwirtschaft. Die Industriegesellschaft ist nicht willig, den Bauern das zu geben, was wir alle miteinander selbstverständlich und aus Überzeugung dem Arbeitnehmer zu geben bereit sind.

Ich zitiere hier, um diese Situation zu charakterisieren, den Staatssekretär im US-Landwirtschaftsministerium Hathaway. Er sagte:

„Für Laien besteht das Agrarproblem in Form von Überschüssen, über deren steigende Größe und Kosten regelmäßig berichtet wird;

für Ökonomen besteht es in einer unbefriedigenden Verteilung der Produktionsfaktoren;

für die Bauern besteht es hauptsächlich in einem niedrigen Einkommen;

für den Finanzminister in einem Milliardenloch im Budget und

für den Agrarpolitiker manchmal in Form einer Falle, die ein vorzeitiges Ende einer politischen Karriere bedeuten könnte.“

An der Schwelle der achtziger Jahre ist das österreichische Bauerntum also noch immer das Stiefkind und manchmal, so scheint mir, auch der Prügelknabe der Nation.

Blättert man in der Agrarberichterstattung des Jahres 1981, dann stößt man auf außerordentlich besorgniserregende Schlagzeilen in der österreichischen Medienlandschaft, zum Beispiel:

„Die Flucht vom Bauernhof hält an!“, oder:

„Mit dem bäuerlichen Einkommen ist kein Staat mehr zu machen!“, oder:

„Bauern verdienen noch immer um 50 Prozent weniger!“, oder:

„Ein Viertel der Bauern liegt unter der Armutsgrenze!“, oder:

Warum die Bauern immer weniger werden?“, oder:

„Bauernsterben an Niederösterreichs Grenze!“ Hier, Herr Pfeifer, handelt es sich um Ihr eigenes Bundesland.

Wenn Sie jetzt diese Agrarberichterstattung in der österreichischen Medienlandschaft des Jahres 1981 Revue passieren lassen, dann, Herr Abgeordneter Pfeifer, können Sie nicht behaupten, daß das lediglich eine rein böswillige, gegen die sozialistische Bundesregierung gerichtete Berichterstattung ist.

Peter

Das können Sie nicht aufrechterhalten. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber genau das Ergebnis dieser Berichterstattung, ein ganzes Jahr hindurch, steht in eklatantem Gegensatz zu Ihrer Rot-in-Rot-Malerei, die Sie jüngst von diesem Rednerpult aus vorgetragen haben.

Auf dieser Grundlage, Herr Abgeordneter Pfeifer, kann man einfach nicht diskutieren. Wenn Sie nicht bereit sind, auf das Argument der Gegenseite oder der Gegenseiten einzugehen, dann, Herr Abgeordneter Pfeifer, hört sich jede sinnvolle Diskussion auf. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich bedaure daher zutiefst den Stil, den Sie heute namens der sozialistischen Regierungsmehrheit dieser Agrardebatte aufzudrücken versucht haben. Diesen Stil, meine Damen und Herren und Herr Bundesminister, lehnen wir Freiheitlichen aus Überzeugung ab, denn er hilft weder der sozialistischen Regierung noch den Oppositionsparteien, aber er hilft schon gar nicht der österreichischen Landwirtschaft. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Für uns Freiheitliche bleiben im Gegensatz zum Herrn Abgeordneten Pfeifer derartige Meldungen besorgniserregend. Die Sorgen und Probleme der Landwirtschaft können und dürfen der Gesamtgesellschaft nicht gleichgültig sein.

Das tragische Schicksal Polens soll uns allen Warnung und Mahnung sein, die ungelösten Agrarprobleme nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Ihre Argumentation, Herr Abgeordneter Pfeifer, war heute so, daß Sie die Agrarprobleme auf die leichte Schulter genommen haben, denn letzten Endes haben Sie schlicht und einfach behauptet, es gebe diese tragischen Agrarprobleme in Österreich nicht, und sie sind tragisch, wenn man es vom Standpunkt der Abwanderung und der Dezmierung des Bauernstandes aus betrachtet.

Meine Damen und Herren! Wissenschaftliche Untersuchungen der jüngsten Zeit beweisen und verdeutlichen, daß Beteuerungen des Herrn Bundesministers für Landwirtschaft, wie „Die Einkommen der Bauern sind im Jahr 1980 um 25 Prozent gestiegen“, am Kern der Sache vorbeigehen.

Faktum ist zum Beispiel, daß 46,8 Prozent der Nebenerwerbsbauern der Doppelbelastung wegen wöchentlich mehr als 60 Stunden arbeiten müssen. Die Fahrzeiten dieser pendelnden Nebenerwerbsbauern sind natürlich in der 60stündigen Wochenarbeitszeit nicht eingerechnet.

Im Falle des Arbeitsplatzverlustes allerdings fehlt jenen Nebenerwerbslandwirten,

deren Einheitswert eine bestimmte Grenze — ich glaube, es sind 44 000 S — übersteigt, jeder Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Das ist kein Problem, Herr Abgeordneter Pfeifer, aus der Sicht der sozialistischen Mehrheit? Dies, obwohl diese Bauern entsprechende Beiträge leisten müssen. Zahlen dürfen sie, sie bekommen aber im Notfall nichts. Das ist sozialistische Agrarpolitik, das ist sozialistisches Gleichheitsprinzip, das, Herr Abgeordneter Pfeifer, schafft aus Ihrer Sicht keine wie immer gearteten Probleme? Oder ist das nicht doch, Herr Abgeordneter Pfeifer, eine Moral mit doppeltem Boden, die aus einer solchen Haltung zum Ausdruck kommt?

Im Mühlviertel zum Beispiel sind bereits 72 Prozent der Arbeitsbauern Pendler, die täglich mehr als 40 km zurücklegen müssen, um an ihre Arbeitsstätte und wieder nach Hause zu kommen.

Den Nebenerwerbsbauern fällt heute soziologisch nicht selten eine Vermittlerfunktion zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum zu. Diese Vermittlerfunktion des Nebenerwerbsbauern zwischen städtischem und ländlichem Raum wird dadurch, daß er dann, wenn er arbeitslos wird, keine Arbeitslosenunterstützung ab einer gewissen Einheitswertgrenze bekommt, nicht honoriert.

Das ist der doppelte Boden der sozialistischen Agrarmoral, meine Damen und Herren! Das muß aus freiheitlicher Sicht mit allem Nachdruck unterstrichen werden. Das paßt einfach nicht, Herr Abgeordneter Pfeifer, in die sozialistische Sozialphilosophie. Die sozialistische Sozialphilosophie wird nur bei einem einzigen Berufsstand nach elf Jahren sozialistischer Alleinregierung nicht angewendet, nämlich beim Bauern.

Dann kommen Sie heraus und behaupten, daß auf dem Gebiet der Agrarpolitik alles in Ordnung sei. Verzeihen Sie bitte, wenn ich fest davon überzeugt bin: Das glaubt Ihnen nicht einmal ein sozialistischer Arbeitsbauernbündler, geschweige denn der Bauer, der einem anderen politischen Lager zuzuzählen ist.

Das ist es, was ich heute so sehr bedaure, nämlich daß auf Grund Ihrer apodiktischen Linie, die Sie eingeschlagen haben, eine sinnvolle und vernünftige Diskussion nicht möglich ist.

Ich komme zu den Nebenerwerbslandwirten zurück. Durch ihre Tätigkeit im Hauptberuf sind sie meist in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich und sorgen für mehr gegenseitiges Verständnis zwischen Arbeiterschaft und Bauernstand. Das tun sie in den

10002

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Peter

Industriebetrieben, und das tun sie im Dienstleistungsbereich, indem sie bäuerliche Lebensart und bäuerliche Wesensart mehr ins Bewußtsein des Arbeitnehmers rücken. Dafür, meine Damen und Herren, bekommt der Nebenerwerbslandwirt, wenn er arbeitslos werden sollte, ab einer gewissen Einheitswertgrenze keine Arbeitslosenunterstützung.

Das kann man den Sozialisten nicht oft und hart genug ins Stammbuch schreiben. Ich möchte wissen, was dazu die sozialistischen Gewerkschafter sagen oder was sie sagen würden, wenn man das einem Arbeiter oder Angestellten zumuten würde, was Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Mehrheit, den Nebenerwerbslandwirten in Österreich zumuten.

In Zeiten konjunktureller Schwankungen sind die Nebenerwerbsbauern so etwas wie ein „Puffer“. In Zeiten der Hochkonjunktur nimmt die Zahl der Nebenerwerbsbauern natürlich deutlich zu, während sie in der Rezession sinkt.

Meine Damen und Herren! Es ist eine Tatsache, daß die landwirtschaftliche Gesellschaft immer mehr in die pluralistische Gesellschaft eingebunden wird. Mit dieser Entwicklung konnte aber die Agrarpolitik leider nicht Schritt halten. Es gibt ein agrarpolitisches Nachhinken, das nur der Herr Abgeordnete Pfeifer nicht wahrhaben will. Der Bogen dieses agrarpolitischen Nachhinkens reicht von der unzulänglichen Preispolitik bis zur sozialen Benachteiligung des Nebenerwerbsbauern, die ich eben darlegen durfte.

Ich möchte hier den bundesdeutschen Landwirtschaftsminister Josef Ertl zitieren:

„Je mehr die landwirtschaftliche Bevölkerung in die industrielle Gesellschaft einbezogen wird, desto mehr wächst auch bei ihr die Bedeutung des Arbeitseinkommens, und desto mehr“ — was sehr bedeutungsvoll ist — „verliert der Besitz seine alleinige Sicherungsfunktion. Deshalb ist eine aktive Preispolitik nach wie vor unverzichtbarer Bestandteil einer konstruktiven Agrarpolitik.“

Viele dieser eben dargelegten Probleme wurden von den Verantwortlichen der Agrarpolitik sicher rechtzeitig erkannt. Die Bedeutung des Bauern als Kultur- und Landschaftspfleger, die Bedeutung des Bauern als Gestalter und Erhalter des Kultur- und Fremdenverkehrsraumes wird ebenfalls von niemandem bestritten, sondern von allen Seiten anerkannt.

Bundesminister Dr. Karl Schleizer sah das

schon im Jahre 1968 und führte bei der 20. Generalversammlung des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft in Salzburg unter anderem aus:

„Der Bauer von morgen wird aber nicht nur Erzeuger der Nahrungsmittel sein, die der Städter in ständig steigender Qualität benötigt. Auch das Bedürfnis der wachsenden Stadtbevölkerung nach Erholung, nach einem Lebensraum, der durch die gepflegte Natürlichkeit unserer Kulturlandschaft geprägt wird, nimmt zu. So gesehen wird der Bauer also für den Städter auch der Wahrer jener Lebensvoraussetzungen sein, die in der Stadt immer knapper werden.“

Dieser Satz wurde vor 13 Jahren geprägt; es ist von seinem Inhalt kein Wort wegzunehmen.

Meine Damen und Herren! Man weiß also seit Jahren recht genau, wozu die pluralistische Gesellschaft die Bauern und die Landwirtschaft braucht. Keine der bisherigen österreichischen Bundesregierungen hat aber seit der Beschlußfassung über das Landwirtschaftsgesetz die Sekundäraufgaben der Landwirtschaft gesetzlich statuiert oder wäre gar zu einer finanziellen Anerkennung dieser Sekundärarbeit der Landwirtschaft bereit gewesen. Mit Lippenbekenntnissen war man den Bauern gegenüber 22 Jahre hindurch außerordentlich großzügig. An überzeugenden Taten für die Bauern fehlt es aber bis heute.

Herr Abgeordneter Pfeifer! Sie haben heute unter anderem einen Satz geprägt, den ich wiederholen möchte. Sie sagten: Wir Sozialisten wollen, daß die Bauern ein gutes Einkommen haben. — Wollen Sie, Herr Abgeordneter Pfeifer, behaupten, die Bauern hätten im Jahr 1981 ein gutes Einkommen? Ich muß eine derartige Behauptung aufs entschiedenste bestreiten, wenn ich das bäuerliche Einkommen anhand verschiedener anderer Einkommen, besonders des Industrieinkommens in dieser Republik, messe.

Das Einkommen der Landwirtschaft, meine Damen und Herren, ist leider, leider kein gutes. Nach 22 Jahren Landwirtschaftsgesetz ist es betrübnliche Realität, daß der erwartete und erhoffte Erfolg für die Bauern in weiten Bereichen ausgeblieben ist. Das Einkommensziel ist für viele Bevölkerungsgruppen annähernd erreicht worden, für die Landwirtschaft allerdings nicht.

Meine Damen und Herren! Es hat daher keinen Sinn, das Landwirtschaftsgesetz, dem ja der Grüne Plan entspringt, unverändert und unergänzt weiterzuschleppen. Die Novel-

Peter

lierung und Weiterentwicklung des Landwirtschaftsgesetzes ist meiner Meinung nach aus volkswirtschaftlichen Gründen unerlässlich.

Getragen von diesen Überlegungen haben die freiheitlichen Abgeordneten schon am Beginn dieser Gesetzgebungsperiode im Jahre 1979 einen Initiativantrag für ein neues Landwirtschafts- und Ernährungssicherungsgesetz eingebracht.

Ich behaupte nicht, meine Damen und Herren, daß dieser freiheitliche Initiativantrag das Nonplusultra wäre, aber sicher ist dieser FPÖ-Antrag eine Gesprächsgrundlage für die Erneuerung des Landwirtschaftsgesetzes, wenn wir alle gemeinsam es erneuern und weiterentwickeln wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mit Subventionierung allein kann man keine erfolgreiche Landwirtschaftspolitik durchführen; das würde und müßte in einer Sackgasse enden.

Zeitweise hörte man von führenden Agrarpolitikern in der Vergangenheit, die Landwirtschaft befände sich lediglich — so lautete der Ausdruck — in einer „Anpassungskrise“. Seit langem aber wissen wir, daß dies eine Fehl-diagnose war und daß wir es inzwischen mit einer permanenten — so möchte ich es nennen — „Landwirtschaftsbedrängnis“ zu tun haben.

Das Agrarbudget reicht lediglich zum Überwasserhalten der Restlandwirtschaft. Doch echte Impulse, Herr Bundesminister, für ein deutliches und wirksames Gesundungsprogramm sind weit und breit leider nicht zu erkennen.

Ich halte daher nach wie vor den Vorwurf aufrecht, daß das Einkommen der österreichischen Landwirtschaft einem Vergleich mit dem der Schweiz und der Bundesrepublik nicht standhält.

Das Zahlenmaterial wurde bei der Debatte über den Grünen Bericht abgehandelt. Daher möchte ich mir heute aus Zeitgründen Wiederholungen ersparen, sondern nur unterstreichen, daß das Zahlenmaterial, das von uns verwendet wurde, sehr wohl auf regionale Ähnlichkeiten abgestimmt wurde.

Ich greife, Herr Bundesminister, aus dem Zahlenmaterial heute nur eine Ziffer heraus, aber eine, Herr Bundesminister, die Sie nicht gerne hören.

Der derzeitige Einkommensabstand des Bauern vom Industriebeschäftigten beträgt in Österreich monatlich 6 000 S. Wir debattierten schon darüber, ob es tatsächlich 6 000 S im

Monat wären. Herr Bundesminister! Sollten es 5 000 oder nur 4 000 S im Monat sein, so trifft es die Bauern hart und bitter genug.

Ursachen für die Fehlentwicklung in der Agrarpolitik gibt es viele. Die jahrzehntelange Fehlentwicklung ist in Fehleinschätzungen und Fehlbeurteilungen begründet. Einer dieser Fehler ist meiner Meinung nach der ÖVP im Jahre 1954 mit dem Krisengroschensystem passiert.

Dieses Krisengroschensystem wurde seinerzeit als „Hilfe zur Selbsthilfe“ bezeichnet, und es hätte damit, so meinten die Erfinder des Krisengroschensystems, Wandel in der Agrarpolitik geschaffen werden sollen.

Wenn, meine Damen und Herren, wirklich Wandel in der Agrarpolitik in Österreich geschaffen hätte werden können, dann wäre das in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 am leichtesten und ehesten möglich gewesen.

Ich räume auch hier ein, daß man hinterher gut reden kann. Jedoch hatte zu diesem Zeitpunkt die ÖVP alle maßgeblichen Entscheidungspositionen inne, die Sozialistische Partei war damals in Opposition. Die ÖVP-Alleinregierung verpaßte die Chance zu einer aktiven Agrarpreispolitik in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Das ist, meines Erachtens, eine der größten Sünden der monokoloren Regierung des Bundeskanzlers Dr. Klaus.

Die größte Sünde beging Dr. Klaus allerdings am Wahlabend des 1. März 1970, als er vor der österreichischen Öffentlichkeit erklärte, eine Koalition der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei käme nicht in Frage.

Fehler über Fehler wurden in der Agrarpolitik Jahre und Jahrzehnte sowohl von der Österreichischen Volkspartei, aber auch von der Sozialistischen Partei Österreichs gemacht.

Meine Damen und Herren! Das Instrumentarium der österreichischen Agrarpolitik ist vom Landwirtschaftsgesetz bis zu den Marktordnungsgesetzen stumpf und rostig geworden. Auch auf die österreichische Situation paßt jene Feststellung, die der Präsident des Bauernverbandes in der Bundesrepublik Deutschland in seinem jüngst erschienenen Buch festgehalten hat. Ich zitiere Herrn Heermann. Er sagt:

„Es kommt darauf an, die Marktordnungen, auch die agrarische, wieder funktionsfähig zu machen. Es kommt aber auch darauf an, die Einkommen jener Menschen abzustützen, die in und von der Landwirtschaft leben müssen,

10004

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Peter

weil sie keine Alternative haben. Es bleibt daher eine der Aufgaben der Politik, die bäuerliche Agrarstruktur zu sichern und zu erhalten.“

Ich schließe mit der Feststellung, meine Damen und Herren, daß wir Freiheitlichen mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften für die Sicherung der Agrarstruktur eintreten.

Wir Freiheitlichen treten ebenso mit allen gebotenen Möglichkeiten für die Sicherung des Bauernstandes ein. Die Sicherung der Ernährung des Volkes ist uns Freiheitlichen ein ebenso eminentes Anliegen wie Ihnen, meine Damen und Herren der beiden anderen Parteien.

Ich glaube aber, daß wir nur dann diesem Ziel näherkommen, wenn wir uns in gemeinsamer Arbeit zur Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes und zur Neugestaltung der Marktordnung entschließen können.

Diese gesetzgeberischen Maßnahmen erachten wir Freiheitlichen als unerlässlich. Diese gesetzgeberischen Maßnahmen sind aus freiheitlicher Sicht überfällig. Sie dürfen daher nicht auf die lange Bank geschoben werden und müssen daher noch in dieser Gesetzgebungsperiode realisiert werden. *(Beifall bei der FPÖ.)* ^{12.26}

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Haiden.

^{12.26}

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nach der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß ja nicht erwartet, daß die beiden Oppositionsparteien über ihren Schatten springen und nun sagen: Eine halbe Milliarde mehr für das Agrarbudget ist doch ein erheblicher, ein spürbarer Zuwachs des Budgets! Das habe ich nicht erwartet.

Wir werden uns nun doch noch eingehend in dieser Debatte damit auseinanderzusetzen haben, wie dieses Budget in der Entwicklung innerhalb der letzten Jahre zu werten ist und wie dieses Budget, auch gemessen am Gesamtbudget, zu sehen ist.

Nur eine Feststellung vorher scheint mir notwendig zu sein. Es wird von einigen Oppositionsrednern immer wieder darauf hingewiesen: Ja das sind ja keine Mittel, die die Bauern unmittelbar bekommen!

Meine Damen und Herren! Wo gibt es denn ein Budget, bei dem das gesamte Budget via Briefträger einen gewissen Adressaten, eine

Bevölkerungsgruppe findet? Das gibt es ja nicht.

Natürlich ist das Budget eine Summe von Sachleistungen, von Personalleistungen, von direkten Förderungen, auch von Förderungen, die der Briefträger bringt. Aber ich vermag einfach nicht das Argument zu akzeptieren, daß die Leistung unseres Personals an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen, die Leistung unserer Wissenschaftler und des Personals an den Bundesversuchsanstalten und auch die Leistung der Beamten in der Zentralverwaltung für unsere Bauern nichts wert ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe wirklich manchmal den Eindruck: Was versteht man denn unter den sogenannten Bürokraten, unter der Bürokratie? — Das sind ja auch Menschen, die sicherlich nicht produktiv arbeiten, nicht produktiv arbeiten können, das ist nicht ihre Aufgabe. Aber letzten Endes ist ihre Tätigkeit auch produktiv wirksam, weil sie auch Beratung ausüben. Nehmen Sie bitte eines zur Kenntnis: Die Beratung der Landeslandwirtschaftskammern, die wir gerne fördern, ist nicht mehr und nicht weniger wert als die Beratung durch gut ausgebildete Beamte meines Ressorts. Das möchte ich doch auch sagen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Deutschmann: Wer hat das Gegenteil behauptet, Herr Minister?)* Weil es immer abgestritten wird. Nennen wir zum Agrarbudget, Herr Kollege Deutschmann, die Kapitel 60 und 62; bei den Bundesforsten kann man noch darüber streiten, aber sie gehören auch zur Land- und Forstwirtschaft. Und die Bundesforste erbringen auch Leistungen für die Bauern. *(Ruf bei der ÖVP: Aber die Überschrift lautet: 9,5 Milliarden Schilling für die Bauern!)* 9 Milliarden Schilling für die Land- und Forstwirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)* Für die Land- und Forstwirtschaft! Und diese 9 Milliarden sind nahezu samt und sonders für unsere Bauern wichtig.

Ich gebe gerne zu, Herr Kollege Riegler — da können wir uns rasch einigen —, daß Leistungen wie etwa der Flußbau, Leistungen wie die Wildbach- und Lawinenverbauung Leistungen sind, die natürlich im Interesse der Gesamtgesellschaft liegen. Natürlich im Interesse aller Österreicher! Und letzten Endes erbringt die gesamte Landwirtschaft über die Ernährungssicherung hinaus Leistungen für die gesamte Bevölkerung.

Wenn wir in Wien, in Graz, in Linz den Wasserhahn aufdrehen und ordentliches Wasser herauskommt, so sollten wir das nicht als selbstverständlich hinnehmen. Das sind alles Leistungen für die Allgemeinheit. *(Abg.*

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Brandstätter: Das sind Leistungen der Bauern für die Gesamtbevölkerung!

Die Wildbach- und Lawinenverbauung ist vornehmlich eine Aufgabe, die der ländlichen Bevölkerung und damit letztlich den Bauern zugute kommt.

Ich wehre mich gegen dieses Auseinanderrechnen des Land- und Forstwirtschaftsbudgets. Richtig ist, daß die Förderungsleistung im wesentlichen im Grünen Plan zusammengefaßt ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zum Grünen Plan nur eine Bemerkung. Ich fasse es als einen Erfolg für unsere Bauern auf, wenn wir 109 Millionen Schilling mehr haben. Ich bin der Überzeugung, daß das ein wichtiger, ein wesentlicher Schritt vorwärts ist.

Ich gebe gerne zu, daß es kaum einen Bereich meines Budgets gibt — vermutlich wird das jeder andere Minister auch sagen —, wo ich nicht mehr Mittel aus guten Gründen brauchen könnte. Ich bemühe mich auch darum. Aber das, was erreicht ist, diese halbe Milliarde Schilling zu negligieren, das finde ich doch als zu einfache Oppositionspolitik. Man müßte da mehr argumentieren. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Wird geschehen, Herr Minister!)*

Herr Abgeordneter! Schauen Sie, das Budget am Gesamtbudget zu messen ist ja an und für sich eine sehr problematische Frage. Denn wir haben ja einen Wirtschaftszweig, der bedauerlicherweise oder Gott sei Dank — ich weiß nicht, wie ich das sagen soll — in allen Industriestaaten kleiner wird. Damit sind wir ja bei einer wesentlichen Frage.

Meine Damen und Herren! Wenn es darum geht, daß es den Bauern dort am besten geht, wo wir den höchsten Anteil bäuerlicher Bevölkerung im Staate haben, dann geht es den Bauern am besten in Bangladesch, in Afrika und in Südamerika. Denn dort haben wir den höchsten Anteil der ländlichen Bevölkerung, aber die ärmsten Länder, wo die Menschen hungern und verhungern. So ist ja die Situation. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Weil wir aber der Auffassung sind, daß dieser Prozeß der Abwanderung nicht unbegrenzt weitergehen kann: Es wurde heute der Minister Hartmann zitiert. Ich weiß nicht, welcher Redner es war, er hat darauf hingewiesen: Der Minister Hartmann ist schon entschieden aufgetreten gegen die Vertreibung der Bauern.

Meine Damen und Herren! Unter dem Minister Hartmann war doch die Abwanderung am größten! Ich will mich jetzt nicht auf den

Weg begeben, billig zu argumentieren. Das war ja logisch, das war ja nicht die Schuld des Ministers Hartmann, weil ja in dieser Zeit der Mechanisierungsprozeß am stürmischsten vor sich gegangen ist.

Weil wir davon überzeugt sind, daß wir alles zu tun haben, keine leeren Bauernhöfe zu bekommen, damit diese Entwicklung, die in anderen Staaten ja in der Richtung der Sozialbrache vorhanden ist, in Österreich verhindert und vermieden wird; weil wir davon überzeugt sind, daß wir die Bergbauern aus vielen außerlandwirtschaftlichen Gründen brauchen — aus all diesen Gründen haben wir unsere Politik, Herr Klubobmann Peter, dem Grunde nach geändert.

Zur Philosophie der Agrarpolitik: Ich gebe zu, Ertl hat voll und ganz recht — weil Sie ihn zitiert haben —: Der Preis für das Agrarprodukt ist die Grundlage überhaupt für das Einkommen unserer Bauern. Wir brauchen eine aktive Preispolitik.

Aber wissen Sie, daß die Milchpreise für die Bauern in Österreich heute besser sind als in Bayern draußen? Wissen Sie das?

Das ist ja eine Folge unserer aktiven Preispolitik. Aber weil wir der Meinung sind, daß man über den Preis allein das Problem nicht lösen kann, das Problem jener Bauern in den strukturschwachen Gebieten, die die naturbedingten Bewirtschaftungsnachteile zu tragen haben, sind wir ja den Weg der Direktzahlungen, des Bergbauern-Sonderprogramms, auch des Grenzland-Sonderprogramms gegangen, und die Marktordnungsmaßnahmen sollen letzten Endes auch dazu beitragen. *(Ruf bei der ÖVP: In der Schweiz, Herr Minister!)*

Ja, die Schweiz ist ein gutes Argument. Die Schweiz hat nicht ganz 60 Prozent Eigenversorgung, sie importiert billige Produkte und finanziert damit die Agrarpolitik. So ist die Situation! Ich danke Ihnen für das Stichwort. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich wünsche mir nicht 60 Prozent Eigenversorgung. Ich bin stolz, daß wir in etwa 90 Prozent Eigenversorgung haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber wenn ich die Differenz der 30 Prozent durch Importe abdecken könnte, wo wir für die Butter 25 S pro Kilogramm auf dem Weltmarkt zahlen, dann kann ich auch eine andere Politik betreiben, dann haben wir reichlich Mittel zur Verfügung, die Agrarpolitik so zu gestalten, wie wir sie als wünschenswert ansehen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Riegler.)* Herr Kollege Riegler! Wenn Ihnen die Argumente

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

ausgehen, dann sprechen Sie von Zahlenspielerien. Setzen wir uns intellektuell auseinander! Ich bin sehr dafür.

Herr Klubomann Peter! Damit noch einmal zu der Frage, die Sie das letzte Mal schon releviert haben: Dem Herrn Kollegen Pfeifer machen Sie Vorwürfe. Ich sitze auf der Regierungsbank, ich bin nicht sein Ex-offo-Verteidiger, es werden andere da sein.

Aber, Herr Kollege Peter, Sie machen sich das auch zu einfach! Wenn Sie — ich sage nicht: Wider besseres Wissen!, aber Sie müßten sich damit auseinandersetzen — mit der Industriearbeiterschaft vergleichen — dort gehen ja die Bauern hin, wenn sie abwandern, sie werden ja nicht irgendwo Manager und Direktoren — und sagen, die Einkommen liegen um 50 Prozent zurück: Eine wissenschaftliche Prüfung ergibt dieses Faktum nicht.

Ich verweise noch einmal auf die Studie Haimböck. Sie müssen Gleiches mit Gleichem vergleichen.

Und noch einmal zur Bundesrepublik, weil Sie so gerne die Bundesrepublik zitieren. Ich bitte Sie, unterziehen Sie sich der Mühe, nach Betriebsgrößen zu vergleichen.

Ja, wir haben in Österreich bei den Viehständen bei den Rindern durchschnittlich noch etwa 16 Stück; das ist ja ein wenig unser Problem. Aber wir bekennen uns bewußt zu dieser Struktur der kleinen Betriebe.

Aber dann darf ich doch nicht bedauern, daß wir unsere Bauern auf zwei Beinen stehen haben, nämlich auch auf einem außerlandwirtschaftlichen Einkommen. Das ist die logische Konsequenz der kleinstrukturierten Betriebe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Murer! Wir können uns doch nicht der Tatsache verschließen, daß die Betriebe in der Zeit der händischen Arbeit, des Zugochsen entstanden sind, in einer Zeit, in der es keine Maschinen gegeben hat. Wir haben jetzt das Problem, daß die Technologie, die wir heute haben, mit dieser Betriebsgrößenstruktur nicht im Einklang steht. Das ist das Problem.

Wir sind daran interessiert, daß wir auch eine kleinstrukturierte Landwirtschaft haben. Wir wünschen uns schon eine harmonische Entwicklung. Das wäre wieder das andere Extrem. Wenn Betriebe langsam größer werden, dann ist es nicht schädlich, aber wir bekennen uns zu diesem bäuerlichen Familienbetrieb. Aber dann müssen wir jene Konsequenzen zur Kenntnis nehmen, die wir in sämtlichen Industriestaaten haben.

Und nun noch einmal: Messen wir doch das Agrarbudget an der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft! Meine Damen und Herren! Wenn wir das Agrarbudget an den Beschäftigten messen — ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen —, dann hatten wir im Jahre 1970 pro Kopf der Selbständigen in der Landwirtschaft 2 928 S, und im Jahre 1982, wenn wir das Budget heute beschlossen haben werden, werden es 11 433 S sein. Das ist die Änderung. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Wenn Sie keinen Bauern mehr haben, haben Sie ein unendlich hohes Budget pro Person!)* Ja, aber das ist doch eine Tatsache, daß pro Beschäftigten, pro Selbständigen in der Landwirtschaft das Budget ungewöhnlich angestiegen ist! Das können Sie doch auch nicht vom Tisch wischen, das ist doch ein Faktum.

Also welchen Maßstab wollen Sie? Sie können sich jeden Maßstab aussuchen. Wenn Sie in Prozenten rechnen, darf ich Ihnen sagen, daß in Ihrer Zeit der Anteil am Gesamtbudget ungleich stärker zurückgegangen ist als in den letzten Jahren.

Sie müssen ja auch noch die Treibstoffverbilligung, die jetzt ja nicht budgetwirksam ist, sondern eine Mindereinnahme von nahezu 1 Milliarde Schilling ist, beim Vergleich dazu rechnen. Früher war es ja eine Förderung, früher war sie ja auch mit dabei. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: 7,62 S kostet das!)*

Ich freue mich darüber, daß wir im Bergbauern-Sonderprogramm im nächsten Jahr um mehr als 80 Millionen Schilling mehr haben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben zu Beginn des zweiten Bergbauern-Sonderprogramms versprochen, wir werden in dieser fünfjährigen Periode die Bergbauernzuschüsse verdoppeln.

Wissen Sie, daß wir diese Verdoppelung schon mit den heurigen Bergbauernzuschüssen erreicht haben? Sie hatten 1977 ein Ausmaß von 4 000 S und 3 000 S und bestanden nur in der Zone III. Wir haben sie jetzt in der Zone III und in der Zone II; und in der Zone III, die zum Vergleich heranzuziehen ist, in einer Größenordnung von 7 000 S bis 8 500 S heuer — mehr als die Verdoppelung also — und im nächsten Jahr von 7 000 S bis 10 000 S.

Ich verrate Ihnen eines, weil Sie immer so tun, als ob der Landwirtschaftsminister nicht hinaus käme: Ich bekomme Berge von Briefen, und bei jeder Versammlung draußen wird mir gesagt, für wie wichtig die Bauern diese Maßnahme einschätzen. Und sie sind froh, daß diese Änderung in der Agrarpolitik eingetreten ist.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Denn wie war es denn vorher? Während der Klaus-Alleinregierung hatten wir fünf Jahre hindurch keine Preisänderung gehabt. War das eine aktive Preispolitik? Und Bergbauern-Sonderprogramm hat es überhaupt keines gegeben.

Sie wollen über die Vergangenheit nicht reden. Ich räume Ihnen ein, daß Sie das nicht wollen. Ich gebe auch zu, daß die Aufgaben ja in der Zukunft liegen. Aber wenn Sie nur Schwarz in Schwarz malen, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß man Ihnen die Fakten aus der Zeit vor 1970 vor Augen hält. Ich bitte Sie, das doch zu akzeptieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Riegler hat die Ölsaatenfrage angeschnitten. Wir halten diese Frage für wichtig, das wissen Sie. Sie wissen doch auch, wo die Schwierigkeiten liegen. Wenn Sie glauben, daß man nur über das Budget allein diese Frage lösen kann, so ist das eine Fehleinschätzung, obwohl ich glücklich darüber bin, daß wir im nächsten Budget wieder 30 Millionen Schilling für diesen Bereich stehen haben werden. Heuer haben wir ja erstmalig aus dem Budget den Ölsaatenanbau mit 30 Millionen Schilling gefördert.

Wo war denn Ihre Förderung des Ölsaatenanbaues? Wo war sie denn?

Da kann man es sich nicht so einfach machen und sagen: Damals hat es die Probleme nicht gegeben! *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Riegler.)* Jawohl, da haben Sie recht, Getreideexporte haben wir keine gehabt. Aber das Problem hat auch bestanden. Deshalb hat sich ja der frühere Landwirtschaftsminister Schleinzner so sehr darum bemüht, ein System aufzubauen, wie wir es wollten. Und wir sind an den gleichen Fakten gescheitert, Schleinzner ebenso wie ich in meiner Periode. Nur sind Sie damals Bindungen eingegangen, die für uns heute so hinderlich sind.

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie sagen, das ist keine Leistung für die Bauern, muß ich Ihnen entgegenhalten: Für mich ist es wichtig, daß ich in der Wildbachverbauung um 9 Prozent mehr habe mit den 560 Millionen Schilling. Das ist wichtig für die Vollziehung meiner Aufgaben, vor denen ich stehe. Und es ist wichtig, daß wir für die Bundesflüsse und für die Interessentengewässer um 8 Prozent mehr haben mit 677 Millionen Schilling. *(Abg. Brandstätter: Das ist keine Förderung für den Bauern!)*

Meine Damen und Herren! Jetzt möchte ich wirklich eine Frage berühren, die mir sehr,

sehr am Herzen liegt. Sie sagen mit Recht — mit Recht, sage ich immer wieder —, daß wir auch für die Bauern den Schutz des Arbeitsplatzes brauchen; das ist 100prozentig zu unterstreichen. Auch unsere Bauern brauchen gesicherte Arbeitsplätze, auch unsere Bauern müssen das Gefühl haben, daß das, was sie erzeugen, auch verkauft werden kann. Das ist ja der Schutz ihres Arbeitsplatzes, wenn wir einen gesicherten Markt haben.

Sehen Sie, Herr Kollege Riegler, die 3,56 Milliarden Schilling im Kapitel 62 sind der Schutz der Arbeitsplätze für die Bauern. Das ist aber kein Betrag, der einmal hier beschlossen wird als Sanierungsmaßnahme wie etwa gestern. Das ist ein Betrag, der alljährlich immer wieder aufs neue zur Verfügung steht.

Sie könnten jetzt nur noch sagen, daß diesen 3,5 Milliarden etwa 1 Milliarde Einnahmen gegenüberstehen, die man logischerweise und konsequenterweise abziehen müßte. Dann bleiben immerhin 2,5 Milliarden Schilling Arbeitsplatzsicherung für unsere Bauern, und darüber darf ich mich auch freuen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Riegler! Ich bin sehr dafür, daß wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, alternative Produktionsmöglichkeiten auszuschöpfen. Sie werden mich da jederzeit haben. Und ich räume auch ein und stelle gleich außer Streit, daß der Staat da mittun muß — das ist gar keine Frage —: im Förderungsbereich, im Forschungsbereich, bei der Entwicklung, bei der Umstellung.

Aber die Vorstellung zu haben, daß alternative Produktionen nur von oben dekretiert werden könnten, das ist auch eine grobe Fehleinschätzung. Ich sage das deswegen, weil Sie in Ihrer Rede ausgeführt haben: Wir brauchen Gesetze, wir brauchen Bestimmungen, wir brauchen Maßnahmen! Landwirtschaftsminister, werde tätig!

Ich sage auch: Interessenvertretung, werde tätig! — Und natürlich müssen auch die Bauern selber für neue Produktionen gewonnen werden.

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Wir haben gestern — wenn der Herr Präsident Nachsicht mit mir hat — hier im Parlament, während das Parlament getagt hat — man soll das nicht tun —, über eine alternative Produktion verhandelt, wo es noch Schwierigkeiten gibt. Ich weiß nicht, welchen Weg die gehen wird, aber man muß alle Möglichkeiten überall dort prüfen wo sie sich anbieten. Wir haben uns gestern redlich darum bemüht, in einem Bereich einen Schritt weiterzukommen.

10008

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Herr Präsident! Sie können nicht alles durch Gesetz von oben regeln, das ist nicht möglich. (*Abg. Mag. Minkowitsch: Nein, aber eine Ergänzung muß stattfinden!*) Herr Präsident, ich beschwöre Sie! Schauen Sie, da ist das Gesetz, das man sich für den Bereich der Spezialkulturen vorstellt. Es ist außenhandelspolitisch einfach nicht machbar, wie Sie es sich vorstellen. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Dann brauchen wir Lösungen, die machbar sind!*) Ja gut, aber dann schlagen Sie machbare Lösungen vor! Schlagen Sie nicht Lösungen vor, die nicht gemacht werden können! Das ist ja die Schwierigkeit, die wir haben, daß heute der Außenhandel ein beinhartes Geschäft ist. Ein beinhartes Geschäft! Und das, was man im normalen Sprachgebrauch gröber ausdrückt, nennt man dort die Retorsion, also die Gegenmaßnahme, um Maßnahmen eines Staates zu bekämpfen, die einem anderen nicht angenehm sind.

Sie wissen, das ist ja auch die Frage bei den Ölsaaten. Ja wenn wir den Vorhang für pflanzliche Fette und Öle herunterlassen könnten, bin ich doch der erste, der sagt: Ja, sofort! Denn in unserem Marktordnungssystem, meine Damen und Herren, ist das die Lücke, die wir haben und die nicht nur uns, sondern auch den anderen Staaten Sorgen bereitet, die also von Amerika, von den Vereinigten Staaten die Ölsaaten hereinkommen sehen; die Lücke bei den pflanzlichen Fetten und Ölen. Aber was soll man dagegen tun? (*Abg. Brandstätter: Diese Voraussetzungen müssen Sie schaffen, Herr Minister!*) Ja gut, dann erzeugen Sie doch selber! Das ist doch nicht möglich. Wenn der Preis paßt, würden doch die Bauern erzeugen. Aber wenn Soja an der Grenze nicht aufgehalten werden kann, weil wir handelspolitisch dazu nicht in der Lage sind, dann kommt die Ware herein, und die heimische Produktion stößt auf den niedrigeren Weltmarktpreis. Wie wollen Sie das Problem lösen?

Jetzt sagt der Herr Kollege Riegler: Abstützen! — Wir gehen jetzt den Weg in einem kleinen Bereich. Aber wenn Sie glauben, daß eine beträchtliche Produktion aus dem Budget abgestützt werden könnte, dann ist das eine Fehleinschätzung. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Was stellen Sie sich vor?*)

Damit sind wir beim Biosprit. Herr Kollege Riegler, Sie werfen mir einen Zickzackkurs vor. Ich bin persönlich davon überzeugt, daß die Energiegewinnung aus Biomasse die große Chance für unsere Bauern in der Zukunft sein wird. Unseren Bauern aber heute einzureden, daß wir heute schon mit dem Biospritprojekt die große Alternative in der

Tasche haben, das ist auch nicht redlich; weil Sie sich so ausgedrückt haben.

Wir dürfen unsere Bauern nicht täuschen, wir dürfen nicht Hoffnungen erwecken, die nicht eintreten werden. Was wir jetzt tun wollen, ist eine Maßnahme, die nicht dazu dient, Treibstoff durch Alkohol zu ersetzen, sondern Blei durch Alkohol zu ersetzen. Und da gibt es eine Fülle von Gründen, die sehr dafür sprechen.

Wenn diese Maßnahme auch unseren Bauern dient, dann sind wir einen wichtigen Schritt weitergekommen. Aber Sie sollten doch nicht Tag für Tag so tun, als ob wir nun schon die große Alternative in der Hand hätten. Ich hoffe, daß wir eines Tages so weit sein werden.

Damit sind wir beim Dieselpreis. Der Herr Kollege Deutschmann kommt wieder damit, um wieviel der Diesel gestiegen ist. Ja um Gottes willen, wer kann denn bei uns in Österreich — ob der Handelsminister, der Landwirtschaftsminister oder wer immer — die Erdölpreise beeinflussen? Man kann sie dadurch beeinflussen, daß man durch eine aktive Außenpolitik und Außenhandelspolitik unter den gegebenen Umständen genug bekommt. Jawohl, das kann man, und das geschieht auch. (*Zwischenruf des Abg. Deutschmann.*)

Herr Kollege Deutschmann, gehen wir zur Preispolitik. Sie haben ja die Preis-Kosten-Schere wieder bemüht. Das ist ein ernstes Problem für unsere Bauern, selbstverständlich. Wenn er tanken gehen will und sich jedesmal überlegen muß, ob er noch ausfahren soll oder nicht, ist das für unsere Bauern ein ernstes Problem.

Aber versuchen Sie doch nicht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob diese Preis-Kosten-Schere ein Ereignis des Jahres 1981 oder des Jahres 1970 wäre! Diese Preis-Kosten-Schere haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg. Und sie ist noch nie so weit auseinandergegangen wie in Ihrer Zeit. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Das stimmt ja auch nicht! Der Milchpreis ist erhöht worden!*) Nein, nein, weil Sie damals die Preise nicht erhöht haben, weil die Bauern auf den alten Preisen sitzengeblieben sind! Den Milchpreis haben Sie vier Jahre überhaupt nicht erhöht.

Herr Präsident Deutschmann! Weil Sie auf den Mais hinweisen — das ist in Kärnten eine wichtige Frage —, muß ich sagen: Sie hätten natürlich hinzufügen müssen, daß die Erträge beim Mais von etwa 35 Dezitonnen auf 70 Dezitonnen gestiegen sind.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Nun stimmt das eine zweifellos: Unsere Bauern brauchen doch die Produktivitätssteigerung, weil sie ja ihren Lebensstandard erhöhen wollen, weil sie Schritt halten wollen mit der Entwicklung. Aber natürlich spielt die Steigerung der Produktivität eine erhebliche Rolle. Schauen Sie sich in anderen Staaten um — einige Herren in diesem Haus zitieren immer gerne die Bundesrepublik, vielleicht aus einem besonderen Bezug zum dortigen Landwirtschaftsminister —: Glauben Sie, daß man das gleiche Problem nicht auch in der Bundesrepublik hat? Lesen Sie doch die letzte Stellungnahme des Herrn Präsidenten von Heeremann zur Einkommensentwicklung der Jahre 1980/81 und 1981/82 nach, wie es zu erwarten sein wird! Lesen Sie das doch nach! Sie haben überall reale Einkommensverluste, wo Sie hinschauen in der EG. Und da sagen Sie, daß wir eine schlechte Politik machen.

Ich behaupte nicht, daß wir keine Probleme haben. So hat es der Herr Kollege Pfeifer sicherlich auch nicht gemeint. Wir haben genug Probleme, die uns Sorgen machen, aber unser Hauptproblem ist die innerlandwirtschaftliche Einkommensdisparität; das ist das Hauptproblem.

Ja das behaupten Sie halt, aber dann lesen Sie doch nach, Herr Kollege Murer, was die Wissenschaftler schreiben, dann werden Sie einer anderen Meinung sein. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Die Wissenschaft kann vieles schreiben!)*

Herr Kollege Riegler, die Frage der Agrarinvestitionskredite war für mich heuer ein sehr schwieriges Problem. Ich bin sehr glücklich darüber, daß dieses Paket zustande gekommen ist, das Sie jetzt für sich allein in Anspruch nehmen.

Darf ich Ihnen im Vertrauen etwas sagen: Ich konnte an den Besprechungen nicht teilnehmen. Ich war von den Herren Landeshauptleuten eingeladen, nach Bregenz zu kommen. Ich habe vorher mit dem Herrn Bundeskanzler gesprochen, ich habe mit dem Herrn Finanzminister gesprochen, ich habe mit den Verhandlern, die im Vorfeld die Gespräche geführt haben, gesprochen und habe gesagt: Ich bitte darum, schauen wir, daß wir in dieses Paket die Agrarinvestitionskredite mit einbinden!

Das ist die reine Wahrheit, auf Ehre und Gewissen! Aber Sie wissen es ja ohnehin auch. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nur eine Vorstellung sollten Sie nicht haben, Herr Kollege Riegler, nämlich die, daß man bei steigendem Zinsniveau die gesamte Differenz der steigenden Zinsen, für wen immer, aus dem Budget abdecken könnte. Ich

bin sehr für die Verbesserung, aber wenn Sie glauben, daß man die Differenz abdecken kann, ist das ein ökonomischer Fehlschluß sondergleichen. Wenn Sie das in allen Bereichen machen, dann heizen Sie nur die Inflation an. Dann haben Sie nur eine steigende Inflationstangente — das ist doch ganz logisch —, weil Sie es dann aus dem Budget zahlen müssen.

Wenn Sie es aus dem Budget zahlen müssen, brauchen Sie zusätzliche Einnahmen. Wenn Sie zusätzliche Einnahmen erschließen wollen, führt das natürlich zu Konsequenzen, die wir sicherlich nicht haben wollen. Seien wir froh, daß wir Geldwertstabilität haben, und seien wir doch glücklich darüber, daß unsere Inflationstangente so niedrig ist wie kaum anderswo! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Riegler! Sie haben auf die Verhandlungen hingewiesen, die gestern und heute in diesem Haus stattfanden. Ich will Ihnen dazu ganz ruhig sagen: Ich halte Verträge mit den Dachorganisationen, die im Milchwirtschaftsbereich den Export durchführen, aus vielen Gründen für wünschenswert. Sie dürfen aber nicht dazu führen, daß Exporte, die mittelfristig günstiger durchgeführt werden könnten, durch andere unterbunden werden. Das darf nicht eintreten, denn, meine Damen und Herren, das wäre ja auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten der Bauern und auf Kosten der Konsumenten. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Das andere geht auf Kosten der Steuerzahler!)* Selbstverständlich: der Anteil des Budgets auf Kosten der Steuerzahler, der Anteil der Verwertungsbeiträge auf Kosten der Bauern, und die §-9-Mittel sind der Anteil der Konsumenten. Das ist völlig klar. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Eine Zerschlagung geht auf Kosten der Steuerzahler!)* Reden Sie nicht von der Zerschlagung! Man muß sich auch überlegen, wie das System funktionieren soll, daß man es politisch noch vertreten kann. Mehr will ich dazu gar nicht sagen. *(Präsident Thahamer übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Kollege Riegler! Zur Milch muß ich ein paar Bemerkungen machen, weil Sie mir den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag von 1,83 S so sehr angekreidet haben, als wir ihn erhöhen mußten. Herr Kollege Murer, ich weiß nicht, was die Zukunft bringt. Wenn die Unterlieferungen, die wir auch haben, so weitergehen, werden wir nicht erhöhen müssen, dann werden wir zurechtkommen. Vielleicht können wir sogar senken. Wenn aber die Überlieferungen so weitergehen wie in letzter Zeit, dann werden wir sicherlich über 2 S kommen.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Aber, Herr Kollege Riegler, das Gesetz haben wir doch gemeinsam beschlossen! Sie wissen doch, daß ich verpflichtet bin ... *(Ruf bei der ÖVP: Sie rechnen ja!)* Rechnen tue nicht ich, rechnen tut ÖMOLK und der Geschäftsführer des Milchwirtschaftsfonds. Das sagt das Gesetz. Bitte, bleiben wir beim Gesetz! Rechnen tue nicht ich. Ich bekomme die Berechnungen und habe dann danach zu entscheiden. *(Ruf bei der ÖVP: Sie legen die Rechnung dann anders aus!)* Nein, das ist eine Unterstellung, die ich zurückweisen muß! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Riegler! Die 1,83 S lasten Sie mir an. Ja haben Sie vergessen, daß wir gemeinsam hier in diesem Plenum zu Beginn 1,99 S beschlossen haben? Den ersten habe ich ja nicht festgesetzt, das hat der Gesetzgeber gemacht. 1,99 S haben Sie mit Ihrer Stimme akzeptiert und 1,83 S bei einem wesentlich höheren Milchpreis — das muß man dazusagen — kreiden Sie mir an. Bitte bleiben wir doch ein bißchen sachlich! *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Herr Minister! Wir haben damals im September Sie aufmerksam gemacht, daß gesenkt werden soll, was Sie nicht getan haben!)*

Wir sollten folgendes machen, Kollege Riegler: Wir sollten uns zeitgerecht — ich stehe zur Verfügung — darüber einigen können, wie wir die entsprechenden Änderungen im Marktordnungsgesetz vornehmen. Es entspricht sicher nicht das System, das Sie durchgesetzt haben. Sie wissen, daß ich die frei gewordenen Mengen regional verteilen wollte. Erinnern Sie sich? Das können Sie in der Regierungsvorlage zu der Freimengenregelung, wie es damals hieß, nachlesen. Das steht dort drinnen. Sie haben dann gesagt: Nein, das System muß flexibel sein, die Bauern müssen hineinwachsen können, und wenn sie überliefern, sollen sie Anteile bekommen! Das haben wir dann akzeptiert. Ich stehe auch dazu, denn man kann sich nachher nicht aussuchen, was einem recht ist und was nicht, wenn man etwas gemeinsam beschließt. Aber ich bitte Sie, sich auch so zu verhalten.

Nun wissen Sie ja, daß zahlreiche Bauernfunktionäre und auch Abgeordnete, die in Ihrem Klub sitzen, die Frage releviert haben: Was kann man tun, daß bei diesem Überlieferungssystem, das jenen präferenziert, der ohnehin schon leistungsfähig ist, die Wirkung nicht so ist, wie sie sich jetzt darstellt oder wie sie jetzt eintritt?

Ich glaube, wir sollten zu dem zurückkehren, was wir ursprünglich wollten, nämlich die frei gewordenen Mengen dorthin zu len-

ken, wo wir sie brauchen, wo wir ganze Regionen noch in der strukturellen Entwicklung haben. Über das Instrument können wir miteinander reden. Es wird verschiedene Möglichkeiten geben, das zu erreichen. Aber ich sage Ihnen: Das ist eine sehr, sehr ernste Frage. Ich habe das mit Bauern aus dem Waldviertel und mit Bauern aus dem Mühlviertel diskutiert. Ihr damals von Ihnen durchgesetztes System hat sich in dieser Frage nicht bewährt. Wir haben ja jetzt einen Run auf höhere Richtmengen.

Meine Damen und Herren! Nur: Diesen Run zahlen nicht der Steuerzahler und nicht der Konsument, sondern die Bauern. Sie glauben, in der Hoffnung, es werde etwas herauskommen, jetzt alle, überliefern zu müssen. Am Schluß wird nichts herauskommen, denn wenn alle diesen gleichen Weg gehen, kann sich bei der Aufteilung kein Ergebnis zeigen, wie wir es eigentlich brauchen.

Ich lade Sie dazu ein, daß wir dieses Problem ausräumen. Wir werden auch wieder über die Befreiung der Bauern der Zone III vom allgemeinen Absatzförderungsbeitrag reden müssen. *(Abg. Dr. Leitner: Vom zusätzlichen, Herr Minister!)* Sie als Tiroler Abgeordnete sind näher der Schweiz und müßten wissen, was die Schweizer mit ihrem System, mit ihrer Erleichterung erlebt haben. Sie mußten diese dann sehr rasch wieder zurücknehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich war ursprünglich auch der Auffassung, man könnte es für beide Absatzförderungsbeiträge tun. Ich habe meine Meinung an Hand der Schweizer Erfahrungen korrigiert. *(Abg. Dr. Leitner: Bedauerlich!)*

Herr Kollege Riegler! Ich möchte eine persönliche Bemerkung machen. Wenn wir uns auseinandersetzen — auch polemisch; aber nicht von dem „Platzl“ aus —, wenn Sie die Politik kritisieren: Ich kann ja nicht von der Opposition, nicht vom Bauernbundabgeordneten verlangen, daß er jetzt hergeht und sagt: Ja, Landwirtschaftsminister, das war gut, das ist in Ordnung, dazu sagen wir ja! Da sind Sie überfordert. Da müßten Sie sich wirklich selbst überwinden, und diese Größe erwarte ich von Ihnen nicht. Also: Harte Debatte, ja. *(Ruf bei der ÖVP: Wenn Sie für die Bauern etwas Gutes erreichen! Minister Steyrer hat Beifall bekommen von uns!)* Herr Kollege Riegler, ich habe aber den Eindruck der persönlichen Animosität, wenn Sie mich persönlich anreden. Was soll das? Sollen wir da ein Gesprächsklima bekommen? *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Keine Animosität, nur eine Feststellung!)*

Ein ganz praktisches Beispiel: die Personal-

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

fragen. Für Sie sind tüchtige Beamte meines Ressorts, die Ihrer Partei angehören, Fachbeamte. Es sind auch tüchtige Fachbeamte; selbstverständlich! Aber wenn ebenso tüchtige Fachbeamte nicht Ihrer Partei angehören, sind sie Politbeamte. Das weise ich zurück. Hören Sie endlich damit auf! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Murer! Sie sollten mit mir ein bißchen reden, wenn Sie eine Frage nicht genau kennen. Sie waren jetzt im Krankenstand, Sie haben das nur am Fernsehschirm verfolgt. Informieren Sie sich! Hier etwas mit Pathos zu erklären, von dem Sie wissen, daß es nicht stimmt, tun Sie sicherlich nicht, dazu sind Sie ein zu „grader Michl“. Aber informieren Sie sich!

Es ist unwahr — ich muß das zeitgerecht mit aller Deutlichkeit sagen —, daß bei diesem Übereinkommen mit Jugoslawien auch nur ein Kilogramm Kohle aus Bauerngeldern gestützt wird. Es ist nur ein Unterschied: Während wir mit Polen ein Kreditgeschäft gemacht hätten, wenn sie akzeptiert hätten — es ist ja von Polen nicht akzeptiert worden —, ist es beim Geschäft mit den Jugoslawen anders. Es ist nicht wahr, daß nichts weitergeht. Gestern ist abgeschlossen worden! Gestern ist die Option abgelaufen. Die Jugoslawen haben akzeptiert, und das bedeutet, daß wir 50 000 Tonnen Getreide liefern, die cash, pardon, bar bezahlt werden, die auf Heller und Pfennig bezahlt werden. 100 000 Tonnen zum gleichen Preis — zum gleichen Preis! —, der separat verhandelt worden ist, werden nicht mit Schilling bezahlt, sondern mit dem Gegenwert in Kohle.

Ich sage: Das ist volkswirtschaftlich ein gutes Geschäft, das ist für die Energieversorgung gut, das ist für unsere Bauern gut, weil wir ja die Ware wieder wegbringen wollen. Das Geschäft ist in Ordnung, das dürfen Sie mir glauben. Ich bin froh, daß es zustande gekommen ist. Erwecken Sie nicht den Eindruck, als ob Bauerngelder für die Energieversorgung verwendet würden! Das wäre eine unwahre Behauptung.

Ich bin überzeugt, daß Sie diese Information gerne zur Kenntnis nehmen und sich dieses Arguments nicht mehr bedienen werden. Ich danke Ihnen dafür. *(Beifall bei der SPÖ.)* — *Abg. Steinbauer: Man soll mit einem Kranken nicht so herumspringen! — Ruf bei der SPÖ: Er hat ihn eh massiert!* Das ist wahr.

Zu den übrigen mit Pathos vorgetragenen Ausführungen: Ich finde da wenig Substanz.

Ich bemühe mich ja, ein bißchen etwas zu finden, worauf ich antworten könnte.

Zum Wein, Herr Kollege Murer: Gestern ist das ja hier beschlossen worden. Was wollen Sie also mehr? Wir haben jahrelang darum gekämpft. Gestern ist das im Plenum beschlossen worden. Die gegenseitige Anerkennung der Qualitätsweine ist unter Dach und Fach.

Zugegeben, es gehört die Kontrolle dazu. Diese haben wir auch vereinbart. Dieser Vertrag beinhaltet ja auch die Zusicherung der gegenseitigen Unterstützung bei der Kontrolle. Also was wollen Sie mehr?

Herr Kollege Hietl! Zur Frage der Importpolitik *(Abg. Hietl: Ich habe noch gar nichts gesagt, Herr Minister!)*, weil Sie das wieder in einem Brief releviert haben. Gestern habe ich den Brief von Ihnen bekommen. Zuerst habe ich mir gedacht: Sollst du jetzt dem Hietl gleich morgen einen Brief geben? Nein! Ich kann es Ihnen ja auch hier direkt sagen.

Wenn wir — ich glaube, Pfeifer hat es schon gesagt — heuer über 500 000 Hektoliter exportieren, so ist das gegenüber den 200 000 Hektoliter in einem Dezennium, nämlich in den sechziger Jahren, doch etwas, worüber wir uns gemeinsam freuen sollten; Sie auch und alle Weinbauer. Wir sollten uns freuen, daß wir einen Export aufgebaut haben.

Jetzt haben wir eine schwache Ernte gehabt: 2 Millionen Hektoliter ungefähr. Sie sagen: Die Inlandsversorgung ist gesichert. — Jawohl, das stimmt. Aber ich warne davor, jetzt eine Politik zu betreiben, auf Grund derer wir diese Auslandsmärkte nicht mehr bedienen. Ich warne davor zu sagen: Heuer haben wir keinen Wein, holt ihn euch, wo ihr wollt, wir sind nicht bereit zu liefern! Wir müssen auch nach einer schwachen Ernte den Export von etwa 500 000 Hektoliter aufrechterhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es kommen ja wieder 3 ½ Millionen Hektoliter, und was machen wir dann? Die kommen ja wieder, Herr Abgeordneter Hietl! Daher werden wir sicherlich über die 180 000 Hektoliter Globalkontingent und das Accordino hinausgehen müssen bei den Importen, und zwar restriktiv, nicht zuviel, vorsichtig. Das Jahr 1975 war auch mir eine Lehre. Das war sicher des Guten zuviel. Das gebe ich gerne zu. Es muß ein bißchen ausgewogen sein. Aber die Exporte müssen wir aufrechterhalten. Ich bitte Sie, das zu verstehen. *(Abg. Hietl: Offene Tür!)*

Für den Sektgrundwein kann man einen Importwein auch verwenden, obwohl wir aus-

10012

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

gezeichnete Sektgrundweine haben, und zwar besonders in meinem Gebiet, wo ich wohnhaft bin, vom Marchfeld nach Norden, nicht zum Herrn Präsidenten hinüber. Ich will ihn ja nicht kränken. (*Abg. Hietl: Wir kennen uns beide in der Weinwirtschaft aus!*)

Wenn wir nun durch gewisse Importe substituieren, ist das vernünftig. Da sollten Sie mittun, da sollten Sie nicht von Haus aus nein sagen. Das ist ja keine Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich sehr früh zu Wort gemeldet, aber ich werde ohnehin noch einmal kurz Stellung nehmen müssen. Wir haben ja so viele Redner, sodaß ich doch auf jeden einzelnen ein bißchen eingehen möchte.

Vielleicht noch zum Schweinemarkt, Herr Kollege Deutschmann, damit das nicht unbeantwortet bleibt. Wir haben uns ja bemüht bei den letzten Marktordnungsverhandlungen. Sie werfen mir jetzt vor, daß ich zu spät komme mit den Marktordnungsverhandlungen, und vor zwei Jahren haben Sie nicht ja gesagt? Wir waren fast einig; das dürfen Sie doch nicht verschweigen. Die Zeitungen haben ja darüber geschrieben vor der Einigung. Herr Präsident Lehner hat eine Erklärung abgegeben, die sehr versöhnlich war. Er hat in den Raum gestellt: Wir haben alles unter Dach und Fach. Gescheitert ist das dann, weil Sie zwar ein Marktordnungsinstrument wollten, aber keine Kontrolle der Bestände. Ohne die Kontrolle der Bestände geht es aber nicht. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: An den Beiträgen ist es gescheitert, die Bauern sollten wieder zahlen!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur sagen: Ich bin sehr glücklich darüber, daß wir mit diesem Budget einen Schritt weiterkommen. Ich freue mich darüber, daß wir in der Frage der Agrarinvestitionskredite bessere Voraussetzungen haben, das nächste Jahr zu bewältigen.

Wir sollten in dieser Agrardebatte unseren Bauern dafür dankbar sein, daß sie so leistungsfähig und umstellungsbereit sind. Es ist ja nicht so, daß die Bauern nicht mit dieser Politik mitgehen. Das stimmt nicht. Sie sind bereit mitzugehen.

Wir sollten nicht durch eine Darstellung Schwarz in Schwarz, wobei es nicht einmal mehr blaue Tupfen gibt, unserer bäuerlichen Jugend die Hoffnung nehmen, daß sie einer Zukunft entgegengeht, in der es wert ist zu leben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{13.16}

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hietl. Ich erteile es ihm.

^{13.16}

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn man das Budget der Landwirtschaft beleuchtet, wenn man hier die Erklärungen des Hauptsprechers der Regierungspartei und dann die Ausführungen des Herrn Bundesministers verfolgt und wenn man mit der Materie nicht vertraut ist, hat man das Gefühl, wie sehr diese Regierung für die österreichische Bauernschaft eintritt und was sie nicht alles für sie tut. Als praktizierender Bauer aber, der jede freie Minute dazu benützt, in seinem Betrieb tätig zu sein, kennt man die Dinge ein bißchen besser. Man geht den einzelnen Fragen auf den Grund und sieht die Probleme, wie sie der einzelne Berufskollege tatsächlich hat.

Wenn Sie frohlocken: eine halbe Milliarde mehr für das Agrarbudget!, so nehmen wir doch die Gesamtzahl: 0,52 Prozent macht die Förderung der Landwirtschaft im Gesamtbudget aus. Das ist das konkrete Ergebnis. 3,5 Prozent waren es einmal, und zwar zur Zeit der ÖVP-Regierung, heute sind es 0,52 Prozent. Das sind die Fakten, die ich klar und deutlich hier sagen muß.

Wir anerkennen — das haben meine Vorredner schon erklärt, und das werden wir bei jeder Gelegenheit tun — die Leistungen, die in unseren Fachschulen erbracht werden, zur Ausbildung unserer Jugend. Wir anerkennen den Beratungsdienst, den Sie uns über die Landwirtschaftskammern ständig verkleinern wollen. Wir anerkennen die Leistung der Beamtschaft im Ministerium. Es wird von uns aus in diese Richtung keine Kritik geführt. Ich bitte, uns das nicht hier auf diese Art zu unterstellen.

Im Gesamtbudget sind beispielsweise die Lawinenverbauung und die Flußregulierung enthalten. Sicherlich sind das Dinge, die in unserem Gesamtinteresse liegen, nicht nur im Interesse der Bauernschaft, sondern auch im Interesse der gesamten Bevölkerung. All diese Summen sind im Landwirtschaftsbudget enthalten. Daher muß man die Vergleiche anders ziehen. Herr Minister! Man kann keinen Vergleich zwischen der österreichischen Landwirtschaft und jener der unterentwickelten Völker anstellen. Herr Minister! (*Abg. Kern: Der ist jetzt schon verduftet!*)

Da der Herr Sozialminister auf der Regierungsbank sitzt, nehme ich an, daß das soziale Verständnis für die Bauernschaft bei ihm

Hietl

sicherlich sehr groß sein wird, daß er mehr Verständnis aufbringt als der Herr Landwirtschaftsminister. Denn zu den Reden der einzelnen Vorredner einfach Stellung zu nehmen und dann die Antwort nicht abzuwarten, sondern zu verschwinden, ob das bitte das richtige Verhalten ist, ist eine andere Frage. (*Bundesminister Dallinger: Er kommt ja wieder!*) Aber ich habe Verständnis, daß jeder Minister die Regierungsbank manchmal auch kurz verlassen will.

Was die Mechanisierung betrifft, hat der Herr Bundesminister — ob er das gewollt hat, ist eine andere Frage — sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß in einer Zeit, als Minister Hartmann hier auf der Regierungsbank als Vertreter der Landwirtschaft saß, die Mechanisierung stürmische Zeiten erlebt hat.

Wir sind froh, daß es diese Zeiten gegeben hat, denn unter einem Minister Hartmann hatte auch die Landwirtschaft Agrarpreise, die es im Verhältnis zu der Kostenentwicklung ermöglichten, Maschinen einzustellen und den technischen Fortschritt mitzumachen. Heute, meine Damen und Herren, wäre das unmöglich! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei, die wenigen, die hier sind, die die bäuerlichen Anliegen anscheinend noch interessieren! Auf vielen Versammlungen draußen und in Gesprächen mit meinen Berufskollegen höre ich immer wieder: Ich habe vor nichts größere Angst, als daß mir morgen mein Traktor eingeht und ich einen neuen kaufen muß. Ich weiß nicht, wie ich das finanzieren soll. Das bitte sind heute die nackten Fakten. Die sind da. Wenn Sie den Mut haben, draußen mit Bauern zu sprechen, werden Sie sicherlich dasselbe hören.

Der Agrarpreis, sagt der Herr Minister, ist die Grundlage für das Einkommen des Bauern. Ja, bitte, wem sagt er das? Wir haben immer wieder verlangt, daß eine Agrarpreisregelung einzutreten hat, die das Einkommen des Bauern auch ermöglicht.

Er hat hier eine Haimböck-Studie zitiert. Ich darf ihm das sehr gerne vorlesen und auch die Antwort darauf geben und sagen, wie die Dinge liegen.

In dieser Studie heißt es:

„Um die Nachhaltigkeit der geforderten Einkommenskapazität zu gewährleisten, sollte allenfalls vom verfügbaren Einkommen ein Teil wieder in den Betrieb investiert werden. Der verbleibende Restbetrag stellt dann das konsumfähige Einkommen dar. Die Ermittlung des konsumfähigen Einkommens

je Betriebsinhaberbefamilie und Jahr erscheint aber derzeit nicht realisierbar, da dazu die Errechnung der erforderlichen Abzüge noch abgeklärt werden müßte.“

Kehrt man nun zum Ausgangspunkt der Erklärungen des Landwirtschaftsministers zurück, wonach der Einkommensabstand zu einem Industriearbeiter netto nur 7 Prozent zuungunsten der Bauern sei, ergibt sich schon allein durch die Berücksichtigung der Investitionsrate als betriebliches Erfordernis und nicht als für den Konsum zur Verfügung stehender Betrag eine ganz andere Aussage. Wenn alle anderen Größen der Nettogesamterwerbseinkommensberechnung laut Studie unverändert bleiben und nur die Investitionsrate herausgerechnet wird, erhöht sich der Einkommensabstand netto gleich von 7 auf 25 Prozent. Schon diese Tatsache allein zeigt, welche Tendenz der 7-Prozent-Aussage des Bundesministers zugrunde liegt.

Von dieser Warte aus, glaube ich, muß man das Einkommen des Bauern betrachten. Zum Einkommen überhaupt darf ich den Herrn Präsidenten des Hohen Hauses in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftspräsident zitieren. Er hat einmal erklärt: „In der Industrie heißt es, ein Drittel ist Kapital, ein Drittel ist Investition und ein Drittel ist Gehalt.“ Bitte, wo ist das in der Landwirtschaft im gleichen Verhältnis möglich? Wir wären zufrieden, wenn wir diese Möglichkeiten für uns in Anspruch nehmen könnten.

Was das Problem der Ölsaaten betrifft, sagt der Herr Minister, es bringt Schwierigkeiten. Wenn wir von der Österreichischen Volkspartei die einzelnen Vorschläge bringen, welche Möglichkeiten wir hätten, hören wir immer wieder: Da gibt es Schwierigkeiten.

Das ist mir zu wenig von einem Ressortminister! Ich muß doch von einem Minister verlangen können, daß er sich innerhalb seiner Regierung bemüht, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. (*Bundesminister Dallinger: Herr Kollege! Der Herr Minister ist wieder da!*)

Herr Minister! Ich glaube, das ist die Voraussetzung, die man einem Ressortminister doch zutrauen können sollte.

Schutz des Arbeitsplatzes für Bauern. Wir haben immer wieder erklärt, Herr Bundesminister: Die einfachste Sicherung des Arbeitsplatzes ist, dem Bauern ein entsprechendes Einkommen zu ermöglichen. Damit ist für immer für seine Familie der Arbeitsplatz gesichert, den er anderen nicht streitig machen muß, denn er muß auch für seine Familie ein Einkommen haben, das er durch

10014

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Hietl

die Politik dieser Regierung auf seinem Hof nicht erzielen kann.

Für Alternativprodukte ist letzten Endes die Gesetzgebung verantwortlich. Von unserer Warte aus wird immer alles dazu getan werden. Wenn Sie Angst haben, daß die Bauern dafür gewonnen werden müssen, die bereit sind, Alternativprodukte anzubauen, so habe ich, Herr Bundesminister, die gegenteilige Angst. Unsere Bauern suchen nach Ausweichmöglichkeiten, und da ist oft die Gefahr, daß sich zu viele zu rasch hineinstürzen.

Schaffen Sie bitte die Voraussetzungen und die Möglichkeiten. Wenn unsere Bauern diese Möglichkeiten nicht nützen, dann haben Sie das Recht zu sagen: Die Bauern wollen nicht teilnehmen. Bis jetzt haben wir diese Möglichkeit nicht gehabt.

Herr Bundesminister, Sie betonen, daß Spezialkulturen außenpolitisch nicht einfach machbar sind. Dazu möchte ich sagen: Es liegt immer daran, wie man sich bei den Verhandlungen mit den anderen Staaten, mit den Regierungen anderer Länder durchsetzt. Das ist Ihre Aufgabe. Sie sitzen dafür auf der Regierungsbank — oder stehen und unterhalten sich dabei, je nachdem, wie Sie gerade gelaunt sind, Herr Bundesminister! (*Zwischenruf des Abg. Remplbauer.*) Ich glaube, daß ein Minister letzten Endes dafür die Verantwortung trägt.

1972 hat die EG eine Abschöpfungs- und Erstattungsregelung gemacht mit der Auflage, daß sich auch die österreichische Bundesregierung als Drittland damit beschäftigt und eine entsprechende Nachziehung macht. Nichts ist bei uns in dieser Richtung geschehen, nichts hat der Minister unternommen, hier das gleiche zu tun. Oder er hat sich in seiner Regierung oder bei seinem Finanzminister nicht durchgesetzt. Eines von beiden war es. Sie können sich aussuchen, welches letzten Endes bei Ihnen liegt.

Herr Bundesminister! Sie meinen, die Beeinflussung der Erdölpreise ist von uns aus nicht möglich. Wir können sicher den Multis die Preise nicht vorschreiben. Aber eine innerstaatliche Beeinflussung ist wohl zu machen, wenn wir nur die Steuerpolitik betrachten, welcher Prozentsatz pro Liter an Steuern eingeht. Da ist sehr wohl eine Beeinflussung von der Regierung her möglich.

Die Agrarinvestitionskredite seien — Herr Bundesminister, das behaupten Sie so wie immer bei allen Fragen — auch ein schwieriges Problem. Sicherlich ist das gesamte Zinsniveau eine Sache aller Banken. Das ist schon richtig. Aber man kann doch nicht behaupten,

daß es eine inflationäre Entwicklung gäbe, wenn der Zinssatz für die Landwirtschaft im Wege der Agrarinvestitionskredite niedriger gehalten würde, wenn Sie die entsprechenden Mittel dafür bereitstellen. Herr Minister! Bitte tun Sie etwas für die Landwirtschaft, damit die Landwirtschaft die Möglichkeit hat, die Investitionen für die ohnedies teure Mechanisierung auf diese Art und Weise zu tätigen.

Eines muß ich zurückweisen: Wenn Sie behaupten, daß in der Frage mit den Schweinen ein Verwertungsbeitrag von den Bauern bezahlt werden sollte und hier keine Einigung zustande kam, oder umgekehrt unseren Kollegen den Vorwurf machen, daß hier die Einigung dahin gehend nicht zustande kam.

Herr Bundesminister! Man kann doch nicht ständig verlangen, die Bauern sollen zusätzliche Beiträge für die Produkte bezahlen, wenn die Preise, die sie im Verhältnis zu allen anderen Produkten und zu allen anderen Verdienstmöglichkeiten erzielen, ohnedies geringer sind.

Nun kurz zu Herrn Abgeordneten Pfeifer und letzten Endes auch zu Ihnen, Herr Bundesminister.

Vorerst darf ich feststellen: Wenn der Herr Abgeordnete Pfeifer — er ist leider nicht im Saal; ich bitte die Herren Kollegen von der Sozialistischen Partei, ihm das mitzuteilen — die Landwirtschaftskammerwahlen in Kärnten mit den Eisenbahnerwahlen vergleicht, muß ich sagen: In Kärnten gibt es einen Staatssekretär für Landwirtschaft. Er ist derzeit erkrankt. Das nehmen wir zur Kenntnis, das ist bedauerlich. Daher kann er nicht da sein. Aber das schließt nicht aus, daß er letzten Endes in Kärnten zu Hause ist und man doch erwartet, daß er entsprechende Impulse dort gibt. Aber wenn dort bei den Wahlen in die Landwirtschaftskammer der Bauernbund, den Sie so ankreiden, daß ihn die Bauern nicht wollen, gewinnt und der Arbeitsbauernbund mit seinem Staatssekretär verliert und damit ein Mandat im Vorstand einbüßt, dann zeigt das doch sehr deutlich, wo die Bauern hinwollen. Wenn der Herr Abgeordnete Pfeifer persönlich sein Mandat bei den Kammerwahlen in Niederösterreich verloren hat, dann zeigt das sicher auch, daß die Bauern nicht den Sozialisten zulaufen. Das ist das Ergebnis, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. (*Abg. Remplbauer: Das ist eine Wahlordnung! Stimmen gewonnen! Und so eine Wahlordnung! — Abg. Kern: Die gemeinsam beschlossen worden ist!*)

Fest steht, Herr Abgeordneter Remplbauer,

Hietl

daß auf Grund der Ermittlung — und Sie wollen doch ein Ermittlungsverfahren nicht anzweifeln — der Herr Abgeordnete Pfeifer sein Mandat in Niederösterreich verloren hat. Das können Sie nicht weglegen. Ich weiß, daß Ihnen das peinlich und unangenehm ist. Aber die Tatsache ist da. (*Abg. Ing. Murer: Machen wir eine neue Kammerwahlordnung, Herr Kollege Hietl!*)

Was die Weinfrage anbelangt, muß ich auch eines sagen, Herr Bundesminister. Das hat der Herr Abgeordnete Pfeifer angeführt, von dem ich angenommen habe, er kenne die Situation. Wenn man Vergleiche zwischen 1960 und 1970 anstellt, dann bitte ich, alles zu sagen, Herr Bundesminister!

Abgeordneter Pfeifer ist von Beruf Weinbauer, er muß die Verhältnisse kennen. Entweder hat er hier wider besseres Wissen seine Aussage gemacht, oder er ist in den wirtschaftlichen Funktionen fehl am Platze. Wir haben von 1960 bis 1970 immer wieder zu wenig eigenen Bedarf gehabt. Durch Absprachen innerhalb der ÖVP-Bundesregierung oder vorher in der Koalitionsregierung mit den entsprechenden Interessensgruppen wurde so viel importiert, wie notwendig war, um die Versorgung in Österreich aufrechtzuerhalten. Es konnten daher keine großen Exporte durchgeführt werden.

Ab 1970 hat sich die Fläche vermehrt. Herr Minister! Sie wissen das genausogut wie ich. Sie haben ja schließlich die Luftaufnahmen gemacht, Sie haben wahrscheinlich viel genauere Zahlen als ich und kennen daher die Verhältnisse.

Wir sind selbstverständlich bemüht, dann, wenn das Angebot größer ist, Exporte zu tätigen und wissen, daß das nicht von heute auf morgen geht. Wir wissen auch, daß das nicht einmal mehr und einmal weniger geht, sondern man muß die Vertragspartner suchen und die Geschäfte entsprechend halten.

Ich bitte, gerade mir das nicht zu sagen. Schließlich bin ich für den Betrieb, der der größte Flaschenweinelexporteur Österreichs ist, verantwortlich; 40 Prozent von dem Gesamtumsatz sind im Jahre 1981 exportiert worden. Wir werden das auch 1982 machen. Wir haben Vorsorge dafür getroffen, mit unseren Partnern die Geschäfte aufrechtzuerhalten. Sicherlich müßte das auch im Interesse der österreichischen Regierung sein, weil wir letzten Endes damit die Handelsbilanz verbessern.

Daher bitte Importe dann, wenn sie zielstrebig sind. Man kann mit uns jederzeit darüber reden.

Aber jetzt vor Weihnachten, wo sich der Preis erholt hat, 30 000 Hektoliter plötzlich zu importieren, zu einem völlig falschen Zeitpunkt, das, Herr Bundesminister, muß ich zurückweisen, weil mit uns, mit der Interessenvertretung darüber kein Wort gesprochen wurde. Das sind Methoden, die wir nicht hinnehmen können. Wir sind jederzeit gesprächsbereit.

Die Statistik, die ich Ihnen gegeben habe, zeigt — und Sie haben es betont — die Jahre 1974 und 1975. Dort ist eindeutig festzustellen: Immer dann, wenn sich der Preis erholt hat — und er war in den sechziger Jahren besser als in den siebziger Jahren —, ist er durch Importe plötzlich wieder gesunken. Das ist das Ergebnis Ihrer Landwirtschaftspolitik.

Ich hoffe, Herr Minister, daß Sie das von Ihnen so gepriesene Budget so über die Runden ziehen können, daß 1982 auch tatsächlich etwas Positives herauskommt, positiver als es in den vergangenen zehn Jahren für die österreichische Landwirtschaft war. (*Beifall bei der ÖVP.*) 13.34

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

13.35

Abgeordneter **Lafer** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der Herr Minister und der Herr Abgeordnete Pfeifer die Unterstützung der Landwirtschaft so sehr hervorgehoben haben, dann darf ich als praktizierender Landwirt, der mit den Menschen dort in Verbindung steht, doch feststellen, daß die Wirklichkeit ganz anders ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn das Hohe Haus heute das Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft behandelt, so bin ich über die Ansätze und überhaupt von der Entwicklung der Förderung, die man der Landwirtschaft seit der sozialistischen Bundesregierung zukommen läßt, als Bauer sehr enttäuscht. Fast 300 000 Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft — das sind fast 10 Prozent der Erwerbstätigen Österreichs — erwirtschaften nur ein Einkommen von 4,4 Prozent des Volkseinkommens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon aus dieser Klarstellung ist die Unterbewertung der Landwirtschaft erkennbar. Trotz laufender Abwanderungen aus dem Berufsstand — 1980 waren es wieder fast 7 000 Personen — hat dieser Berufsstand, haben die Bauern mit sehr viel Fleiß und sehr viel Aufopferung — nicht der Minister und nicht die

690

10016

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Lafer

Regierung haben das gemacht, sondern die Bauern mit ihrem Fleiß — die Selbstversorgung unserer heimischen Bevölkerung zu über 80 Prozent — ich möchte sagen, zu 86 Prozent — sichergestellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist daher unverständlich, daß die echte Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Budget, meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite — es sind ja sehr wenige hier, die das mithören —, nur 2 Milliarden Schilling ausmacht. Die übrigen Förderungen bis 9 Milliarden Schilling sind alles Dinge, die keine echte Förderung sind.

Die Landwirtschaft hat nicht nur die Ernährung sicherzustellen, sondern die Bauern sind auch in allen Bereichen die Pfleger der Landschaft. Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der linken Seite! Wenn die Landwirtschaft nicht die Kulturlandschaft unserer Heimat so pflegen würde, wie würde es mit dem Fremdenverkehr ausschauen? Ich glaube, auch hier hat die Landwirtschaft eine große Aufgabe, die sie unentgeltlich leistet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Sicherstellung der Ernährung unserer heimischen Bevölkerung ist nicht so selbstverständlich. Es muß den Bauern auch die Möglichkeit des Absatzes ihrer Produkte durch vernünftige Preise gewährt werden.

Ein Blick in unsere östlichen Nachbarländer zeigt, mit welchen Schwierigkeiten diese Staaten zu kämpfen haben. Ich glaube, daß es daher vorteilhaft und besser ist, bei einigen Produktionen der Landwirtschaft einen Überschuß zu haben, als in die Lage zu kommen, die Ernährung durch die Landwirtschaft nicht sicherstellen zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin aber mit der Vorgangsweise, wie man die Überschüsse verwertet, nicht einverstanden. Die Bauern sollen nämlich die Kosten dieser Überschußverwertung selbst tragen und finanzieren.

Es ist sicher notwendig, daß in der Planung und in der Beratung die Produktion auf den heimischen Bedarf abgestimmt wird. Jedoch muß eine gesunde, produktionsfähige Landwirtschaft dem Staat auch etwas wert sein. Bei anderen Produkten unserer Wirtschaft müssen von der Allgemeinheit große Mittel aufgebracht werden *(Ruf bei der SPÖ: Bei welchen?)*, um diese Produkte zu verwerten, zu exportieren. Hier müßte, meine sehr geehrten Damen und Herren, gleiches Recht für alle Bürger dieses Staates gelten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nun den Problemen des Grenzlandes der Steiermark zuwenden. Herr Minister! Es ist mir unverständlich, daß Sie der Aufstockung der Grenzlandförderungsmittel, die das Land Steiermark vor allem durch den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer vom Bund verlangt und die von der Steiermark durchgeführt wird, nicht zustimmen.

Herr Minister! Die Steuermittel, die Sie für die „Agrarwelt“ ausgeben, würden für die Aufstockung der Grenzlandförderungsmittel in der Steiermark sinnvoller angewendet werden! *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir brauchen Ihre Zeitung nicht. Wir brauchen keine politische Aufklärung. Es bringt nur eine Verunsicherung in der Bevölkerung. So hat unter anderem Ihre Ankündigung über die Bauernhilfe sehr viele Vorsprachen bei diversen Stellen verursacht. Und die Wirklichkeit: Es gab kein Geld! Nur eine Verunsicherung der Bevölkerung!

Diese Grenzgebiete der Süd- und Oststeiermark sind agrarisch ausgerichtet und weisen eine kleine Betriebsstruktur auf. Zirka 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe haben eine Gesamtfläche bis 10 Hektar; das ist heute schon gesagt worden. Es müssen, durch diese Kleinstruktur bedingt, viele Bauern einem Nebenerwerb nachgehen. Industrie- und Gewerbebetriebe sind in diesen Grenzräumen schwer anzusiedeln. Das Beispiel Eumig-Fürstenfeld, Merino-Feldbach zeigt diese Schwierigkeiten zur Genüge auf.

Außerdem muß ich feststellen, daß man Betriebe und Arbeitsplätze mit großen öffentlichen Aufwendungen in Räumen schafft, wo ohnedies zu wenig Arbeitskräfte vorhanden sind. Tages- und Wochenpendler mit all ihren Schwierigkeiten sind die Realität dieser Entwicklung in unserer Grenzregion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es könnten jedoch viele Arbeitsplätze auch in der Landwirtschaft in diesem Gebiet geschaffen und erhalten werden, wenn eine Absicherung des Absatzes und des Preises der Spezial- und Sonderkulturen ermöglicht würde. So werden fast 17 000 Hektar aller Arten dieser Sonderkulturen — Obst, Wein, Feldgemüse, Heilkräuter und so weiter — in diesem Gebiet angebaut. Viele Möglichkeiten sind durch die günstigen klimatischen Bedingungen gegeben, es bedarf aber des Schutzes des Absatzes dieser Produkte.

Herr Minister! Die Ostliberalisierung, wie überhaupt die großzügige Regelung der Importe von Agrarprodukten ohne Abschöp-

Lafer

fung, ohne Zoll bringt in den eigenen Produktionsgebieten große Schwierigkeiten und Unsicherungen. So wurden zum Beispiel 1980 Frischobstimporte, zoll- und abschöpfungsfrei, von den Erzeugerländern oft noch subventioniert, in einer Größenordnung von 334 824 Tonnen — 334 824 Tonnen! — mit einem Gesamtbetrag von 2,16 Milliarden Schilling getätigt.

Eine Gegenüberstellung: Die heimische Obstproduktion lag 1980 bei zirka 80 000 Tonnen — 8 000 Waggon! Die Importe betrugen 33 000 Waggon. Das ist das Vierfache unserer eigenen Produktion.

Es ist mir bewußt, daß Südfrüchte in Österreich nicht produziert werden können, jedoch ist unsere Obstproduktion für viele Tausende von kleinen Betrieben in diesem südlichen, östlichen und westlichen steirischen Hügelland ein sicheres Einkommen. Ich glaube, daß ein Schutz dieser Obstproduktion notwendig ist und nicht durch Billigimporte diese Möglichkeit genommen werden soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum ist die Regionalförderung, die Grenzlandförderung für diese Region von so großer Bedeutung? Um den Menschen dort das Leben lebenswert zu erhalten. Es ist daher erforderlich, daß die Wirtschaftskraft dieses Raumes gestärkt wird, um eine Abwanderung vor allem der Jugend zu verhindern.

Ein Ausspruch des Bundeskanzlers — vor den Wahlen wird das immer wieder gesagt —: Wir Sozialisten wollen einen Gürtel des Wohlstandes den Grenzräumen bringen.

Die Wirklichkeit ist anders. Die Steuerkopfquote dieses Grenzraums beträgt zirka 3 000 S. Die Steuerkopfquote im österreichischen Durchschnitt liegt bei über 5 000 S. Aus diesen Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ersehen Sie den wirtschaftlichen Nachteil dieses Gebiets.

Als langjähriger Bürgermeister einer ländlichen Gemeinde sehe ich hautnah diese großen Schwierigkeiten dieser Region: Ein Hügelland, die Technisierung mit großem persönlichen Risiko verbunden und oft auch nicht möglich, der Ausbau des Wegenetzes teilweise noch schlecht durchgeführt. Und hier, Herr Minister, sehe ich ein ganz großes Problem, welches der Bevölkerung und vor allem den Gemeinden sehr viel zu schaffen macht: Die Verkehrserschließung, eine Notwendigkeit, welche gerade in dieser Region, aber auch überhaupt im ländlichen Gebiet, erforderlich ist, die aber auf immer größere

Schwierigkeiten stößt und fast nicht zu lösen ist.

So konnten, gesamtösterreichisch gesehen, im Jahre 1970 noch 1 350 km Weglänge mit einer Förderung des Bundes von 34,5 Prozent der Gesamtkosten durchgeführt werden. Die Kosten betrugen damals pro Laufmeter zirka 400 S. Im Jahre 1980 waren es nur mehr 1 000 km, die gebaut wurden. Die Förderung des Bundes betrug nur mehr 24 Prozent, knapp ein Viertel der Gesamtkosten, und der Laufmeterpreis erhöhte sich auf über 1 200 S.

Herr Minister! Trotz der geringen Mittel, der viel zu geringen Mittel, die Sie in den letzten Jahren in den Budgetansätzen zur Verfügung gestellt haben, haben Sie aus diesem Budget für die Verkehrserschließung zweckentfremdet im Jahre 1977 17 Millionen Schilling, im Jahre 1978 49 Millionen Schilling, im Jahre 1979 38 Millionen Schilling, im Jahre 1980 76 Millionen Schilling; das sind in den letzten vier Jahren 180 Millionen Schilling, die nicht der Verkehrserschließung des ländlichen Raumes zugeführt, zweckentfremdet verwendet.

Herr Minister, ich frage Sie: Wie soll der Ausbau des Wegenetzes im ländlichen Raum weitergehen? Laufende Kostensteigerungen, weniger öffentliche Mittel des Bundes, und gerade für diese Grenzregion ist der Ausbau des Wegenetzes eine unbedingte und eine notwendige Voraussetzung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen eine mit Leben erfüllte Grenze erhalten. Dies ist nur möglich, wenn vor allem die Jugend Arbeitsplätze findet, und dazu ist ein ausgebautes Wegenetz notwendig. Man kann daher die dafür notwendigen Mittel nicht kürzen.

Herr Minister! Ich kenne die meisten Gemeinden, vor allem unseres Bezirkes, aber auch dieser Region; es ist noch mehr als die Hälfte des Wegenetzes auszubauen. Mit den derzeitigen öffentlichen Mitteln können Wegebauprogramme, die die Gemeinden durchführen, nur so durchgeführt werden, daß 200 und 300 Meter jährlich pro Programmweg ausgebaut werden können.

Aus diesen Ausführungen ist zu ersehen, daß die sozialistische Regierung für den ländlichen Raum kein Verständnis hat, daß sie keine Beziehung zu ihm hat. Nur so ist es auch verständlich, daß Sie, Herr Minister, der Erhöhung der Grenzlandförderungsmittel für die Steiermark nicht zugestimmt haben. *(Abg. K o k a i l: Wieso habt ihr sie nicht schon früher ausgebaut?)*

Die Ausrede, daß zusätzliche AI-Kredite für

10018

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Lafer

diesen Grenzraum zur Verfügung gestellt werden, ist keine echte Hilfe. Wir haben heute in den Aussagen gehört, welche Schwierigkeiten und welche Probleme es mit den AI-Krediten gibt. Ich glaube, mit 8 oder 9 Prozent Verzinsung ist das Zinsniveau derart hoch, daß es für die Bauern nicht mehr erschwinglich ist.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schluß kommend, möchte ich feststellen, daß die sozialistische Alleinregierung für die Bauern in ihrer elfjährigen Regierungszeit wenig Verständnis gezeigt hat. Das Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft ist gegenüber dem Einkommen anderer Bevölkerungsschichten weit zurückgeblieben. Die Betriebskostensteigerungen sowie die Belastung durch die Erhöhung der Einheitswerte zwingen immer mehr Bauern zum Verlassen ihrer Höfe, immer mehr geben ihre Selbständigkeit auf. Bei den Wahlen in die Interessenvertretungen kommt deutlich die Gesinnung und die Einstellung der Bauern zum Ausdruck. Gerade das letzte Beispiel der Kammerwahl in Kärnten hat das wieder klar und deutlich gezeigt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist daher ein Kurswechsel in der Agrarpolitik dringend notwendig.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei kann daher dem Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft unter diesen Umständen nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.50

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Remplbauer. Ich erteile ihm das Wort.

13.51

Abgeordneter **Remplbauer** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Land- und Forstwirtschaft ist in allen Industriestaaten von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft eines Staates abhängig. Alle Staaten westlicher Demokratie haben mit den Auswirkungen der Energieverteuerung große Probleme. Wir haben Probleme auf dem Arbeitsmarkt in allen westlichen Demokratien, wo es hohe Arbeitslosigkeit gibt. Viele Staaten kämpfen mit einer hohen Teuerungsrate.

Österreich ist auf diesem Gebiet eine rühmliche Ausnahme. Trotzdem sind auch für uns die Zeiten starken ökonomischen Zuwachses vorbei. Und aus diesem Blickwinkel, meine Damen und Herren, ist selbstverständlich auch das Kapitel Landwirtschaft im Budget 1982 zu sehen.

Die österreichische Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch eine starke Konzentration der Produktion. Die Spezialisierung

nimmt zwingendermaßen zu. Die Abwanderung nimmt zuletzt ab. Es gibt große Einkommensunterschiede, und wir haben Absatzprobleme durch Produktionsüberschüsse.

Es ist überaus erfreulich, daß es gestern zu einem gemeinsamen Beschluß gekommen ist, aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen Arbeitsplätze vor allem in der verstaatlichten Industrie zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sind durchaus bereit, mit den Oppositionsparteien über die Probleme der Landwirtschaft nicht nur zu reden, sondern auch gemeinsam Lösungen zu suchen. Nur eines, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien: Es geht sicher nicht, im Rahmen der Budgetberatungen im Budgetausschuß zusätzliche Forderungen von insgesamt nahezu 20 Milliarden Schilling zu erheben. Das würde bedeuten, daß das Gesamtbudget ein um 20 Milliarden Schilling höheres Defizit ausweisen würde. *(Abg. Deutschmann: Wo? Bitte wo?)* Bei den Budgetberatungen! Wir haben das genau aufgelistet.

Kollege Deutschmann! Ich bin sehr froh, daß Sie hereingekommen sind, denn ich möchte zu dem, was bisher in der Diskussion vorgebracht wurde, doch auch ganz kurz replizieren.

Kollege Riegler hat als Hauptsprecher der ÖVP, des ÖVP-Bauernbundes, heute wieder eigentlich nur unqualifizierte Angriffe auf den Herrn Bundesminister vorgetragen. Das ist zu wenig, davon hat die österreichische Bauernschaft wahrlich nichts.

Kollege Murer hat sich dem angeschlossen und hat eingestimmt in dieses Jammerlied.

Kollege Deutschmann hat sich mit dem Gesetz über Arbeitsplatzsicherung positiv beschäftigt, ich möchte das anerkennen.

Es wurden auch von Ihnen, Herr Kollege Deutschmann, die Sozialleistungen für die Bauern anerkannt, und Sie haben vor allem den Tauschwert releviert, dabei aber vergessen, die wesentlichen Ertragssteigerungen zu berücksichtigen.

Sicherlich gibt es in der Landwirtschaft bei den Agrarinvestitionskrediten Probleme, weil die Verzinsung durch die allgemeine Hochzinspolitik natürlich auch gestiegen ist. Aber auch hier sind wir bereit, miteinander Gespräche zu führen. *(Abg. Steinbauer: Helfen sollen wir, nicht Gespräche führen!)* Nur, so geht es nicht, daß man nur unseren Bundesminister angreift und ihm sagt, daß er sich nach dem Wind richte, wie das Kollege Riegler getan hat, und daß ihm das Schicksal der Bauern gleichgültig wäre. Dagegen verwah-

Remplbauer

ren wir uns. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es hat kaum je in der Zweiten Republik einen Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft gegeben, der mit so großem Engagement, mit so großem Fachwissen und persönlichem Einsatz bei der Sache war *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Steinbauer: Den Weihs nicht beleidigen!)*

Herr Kollege Steinbauer! Ich weiß, man kann nicht alles verstehen. Von der Landwirtschaft verstehen Sie sicherlich nicht mehr als ich, daher gehe ich auf Ihre Zwischenrufe nicht ein. Denn da kann ich sicherlich nichts lernen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Kollegen Peter möchte ich in aller Sachlichkeit sagen: So ist es wieder nicht, wie er gemeint hat, denn es ist schon notwendig, daß unser Agrarsprecher, Kollege Pfeifer, die überaus positiven Aspekte im Rahmen der Budgetverhandlungen vorträgt. Und daß die Landwirtschaft, wie Kollege Peter gemeint hat, ein Stiefkind der österreichischen Gesellschaft ist, stimmt wahrlich nicht. Das werde ich noch unter Beweis stellen.

Wir sind auch jeder Sachargumentation zugänglich, wie ich bereits betont habe. Aber, wie schon gesagt, unqualifizierte Angriffe auf den Herrn Bundesminister werden wir nicht zur Kenntnis nehmen. *(Abg. Grabher-Meyer: Loben werden wir ihn! Für eine solche Agrarpolitik werden wir die Regierung loben! Das wäre ja noch schöner!)* Das verstehen wir, dafür haben wir Verständnis. Aber die positiven Aspekte aufzuzeigen, das wird wohl unser Recht sein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ein Wort noch zu Kollegen Peter. Das mit den Nebenerwerbsbauern, mit der Begrenzung des Einheitswertes für die Auszahlung eines Arbeitslosengeldes, stimmt nicht ganz. Erstens ist die Grenze 51 000 S. *(Ruf bei der FPÖ: Da hat er sich versprochen!)* Da hat er sich versprochen. Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Wie ich weiß, gab es im Sozialausschuß Verhandlungen und Gespräche, diese Grenze etwas höher festzulegen. Ich weiß, daß der Herr Sozialminister und unsere Fraktion durchaus gesprächsbereit waren, die Grenze mit etwa 60 000 S zu fixieren. Aber dann ist ein Antrag von der ÖVP gekommen, der auf 51 000 S gelaute hat. Um der Wahrheit die Ehre zu geben: So ist es im Sozialausschuß gewesen!

Im übrigen darf ich sagen, daß es kaum Nebenerwerbslandwirte gibt, die ihr Arbeitslosengeld nicht ausbezahlt bekommen, weil es ja im Normalfall so ist, daß die Gattin den Betrieb führt, und daher dann der Einheitswert eigentlich nicht entscheidend ist. Daher

erhält auch ein Nebenerwerbslandwirt, der beispielsweise in der VOEST als Arbeiter beschäftigt ist oder in den Steyrer-Werken — ich weiß das, weil das in meiner Gemeinde häufig vorkommt — die Arbeitslosenunterstützung. Man kann die Fälle, in denen Nebenerwerbslandwirte keine Arbeitslosenunterstützung bekommen, an den Fingern einer Hand zählen. Das sind die Fakten.

Zum Grünen Bericht 1980, den wir vor wenigen Tagen hier diskutiert haben, gab es ebenfalls keine Zustimmung von den Oppositionsparteien. Ich gehöre schon längere Zeit diesem Hause an, und ich nehme an diesen Agrarberatungen immer wieder teil. Es gibt schlechte und gute Jahre, zugegeben. Das Jahr 1979 war ein schlechtes Bauernjahr. Daher waren auch die Ergebnisse — wie nicht anders zu erwarten — nicht hervorragend im Grünen Bericht. Das Jahr 1980 war wohl ein gutes Bauernjahr, in den Ergebnissen der beste Grüne Bericht überhaupt, seit es Grüne Berichte gibt, seit wir Grüne Berichte diskutieren.

Zurückzuführen sind die hervorragenden Ergebnisse im Grünen Bericht des vergangenen Jahres auf drei Fakten: Sicherlich auf den Fleiß der Bauernschaft, aber den hat es im Jahre 1979 auch schon gegeben, den hat es zugegebenermaßen auch schon vor der sozialistischen Bundesregierung gegeben. Das ist der eine Faktor.

Der zweite Faktor ist das Wetter. Dafür kann man wohl, wie ich glaube, nicht den Herrn Bundesminister verantwortlich machen, daß das Wetter nicht funktioniert. Da stimmen wahrscheinlich nach oben hin, weiter nach oben hin, die Beziehungen vielleicht nicht. Aber das können auch wir nicht beeinflussen.

Was wir aber können, ist, eine gute Agrarpolitik zu machen, eine gute Förderungspolitik zu machen. Und das ist das Verdienst dieser Bundesregierung und mit unseres Bundesministers. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Agrarbudget 1982 ist gut dotiert, es sichert die weitere Durchführung bewährter Maßnahmen, und es sichert auch eine verstärkte Förderung; freilich nicht eine Förderung im Sinne der Großbauern, sondern eine Förderung für die Schwächeren, für die Kleinen, für die, die es am notwendigsten haben, für die Bergbauern, für die Nebenerwerbsbauern, aber selbstverständlich auch für die Familienbetriebe, für die Vollerwerbsbauern.

Ich möchte dem doch entgegenhalten, was unser sehr geschätzter Präsident der Präsidentenkonferenz im „Bauern“ — das ist das

10020

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Remplbauer

Mitteilungsblatt der Oberösterreichischen Landwirtschaftskammer — im Vorjahr gemeint hat, als er schrieb: „Gegen mehr Bürokratie und zentrale Landwirtschaftsförderung!“

Da zieht er, was wir an und für sich nicht gewohnt sind von ihm, denn er ist absoluter Konsenspolitiker, gegen die Prüfungskommissionen zu Felde. Ich zitiere nur einen Satz. Er schreibt da: „Wir lehnen aber auf das entschiedenste eine dem Minister willfährige Politikkommission ab, die zusätzlich Geld kostet, die Förderung verzögert und sachlich ohnedies keinerlei Existenzberechtigung geltend machen kann.“

Dagegen wende ich, bitte, in aller Bescheidenheit ein: Es handelt sich hier nicht um willfährige Politikkommissionen, sondern um zusammengesetzte Kommissionen. Daß Sie Ihre Vertreter nicht entsenden, liegt ja bei Ihnen. Sie wollen das anscheinend nicht. Wir nehmen das zur Kenntnis. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Daß diese Kommissionen zusätzliches Geld kosten, ist ebenso unwahr, denn alle Mitglieder üben ihr Amt dort ehrenamtlich aus.

Daß es dadurch zu einer Verzögerung komme, stimmt schon überhaupt nicht, und daß sie keine Existenzberechtigung hätten; auch nicht, denn die Zeit muß wohl vorbei sein, in der es noch möglich war, daß Bauernbundfunktionäre, Bezirkskammerfunktionäre, die auch entsprechendes außerlandwirtschaftliches Nebenerwerbseinkommen haben, die fiktive Einheitswertgrenze nicht einhalten. Solche Fälle sollen schon geprüft worden sein; mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Aber eines steht fest: Die Förderungsmittel, die wir in diesem Budget allein beschließen werden, weil Sie auch diesem Förderungsbudget wieder die Zustimmung verweigern werden, sollen nicht denen zugute kommen, die es am wenigsten notwendig haben, sondern jenen, die diese Förderung am dringendsten brauchen: das sind die Kleineren, das sind die Schwächeren, das sind die Nebenerwerbsbauern, das sind die Grenzlandbauern, und das sind die Bergbauern, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich den Grünen Plan in seinen wesentlichen Zahlen anschau, dann sehe ich, daß wir mit Freude feststellen dürfen, daß die Förderungsmittel 1 931 Millionen ausmachen, meine Damen und Herren von der Opposition! Im Jahre 1970, also vor etwa zehn Jahren, waren es 814 Millionen.

Allein das Bergbauern-Sonderprogramm für dieses Finanzjahr 1982 sieht 857 Millionen Schilling an Förderung für die Bergbauern vor. Das ist eine wesentliche Steigerung. Im Vorjahr waren es nur 777 Millionen, und zu Ihrer Zeit hat es eine Bergbauernförderung in diesem Sinne wie heute praktisch überhaupt nicht gegeben. *(Ruf bei der ÖVP: Eine andere!)* So waren die Anliegen der Bergbauern, der Kleinen, der Schwächeren von Ihnen damals vertreten.

Und wir werden die Bergbauernzuschüsse — der Herr Bundesminister hat das ja angekündigt — wieder erhöhen, neuerlich erhöhen. In der Zone 3 bei den kleinsten Einheitswerten wird der Bergbauernzuschuß 10 000 S betragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben im Budget 1982 für Grenzlandförderung 300 Millionen Schilling AI-Kredite vorgesehen und 95 Millionen Schilling Beihilfen. Sie werden das ablehnen. Wir werden das beschließen, damit die Bauern im Grenzland gefördert werden können!

Kollege Lafer, der vor mir gesprochen hat, hat in vielen Sachfragen recht. Aber ich verstehe eines nicht: 300 Millionen Schilling AI-Kredite, 95 Millionen Schilling Beihilfen werden die Oppositionsparteien auch in diesem Budget für die Grenzlandbauern wieder ablehnen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)*

Und, Herr Kollege Steinbauer, so ist es beim Ausbau des Telephonnetzes, wo wir weitere höhere Ansätze vorgesehen haben, so ist es beim Ausbau des landwirtschaftlichen Wegenetzes, der jährlich immer wieder zur Diskussion steht. 373 Millionen Schilling sind vorgesehen. Sie werden 373 Millionen Schilling an Förderungsmitteln zum Ausbau des ländlichen Wegenetzes, besonders bei den Bergbauern, wieder ablehnen.

Wir fördern den Maschinenring mit 9,2 Millionen Schilling, auch hier eine wesentliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr.

Und die Förderungsmittel für Struktur- und Betriebswirtschaftsverbesserung, vor allem in den Berggebieten für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen, machen 441 Millionen Schilling aus. Auch diese 441 Millionen Schilling werden Sie kaltblütig und kalt-schnäuzig ablehnen.

Das zinsenbegünstigte Kreditvolumen ist mit 2,5 Milliarden Schilling vorgesehen. Auch das spielt Ihnen bei der Beschlußfassung des Budgets überhaupt keine Rolle. *(Abg. Grabher-Meyer: Das ist zu wenig!)*

Remplbauer

Die Zinsenzuschüsse von insgesamt 563 Millionen Schilling bedeuten Ihnen auch nichts; auch dazu sagen Sie nein. Und dazu kommen noch Mittel aus dem ERP-Fonds, die zur Verfügung stehen.

Die Preisausgleiche — ich muß mich kurz fassen —: nahezu 3,6 Milliarden Schilling. *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)*

Für den Milchmarkt, Herr Kollege Steinbauer, mehr als 1,8 Milliarden Schilling.

Für die tierische Produktion nahezu 640 Millionen Schilling.

Für Brotgetreide 838 Millionen.

Und für Futtermittel mehr als 200 Millionen Schilling.

Für forstliche Maßnahmen Förderung 95 Millionen Schilling.

Für Wildbach- und Lawinenverbauung, ein ganz, ganz wesentliches Kapitel zum Schutz unserer Menschen in diesen gefährdeten Gebieten, 560 Millionen Schilling.

Für den Flußbau — eine ganz wesentliche Aufgabe auch in unserem Ressort — 667 Millionen Schilling.

Die Rückvergütung für die Bundesmineralölsteuer wird nahezu 1 Milliarde ausmachen, nämlich 940 Millionen Schilling. Sicherlich ist der Treibstoffpreis hoch, aber bitte, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern besonders auch für uns Arbeitnehmer, besonders auch für die Pendler, die kein öffentliches Verkehrsmittel zur Benützung haben und die mit dem Auto zum Arbeitsplatz fahren müssen.

Und da reden Sie von einem Kurswechsel!

Ich frage Sie ernsthaft: Was soll hier gewechselt werden? Sollen diese Förderungen eingestellt werden etwa nach Ihrer Methode, daß man das Förderungsbudget dieses kommenden Jahres Ihrerseits wieder ablehnt?

Wir werden es allein verantworten, wir werden es allein beschließen. Wir wollen der österreichischen Bauernschaft jene Finanzmittel zur Verfügung stellen, die sie braucht, damit sie ihre Probleme, die es zweifellos gibt, lösen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und, meine Damen und Herren, weil immer so sehr davon die Rede ist, wie schlecht es der österreichischen Landwirtschaft geht, wieviel sie leisten muß *(Zwischenruf des Abg. Hietl):* Wir anerkennen alle diese Leistungen. Aber ich möchte mir doch gestatten, auch in aller Öffentlichkeit noch einmal darauf hinzuweisen, was die Landwirtschaft ins Budget

einbringt und was der österreichische Staat für die Landwirtschaft ausgibt.

Damit da Klarheit herrscht: kein Vorwurf! Ich möchte nur sachlich noch einmal festhalten, daß die Förderungsausgaben Grüner Plan et cetera, Preisstützung, Vermarktung, Exportstützung im Jahre 1980 insgesamt mehr als 5,5 Milliarden Schilling ausmachten. Wenn man die Zuwendungen aus der Sozialversicherung dazurechnet, die aus dem Budget zu finanzieren sind, Pensionsversicherung, Krankenversicherung, Zuwendungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds, sind es weitere mehr als 10 Milliarden Schilling. Insgesamt also Ausgaben, die wir aus dem Budget zur Verfügung stellen, von nahezu 16 Milliarden Schilling.

Und ich sage Ihnen jetzt, wieviel der Staat einnimmt; ich kritisiere das nicht, wir sind uns dessen bewußt, daß es notwendig ist, aber ich möchte es hier trotzdem sagen: Die Steuerleistung der Landwirtschaft, Einkommen- und Umsatzsteuer, war im vergangenen Jahr insgesamt 662 Millionen Schilling, der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds 77 Millionen Schilling und die Abgabe zur Pensionsversicherung — ein relativ geringer Betrag, der von den Bauern selber zu bezahlen ist — 218 Millionen Schilling. *(Abg. Hietl: Schon wieder ein Vorwurf!)* Kein Vorwurf, eine Feststellung, Kollege Hietl! Ja?

Insgesamt war es also nicht einmal 1 Milliarde Schilling, was an Abgabenleistung aus der Landwirtschaft an den Staat erbracht wurde. Und dieser Staat stellte 16 Milliarden Schilling für die Landwirtschaft zur Verfügung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich die Jahre 1975 bis 1981 zusammenrechne, dann werden es mehr als 100 Millionen Schilling sein, die wir in den einzelnen Budgets für die Landwirtschaft beschlossen und an Förderungsmitteln und Sozialleistungen zur Verfügung gestellt haben. Die Abgabenleistung beträgt für diesen Zeitraum etwa 6 Milliarden Schilling.

Vergleichen Sie, bitte, und urteilen Sie gerecht! Wie schaut es bei den unselbständig Erwerbstätigen aus, bei den Arbeitern, bei den Angestellten, wie schaut es bei den kleinen Gewerbetreibenden aus? Zugegeben, und ich bin sicher, daß die teilweise in einer schlechteren Situation sind als manche Bauern.

Wir wissen: Die Einkommensdisparität, das ist das ganz, ganz große Problem, das wir alle miteinander haben. Ich möchte dann ganz kurz darauf zu sprechen kommen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

10022

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Remplbauer

Aber zuerst darf ich doch auch noch zu einem Vorwurf, der mit so großer Vehemenz an den Herrn Bundesminister herangetragen und womit er auch beschuldigt wurde, sodaß er etwa als Schädiger der Interessen der Landwirtschaft dagestanden ist, ein paar Sätze sagen, nämlich zur Marktordnung, und zwar im strittigen Punkt, daß damals der Landwirtschaftsminister durch eine Verordnung den Bauern bei der Festsetzung der Absatzförderungsbeiträge im Juli 1979 eben geschadet hätte.

Der Milchhof Graz hat sich damals mit einer Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof gewendet, und ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Damals hat der „ÖVP-Presse-dienst“ dann in der weiteren Folge, als das Verfahren schon im Gang war, am 28. April 1980 folgende Pressemeldung an die Öffentlichkeit gegeben:

„Bei der Verordnung über die Absatzförderungsbeiträge bei Milch hat sich der Landwirtschaftsminister Haiden — zum Schaden der Milchbauern — nicht an das Gesetz gehalten. Haiden ließ bei den Milchbauern zu Unrecht 140 Millionen Schilling abkassieren und hat damit auch die Verschärfung von Härtesituationen für Tausende Landwirte zu verantworten. Dies erklärte Bauernbundpräsident Roland Minkowitsch beim heutigen Montaggespräch der ÖVP.“

Nun, der Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Erkenntnis vom 6. Oktober 1981 erkannt, daß eine Bestimmung im Marktordnungsgesetz 1978 verfassungswidrig ist. Eine Berechnung durch den Milchwirtschaftsfonds vom 2. Dezember, also vor wenigen Tagen, ergab nunmehr:

Hätte der Beschwerdeführer Milchhof Graz recht behalten und wären die Absatzförderungsbeiträge nach der Auslegung der Präsidentenkonferenz und des Bauernbundes erfolgt, so hätten die Milchproduzenten bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt — 2. Dezember 1981 — rund 300 Millionen Schilling mehr an Absatzförderungsbeiträgen leisten müssen! Der Grund dafür liegt in der Entwicklung der vom Landwirtschaftsminister richtig vorhergesehenen Entwicklung des Inlandsverbrauchs, der ständig über der geschätzten Bedarfsmenge liegt. Hätte man also den Bundesbeitrag von 16 Prozent vom niedrigeren, geschätzten Inlandsbedarf berechnet, so wäre eine Differenz von über 300 Millionen Schilling zu Lasten der Bauern entstanden!

Meine Damen und Herren! So sind die Fakten. Da wird der Bundesminister beschuldigt,

obwohl er zum Nutzen und nicht zum Schaden der österreichischen Milchbauern gehandelt hat! Das möchte ich in aller Öffentlichkeit heute auch hier im Hohen Haus klarstellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich bitte Sie, Herr Bundesminister, daß Sie veranlassen, daß das Marktordnungsgesetz in dieser Angelegenheit novelliert wird und daß der Entwurf dieser Novelle die bisherige Auslegung, Ihre Auslegung im Interesse der Milchbauern zugrunde legt.

Zum agrarischen Außenhandel auch ein paar Anmerkungen. Auch hier dürfen wir auf eine sehr positive Entwicklung verweisen. Wir haben eine gute Entwicklung besonders in den letzten drei Quartalen des Jahres 1981. Wir haben eine Deckungsquote im Export von mehr als 44 Prozent; 1980 waren es 40,5 Prozent.

Vom Weinexport war heute schon die Rede. Ich darf es kurz machen. 1981 werden es mehr als 500 000 Hektoliter Wein sein, die wir exportieren. Und ich sage Ihnen dazu: In den letzten zehn Jahren, seit wir Regierungsverantwortung tragen und damit auch für den Agrarbereich zuständig sind, sind es 2,4 Millionen Hektoliter, die wir an österreichischem Wein exportiert haben! In der Zeit von 1961 bis 1970 — das war hauptsächlich Ihre Zeit — waren es insgesamt 225 000 Hektoliter: ein Zehntel. Wir haben den Export beim Artikel Wein in den letzten zehn Jahren verzehnfacht!

Ich könnte Ihnen zum Käseexport berichten: 1980 41 000 Tonnen, 1981 werden wir wieder etwa dorthin kommen.

Rinderexport: Bis zum dritten Quartal einschließlich rund 133 000 Stück. Wahrlich stolze Zahlen!

Getreideexport: Es werden 1981 mehr als 400 000 Tonnen sein.

Und ein besonderer Erfolg in Brüssel, zurückzuführen auf das Engagement unseres Bundesministers: Es gab die umfangreichste Vereinbarung seit Bestehen des Freihandelsabkommens zwischen der EWG und Österreich. Es gibt wesentliche Erleichterungen beim Wein, beim Käse, bei den Höhenrindern. Ich möchte es im Detail nicht ausführen.

Ich darf eines sagen: Wenn wir uns den Agraraußenhandel anschauen, dann finden wir die Importe mit etwa 48 Prozent durch Exporte gedeckt. Nicht in Österreich erzeugte Produkte sind um mehr als 5,6 Milliarden Schilling einzuführen. Wenn man den Agrarhandel also um diese Produkte bereinigt, dann gibt das sogar ein Plus im agrarischen

Remplbauer

Außenhandel, wenn man dazu die Holzwirtschaft mit einbezieht. Eine solche Deckungsquote hat es bisher nicht gegeben. Auch das ist ein absoluter Erfolg unserer Agrarpolitik, die von unserem Bundesminister zu verantworten ist.

Meine Damen und Herren! Es geht bei den Einkommen, um darauf noch zu sprechen zu kommen, vor allem um die innerlandwirtschaftliche Disparität, um die Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft, weniger um die Problematik, denn die ist auf jeden Fall gegeben, wenn man Einkommen zwischen der Landwirtschaft und anderen Berufsgruppen vergleicht.

Mein Kollege Pfeifer hat ja schon die wesentlichen Gründe angeführt, warum solche Vergleiche, wie sie bisher vor allem von Ihnen von der ÖVP-Seite angestellt wurden, eigentlich unzulässig sind: weil sie eben nicht den Realitäten entsprechen, weil hier nicht Gleiches mit Gleichem verglichen wird. Aber nur so kann man zu wahren Ergebnissen kommen.

Der Kollege Pfeifer hat schon angeführt, daß es Einflüsse gibt, die man schwer oder überhaupt nicht erfassen kann, und hat dafür die verschiedenen Arbeitsbedingungen genannt. Ich wollte sie nur um ein paar Argumente ergänzen.

Die Arbeitswelt eines Bauern ist schwierig, meine Damen und Herren. Aber wer sich die Arbeitswelt eines Industriearbeiters etwa in der VOEST oder einer Arbeiterin in den Steyrer-Werken anschaut, wird feststellen, daß das auch keine leichte Arbeit ist, besonders wenn man dazurechnet, daß die Anfahrtswege lang sind, daß sich Frauen bereits um 5 Uhr auf den Weg zur Arbeitsstätte machen müssen, und wenn man dazurechnet, wie die Tätigkeit der Frauen in den Steyrer-Werken ist. Der Kollege Heigl weiß das besser als ich, aber auch ich habe mir die Zeit genommen und habe mir den Betrieb angeschaut, um die Arbeitswelt auch von einfachen Arbeitern und Arbeiterinnen kennenzulernen.

Wir wissen, daß es hart ist für Bergbauern, daß sie viel Zeit aufwenden müssen, daß sie harte Arbeit auf sich nehmen, um die Ernährungsgrundlage zu sichern; und wir haben einen ausgezeichneten Selbstversorgungsgrad. Aber bitte, Verständnis auch für die Arbeitswelt der anderen. Was für die einen gilt, muß wohl auch für die anderen gelten. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.)* Selbstverständlich, ich sage es ja. Ich betone es noch einmal, ich wiederhole es, wenn Sie es noch einmal hören wollen.

Aber ich sage noch einmal, daß es auch für eine Arbeiterin in den Steyrer-Werken nicht leicht ist, sich einen ganzen Tag vor die Maschine hinstellen, die den Arbeitstakt vorgibt und in die sie im Akkord Stück für Stück bei den Kugellagern hineinlegen muß. Ich verstehe das zugegebenermaßen viel zuwenig. Aber ich habe 20 Minuten zugehört. Ich habe das mit den Augen nicht richtig verfolgen können. Wer eine solche Arbeit einen ganzen Tag lang, eine ganze Woche lang, Monate lang, Jahre lang, vielleicht ein ganzes Arbeitsleben lang macht, für den ist diese Arbeitswelt auch keine leichte.

Das wollte ich dazusagen. Und das muß man berücksichtigen. Denn selbstverständlich kann man sich beim eigenen Betrieb die Arbeit ein bißchen anders einteilen. Und die freie Gestaltung des Betriebes ist positiv und ist sicherlich auch von Vorteil. Und gibt auch Sicherheit.

Und es kann sich's ja jeder aussuchen. Wir brauchen selbstverständlich die Bauernschaft, aber ich glaube es einfach nicht und kenne in meiner Agrargemeinde kaum jemanden, der bereit wäre, vom Hof wegzugehen, wenn es nicht zwingend notwendig ist. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Selbstverständlich: Und zwingend notwendig ist es nicht überall. Daher suchen ja viele ihren Nebenerwerb in den Betrieben, in der VOEST, in den Stickstoffwerken, in den Steyrer-Werken, um hier ihr Einkommen zu sichern.

Wie gesagt, zu berücksichtigen ist beim Einkommensvergleich natürlich auch die Wohnung, die ja der Betrieb selbst sozusagen zur Verfügung stellt. Auch das Heizmaterial, die Heizkosten. So könnte man noch vieles anführen.

Und wohin gehen denn diejenigen, die aus der Landwirtschaft ausscheiden müssen? Sie gehen ja auch nicht freiwillig. Sie gehen deshalb, weil keine Arbeit mehr für sie da ist durch die Mechanisierung, durch die Technisierung, und viele Söhne und Töchter von Bauern sind froh, wenn sie Arbeit in den Betrieben finden.

Wir können froh sein, daß wir eine Wirtschaft hier in Österreich — eine Gesamtwirtschaft — haben, die es den Bauernsöhnen und den Töchtern von Bauern ermöglicht, in den Betrieben Arbeit zu finden. Mehr als 72 Prozent wandern ja als Arbeiter aus der Landwirtschaft ab.

Ich bin gerne bereit, Ihnen noch einmal eine Einkommensrechnung hier ganz kurz vorzuführen, und zwar eine Untersuchung

10024

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Remplbauer

von Dipl.-Ing. Dr. Helmut Haimböck, Institut für landwirtschaftliche Betriebswirtschaft, Universität für Bodenkultur Wien. Es war heute schon die Rede davon.

Wenn ich nun so einen Normalbetrieb hernehme, einen Vollerwerbsbetrieb, wie sie in den Buchführungsergebnissen ja auch im Grünen Bericht zugrunde gelegt werden, der Betriebsgröße 16 etwa, mit einem landwirtschaftlichen Einkommen von 178 000 S — das ist sogar unter dem Durchschnitt genommen, gemessen an den Ergebnissen des Grünen Berichtes des vergangenen Jahres —, dann muß man einfach eine Aufwertung für die Naturalentnahmen dazurechnen. Das macht bei dieser Betriebsgröße etwa 27 000 S aus. Es steht ja außer Streit, und es gibt keinen Zweifel daran, daß die Naturalentnahmen ein Vorteil für die Landwirtschaft sind.

Die Wohnungsmiete — laut Buchführungsergebnis — abgezogen mit rund 11 600 S, Wohnungsmiete laut Verbraucherpreisindex dazugerechnet — (*Zwischenruf des Abg. Deutschmann*) darf ich das fertig sagen, Herr Kollege Deutschmann, ich schätze Sie sehr, aber ich darf meine Zeit nicht allzusehr überziehen und möchte Ihnen noch ein paar Dinge sagen —, das ergibt dann ein bereinigtes landwirtschaftliches Einkommen je Betrieb von rund 208 000 S.

Die persönlichen Steuern und Abgaben abgezogen, 22 000 S, das außerbetriebliche Erwerbseinkommen dazugerechnet, öffentliche Zuschüsse ebenfalls dazugerechnet, das ergibt 222 000 S.

Wenn man nun dieses bereinigte Nettogesamterwerbseinkommen je Betrieb und Jahr rechnet und umlegt auf etwa zwei Familienarbeitskräfte, dann ist das monatliche Einkommen 8 879 S und nur geringfügig unter dem Einkommen eines Industriearbeiters.

Meine Damen und Herren! Ebenso könnte ich Ihnen noch über die aktive Preispolitik einige Anmerkungen bringen, die es zu Ihrer Zeit nicht gegeben hat, sonst könnte es nicht so gute Gesamteinkommen geben, wie sie in den letzten Jahren zu verzeichnen sind. Ein wesentlicher Gradmesser des bäuerlichen Lebensstandards ist ja sicherlich auch der Verbrauch, der zuletzt um mehr als 9 Prozent gestiegen ist.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Das Budget 1982 sichert auch in der Landwirtschaft Arbeitsplätze. Wir werden Betriebshilfe und Mutterschaftsgeld im kommenden Jahr einführen. Das Budget 1982 sichert einen höheren Bergbauernzuschuß. Es bringt mehr für die bäuerlichen Familien,

eine Erhöhung der Kinderbeihilfen, mehr bei den Geburtenbeihilfen, höhere Pensionen und vor allem mehr Förderungsmittel.

Mit diesem Förderungsbudget, meine Damen und Herren, sichern wir Sozialisten der österreichischen Bauernschaft jene finanzielle Unterstützung, die sie unbedingt braucht. Und wir erhalten mit diesem Förderungsbudget im Interesse des gesamten Volkes den funktionsfähigen ländlichen Raum. Denn kein Land, meine Damen und Herren, kann ohne gesunde Landwirtschaft leben und existieren! (*Ruf bei der ÖVP: Das ist richtig!*)

Der bäuerliche Berufsstand soll und muß trotz aller Schwierigkeiten Zukunft haben. Da sind wir uns einig. Mit der Beschlußfassung des Agrarbudgets 1982 leistet die Regierungspartei ihren Beitrag dazu.

Ich erlaube mir noch, einen Entschließungsantrag einzubringen der Abgeordneten Remplbauer und Genossen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen betreffend die Fortführung der derzeit erfolgreichen Agrarpolitik.

Die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung ist darauf ausgerichtet

die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe durch gezielte Investitionspolitik zu erleichtern,

die Einkommenssituation der bäuerlichen Betriebe zu verbessern,

den Absatz für Agrarprodukte sicherzustellen und

im besonderen den Berg- und Grenzlandbauern verstärkte Hilfestellung zu leisten.

Die Wirksamkeit dieser Politik findet im Grünen Bericht 1980 in eindrucksvoller Weise ihre Bestätigung.

Das Förderungsbudget 1982 erfuhr eine Erhöhung um rund 109 Millionen Schilling und ermöglicht neuerlich eine starke Erhöhung der Bergbauernzuschüsse. Die Ankündigung im Jahre 1979, die Bergbauernzuschüsse innerhalb des Zweiten Bergbauern-Sonderprogramms zu verdoppeln, ist schon 1981 erreicht.

Die österreichische Landwirtschaft ist exportorientiert. Die Gewinnung neuer und die Erhaltung traditioneller Märkte ist eine wichtige Voraussetzung, daß die landwirtschaftliche Produktion vermarktet werden kann. Auch hier wurden große Erfolge erzielt. Es konnten kürzlich wichtige Bereiche, im besonderen Wein, Vieh und Käse, mit den EG geregelt werden.

Remplbauer

1982 werden neuerlich beträchtliche Mittel an Marktordnungsausgaben veranschlagt, mit deren Hilfe Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gesichert werden.

Durch die Vollbeschäftigungspolitik der Bundesregierung konnten die Arbeitsplätze vieler Nebenerwerbsbauern gesichert werden. Die beschlossene Kapitalzufuhr an die VOEST-Alpine dient auch der Arbeitsplatzsicherung für viele Nebenerwerbsbauern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, ihre erfolgreiche Agrar- und Wirtschaftspolitik fortzusetzen und damit die landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze für die österreichischen Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)* 14.26

Präsident **Thalhammer**: Der eingebrachte Entschließungsantrag der Abgeordneten Remplbauer und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Brandstätter. Ich erteile ihm das Wort.

14.27

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Remplbauer hat in seiner sehr langen Rede auch eine wirklich wahre Aussage drinnen gehabt, als er nämlich sagte, daß es nicht nur die Bauern schwer haben in ihrem Beruf, sondern daß es auch in anderen Berufen schwer ist. Das möchte ich voll unterstreichen.

Nur bei seiner Schlußfolgerung hat er schon wieder nicht recht gehabt, weil er nämlich gesagt hat, es kann sich's ja jeder aussuchen. So leicht ist das gar nicht, vor allem in unseren ländlichen Gebieten. Wohin soll ein junger Bauer heute gehen, wenn er keine Arbeit bekommt? Diese Schlußfolgerung stimmt also schon nicht mehr.

Und dann noch etwas. Ich habe das hier von diesem Pult aus schon einmal gesagt. Unsere Jugend — die bäuerliche Jugend — ist sehr mobil. Diese jungen Menschen gehen heute in die Schulen und sind bereit, auch andere Berufe zu ergreifen. Sie sind auch bereit, weiter weg zu gehen, um andere Berufe zu ergreifen.

Aber die Bevölkerung — die österreichische Bevölkerung — braucht diese Menschen dort auf ihren Wirtschaften. Das ist nicht so, daß

man dem sagen kann, na geh halt weg von deiner Bergbauernwirtschaft, wenn du dort ein zu geringes Einkommen hast.

Wir brauchen die Bauern dort als Landschaftspfleger, als Erhalter unserer Kulturlandschaft. Das wissen wir alle nur zu gut. Daher müssen wir eben dafür sorgen, daß sie auf ihren landwirtschaftlichen Betrieben ihr Auskommen finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Außenhandel: Hier möchte ich nur feststellen, daß sich das Agrarhandelsdefizit mit der EWG verzehnfacht hat. Vor allem sehr viele Verarbeitungsprodukte werden heute importiert als Folge der falschen Politik, die auch hier gemacht wird. Hier sind Tausende von Arbeitsplätzen schon allein aus diesem Grund in Gefahr, zum Teil sind sie auch schon weg, weil hier die Entwicklung so in die verkehrte Richtung geht. Es stimmt also auf keinen Fall, was der Abgeordnete Remplbauer gesagt hat.

Zu den Politikkommissionen oder Prüfungskommissionen. Es sind haltlose Verleumdungen, wenn hier behauptet wird, diese Kommissionen mußte man deswegen einrichten, damit es sich bäuerliche Funktionäre nicht in ihrem Sinn richten. So hat es auch wieder Abgeordneter Remplbauer gesagt. Nennen Sie uns Namen, sagen Sie uns Namen, wo Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Das hat einmal — er ist schon verstorben, der Herr Minister Weihs, darum zitiere ich ihn nicht gern — Herr Minister Weihs hier von der Regierungsbank versucht, und es wurde ihm sofort nachgewiesen, daß das reine Verleumdungen und Unwahrheiten sind. Sie können das noch so oft sagen, Herr Abgeordneter, aber das bleiben Verleumdungen und Unwahrheiten! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kern: Er nimmt wahrscheinlich das Maß von den eigenen Schuhen!)*

Präsident **Thalhammer**: Bitte, Herr Abgeordneter, ich würde ersuchen, in der Wortauswahl etwas sorgfältiger vorzugehen und diese Begriffe nicht zu verwenden.

Abgeordneter **Brandstätter** *(fortsetzend)*: Ich muß aber trotzdem, Herr Präsident, eine weitere Unwahrheit aufzeigen, die der Herr Abgeordnete Remplbauer hier von diesem Pult aus gesagt hat. Er hat gesagt, die ÖVP-Abgeordneten hätten im Zuge der Budgetverhandlungen Forderungen von 20 Milliarden gestellt. Das stimmt nicht, Herr Abgeordneter. Die ÖVP-Abgeordneten haben überhaupt keine Forderungen, keine Anträge gestellt, die Geld gekostet hätten. *(Abg. Remplbauer: Anträge nicht, Wünsche!)*

10026

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Brandstätter

Ja, Wünsche, Herr Abgeordneter. Es geht darum, daß Sie gesagt haben, das wurde hier beantragt, und das stimmt nicht. Sie haben das ein bißchen verwechselt. Das war zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, da haben die sozialistischen Abgeordneten Anträge in Milliardenhöhe gestellt, als die ÖVP regiert hat. Das haben Sie ein bißchen verwechselt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun möchte ich zu einigen Problemen der Forstwirtschaft Stellung nehmen. Ich möchte hier vor allem darauf hinweisen, daß uns das Jahr 1981 leider Gottes sehr deutlich gezeigt hat, wie rasch gerade in der Forstwirtschaft auf ein gutes Jahr sofort wieder die Ernüchterung und sofort wieder eine schlechte Zeit folgen kann.

Ich habe hier voriges Jahr festgestellt, daß das Jahr 1980 für die österreichische Forstwirtschaft ein gutes Jahr gewesen ist. Heuer, wir wissen das, hat sich das leider Gottes schon wieder ganz entscheidend geändert. Der Absatz ist wesentlich schwieriger geworden. Der Preis ist schon wesentlich zurückgegangen. Die Kosten steigen leider wieder. Wenn wir 1980, also vor einem Jahr, noch die Hoffnung gehabt haben, daß sich die Preis-Kosten-Schere doch ein wenig verringern wird, dann sehen wir, daß sich das leider schon wieder verschlechtert hat.

Es ist vor allem der Rückgang der Nachfrage nach Sägerundholz, der bereits sehr drastische Formen angenommen hat. Sicher ist eine Ursache des Rückgangs die nachlassende Nachfrage in den Abnehmerländern. Daß dort die wirtschaftliche Lage eine Rolle spielt, ist natürlich keine Frage. Besonders aber ist diese Entwicklung auch darauf zurückzuführen, daß ein gesteigerter Exportdruck aus Skandinavien und Nordamerika in diesen Ländern spürbar ist. Und bei diesem Exportdruck spielt auch die Währungspolitik eine sehr große Rolle. Hier ist es vor allem die Abwertung der Schwedenkrone, das Mitziehen des Schillings mit der D-Mark, was eine wesentliche Verschlechterung unserer Position hervorgerufen hat.

Schwedisches Holz ist heute durch diese Währungspolitik in Italien um 18 Prozent billiger als österreichisches Holz, und in Deutschland macht diese Verbilligung 10 Prozent aus. Daß das natürlich eine wesentliche Auswirkung haben muß, ist, glaube ich, sehr verständlich.

Wenn wir nun unseren Bauern, unseren Forstwirten sagen, sie mögen möglichst wenig schlägern, sie mögen nur das Sägerundholz schlägern, das sie zu festen Preisen verkaufen

können, dann ist natürlich klar, daß auch diese Möglichkeiten sehr begrenzt sind, denn die Ausgaben sind da, die Belastungen werden leider Gottes immer mehr, und wenn nun einmal ein Bauer, ein Forstbetrieb Geld braucht, dann bleibt nichts anderes übrig, als Holz zu schlägern und zu verkaufen.

Eine weitere Empfehlung ist, daß die Bauern mehr in die Schwachholznutzung gehen sollen, daß sie Industrieholz erzeugen sollen. Ich möchte hier anerkennen, daß die österreichische Industrie jetzt wirklich bemüht ist, ihren Bedarf auf dem Inlandsmarkt zu decken. Das ist ein Grund, daß die Abnahme garantiert ist und daß wir unseren Bauern sagen können, daß sie mit diesem Sortiment auf den Markt kommen können.

Aber ich möchte auch hier gleich dazusagen, daß in der Plattenindustrie durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir alle kennen, bereits bei der Abnahme wieder Schwierigkeiten bestehen und daß wir hier eine große Sorge haben.

In der Papierindustrie, wo es derzeit mit der Abnahme noch funktioniert, tauchen aber auch bereits Schwierigkeiten auf. Wenn man heute mit Vertretern der Papierindustrie spricht, dann kann man hören, daß sie sich sehr beklagen, wie schwierig es ist und daß es immer schwerer wird, im Ausland unsere Erzeugnisse abzusetzen. Es ist dort ein Wettbewerb, ein Verdrängungswettbewerb, den man als nahezu mörderisch bezeichnen kann. Daß auch in der Papierindustrie nur mehr sehr geringe Auftragspolster vorhanden sind und daß hier natürlich die Währungspolitik eine große Rolle spielt, ist richtig.

Vor allem aber ist es auch die Belastungspolitik der österreichischen Bundesregierung, die unseren Betrieben so schwer zu schaffen macht. Die Belastungen mit Steuern und Abgaben führen dazu, daß es unsere Betriebe von Haus aus schwerer haben, im Ausland zu konkurrenzieren, weil sie eben Belastungen haben, die sie gegen die ausländische Industrie derart benachteiligen.

Es wird vor allem auch immer schwieriger, daß unser Betriebe die entsprechenden Investitionen vornehmen. Wenn zu wenig Ertrag da ist, dann kann nur wenig investiert werden, und wenn wenig investiert wird, dann wird es in Zukunft umso schwieriger, den Betrieb entsprechend weiterzuführen. Das gilt für die Industrie genauso wie für unsere Land- und Forstwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man diese Tatsachen aufzeigt, wird einem immer wieder gesagt: Schon wieder

Brandstättner

eine Forderung! Ihr wollt schon wieder mehr haben!

Das ist aber nicht richtig. Richtig ist, daß der Staat immer mehr kassiert, und gerade der gestrige Tag hat sehr deutlich gezeigt, wie die Einnahmen des Staates in allen Steuerbereichen ganz enorm anwachsen. Also die Einnahmen des Staates sind da, nur die Ausgabenpolitik ist völlig falsch.

Ich darf hier nur ein Beispiel herausstreichen. Es wird einem ausländischen Unternehmen, General Motors, eine Milliardenstützung gegeben, jawohl, eine Milliardenstützung, werden mehrere Milliarden an Stützungsbeträgen gegeben, weil man sagt, man will hier Arbeitsplätze schaffen. Jetzt meine Frage: Welche Garantie haben wir, daß jene Arbeitsplätze, die hier mit dem österreichischen Steuerschilling geschaffen werden, auch in einigen Jahren noch funktionieren werden? Wir haben überhaupt keine Garantie, daß diese Arbeitsplätze langfristig gesichert sind.

Wenn wir in der österreichischen Forstwirtschaft oder zum Beispiel in der weiterverarbeitenden Industrie Arbeitsplätze sichern, dann wissen wir, daß diese Arbeitsplätze langfristig gesichert sind, weil man diese Erzeugnisse immer wieder brauchen wird, weil es österreichische Betriebe sind, die hier investieren.

Ich möchte gar nicht von jenen Hunderten von Millionen beziehungsweise Milliarden reden, die — ob das das Konferenzzentrum ist, ob das das AKH ist, Bauring, alle diese Dinge — völlig falsch eingesetzt werden, die Arbeitsplätze gefährden und nicht Arbeitsplätze sichern.

Es wird so viel geredet von Umstrukturierung, zukunftssträchtigen Technologien, modernen Erzeugnissen. Holz ist immer modern. Die Erzeugnisse aus der Forstwirtschaft und, wie gesagt, aus der weiterverarbeitenden Industrie werden immer ihren Platz haben. Wenn man investiert, dann ist man sicher, daß man langfristig Arbeitsplätze gesichert hat.

Es ist daher ganz unverständlich, daß die Förderung der Land- und Forstwirtschaft — speziell die der Forstwirtschaft — auf dem ohnehin sehr, sehr bescheidenen Stand, auf dem sie ist, heute „eingefroren“ wird. Wir haben sowieso einen sehr geringen Stand, und die Förderung wird trotzdem fast nicht oder überhaupt nicht erhöht.

Das ist vor allem unverständlich, wenn man die heutige Energiesituation anschaut. Wir

wissen doch, daß wir Produkte, die heute ein Abfall des Holzes sind, in Zukunft sehr notwendig für unsere Energiewirtschaft brauchen werden. Daher ist es notwendig, daß verstärkt geforscht wird. Da gehört natürlich eine entsprechende Unterstützung dazu.

Was sagt der Herr Minister? Der Herr Minister sagt einfach: Es ist kein Geld da! Aber wenn in anderen Bereichen Milliarden gebraucht werden, dann sind sie da. Nur hier, wo man eine Förderung brauchen würde, die wirklich zukunftssträchtige Technologien dann wieder hervorbringen würde, ist kein Geld da. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Statt also die Forstwirtschaft zu unterstützen, ist der Herr Minister gerade wieder daran — und zwar mit einer Forstgesetz-Novelle —, der Forstwirtschaft neue Belastungen und eine neue Verbürokratisierung zu bringen.

Herr Minister! Es besteht überhaupt kein sachlicher Grund für eine zusätzliche Verbürokratisierung des Forststraßenbaues. Die forstlichen Bringungsanlagen sind heute entweder bewilligungs- oder anmeldepflichtig. Die Forstbetriebe, durch die Bestellungs-pflicht veranlaßt, haben Fachleute angestellt, die die notwendige Arbeit machen. Die Praxis zeigt, daß der Forststraßenbau, obwohl es immer schwieriger wird — zugegebenermaßen immer schwieriger wird, weil wir in immer unwegsameres Gelände kommen —, einwandfrei durchgeführt wird. Es besteht daher kein Grund, zusätzliche Hemmschuhe anzulegen.

Völlig unverständlich ist, wenn von der Wild-West-Zeit des Forststraßenbaues gesprochen wird, der ein Ende gesetzt werden soll. Ich möchte in aller Form feststellen, daß die Fachleute Hervorragendes leisten, ihre Arbeit oft unter schwierigsten Bedingungen durchführen und daher diese Beschuldigungen wirklich nicht verdienen.

Daß einmal irgendwo ein Fehler gemacht wird, wird man nie verhindern können. Ich habe an diesem Pult schon einmal gesagt — und ich sage es noch einmal —: Wenn jemand behauptet, in seinem Leben noch keinen Fehler gemacht zu haben, dann sage ich ihm auf den Kopf zu, daß er noch nichts gearbeitet hat. Denn jeder, der arbeitet, wird auch einmal einen Fehler machen.

Es besteht auch überhaupt kein Grund, daß man in die Novelle Wildbach- und Lawinenerverbau verstärkt miteinbezieht. — Das Einzugsgebiet, nicht das Arbeitsgebiet. — Es besteht überhaupt keine Begründung dafür.

10028

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Brandstätter

Wir haben das Forstgesetz 1975 beschlossen, und noch immer haben Sie, Herr Minister, die Immissionsverordnung nicht erlassen. Hier hätten Sie die Möglichkeit, etwas zu tun. Sie wissen, welche enormen Schäden Zehntausende Hektar Wald bereits haben. Das Fichten-, das Tannensterben ist bekannt. Hier können Sie etwas machen, hier haben Sie die Möglichkeit dazu.

Weil Sie, Herr Minister, vom Dieselölpreis gesprochen haben: Es ist unverständlich, daß der Forst von der Treibstoffsteuerrückvergütung ausgenommen ist und daß die Bergbauern — weil immer wieder von den Bergbauern die Rede ist: die Waldbauern sind nun einmal in erster Linie Bergbauern — mit jenem Dieselöl, das sie in ihren Traktor einfüllen und im Wald verfahren, damit den Bundesstraßen- und Autobahnbau bezahlen oder mitbezahlen müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In einem Punkt wäre eine Novelle richtig, und zwar geht es um die gesetzliche Voraussetzung zur Schaffung von Energiewäldern. Herr Minister! Ich habe Ihnen das vorige Jahr schon gesagt. Es ist nun wieder ein Jahr vergangen. Sie haben nichts getan. Hier hätten Sie schon längst etwas tun können.

Herr Bundesminister! Der Forst ist in der Lage, Arbeitsplätze, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Europa ist heute noch ein Holzimportgebiet. Da der Wald in der gesamten Welt immer weniger wird, müssen wir trachten, daß Europa einmal Selbstversorger wird. Der österreichische Wald beziehungsweise die österreichische Forstwirtschaft stehen in diesem Bereich wirklich sehr gut da. Wir haben sehr gute Voraussetzungen.

Die österreichischen Bauern und die österreichischen Waldbesitzer haben durch ihr Verantwortungsbewußtsein einen hervorragenden, ja sogar einen beispielhaften Waldbestand geschaffen. Wir erwarten — wir brauchen keine Almosen — Verständnis dafür, diese wichtigen Aufgaben auch in Zukunft entsprechend erfüllen zu können. Daher ist auch in diesem Bereich Ihrer Politik ein Kurswechsel höchst notwendig. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.47

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Abgeordnete Kriz. Ich erteile ihm das Wort.

14.48

Abgeordneter **Kriz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder, annähernd um dieselbe Zeit, hören wir fast die gleichen Argumente der Oppositionsparteien und das Geschrei, wie

heute am Vormittag vor allem von seiten der ÖVP. Jetzt ist es schon ein bißchen ruhiger geworden. Kein Wunder bei dieser nachmittäglichen Stunde. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Immer wieder hört man von den ÖVP-Bauernbund-Funktionären, wie finanziell schlecht es unseren Bauern geht. Alles ist schlecht und könnte besser gemacht werden. Aber Sie vergessen ganz, meine Damen und Herren, daß Minister Haiden und Staatssekretär Schober — und das soll heute auch einmal gesagt werden — schon fünf Jahre im Amte sind. Staatssekretär Schober — das haben Sie vormittag auch etwas negativ beurteilt *(Zwischenrufe bei der ÖVP)* — ist leider erkrankt. Ich darf ihm im Namen aller Kollegen baldige Besserung wünschen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese für die österreichische Landwirtschaft, so darf ich sagen, erfolgreiche Epoche ist zum guten Teil dem guten Gespann dieser anerkannten Agrarfachleute und der Beamenschaft zuzuschreiben. Wahrlich eine stolze Bilanz für ein halbes Jahrzehnt gemeinsamer Arbeit!

Sie, meine Damen und Herren von der großen Oppositionspartei, jammern unentwegt, wobei man fast — fast! — die Meinung haben könnte, Sie wollen bewußt oder unbewußt unsere Bauern zu untüchtigen zweitklassigen Staatsbürgern degradieren, obwohl jeder, der die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung kennt, weiß, daß Gott sei Dank auch der Fortschritt unserer Bauern für die Gesamtbevölkerung erkennbar ist. Ich glaube, die Schwarzmalerei ist bei uns in Österreich Methode oder, wenn Sie wollen, zur Mode geworden.

Wir Sozialisten wollen aber nicht Schönfärben, es würde uns schon genügen, wenn Sie einmal den Mut aufbrächten, wenigstens die Tatsachen anzuerkennen. Sie selbst wissen ja genau, daß im Vorjahr die Landwirtschaft, global gesehen, sehr stark aufgeholt hat. Ich gebe schon zu: Einerseits durch die gute Ernte, gewiß aber auch als Folge des Fleißes unserer Bauern ist der Rohertrag beträchtlich gestiegen. Für Experten sind zwar Vergleiche von Jahr zu Jahr in der Landwirtschaft problematisch, da die Ernte das Einkommen sehr stark, wie wir alle wissen, beeinflusst: bei Mißernten gibt es bekanntlich Einkommensverluste, bei guten Ernten große Einkommenszuwächse. Man kann da nur ein Rekorderntejahr und ein schlechtes Erntejahr zusammenlegen. Dieser Zeitabschnitt ergibt das durchschnittliche Einkommen, und das war bestimmt gut.

Kriz

Sie sagen immer: Die Betriebsmittelpreise steigen von Jahr zu Jahr, die Energiekosten werden höher.

Das alles sind Dinge, die auch wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Aber wenn wir genau prüfen, kann man feststellen, daß sich die bäuerlichen Familien 1980 wesentlich mehr leisten konnten: Der Verbrauch stieg um fast 10 Prozent, um mehr als 8 Millionen Schilling wurden für Bauten investiert, und viele, viele Millionen wurden für Maschinen ausgegeben, wobei man — und das ist eine offene Frage — aus Gründen der Kostensparnis viel mehr Aktivitäten in Richtung Maschinenringe legen sollte.

Wie hat einmal der Abt von Zwettl gesagt? Wir kaufen um das Geld, das wir nicht haben, Maschinen, die wir nicht brauchen, um jenen zu imponieren, die wir nicht mögen.

Dieser Ausspruch stammt, wie erwähnt, nicht von mir. Ich will auch nicht als Maschinenstürmer angesehen werden. (*Abg. Hietl: Wer sagte das?*) Der Abt von Zwettl. Stimmt das? (*Abg. Hietl: Ich weiß es nicht! — Heiterkeit.*)

Von Ihnen kommt immer wieder das Argument, im Vergleich zu den Industriearbeitern verdienen die Bauern nur wenig mehr als die Hälfte. Ich möchte mich nicht in Zahlenspielen ergehen. Fest steht aber, daß jeder Einkommensvergleich zwischen Bauern und anderen Berufsgruppen mehr als problematisch ist. Unsere Hauptredner haben sich am Anfang der heutigen Debatte schon mit diesem Thema befaßt. Da gibt es ernst zu nehmende Untersuchungen: Wie werden die Eigenentnahmen der Lebensmittel zur Versorgung der Familien bewertet, wie das Wohnen, wie etwa die Fahrtkosten, die ein Industriearbeiter jahraus, jahrein auf sich nehmen muß auf dem Weg zum und vom Arbeitsplatz? (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Minister Haiden hat sich bereits mit diesem Argument des freiheitlichen Klubobmannes, Kollegen Peter, auseinandergesetzt.

Ich glaube aber mit Sicherheit sagen zu können, daß unsere Bauern mit dem Lebensstandard der Arbeitnehmer annähernd Schritt halten können. Wir wissen schon, daß wir keine Insel der Seligen sind. Aber wir können uns auch nicht einfach loslösen von den europäischen beziehungsweise weltweiten Agrarproblemen. Das vergessen Sie immer wieder. Der Aufwärtstrend — ich weiß schon, was Sie jetzt sagen werden; Sie hören es nicht gern — ist seit 1970 feststellbar, das landwirtschaftliche Einkommen ist im Durchschnitt jährlich so um die 4,3 Prozent real für

die Bauern gestiegen (*Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ*) — hören Sie gut zu —, während in den EG — und das wissen auch Sie — die bäuerlichen Einkommen seit 1976 unentwegt sinken.

Natürlich bleiben auch bei uns einige Wünsche offen. Trotz größter Bemühungen haben wir derzeit kaum Aussichten auf eine großzügige Regelung der Ölsaaten, zum Beispiel auf Grund eines massiven Fehlers, der 1969 der ÖVP-Bundesregierung gegenüber den USA widerfahren ist. Man hat sich damals die Hände binden lassen, und zum Überfluß wurde diese — ich möchte sagen — unüberlegte Handlung noch im GATT notifiziert. Jetzt wissen Sie es, Sie haben ja gefragt. Abgeordneter Hietl weiß jetzt auch, warum und weswegen wir diese Schwierigkeiten haben.

Auch beim Agraraußenhandel, wie beim Wein, bleiben noch manche Wünsche offen. Aber auch hier werden wir das Bestmögliche versuchen, all diese Probleme in den Griff zu bekommen.

Ich habe soeben vom Wein gesprochen. Mit dieser Problematik habe ich mich bei vielen Budgetdebatten der letzten Jahre befaßt. Ich will mich diesmal kurz halten, da sich schon einige Vorredner diesem Problem zugewendet haben.

Die Weinernte 1981 lag wegen der Mißernte heuer nur bei 2 138 679 Hektoliter. Sie lag, wie wir wissen, unter den Ernten der letzten Jahre. Für etwa 53 000 Betriebe stellt aber der Weinbau eine wichtige Einnahmequelle dar. Da der Weinkonsum in den vergangenen Jahren — man kann das mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen — mit zirka 36 Liter pro Kopf und Jahr stabil war, kommt gerade dem beträchtlichen Produktionsfortschritt im Weinbau besondere Bedeutung zu. Im Jahr 1980 entfielen 19 Prozent der pflanzlichen Endproduktion mit 3,2 Milliarden Schilling auf Wein.

Besondere Bemühungen hat man seit Jahren auf den Export aufgewendet. Die Exportentwicklung bei Wein macht ungewöhnlich gute Fortschritte. Zwischen 1971 und 1980 konnten insgesamt 2 042 000 Hektoliter ausgeführt werden. Im heurigen Jahr, in den ersten neun Monaten, waren es bereits 24 000 Hektoliter Wein. (*Abg. Hietl: In zehn Jahren!*) Ich habe ja ohnehin gesagt: Von 1971 bis 1980. Höre bitte gut zu. So sind die Fakten. Aber darüber schweigt man selbstverständlich.

Unsere Werbebemühungen waren in der Vergangenheit von Erfolg gekrönt. Der Wein-

10030

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Kriz

wirtschaftsfonds hat — im Jahr 1981 — 47,5 Millionen Schilling bekommen, und auch im nächsten Jahr wird derselbe Betrag ausgeworfen werden. Wie mir ein Insider dieses Fonds einmal gesagt hat, gebe es unter Umständen Möglichkeiten, verschiedene Bemühungen noch effizienter zu gestalten. Keinesfalls darf es aber dazu kommen, daß vielleicht einige Funktionäre gewisse Auslandsfahrten, die im Sinne unserer Bemühungen erfolgen sollten, einfach in Vergnügungsfahrten ummünzen. (*Abg. Hietl: Wo? Von wem?*) Das werde ich dir ganz allein einmal sagen. Es war auch ein Freund von dir, der mir das gesagt hat. (*Abg. Hietl: Ich war es nicht!*)

Ich möchte auch ersuchen, daß Funktionäre des Weinwirtschaftsfonds bei unseren Exportbestrebungen, die wir im Ausland immer wieder versuchen durchzusetzen, auf verschiedene Mißstimmigkeiten hinweisen sollen. Zum Beispiel ist mir ... (*Abg. Kraft: Statistik!*) Keine Statistik, Herr Kollege Kraft. Aber wenn Sie mir sagen können, daß ein Dürnsteiner Nußberger zum Beispiel als Qualitätswein vom Burgenland her ein vergrößertes Etikett und dann in der DDR verkauft wird ... (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) In der DDR bekommt man ... (*Abg. Hietl: Wer macht das?*) Das weiß ich nicht, wer es macht. (*Heiterkeit.*) Ich habe gesagt: Vom Weinwirtschaftsfonds sollen Bemühungen gesetzt werden, daß in Zukunft solche Sachen verhindert werden. (*Abg. Deutschmann: Im Ausland kann man es nicht verhindern!*) Wieso? Man kann versuchen, dort mit den Funktionären bezüglich der Falschetikettierung zu reden! Oder: Der Guntramskirchner Goldkäfer ist von der Wachau, sehr interessant, aber immerhin.

Lassen wir unsere Qualitätsweine doch nicht so abqualifizieren. Ich möchte bitten, daß man das anerkennt. (*Abg. Kraft: Fragen Sie den Herrn Honecker, Herr Kollege!*)

Ich möchte noch etwas hinsichtlich einer Maßnahme sagen, die weit über unsere Grenzen große Aufmerksamkeit gefunden hat. Ich meine die vom Bundesministerium eingeleitete photogrammetrische Weingartenerhebung. 18 000 Quadratkilometer geschlossene Kulturlächen wurden durch die Bildauswertung erfaßt. Sie werden dann die Beurteilung der voraussichtlichen Produktions- und Marktentwicklung im österreichischen Weinbau erheblich erleichtern.

Einige Worte auch noch zum Weingütesiegel, das bereits einen festen Platz in der Weinwirtschaft eingenommen hat: 1 215 Anträge für rund 21 Millionen Stück Weingütesiegel,

davon 5 Millionen Stück für den Export, wurden bis Ende September 1981 erledigt. Alles Fakten, die wir irgendwie doch zu würdigen haben.

Ich wende mich nun einem anderen Thema zu. Mein Hauptbeitrag soll sich mit dem äußerst wichtigen Anliegen der Wasserversorgung im Bereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft befassen. Man muß wissen, daß diesem Ministerium unter anderem die Förderung von wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen sowie von Grundsatzkonzepten, deren Erstellung im vorwiegenden Interesse des Bundes gelegen ist oder bei denen die Länder an der Kostentragung beteiligt sind, vorbehalten bleibt. Es war nur zu begrüßen, daß eine verstärkte Fachtätigkeit der Wasserversorge gemäß der Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 565/1979, einsetzen konnte.

Auszugsweise nur einige wichtige Punkte aus dem neuen Aufgabenbereich.

Erstens. Das wasserwirtschaftliche Ziel der Wasserversorge ist nun gesetzlich verankert.

Zweitens. Der Bund trägt die Kosten für wasserwirtschaftliche Planungen und Untersuchungen, für Grundsatzkonzepte sowie für mathematische Modelle, deren Erstellung im vorwiegenden Interesse des Bundes gelegen ist.

Darüber hinaus gewährt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Bundesbeiträge bis zu 50 Prozent für die Erstellung fachlicher Unterlagen, wenn diese von den Bundesländern gewünscht werden. Die Erstellung dieser Unterlagen schließt auch die hierfür erforderlichen Vorleistungen und Versuche, insbesondere zur Verbesserung des Wasserhaushalts, zur Sicherung der künftigen Wasserversorgung und zum Schutz des oberirdischen und unterirdischen Wassers vor Verunreinigung mit ein.

Vor einiger Zeit habe ich in der Zeitschrift „Wasser und Boden“ gelesen, daß Karten der Grundwasservorkommen in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Raumordnung ausgearbeitet werden.

Natürlich ist dort die Situation wesentlich ernster und schwieriger, in manchen Gebieten ist es schon fast fünf Minuten nach zwölf.

In diesen Karten werden die wichtigsten Eigenschaften der nutzbaren Grundwasservorkommen zusammenfassend dargestellt. Jeweils gesondert werden drei Themenbereiche, Ergiebigkeit, Wasserqualität, Verschmut-

Kriz

zungsempfindlichkeit, auf einer Karte dargestellt.

Gott sei Dank, das sage ich ganz offen, ist die Lage in Österreich weitaus besser. Trotzdem glaube ich, daß es für die Zukunft wichtig wäre, solche Gesamtunterlagen zur Ausweisung von überregional bedeutsamen Grundwasservorkommen bei etwaigen Planungen für das Bau- und Siedlungswesen für den künftigen Bedarf zu haben.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft 1981 im Rahmen der Rohstoffforschung Erkundigungen über Wassergewinnungsgebiete durchgeführt. Wasserhäufigkeitskarten wurden für das südliche Burgenland, Einzugsgebiet Neusiedler See, hergestellt, geologische und hydrogeologische Untersuchungen gab es im südlichen Wiener Becken, dann Wasserhäufigkeit Eisenerzer Alpen, Markierungsversuch Weizer Bergland, Grundwassermodell unteres Murtal und so weiter.

Trotz dieser Aktivitäten gibt es noch viele weiße Flecken in Österreich, die man dann im Rahmen eines Gesamtkatalogs erstellen oder bearbeiten müßte.

In gebotener Kürze möchte ich vielleicht noch einige Sätze bezüglich der Durchführung von Schutz-, Regulierungs- und Erhaltungsarbeiten an Bundesflüssen und Interessentengewässern einschließlich kleiner Gewässer sagen. Für diese wichtige Aufgabe standen 617 352 Millionen Schilling zur Verfügung. Außerdem wurden weitere 8 Millionen Schilling für internationale wasserwirtschaftliche Vereinbarungen bereitgestellt.

Über die Aufteilung dieser Beträge auf die Bundesländer, über das mit den Bundesmitteln länderspezifisch zu erzielende Bauvolumen und über die einzelnen Baumaßnahmen noch zu sprechen, würde zu weit führen. Eines darf aber abschließend gesagt werden, daß uns diese Aktivitäten in Zukunft äußerst wichtig erscheinen. Für die Wasserwirtschaft, meine Damen und Herren, ist nicht nur das Wasserrecht maßgebend, auch viele andere Rechtsmaterien kommen in Betracht, auch Natur- und Landschaftsschutz.

Wenn ich nur einige Stellen aus dem Diktat der Gesetze herausgelöst habe, so wären andere, nicht genannte Probleme vielleicht genauso wichtig. Aus zeitlichen Gründen kann ich zum Beispiel nur noch anführen: die Wichtigkeit der Erhaltung der wenigen noch vorhandenen Feuchtgebiete, die Kleingewässer und Auegebiete, die Sicherung hochwertiger Grundwasservorkommen für die Zwecke

der Grundwassernutzung, die Wiedererlangung eines naturgemäßen Wasserbaus und so weiter.

Meine Meinung, und da bin ich mit den Fachleuten einig, ist, es müßte in Zukunft eine verstärkte Zusammenarbeit beziehungsweise Abstimmung der einzelnen wasserwirtschaftlichen Sektoren, wie Flußbau, landeskulturelle Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und deren Ausrichtung auf geordnete ökonomische und ökologische Momente einer zukunftsorientierten Wasserwirtschaftspolitik geben.

Auch das Hydrographiegesetz, das wir 1979 beschlossen haben und zu dem ich sprechen konnte, hat die Bedeutung der Hydrographie als unentbehrliche Ordnungsaufgabe des Staates, als Grundlage für alle wasserwirtschaftlichen Planungen und Entscheidungen des Bundes und der Länder sowie als Voraussetzung zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen unterstrichen und diesen wichtigen Aufgabenbereich erstmals auf eine gesetzliche Basis gestellt. Auf dieser Basis konnte bereits eine wesentliche Intensivierung der gewässerkundlichen Einrichtungen erreicht werden.

So konnte in den vergangenen fünf Jahren das Meßstellennetz für Niederschlag und Lufttemperatur um rund 150 Meßstellen, für Oberflächengewässer um rund 100 Meßstellen und für das unterirdische Wasser um rund 220 Meßstellen sowie das Pegelfernnetz um rund 17 Stationen erweitert werden.

Das Wasser ist jener Teil der menschlichen Umwelt, der vom Menschen am empfindlichsten und vielfältigsten beeinflusst wird. Fragen der Wassernutzung sind daher zuallererst vom Aspekt der absoluten Erhaltung her zu sehen.

Zum Schluß kommend: Alle die von mir hier angezogenen Problemkreise innerhalb des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind für uns alle und für die nachfolgenden Generationen äußerst wichtig. Unsere Nachfahren werden uns in Jahrzehnten noch danken, wenn wir diese Probleme gemeinsam lösen könnten. *(Zwischenruf des Abg. Kraft.)*

Aber, Kollege Kraft, weil Sie jetzt einige Zwischenrufe getätigt haben, jetzt hätte ich bald etwas vergessen. Ich weiß, Sie sind nicht Funktionär des Bauernbundes, aber es kam mir eine Zeitung in die Hände, und siehe da, da steht zum Beispiel „Niederösterreichischer Bauernbund“.

„Sehr geehrte Frau! Nunmehr wurde uns von der Sozialversicherungsanstalt der Bau-

10032

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Kriz

ern mitgeteilt, daß Sie ab Mai 1981 zu Ihrer Pension einen Hilflosenzuschuß von 1 901 S monatlich erhalten.“

Soweit, so gut. Wir freuen uns. „Nachdem unser Eintreten“ — hören Sie gut zu — „für Sie von Erfolg war, stellen wir Ihnen anheim, uns eine Spende mittels beiliegendem Zahlschein zu überweisen.“

Meine Damen und Herren! Sie sind alle als Abgeordnete tätig, und zu Ihnen kommen genauso Hunderte von Leuten, die um einen Hilflosenzuschuß ansuchen, und wir stellen unsere Zeit, unsere Mühe zur Verfügung, den Leuten behilflich zu sein. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich glaube, kaum jemandem wird es einfallen, nach Bewilligung des Ansuchens den Betreffenden zu ersuchen, eine Spende zu überweisen. Wer 1 901 S Hilflosenzuschuß bewilligt bekommt, ist sowieso ein armer Teufel!

Meine Damen und Herren! Das sind Praktiken, die nicht richtig sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich möchte bitten, stellen wir solche Sachen ab. *(Abg. Kraft: Das war eine schlechte Pointe!)*

Das ist wirklich eine schlechte Pointe, aber leider war sie richtig!

Ich möchte noch etwas anderes zum Schluß noch sagen. Ich, aber nicht nur ich, meine Damen und Herren, danke unserem Bundesminister Haider, er ist zwar jetzt draußen, aber das spielt keine Rolle, ich bitte, ihm das, Herr Bundesminister Steyrer, zu übermitteln, für seine zielstrebige Arbeit für unsere Bauern und den ländlichen Raum und damit auch für die gesamte Bevölkerung.

Seine Arbeit wird aber nicht nur von uns bedankt, sondern auch von einem Abgeordneten zum Nationalrat der großen Oppositionspartei. Dieser sagte am 30. Oktober, 18 Uhr, in Krems anlässlich eines Empfangs in der Winzergenossenschaft, deren Obmann er ist, vor ausländischen Journalisten, wie der Minister kurz seine Agrarpolitik zum Wohle aller Österreicher erläutert hat; schlicht, aber ehrlich.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, dort gibt es noch eine ehrliche private Meinung, hier vor dem Parlament kaum. Aber dort schon. Vor allen Zuhörern sagte er, alle haben es gehört: Danke, Herr Minister! *(Beifall bei der SPÖ.)* 15.10

Präsident: Zum Wort kommt der Abgeordnete Huber.

15.10

Abgeordneter **Huber** (ÖVP): Herr Präsi-

dent! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich heute unter einem neuen Minister antreten kann. Ich hätte geglaubt, wir werden einmal Kollegen, Herr Minister, Bürgermeisterkollegen, habe ich so läuten gehört. Das würde mich auch freuen.

Herr Kriz ist schon hinausgegangen, nein, er ist bereits hier. Ich habe gemeint, es ist ein Malermeister, weil er heute nur mehr vom Malen gesprochen hat. Er sagte, in der ÖVP sind Schwarzmaler und sie wollen nicht schönmalen, aber ich glaube, wir müssen alle irgendwo ein bißchen zu einer Mitte durchfinden. Schwarzmalen, glaube ich, tun wir nicht, sondern wir wollen echte Kritik anbringen, die auch konstruktiv sein sollte. Das ist, glaube ich, unser Bestreben.

So darf ich heute feststellen, daß der Herr Landwirtschaftsminister — der momentan nicht hier sein kann — eingangs gesagt hat in seiner Rede, in seiner Wortmeldung, daß er sich darüber freut, daß im Schutzwasserbau heuer so viele Mittel vorgesehen sind, daß man eine Erhöhung von 8 und 9 Prozent verzeichnen kann.

Ich möchte mich auch darüber freuen, ich erlaube mir aber auch, mich kritisch mit dieser Materie auseinanderzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Jahre möchte ich doch einmal auch auf dieses eminent wichtige Problem des Schutzwasserbaus hinweisen. Es ist ein Problem, das man erst dann kennt, wenn Gefahr im Verzug ist, wenn ein Hochwasser droht, wenn Muren abgehen, wenn es Lawinen gibt.

So darf ich sagen, daß im Budget 1982 für die Einrichtungen des Schutzwasserbaus, der Wildbach- und der Lawinenverbauung und dem Flußbau, im gesamtwirtschaftlichen Interesse insgesamt 1,2 Milliarden Schilling veranschlagt sind.

Ich sage „im gesamtwirtschaftlichen Interesse“ deswegen, weil Maßnahmen des Schutzwasserbaus nicht allein der Landwirtschaft zugute kommen, sondern wirklich dem Gesamtvolk. Schutzwasserbau dient zur Erhaltung und zur Sicherung des Lebensraums, zur Sicherung des Siedlungsraums. Ich glaube, da sind wir uns alle in der Begriffsbestimmung einig, und da sind wir gemeinsam auf einer Linie.

Über die Notwendigkeit der Maßnahme des Schutzwasserbaus, die Erfolge und die wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahmen in den Problemgebieten, aber auch über die positiven Auswirkungen all dieser Maßnahmen, glaube ich, gibt es auch hier keine Zweifel.

Huber

Die ausschlaggebende Wohltat, die durch die Einführung des Katastrophenfondsgesetzes 1966 bewirkt wurde — wir konnten in der letzten Woche darüber noch kurz bei der Verlängerung der Geltungsdauer dieses Gesetzes diskutieren —, ich meine, die Wohltaten sind die großen Leistungen im Bereich des Schutzwasserbaus, welche eben erst durch dieses Gesetz, das Katastrophenfondsgesetz, möglich geworden sind.

Ich möchte nun kurz versuchen, auf positive, aber auch auf negative Entwicklungen auf diesem Gebiet einzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab kann man feststellen, daß beim Kapitel 60, das betrifft die Landwirtschaft im allgemeinen, insgesamt Einnahmen in Höhe von 1,8 Milliarden Schilling vorgesehen sind. Davon entfällt ein Betrag im Ausmaß von 1 176 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel.

Und unter Titel 608, das sind die Einrichtungen des Schutzwasserbaus, sind für diese Ausgaben 1 343 Millionen Schilling veranschlagt. 71 Millionen Schilling entfallen auf Maßnahmen, die sich auf Grund internationaler Vereinbarungen ergeben, wie vorhin bereits angerissen, vor allem für die Gewässer der Donau und der Drau, und auch für den Sachaufwand der Sektionen der Wildbach- und der Lawinenverbauung. Somit verbleiben für die Einrichtungen des Schutzwasserbaus — nochmals: im gesamtwirtschaftlichen Interesse — diese besagten Mittel von insgesamt 1,2 Milliarden Schilling, die gesamtwirtschaftlichen Interessen dienen sollen und nicht nur der Landwirtschaft, in welchem Kapitel sie budgetiert sind.

Hohes Haus! Schauen wir uns in diesem Zusammenhang näher die Entwicklung des Ordinariums, das heißt, der fortdauernden Bundesmittel beim Titel 608 an. Ich möchte sagen, nicht der Katastrophenfondsmittel. Ich habe da ständig mit dem Herrn Minister Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage. Ich werde noch konkret darauf zu sprechen kommen. Mich interessieren die Bundesmittel und nicht die Mittel, die aus dem Katastrophenfonds erfließen.

Dabei können wir folgende unerfreuliche Tendenz feststellen. Die Bundesmittel für die Wildbach- und Lawinenverbauung sind zum Beispiel — wenn ich das Rechnungsergebnis von 1982 hernehme — von 14,5 Millionen Schilling im Jahre 1980 auf 11,8 Millionen Schilling im Budget 1982 zurückgegangen.

Bei den Bundesflüssen ist ein Rückgang im Ausmaß von 12,5 Prozent, nämlich von 32 Mil-

lionen Schilling auf 28 Millionen Schilling festzustellen. Ebenfalls dem Rechnungsergebnis 1980 gegenübergestellt. Resümee also wäre, die Mittel sind im Ordinarium, Herr Minister, bei allen Einzelposten zum Teil drastisch zurückgegangen und zurückgefallen.

Und so möchte ich sagen, am besten wird diese Entwicklung wohl bei einem Vergleich der letzten zehn Jahre deutlich und sichtbar. Ich habe hier in mühseliger Arbeit herausgesucht, wie die Entwicklung dieser Bundesmittel im Flußbau in den Jahren von 1970 bis zum Jahre 1982, Voranschlag, gewesen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben zum Beispiel im Jahre 1970 beim Ansatz für die Bundesflüsse 108 Millionen Schilling budgetiert gehabt. Im Jahre 1982 sind noch 28 Millionen Schilling vorgesehen. Ich weiß, daß durch den Katastrophenfonds sehr viel Geld kommt, aber es wäre doch sehr zweckmäßig und richtig, wenn man auch im Ordinarium wenigstens die Ansätze, die im Jahre 1970 gewesen sind, weiterführen würde.

Ich möchte Sie hier gar nicht aufhalten und langweilen, wenn ich das nach dem Index umrechne, den Baukostenindex kann man vielleicht nicht so sehr heranziehen, aber es gibt noch einen Tiefbauindex, der gilt aber erst seit dem Jahre 1974. Ich habe mir da einen Mischschlüssel herausgenommen. Diese budgetierten 28 Millionen Schilling, wenn man die Geldwertverdünnung und die Kostensteigerungen mit berücksichtigt, sind nur mehr 6,5 Prozent des Ansatzes aus dem Jahre 1970 wert.

Ich meine, Herr Minister, das ist nicht gut. Das ist wirklich nicht gut. Das Katastrophenfondsgesetz ist aus einem Ereignis heraus beschlossen worden, wo es damals wirklich große Not in unserem Land gegeben hat. Es soll für vorbeugende Maßnahmen, für Schadensbehebung und so weiter gelten. Aber im Ordinarium soll man doch um Himmels willen diese Mittel, die seinerzeit drinnen gewesen sind, auch lassen, wenigstens in jener Höhe, wie sie dort gewesen sind.

Dasselbe könnte ich Ihnen bei Interessentengewässern sagen, dieselbe Erscheinung, sinkt zwar nicht so weit ab, aber auch auf 21 Prozent.

Ich würde daher bitten, daß man hier wirklich Gedanken anstellt und ein wenig Gewissensforschung betreibt, Herr Minister.

Wir müssen also wirklich mit aller Deutlichkeit feststellen, das Ordinarium im Schutzwasserbau geht ständig zurück, und zwar in einem ganz erheblichen Ausmaß. Ich möchte

Huber

also, wie gesagt, Herr Minister, nochmals feststellen, sicher ist es sehr erfreulich und ein ausgezeichnete Umstand, daß mit den Mitteln aus dem Katastrophenfonds so viele Leistungen erbracht und so viele Arbeiten im Sinne des Schutzwasserbaus gemacht werden können. Bei der derzeitigen Entwicklung bezüglich der ordentlichen Bundesmittel dieses Kapitels und dieser Titel ist doch bereits der Zeitpunkt abzusehen, ab dem die Bundesmittel dann überhaupt nur mehr als Erinnerungsposten im Budget stehen werden.

Es würde also, wenn es soweit wäre, daß es kein Katastrophenfondsgesetz gäbe, überhaupt keine Baumöglichkeit oder eine Baunull geben. Und es wäre eine Katastrophe — das sage ich auch hier im Hohen Haus —, wenn das Katastrophenfondsgesetz nicht mehr vom Parlament verlängert werden würde.

Bei allem Respekt vor den sehr positiven — ich glaube, auch das gehört einmal gesagt —, wertvollen und großartigen Leistungen im Schutzwasserbau, Herr Minister, möchte ich hier in aller Form und in aller Deutlichkeit auch einmal der damit befaßten Beamten-schaft und allen Arbeitern hohes Lob für ihre erfolgreichen Bemühungen und für ihren großen Einsatz, die wesentlich zum guten Gelingen der bisher getätigten Maßnahmen beigetragen haben, aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde bitten, Herr Minister, das Gesagte ernstlich im Interesse des Schutzwasserbaus zu überlegen.

Das bisher Erreichte ist gut, wir dürfen aber die positiven Auswirkungen, die vor allem auch vom Budget auf den Schutzwasserbausektor ausgehen sollen, in Zukunft nicht gefährden. Daher muß künftig doch verstärkt darauf Wert gelegt werden, die Dotierungen des Schutzwasserbausektors mit Bundesmitteln nicht komplett auszuhungern, sondern wieder wenigstens auf den Stand des Jahres 1970 zurückzuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kenne die Argumentation des Herrn Ministers, aber ich würde trotzdem noch einmal eindringlich ersuchen, darauf Bezug zu nehmen und noch einmal das zu überlegen, was ich vorhin sagen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Minister Haiden hat in der Finanz- und Budgetausschußsitzung auch kurz über den Nationalpark gesprochen. Er hat damals sinngemäß erklärt — es ist mir recht, daß auch der Herr Minister für Gesundheit und Umweltschutz zufällig hier ist —, die bäuerli-

chen Interessen müssen beim Nationalpark Hohe Tauern berücksichtigt werden und er als Minister habe als Eigentümervertreter der Bundesforste eingeladen, dieses Projekt sehr tatkräftig zu unterstützen.

Und so lassen Sie mich nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es auch nicht unmittelbar mit dem, was ich vorher gesagt habe, mit dem Schutzwasserbau zusammenhängt, so steht es doch in einem sehr engen wirtschaftlichen und auch raumordnungspolitischen Konnex, besonders dieses Problem Nationalpark Hohe Tauern erwähnen.

Ich darf feststellen, daß von Bundesseite für das Wirtschaftsjahr 1982 4,5 Millionen Schilling an Mitteln für vorbereitende Planungsmaßnahmen und Arbeiten zur Schaffung dieses Naturparks vorgesehen sind.

Als Abgeordneter des Bezirks Lienz, Osttirol, der nämlich schon allein auf Grund der natürlichen Gegebenheiten den größten Flächenanteil an diesem Nationalpark einzubringen haben wird, konnte ich schon anlässlich der letzthin abgehaltenen parlamentarischen Enquete meinen und wohl auch den Standpunkt der Osttiroler Bevölkerung deutlich ausdrücken.

Dies bedeutet in kurzen Worten folgendes. Unsere Einstellung zur Verwirklichung des Nationalparks ist grundsätzlich positiv. Die gesamte Bevölkerung unseres Bezirks steht diesem Projekt aufgeschlossen und auch sehr interessiert gegenüber. Man muß dabei aber bedenken, daß dieses landschaftlich so reizvolle Gebiet inmitten unserer herrlichen Hochgebirgswelt von der fleißigen Bevölkerung durch Jahrhunderte hindurch mit viel Mühe und mit großem Opfersinn gepflegt wurde. Die Arbeit und die Leistungen dieser Menschen haben aber bewirkt — das möchte ich in aller Deutlichkeit hier feststellen —, daß diese Landschaft nun einen so hohen Wert hat und nicht nur von der Erholungsseite her betrachtet, sondern auch international hohes Ansehen genießt.

Damit wird es aber auch verständlich, daß die Bevölkerung auch ein bißchen skeptisch die Entwicklung betrachtet. Denn zu oft — das darf ich auch hier deutlich erklären — und zu groß waren die Enttäuschungen über angekündigte und nicht eingetretene Verbesserungen unserer Lebensgrundlagen in unserem Bezirk.

Man muß dabei — ich möchte ein Beispiel anführen — folgendes überlegen: Osttirol hat jahrzehntelang seit der Abtrennung vom Mut-

Huber

terland im Jahre 1918 um eine verkehrsmäßige Verbindung mit Nordtirol gerungen und diese, die Felbertauernstraße, erst 50 Jahre später bekommen; mit der Felbertauernstraße haben wir diese Verkehrsverbindung bekommen.

In der Satzung der Felbertauernstraße Aktiengesellschaft — sie ist eine Kapitalgesellschaft — steht: Zweck der Gesellschaft ist es, den Bau dieser Straße, die Errichtung und auch den Betrieb zu garantieren. In die Satzung wurde dann auch eine Bestimmung aufgenommen, wonach die Gesellschaft nach Kräften auch zur Erschließung und Förderung des Zielgebietes Osttirol beitragen soll.

Hier darf ich sagen — bei allem Respekt vor dieser Felbertauernstraße Aktiengesellschaft —: Bis heute hat die Gesellschaft dafür jedoch nichts getan — oder nichts tun können.

Unter diesem Blickpunkt wird natürlich auch die abwartende Haltung und Stellung gegenüber dem Problem Schaffung des Nationalparkes Hohe Tauern von unserer Bevölkerung her sicher auch verständlich.

Unsere Vorstellungen laufen daher darauf hinaus, daß es jedenfalls keine von oben her diktierte Angelegenheit sein kann und sein darf, sondern daß dieser Nationalpark zu einem Anliegen, zu einer Sache gemacht und entwickelt werden muß, mit der sich die Bevölkerung voll identifiziert und die sie zu ihrer eigenen Sache macht.

Hohes Haus! Dazu müssen auch wirklich alle ihren Beitrag leisten, also nicht nur die Menschen im betroffenen Gebiet, die sicher das Ihre dazu beitragen werden müssen, sondern auch der Gesetzgeber, die Länder, die Gemeinden, die Interessierten, wohl aber auch die Nationalparkgremien.

Da dieser Nationalpark Hohe Tauern ein Gebilde ist, das noch immer im Entstehungsstadium ist, möchte ich doch auch hier von dieser Stelle aus einige Gedanken zur Errichtung dieser sicherlich sehr wichtigen und wertvollen Einrichtung aussprechen.

Es wird zunächst sicher einmal einer generellen Abgeltung für die betroffene Bevölkerung für die mit Einführung der Schutzbestimmungen des Nationalparks auferlegten Wirtschafterschwernisse bedürfen.

Eine weitere wesentliche Maßnahme wird sein, auf dem Erschließungssektor zugunsten der betroffenen Gebiete und der Bevölkerung Vorsorgen zu treffen und die notwendigen Maßnahmen auch finanziell zu unterstützen. Aber auch die mangelnde Entfaltungsmög-

lichkeit, die sich aus den Schutzbestimmungen für das Nationalparkgebiet für seine Bewohner ergibt, macht weitreichende Überlegungen in diese Richtung notwendig.

Damit habe ich nur einige Kernprobleme, die mit der Schaffung des Nationalparks verbunden sein werden, angerissen. Diese Dinge stehen aber in einem sehr engen Zusammenhang mit denjenigen Problemen, die ich im Hohen Haus schon im Jahre 1980 bei der Behandlung des Grünen Planes, nämlich des bergbäuerlichen Einkommens, aufgezeigt und auf die ich hingewiesen habe.

Und so darf ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen, daß sich das Parlament ja sicherlich mit diesen dringenden Problemen noch ausführlich zu beschäftigen haben wird.

Ich persönlich hoffe, daß es zu einer positiven und einvernehmlichen Lösung kommen wird, die zur Verwirklichung des Nationalparkes Hohe Tauern führt und die den Zielsetzungen und Vorstellungen aller Beteiligten wird entsprechen können. Ich danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.28

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hirscher.

15.29

Abgeordneter Hirscher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den heutigen Beratungen liegt ein Sparbudget ohne Härten vor. Ich freue mich, feststellen zu können, daß mein Vorredner, der Bürgermeister von Lienz, in einer sachlich bezogenen Rede zu diesem Kapitel 60 Stellung genommen hat. Ich werde mich dieser Richtung anschließen und betone nochmals, daß die vorweihnachtliche Zeit nicht nur eine Zeit der Besinnung ist, sondern daß es auch eine Freude ist, so eine Rede zu hören.

Noch ein paar Worte zum Abgeordneten Murer. Das muß ich tun, ich glaube, viele werden mir beipflichten können. Er hat behauptet, daß ein bäuerlicher Betrieb mit 40, 50 Stück Vieh — hier auf dieser Seite sitzen ja Vollerwerbsbauern — nicht lebensfähig sei. Darauf sage ich, Herr Abgeordneter Murer: In so einem Fall ist es gescheiter, wenn er sein Bauernleben hergibt und sich einen anderen Beruf sucht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte feststellen, daß es im Budget 1982 gerade der Landwirtschaftsminister war, der für die Bauern Österreichs ein Mehr herausgeholt hat, und zwar um eine halbe Milliarde mehr. Das ist nicht allen Ministern gelungen,

Hirscher

Herr Kollege Riegler. Das Kernstück dieses Budgets ist der Grüne Plan, der um 109 Millionen mehr ausweist als der des Vorjahres.

Herr Kollege Brandstätter! Mir hat es fast weh getan, als Sie abschließend gesagt haben: Wir Bauern brauchen keine Almosen. Ich erinnere an das Jahr 1968, als an diesem Pult ein Salzburger Abgeordneter, der Präsident der Salzburger Landwirtschaftskammer Griesner, gesagt hat vor den Pensionsberatungen, Kollege Kern — mein Freund Steiner weiß es als Salzburger —: Wir Bauern brauchen keine Almosen. Und heute ist doch jeder Bauer froh, daß es diese Pensionen gibt; ich werde darauf noch eingehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der auch sehr strapaziert worden ist schon beim Grünen Bericht 1980, das ist die Abwanderung aus dem ländlichen Gebiet. Ich darf daran erinnern, daß es 1950 in der Land- und Forstwirtschaft noch eine Million Erwerbstätige in Österreich gegeben hat und daß es 1981 nur mehr rund 300 000 Erwerbstätige gibt. Ich darf feststellen, daß es nunmehr zur Stabilisierung gekommen ist. Ich werde auch die Gründe hiefür in aller Sachlichkeit anführen.

Erstens einmal ist mit ausschlaggebend die Verkehrserschließung der ländlichen Betriebe. Ich darf dazu sagen — das sind Ziffern, die unbestreitbar sind —, daß es im Jahre 1970 noch rund 70 000 Bauerngehöfte gegeben hat, die keine Hofzufahrt hatten. 1981 gibt es nur mehr rund 10 000.

Erfreulicherweise ist es das Bundesland Salzburg, das nur mehr 103 Bauernlehen hat, die noch keine Hofzufahrt haben. Dies deshalb, weil so manche untereinander nicht einig sind. Hier möchte ich dem Kollegen Frodl, der auch eine ausgezeichnete Rede gehalten hat zum bäuerlichen Agrarbudget, zum Grünen Bericht, sagen: Der steirische Landesagrarreferent müßte tun, was der Landesrat Bonimaier in Salzburg getan hat. Ich bitte, ihm das auszurichten. Dann werdet ihr von eurer hohen Quote, Kollege Frodl, auch herunterkommen, denn ihr seid von den 10 000 die meisten, die noch keine Zufahrt haben. Leider, muß ich sagen. Aber das Land hat eben hier mehr zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heuer sind 400 Millionen Schilling für die Güterwege in diesem Budget beinhaltet.

Das zweite bitte — auch unbestreitbar — sind die Elektrifizierung und die Telephonanschlüsse in den ländlichen Gebieten. Auch hier darf ich feststellen, daß unter dieser Bundesregierung die Zuschüsse und die Förde-

rungen begonnen haben. Sie wissen, was gerade im Bergbauerngebiet ein Telephonanschluß und die Elektrifizierung bedeuten. Sie bedeuten neben den Güterwegen den Nabel der Landwirtschaft. Unter einer ÖVP-Regierung ist sicherlich auch in diese Richtung gearbeitet worden, aber nicht in diesem Ausmaße wie in den letzten zehn Jahren unter dieser sozialistischen Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das dritte sind die Bergbauernzuschüsse. 1972 hat der damalige Staatssekretär und nunmehrige Landwirtschaftsminister Haiden die Bergbauernzuschüsse erstmals mit 300 S eingeführt. Ich darf sagen: Es wurde damals als Tabakgeld bezeichnet. Ich habe es in einer Fragestunde einmal gesagt. Das, glaube ich, ist im Volksmund so üblich und das sollte man auch hier im Parlament sagen.

Aber heute ist es beileibe kein Tabakgeld mehr, und alle Bergbauern, die ich befrage, sind sehr wohl dankbar für die Hilfe des Landwirtschaftsministers und dieser Bundesregierung. Es werden im kommenden Jahr Zuschüsse von 10 000 S in der Zone 3 sein. Das benenne ich schon „Kuhgeld“, meine Damen und Herren von der rechten Seite.

Allein 1981 wurden an Bergbauernzuschüssen 326 Millionen Schilling ausbezahlt. 1982 sind im Budget 371 Millionen Schilling an Bergbauernzuschüssen verankert. Eine wahrlich großartige Leistung dieser Bundesregierung für die Bergbauern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das vierte sind die Pensionen, ich habe sie vorher schon kurz angezogen. Heute ist es doch so, daß ein Bauer sagen kann: Ich gehe in Pension. Und das ist auch richtig so. Ich werde auch begründen, warum das so ist, das hat auch mit der Abwanderung aus den Bergbauerngebieten zu tun. Das heißt, daß der sogenannte Altbauer dem Jungbauern nicht mehr auf der Tasche liegt, weil er eine ordentliche Pension bekommt, die im Jahre 1969 von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, beschlossen wurde — das ist unbestritten —, aber 1971 unter dieser Bundesregierung zum Tragen kam.

Wir sorgen dafür, daß diese Pensionen an die Bauern auch ausbezahlt werden. Darüber freuen wir uns. *(Abg. Kern: No na! Das wäre ja noch schöner!)*

Ich darf ein altes Sprichwort aus dem bäuerlichen Bereich zitieren: Früher haben die Bauern lieber net übergeben, weil's allweil g'sagt hab'n: Übergeb'n und neama leb'n! Dies ist heute nicht mehr der Fall, heute brauchen sie nicht mehr zum Jungbauern zu gehen und zu bitten: Geh', gib ma an Hunderta, damit ich

Hirscher

am Sonntag ein Bier im Gasthaus trinken kann. So schaut das aus. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte objektiv feststellen: Allein im Budget 1982 hat diese Bundesregierung für die Pensionszuschüsse der ländlichen Pensionisten und Rentner 8 Milliarden Schilling zuzuschießen. Kollege Kern wird sagen: Na und die Eisenbahn? Ich freue mich, daß er es heute einmal nicht sagt. Man muß feststellen: In diesem Budget ist es im Sozialpaket verankert.

Und jetzt zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kern. Er hat gestern hier in seiner Rede Gespenster an die Wand gemalt, und zwar hinsichtlich der Einheitswerte, die wir im Jahre 1980 beschlossen haben. Ich darf feststellen, Herr Abgeordneter Kern: Ich komme aus einem Bergbauerngebiet mit extremer Lage.

Meine Kollege Sepp Steiner kommt übrigens aus demselben Gebiet, aus dem Pongau. Ich war erst vorige Woche, weil ich ja geahnt habe, daß es sich wie ein Roter Faden durchziehen wird, daß die Einheitswerte wieder zu einer Aussage veranlassen werden, beim Finanzamt. Ich darf Ihnen sagen: Die Bewertungsstelle St. Johann im Pongau und das Finanzamt St. Johann im Pongau haben ihre Hauptfeststellung abgeschlossen und die Einheitswerte allen Landwirten zugesandt.

Sie von der ÖVP haben behauptet, als ich zu den Einheitswerten, zur Bewertungsfrage gesprochen habe: 20 bis 25 Prozent werden weniger Einheitswerte haben. Im Bezirk Pongau — ein Bergbauerngebiet mit extremer Lage — sind 55 Prozent unter dieser Marke, die ich genannt habe, geblieben, 20 Prozent hatten eine geringe Steigerung, und nur Holz- und Jagdbesitzer sind einer Erhöhung unterlegen, Herr Abgeordneter Kern. Das sind Tatsachen, die nicht widerlegbar sind. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Kern.)*

Und nun zur Steuerleistung. Die Steuerleistung der Landwirte kann ja gar nicht anders sein, meine lieben Damen und Herren von der rechten Seite, denn überwiegend sind es nicht Großbauern in diesem Lande Österreich, sondern kleine Bauern. Diese kleinen Bauern sind finanziell pauschaliert; ich sage Ihnen das hier als Finanzbeamter. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Die meisten sind sogar schon aus der Veranlagung herausgenommen, sind nicht einmal mehr in der Kartei geführt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Ich sage Ihnen, daß die Steuerleistungen 1980/81 pro Erwerbstätigen 1 360 S ausmachen, einschließlich der Gesamtsteuerleistung, während die eines Dienstnehmers 22 000 S im Jahr betragen.

Kollege Zittmayr! Das ist unbestreitbar. Ich habe mich zur Sachlichkeit bekannt. Ich habe das recherchiert, und ich sage Ihnen als Finanzbeamter, daß das so ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Fischer: Sepp, du darfst sie nicht ganz am Boden zerstören!)* Das tue ich nicht, Herr Klubobmann!

Ich werde mich bemühen, jetzt noch zu einem anderen Thema Stellung zu nehmen, und zwar möchte ich sagen, daß ich heute bei dieser Debatte kein einziges Wort aus dem Munde eines Oppositionsredners über die familienpolitischen Leistungen gehört habe. *(Abg. Deutschmann: Was sollen wir da reden?)*

Auch hier nur Tatsachen. Ich möchte nur die freie Schulfahrt herausstreichen. Das betrifft sicher alle österreichischen Kinder, überwiegend aber jene aus den Bergbauerngebieten und den ländlichen Gebieten. *(Abg. Deutschmann: Im Gegenteil!)* Und das soll man anerkennen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Dr. Johann Haider: Machen wir gleich eine Generaldebatte!)*

Eine weitere Sache: der Kinderabsetzbetrag, der Kinderabsetzbetrag bei den pauschalierten bäuerlichen Betrieben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Über 100 000 bäuerliche Familien haben davon profitiert, weil sie vorher überhaupt keine steuerliche Möglichkeit gehabt haben. Herr Abgeordneter Leitner! Sie wissen das genau als Leiter einer Landwirtschaftsschule. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Neueste auf diesem Gebiet: die Geburtenbeihilfe. Diese kriegen auch alle. Jetzt haben wir sie auf 19 000 S erhöht. Es hat in der landwirtschaftlichen Krankenkasse keine Entbindungszuschüsse gegeben, und jetzt werden auch die Bäuerinnen und die dort Arbeitenden diese 19 000 S bekommen. Man muß dies objektiv sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Bundesregierung — ich will das nur anziehen, weil morgen ohnehin der Familienlastenausgleich zur Sprache kommt — hat unter Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky in dieser Richtung so viel getan wie keine Regierung zuvor; das steht fest. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.)* Da werden wir uns morgen unterhalten, Kollege Leitner, wir reden eh zum Familienlastenausgleich.

All diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Produktivitätssteigerung, die Strukturverbesserung und vor allen Dingen die Leistungsfähigkeit unserer Bauern zu fördern.

10038

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Hirscher

Die Leistungen dieser SPÖ-Bundesregierung sichern die Stabilität der Arbeitskräfte und die Mobilität der Arbeitskräfte — sprich: Nebenerwerbsbauern —, weil sie ja jetzt zu den Höfen hinfahren können.

Auch über den Ausbau des Fremdenverkehrs hat, wie ich glaube, niemand von Ihnen gesprochen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Morgen beim Kapitel Handel!*) Ich glaube, das ist wichtig. Ich hoffe, daß meine Nachredner, die aus Fremdenverkehrsgebieten kommen, darüber doch einiges auszusagen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vor allen Dingen verweise ich aber auch auf die Erhaltung einer notwendigen Siedlungsdichte und nicht zuletzt auf die Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe.

Hohes Haus! Großartige Leistungen wurden auch auf dem Gebiet der Wildbach- und Lawinenverbauung in ganz Österreich erbracht. Jetzt möchte ich sagen: Das hat mein Vorredner hier in sachlicher und fachlicher Rede bestätigt. Ich weiß, daß noch lange nicht alles in Ordnung ist, aber immerhin haben wir im Budget allein im Bundesland Salzburg — das möchte ich erwähnen — von 1975 bis 1981 695 Millionen Schilling für Wildbach- und Lawinenverbauungsprojekte aufgewendet. (*Abg. Dr. Zittmayr: Alles aus dem Katastrophenfonds! Wenn wir das Katastrophenfondsgesetz nicht verlängert hätten, hätten wir jetzt keinen Groschen Geld!*) Das haben wir ja miteinander verlängert, Kollege Zittmayr, im Finanzausschuß; wir sitzen ja auch dort beisammen.

Im Budget 1982 sind 1,4 Milliarden, also um 150 Millionen mehr im Budget als im Vorjahr, und das ist doch eine gewaltige Leistung. Auch hier ist es dem Bundesminister wieder gelungen, ein Mehr herauszuholen, und das soll man doch objektiv feststellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Diese Arbeiten sichern die Verkehrswege für die Einheimischen, aber auch für die vielen Gäste, die in unser Bergbauerngebiet kommen, sie bewirken, daß sie eine sichere Zufahrt haben, daß sie wieder sicher nach Hause kommen und vor allen Dingen ihren Schilling in unserem Heimatlande lassen, damit unser Finanzminister wieder Geld in seinem Sack hat; das ist doch ganz klar. (*Abg. J. Steiner: Der Bund tut zu wenig!*)

Hohes Haus! Noch kurz zu den Bundesforsten. Die Leitung obliegt dem Vorstand, sprich Generaldirektion. Die Betriebsführung wird von 75 Forstverwaltungen besorgt, davon stehen 14 in Niederösterreich, 16 in Oberösterreich, 21 in Salzburg, 12 in Tirol, 8 in der

Steiermark, 3 in Kärnten und eine im Burgenland. Es gibt 5 Bau-Maschinenhöfe und 5 größere Sägewerke.

Der voraussichtliche Jahreseinschlag 1982 beträgt bei Laubholz rund 400 000 Festmeter, bei Nadelholz 1 550 000 Festmeter. Das ergibt insgesamt 1 950 000 Festmeter.

Diese hohen Leistungen erbringen 4 761 Forstangestellte; ihnen gebührt ein besonderer Dank. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Eine große Belastung, bezogen auf den Wirtschaftserfolg, stellen die Holzbezugsrechte dar. Und jetzt noch einmal an die Bauern gewendet: An rund 33 000 Bezugsberechtigte werden im Jahr 1982 190 000 Festmeter abzugeben sein. Und dazu kommen noch 25 000 Einforstungsrechte an Streu, Heimweide und Alpweiderechte. Die Holzbezugsrechte und Einforstungsrechte kommen gerade wieder der österreichischen Bauernschaft zugute. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das ist ein altes Recht!*) Das soll auch so bleiben, Kollege Zittmayr, und dafür werden wir mit euch zusammen Sorge tragen; das ist ganz klar. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Österreichischen Bundesforste 1982 wird auch wie in den vergangenen Jahren einen Überschuß erbringen. Erfreulicherweise sind zirka 60 Millionen präliminiert; das hat heute ein Vorredner bereits gesagt.

Eines darf ich jetzt noch sagen: Wir konnten im letzten Wirtschaftsrat hören, daß unser Erntezug in der DDR ausgezeichnete Erfolge erreicht hat. Kollege Brandstätter hat als Vizepräsident dort im Wirtschaftsrat diese Frage gestellt. Wir konnten vom Direktor Spieß hören, daß großartiges Know-how ins Ausland gebracht wurde, daß es nicht nur ein Know-how war, sondern daß es auch ein finanzieller Erfolg war. Dafür möchte ich diesem Erntezug mit 35 Leuten unter seiner Führung herzlichst danken und ich hoffe, daß noch viele solche Aufträge, die wieder Geld nach Österreich bringen, den Österreichischen Bundesforsten gegeben werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Budget 1982 für die Landwirtschaft ist ausgezeichnet. Ich habe es begründet. Unsere Bauern werden auch im nächsten Jahr nicht untergehen. Dafür wird diese Bundesregierung Sorge tragen. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{15.48}

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hagspiel.

^{15.49}

Abgeordneter **Hagspiel** (ÖVP): Herr Präsi-

Hagspiel

dent! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Mein Vorredner, Herr Abgeordneter Hirscher, wollte unbedingt hören, was mit dem Familienlastenausgleich in Österreich geschieht und wieviel Geld hier zweckentfremdet verwendet wird. So wurden für die Pensionsversicherung Gelder verwendet. Im kommenden Jahr werden 6,7 Milliarden Schilling dazu aufgewendet werden, um dieses Loch zu stopfen. Für die Arbeitslosenversicherung werden 600 Millionen Schilling, für die Bundesbahnen — es geht dabei darum, finanziell kranke Betriebe etwas zu sanieren — 370 Millionen Schilling verwendet, und in Summa reicht die Zweckentfremdung so weit, daß es im Jahr für jedes Kind um 4 000 S weniger Kinderbeihilfe gibt.

Dazu muß noch gesagt werden, daß dabei viel Geld zusätzlich echt verschwendet wird. Ich denke da an das Wegwerfschulbuch. Es muß festgestellt werden, daß vor allem die in extrem gelegenen Gebieten wohnenden Bergbauernkinder von den Fahrkostenvergütungen überhaupt nichts haben, weil sie zu Fuß in die Schule gehen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei der heutigen Debatte hat sich wiederum ein Vaterschaftsstreit wegen der sozialen Sicherheit in der Landwirtschaft entfaltet. Ich hoffe, daß mich die Frauen Staatssekretärinnen nicht steinigen, wenn ich nicht sage „Mutterschaftsstreit“. Es hat bereits mein Kollege Deutschmann darüber gesprochen und die Situation in das richtige Licht gestellt.

Aber es obliegt mir doch noch, etwas zu sagen. Denn gerade was die Bauernpension anbelangt, war mein Vorgänger, der praktizierende Bauer Pius Fink, ein echter Pionier auf diesem Gebiet. Er hat bereits 1946 eine Broschüre herausgegeben, wo es darum ging, eine Volkspension nach dem Muster der Schweiz in Österreich einzuführen.

Herr Abgeordneter Rimplbauer war der Auffassung, daß mehr Verständnis für die Arbeitswelt auch anderer Berufe vorhanden sein müßte.

Es wurde heute schon mehrmals der frühere Landwirtschaftsminister und spätere Landeshauptmann Eduard Hartmann erwähnt. Kurz vor seinem Tod hat dieser Bauernführer unter anderem erwähnt:

„Die Agrarpolitik ist heute — mehr als vor 30 und 40 Jahren — ein wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik. Man hat erkannt, daß Agrarpolitik in der Isolation nicht zielführend sein kann. Weil dies so ist, fordern wir eine noch intensivere Zusammenarbeit aller Zweige unserer Volkswirtschaft. Die Bauern

sind hiezu bereit und erwarten von den anderen Sozialpartnern die gleiche Haltung und das gleiche Verständnis. Denn nur gemeinsam können die für alle Berufsgruppen in Stadt und Land lebenswichtigen Fragen gelöst werden. Aber es darf keine Einbahn sein.“

Das war in einer Zeit, als der Sozialist Mansholt in Europa den Ton angegeben hat. Sein Zukunftsziel war, leistungsfähige Großbetriebe zu schaffen. Er verlangte einen radikalen Gesundschumpfungsprozeß, und die ganze Förderungsarbeit sollte auf die Entwicklung abgestimmt sein, vor allem ein rasches Ausscheiden aus der Agrarproduktion.

Heute hat anerkannter Weise auch der Herr Landwirtschaftsminister erklärt, daß man hier jetzt einen anderen Weg gehen werde.

Damals hat auch die Sozialistische Partei, die seinerzeit noch in Opposition war, mit diesem Gedanken sympathisiert. Man hat auch hier im Parlament von der Umschulung von Bergbauern gesprochen. Heute ist man so froh, daß man noch wenigstens einen notwendigen Bestand an Bauern hat, denn genau wie in anderen Berufen ist auch in der Landwirtschaft die Arbeitsplatzsicherung Nummer eins.

Es ist zu bedauern, daß im letzten Jahr neuerlich 7 500 landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe aufgegeben wurden.

In der Bundesrepublik Deutschland sind in den letzten drei Jahrzehnten 3 Millionen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ausgeschieden.

Den Bergbauern oben zu halten, wäre sicher billiger, als mit großen Investitionen herunter Arbeitsplätze zu schaffen, und vor allem in unruhigen Zeiten ist eine funktionierende Landwirtschaft sicherlich die beste Krisenvorsorge.

Es war auch der damalige Landwirtschaftsminister Hartmann, der die Grundlagen für das Landwirtschaftsgesetz geschaffen und angestrebt hat, daß vor allem die Einkommenspolitik für die Landwirtschaft gesichert sein solle. Auch der Grüne Bericht ist ja unter seiner Führung ins Leben gerufen worden.

In den letzten Jahrzehnten hat die Landwirtschaft große Leistungen erbracht. Wir können feststellen, daß der Versorgungsgrad jetzt in Österreich auf 86 Prozent oben ist.

1918, nach dem Zusammenbruch der Monarchie, als die Kornkammern von Österreich

10040

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Hagspiel

abgetrennt worden sind, hatte ja niemand daran gedacht, daß Österreich einmal in der Versorgung mit Lebensmitteln so autark werden könnte. Doch jetzt ist es soweit, daß Hilferufe von jenen Gebieten kommen, die uns damals die Lebensmittel geliefert haben, zum Beispiel Polen und Rumänien.

In einem Artikel zur EWG-Agrarpolitik schreibt Peter Cornelius Mayer-Tasch:

„Unter den Vorzeichen der weltweit erkennbar werdenden ökologischen Krise muß eine in jeder Hinsicht gesunde Landwirtschaft jedenfalls dem Gemeinwohl sehr viel zuträglicher erscheinen als eine florierende chemische Industrie. In der heutigen Situation einer strukturellen Arbeitslosigkeit belasten die aus der Landwirtschaft Abwandernden nicht nur die sozioökologische Situation der ohnedies unerträglich belasteten Ballungsgebiete, sondern auch den Arbeitsmarkt. Gerade die Bergbauernbetriebe sind besonders zu berücksichtigen, weil das Klima, die äußere und innere Verkehrslage oder die Hanglage besonders erschwerte Lebens- und Produktionsbedingungen ergeben. Darüber hinaus sichern gerade die Bergbauernbetriebe unseren Wirtschafts-, Siedlungs- und Erholungsraum für alle Österreicher und unsere ausländischen Gäste.“

Eine Meinungsumfrage hat ergeben, daß auch die Bevölkerung weiß, daß vor allem die Bergbauern die Benachteiligten der Gesellschaft sind, und nicht umsonst gibt es auch private Aufrufe von Spendern, die den bergbauerlichen Familien vor allem zum Weihnachtsfest helfen möchten.

Wenn der Herr Bundesminister immer wieder sagt, daß die dritte Zone aus der Milchmarktordnung ausgenommen werden soll, sind wir selbstverständlich auch dafür, aber das darf nicht in der Form geschehen, wie er es sich vorstellt. Wirkungsvoll wird es nur dann sein, wenn die Betroffenen vom zusätzlichen Absetzförderungsbeitrag befreit werden und wenn es nicht der Nachbar bezahlen muß, sondern wenn es aus dem Budget bezahlt wird.

Bei uns in Vorarlberg sagt man immer so gern, daß die Bergbauern vor allem viele Einnahmen aus dem Fremdenverkehr hätten. Sicher ist das eine wertvolle Stütze, aber die Landwirtschaft profitiert lange nicht so viel davon, wie man allgemein meint. Eine Untersuchung in Vorarlberg hat ergeben, daß nur 18 Prozent der Bauern überhaupt vom Fremdenverkehr profitieren.

Der Preisindex bei den Betriebseinnahmen wurde heute bereits erwähnt; hier gibt es ja

echte Zahlen. Wenn man vom Jahr 1970 ausgeht und den Preisindex für 1970 mit 100 feststellt, hat sich bei den Einnahmen der Index von 100 auf 158,7 erhöht, und die Gesamtausgaben stiegen auf 210,2 Punkte. Also die Preisschere, Herr Minister, hat sich weiter geöffnet: auf 32,5 Prozent.

Wenn Sie, Herr Minister, meinen, daß es vor Ihnen überhaupt keine Bergbauernförderung gegeben hat, müssen wir dies schon zurückweisen. Im Gegenteil, es wird immer mehr auf die Länder abgeschoben. So ist zum Beispiel der Güterwegebau vom Bund weit mehr gefördert worden. 1970 ergab sich folgendes Verhältnis: Bundesförderung zwei Drittel, Landesförderung nur ein Drittel.

Ähnlich ist es bei den Geländekorrekturen. Hier wurden 1970 vom Bund 26 Millionen Schilling freigegeben, bei den Ländern waren es 8 Millionen, damals war also das Verhältnis 3:1, während es jetzt nur noch knapp 1:1 steht. Es sind nur noch 19,9 Millionen vorgesehen, wobei die Länder über 21 Millionen Schilling bezahlen müssen.

Herr Bundesminister! Sie dürfen sich nicht wundern, wenn die Bauern nicht das Gefühl haben, daß sie von Ihnen vertreten werden. Alle Verbesserungen müssen immer wiederum von der Opposition hart erkämpft werden. So war es einmal beim Anschluß Griechenlands an die EG. Wie hart waren die Verhandlungen, bis die 50 Millionen Schilling für die Bergbauern freigemacht werden konnten? Genauso ist es wiederum beim Mock-Kreisky-Abkommen. Da war es auch wiederum die Opposition, die dazugeschaut hat, daß vor allem auch die Landwirtschaft davon etwas bekommt, vor allen Dingen bei den Zinsstützungen und bei der Alternativproduktion. Wir hoffen, daß es da nicht nur beim Versprechen bleibt, sondern daß das echt verwirklicht wird. Man hat einfach oft das Gefühl, daß man bei anderen Ministern eher Verständnis findet als bei unserem Landwirtschaftsminister. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade vor der Weihnachtszeit hören wir von Geschäftsleuten, daß sie sehr merklich spüren, daß, wenn in den Betrieben das Weihnachtsgeld ausbezahlt wird, die Leute auch kauffreudiger sind.

Nun, bei den Bergbauern, da gibt es kein 13. und kein 14. Monatsgehalt. Wir haben in der Landwirtschaft bei den Bergbauern ein Einkommen von 5 374 S, und wenn nicht die Familienbeihilfe wäre, die unter ÖVP-Ministern eingeführt worden ist, würde mancher Gabentisch bei den Bergbauernfamilien zu Weihnachten leer bleiben.

Hagspiel

Ein starkes Stück ist es von den Landtagsabgeordneten der Sozialistischen Partei in Vorarlberg, zu verlangen, daß der Zuschuß für die Bergbauern vom Land verdoppelt wird, wo doch gerade das Land Vorarlberg im Verhältnis zum Bund 82 Prozent an Direktzuschüssen bezahlt, hingegen der Bund nur 18 Prozent. Hauptsächlich diese Direktzuschüsse, zu denen wir ja auch stehen, sind vielfach Umschichtungen.

Weil gesagt wurde, das Bergbauern-Sonderprogramm wäre erst jetzt ins Leben gerufen worden: Sicher, dem Namen nach.

Aber auf der anderen Seite müssen wir auch feststellen, wie viele Aktionen abgeschafft worden sind. Einmal ist es die Strohkaktion, dann die Futtermittelverbilligungsaktion, die Zuckerschnitzelaktion und auch die Aktion für den Handelsdünger. Vielfach ist es nur eine Umschichtung.

Herr Bundesminister! Wenn Sie es mit den Bergbauern ernst meinen, dann könnten Sie unserem Bergbauernförderungsgesetz die Zustimmung erteilen und diesem Gesetz nicht so ablehnend gegenüberstehen.

Die jetzige Regelung benachteiligt vor allem die Nebenerwerbsbauern. Es ist anerkennenswert, daß in Zukunft in der dritten Zone 10 000 S ausbezahlt werden sollen. Aber das könnten Sie gar nicht ausbezahlen, wenn nicht die 50 Millionen Schilling erkämpft worden wären, und von den 80 000 Bergbauern der Zone 2 und 3 bekommen in Österreich nur 57 000 den Bergbauernzuschuß.

Die ÖVP-Vorstellung ist wohl die, daß die Prämien, die Auszahlungen leistungsbezogener sein sollten.

Die Abwanderung vom Bergbauernhof. Hier müssen wir alles tun, um diese Abwanderung zu stoppen. Dazu ist vor allem auch eine entsprechende Preisgestaltung notwendig. Neben den Direktzuschüssen müssen wir diesen Leuten auch unter die Arme greifen. Es ist sicher kein Almosen, sondern ein Entgelt für erbrachte Leistungen.

Wenn Sie immer wieder sagen, wir würden hier nur die großen Bauern unterstützen: In unserem Antrag steht ja auch, daß eine Obergrenze mit 20 Hektar eingesetzt werden sollte, und jeder, der im Berggebiet arbeitet, weiß, daß er mehr als 20 Hektar sowieso nicht bewirtschaften kann.

Es gibt bezüglich der Flächenprämie wirklich schon wertvolle Erfahrungen im In- und Ausland. Wir haben in Vorarlberg als erstes Land die Flächen- und Alpwuchsprämien ein-

geführt, und diese haben sich wirklich sehr gut bewährt.

Herr Bundesminister! Es ist Ihnen überlassen, bei jedem Zuschuß aus propagandistischen Gründen den Bergbauern auch noch ein Brieflein zu schreiben. Aber bedenklicher wird es schon, wenn Sie jeden Bergbauern anschreiben mit „Liebe Bergbauernfamilie“ in bezug auf die Futterverbilligungsaktion, wo es doch in Wirklichkeit gar keine ist und wo auch gar nicht davon Gebrauch gemacht werden konnte, weil in dieser Aktion nichts drinnen ist.

Was soll ein Schreiben, in dem ein Großhandelsabgabepreis für auswuchsgeschädigtes Getreide enthalten ist? Sollen hier die Zwischenfuttermittelhändler oder die Raiffeisenkassen als die bösen Gewinner hingestellt werden, da drinnensteht, der Preis von 3,27 S werde der Großhandelsverkaufspreis sein? Das irritiert nur die Bauern. Zahlreiche Rückfragen hat es bei der Landwirtschaftskammer gegeben. Es war eine große Enttäuschung bei den Bauern, denn wenn Sie auch nicht hineinschreiben können, wie hoch der Abgabepreis ist, so hätte man doch fairerweise berücksichtigen oder mit hineinschreiben müssen, daß nicht berücksichtigt sind die Mehrwertsteuer, die Waggonüberstellungskosten, die Entladung, die Reinigung, die Lagerung, die Absackung, das Verpackungsmaterial, eventuell die Verarbeitung, die Lagerung des Fertigprodukts, die Verladung und die Lkw-Fracht bis zu jedem Raiffeisenlager oder Futtermittelhändler.

Ich glaube, das hätte fairerweise auch dazu gehört, wenn man schon jedem Bauern einen Brief schreibt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn sonst tritt die irrige Meinung auf, nur die Genossenschaften seien die Bösen, die hier wiederum das Geld in den Sack stecken.

Diese Aktion kann nicht zum Greifen kommen, wenn geschädigter Weizen im Oktober nur um 5 Groschen, im November nur um 4 Groschen und im Dezember nur um 1,5 Groschen billiger ist als Gerste.

Man soll nicht solche Aktionen versprechen, nur um Propaganda zu machen, und dabei Verwirrung stiften.

Was den österreichischen Bergbauern gut täte, wären weniger Propaganda aus Steuermitteln, dafür aber gerechte Preise und ein Bergbauernförderungsgesetz, wie es die ÖVP in ihrem Antrag eingebracht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.07

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gurtner.

10042

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

16.08

Abgeordneter **Gurtner** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit sechs Stunden diskutieren wir das Kapitel Land- und Forstwirtschaft, Grüner Plan (*Ruf bei der SPÖ: Sieben!*) — seit sieben Stunden, richtig! —, und über viele Bereiche der Landwirtschaft ist gesprochen worden, es wurde von uns Kritik angemeldet und es wurden auch Verbesserungsvorschläge eingebracht.

Der Grüne Plan wäre doch das Instrument, die wirtschaftliche und soziale Situation der österreichischen Bauern zu verbessern und eine Situation herbeizuführen, in der auch wir Bauern bei halbwegs vergleichbarer Arbeitszeit ein halbwegs vergleichbares Einkommen erwirtschaften können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das kann der Grüne Plan allerdings nur dann, wenn er genügend dotiert ist. Da wurde heute schon Kritik angemeldet, und ich kann mich dieser Kritik nur anschließen.

Der Grüne Plan wurde auch geschaffen, um den Strukturwandel in der Landwirtschaft wirtschaftlich und sozial erträglich zu machen. Wobei wir auch wissen, daß der Grüne Plan letztlich nur Hilfe zur Selbsthilfe sein kann.

Wir dürfen aber und wir müssen allerdings erwarten, daß vom Grünen Plan und von der Agrarpolitik der Regierung Impulse ausgehen, die zur Existenzsicherung beitragen und auch dazu beitragen, daß die österreichische Landwirtschaft auch international konkurrenzfähig erhalten werden kann.

Daß wir Bauern selber auch unseren Anteil dazu beitragen, die Probleme zu bewältigen, beweist doch wohl am besten die Tatsache, daß im vergangenen Jahr in keiner Sparte die Produktivität so stark gestiegen ist wie in der Landwirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Völlig neue Wege wurden von uns beschritten, um die stürmische Entwicklung, den Strukturwandel, den Einzug der Landtechnik in unsere Betriebe zu bewältigen. Die Maschinen- und Betriebshilfsringe, die Erzeugergemeinschaften, die bäuerlichen Mahl- und Mischgemeinschaften, die von Bauern gegründet wurden, haben ganz wesentlich dazu beigetragen, die wirtschaftliche und soziale Situation in unseren Betrieben zu verbessern.

Rund 35 000 Bauern nützen zurzeit die Vorteile der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern in den Maschinen- und Betriebshilfsringen.

Wir haben gerade hier in den Maschinen-

und Betriebshilfsringen in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Aktivitäten zu verzeichnen gehabt. 1980 wurde rund 1 700 000 Stunden zwischenbetrieblich in den Maschinen- und Betriebshilfsringen gearbeitet, davon 750 000 Stunden mit Maschinen aller Art und über 900 000 Stunden in der Betriebshilfe.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch berichten, daß wir eine langjährige Forderung, die auch hier im Hohen Haus mehrmals erhoben wurde, in die Tat haben umsetzen können. Seit Mai 1980 arbeiten drei Zivildienner im Maschinenring auf drei Mühlviertler Bauernhöfen. In allen diesen drei Betrieben wäre die Weiterführung in Frage gestellt gewesen, weil der Betriebsleiter durch plötzlichen Tod ausfiel.

Es würde natürlich viel zu weit führen, jetzt ins Detail zu gehen, um die betriebswirtschaftliche Abwicklung hier darzustellen. Fest steht jedenfalls, daß das Experiment als gelungen bezeichnet werden kann.

Ich habe mich mit allen Beteiligten unterhalten und überzeugen können, daß durch diesen Einsatz der ersten Zivildienner Österreichs in der Landwirtschaft als Betriebshelfer Hilfe zur Betriebserhaltung gegeben wurde und daß in einer Situation großen persönlichen Leids der Betrieb, also die wirtschaftliche Basis, uneingeschränkt erhalten blieb. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dies ist nicht nur eine große soziale Tat, sondern sicherlich auch ein Beitrag zur wirtschaftlichen Landesverteidigung im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung.

Es gehört in diesem Zusammenhang auch erwähnt, daß die zuständige Abteilung im Innenministerium, die dafür verantwortlich ist, in guter, korrekter Zusammenarbeit mit dem Landesverband und mit dem Bundesverband der Maschinenringe und mit der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer schnell und unbürokratisch die geeigneten Zivildienner ausgewählt und zur Verfügung gestellt hat.

Wir werden nun versuchen, die Erkenntnisse, die wir bei diesem ersten Einsatz gewonnen haben, bei den weiteren Einsätzen dementsprechend auszuwerten.

Ich darf auch noch sagen, daß wir bei der im vergangenen Juli abgehaltenen internationalen Maschinenringtagung in Luxemburg feststellen konnten, daß Österreich in der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern hinter der Bundesrepublik Deutschland und Japan hin-

Gurtner

sichtlich der Mitgliederzahl und der Aktivitäten, der Verrechnungswerte an dritter Stelle steht. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, daß mit der Unterstützung der verschiedensten Stellen die größten Hindernisse steuer-, gewerbe- und sozialrechtlicher Art abgebaut werden konnten. Ich möchte auch von dieser Stelle aus allen danken, die uns dabei geholfen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Landwirtschaftsminister! Sie haben in Ihrem Debattenbeitrag darauf hingewiesen, daß alles, was der Landwirtschaftsminister, was die Regierungsfraktion macht, von der Opposition, vom Bauernbund sowieso als nicht hinreichend und als schlecht abqualifiziert werde.

Ich darf Ihnen sagen, daß es gerade in der Sparte überbetriebliche Zusammenarbeit, die wir Gott sei Dank im neutralen, im wirtschaftlichen Bereich lassen konnten, zu einer guten, positiven und produktiven Zusammenarbeit gekommen ist. Von Ihrem Ministerium aus, vom Österreichischen Kuratorium für Landtechnik, von den Landwirtschaftskammern, von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zieht sich der Faden. Nur so war es ja möglich, daß wir in verhältnismäßig kurzer Zeit viele Betriebe für diese Art der Zusammenarbeit gewinnen konnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie wissen, daß ein großes Problem offen ist, nämlich die Frage der gesetzlichen Absicherung der Geschäftsführerförderung.

Dr. Mannert hat in seiner Studie den Beweis erbracht, daß gerade diese Gelder die höchste Effizienz erreicht haben, und wir brauchen, glaube ich, wenn wir uns in Zukunft Geschäftsführer halten wollen, für diese Geschäftsführer eine gewisse Sicherheit. Wir haben schon verhandelt, und ich möchte Sie ersuchen, diese Verhandlungen schnell weiterzuführen, damit wir eine gesetzliche Absicherung der Geschäftsführerförderung erreichen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir können feststellen, daß gerade unter den Mitgliedern dieser überbetrieblichen Gemeinschaften das Selbstbewußtsein und der Wille zur Selbstverantwortung in erfreulicher Weise im Steigen begriffen sind. Das findet sicherlich auch seinen Ausdruck in der steigenden Zahl der Mitglieder dieser überbetrieblichen Gemeinschaften. Das findet aber auch seinen Ausdruck in der steigenden Zahl der organisierten Landjugend und das findet letztlich seinen Ausdruck in der steigenden Zahl der Schüler an unseren Landwirtschaftsschulen. Diese erfreuliche Entwicklung kann und darf uns aber nicht über die allgemeine

schwierige Lage, die heute ja schon dargestellt wurde, innerhalb der Landwirtschaft hinwegtäuschen.

Wir werden unser Bemühen um Kostensenkung selbstverständlich intensiv weiterführen. Nur hat halt jede Rationalisierung ihre natürlichen Grenzen. Wir können damit die enorme Preissteigerung des vergangenen Jahres auf dem Düngemittel- und Treibstoffsektor und die Belastungen mit den enorm gestiegenen Einheitswerten sicherlich nicht ausgleichen. Kernpunkt jeder Agrarpolitik — und das ist heute auch schon gesagt worden — ist und bleibt natürlich die Preispolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es muß, glaube ich, jedem einleuchten, daß viele bäuerliche Familien in Existenzschwierigkeiten kommen, wenn es in Zukunft nicht gelingt, Kostensteigerungen durch bessere Preise für die Agrarprodukte auszugleichen.

Daß dies in der Vergangenheit nicht immer gelungen ist, darauf wurde ja heute auch schon hingewiesen. Das zeigt sehr deutlich, daß wieder mehr als 7 000 Bauern vom Vollerwerb in den Nebenerwerb umgestiegen sind oder die Landwirtschaft ganz aufgegeben haben.

Ich glaube, es war der Abgeordnete Rempfbauer, der gesagt hat: Die technische Entwicklung verdrängt natürlich die Landwirte von ihren Betrieben. So ungefähr, glaube ich, hat es geklungen.

Es gibt da eine wissenschaftliche Studie, die nachweist, daß nur 20 Prozent der Landwirte sagen, sie seien vom Haupterwerb in der Landwirtschaft auf einen Haupterwerb außerhalb der Landwirtschaft umgestiegen, weil sie freie Arbeitskapazitäten gehabt haben. 80 Prozent dieser Landwirte haben angegeben, sie seien unter dem Zwang der finanziellen Verhältnisse umgestiegen. Ich glaube, das wird sicherlich auch zur Kenntnis genommen werden müssen.

Es kann und muß natürlich die Aufgabe der offiziellen Agrar- und Förderungspolitik sein, alles zu tun, daß aus diesen Umsteigern nicht Aussteiger werden. Gerade diese Nebenerwerbslandwirte garantieren nämlich in vielen Gebieten die notwendige Mindestbesiedlungsdichte — Abgeordneter Hirscher hat darauf hingewiesen — und sie garantieren auch das Funktionieren der dortigen Infrastruktur. Wir dürfen nicht übersehen, daß gerade auch unsere Nebenerwerbslandwirte in den zwar landschaftlich schönen, aber landwirtschaftlich schwierigen Gebieten einen ganz entscheidenden, einen wesentlichen Beitrag dazu

10044

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Gurtner

leisten, daß die Kultur- und Erholungslandschaft erhalten bleibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Viele Probleme warten in diesem Zusammenhang auf eine Lösung. Mehr als 60 Prozent unserer Nebenerwerbsbauern sind Pendler, und es ist, glaube ich, ganz selbstverständlich, daß jede Verteuerung der Bahntarife, jede Verteuerung des Autos diese ganz besonders trifft.

Das Land Oberösterreich hat durch eine Fernpendlerbeihilfe gerade für diese Bevölkerungsgruppe Hilfestellung gegeben. Jetzt ist der Bund am Zug. Seine Hilfe ist eigentlich schon lange überfällig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Genauso wichtig ist auch die Gleichstellung unserer Nebenerwerbsbauern in sozialrechtlicher Hinsicht. Ich kann mir eine nähere Erklärung sparen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß für sie noch immer die Frage der Arbeitslosenversicherung nicht zufriedenstellend gelöst ist und daß noch immer Grenzgänger, Leute, die in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Schweiz arbeiten, sozialrechtlich, Herr Sozialminister, benachteiligt sind.

Es ist auch, glaube ich, noch in Erinnerung, daß es gerade in jüngster Zeit nur einem massiven Vorstoß der ÖVP zu verdanken ist, daß verhindert wurde, daß eine ganze Gruppe dieser Nebenerwerbsbauern ihren Versicherungsschutz verloren hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sind sicherlich wohl alle meiner Meinung, daß Österreich aus vielen Gründen möglichst viele Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern braucht. Mit ihnen hat Österreich eine dem Osten und dem Westen überlegene herrliche Sozialstruktur vieler Besitzender. Die betriebswirtschaftlichen Nachteile dieser Struktur können wir zum Teil, wenn uns die Regierung nicht im Stich läßt, durch überbetriebliche Zusammenarbeit bewältigen.

Wir sollten nicht übersehen, daß die Welt unsicherer geworden ist, und das nicht nur wegen der Ereignisse in Polen. Wir bedenken oft viel zu wenig, daß in dieser Situation die Versorgung unserer Wirtschaft mit Energie und mit Rohstoffen auf wackeligen Beinen steht. Gerade in dieser Situation ist es doch Gebot der Stunde und der Vernunft, alles zu tun, die Sicherung der Ernährung und in Teilbereichen auch die Sicherung der Rohstoffe und der Energie im eigenen Land zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man muß dazu sagen: In der Landwirtschaft haben wir es mit Pflanzen und Lebewesen zu tun. Es muß jedem bewußt sein, daß da

auf Knopfdruck nichts funktioniert. Wenn man will, daß in Krisenzeiten die Ernährung gesichert ist, quantitativ- und qualitativ, wenn man will, daß in Krisenzeiten in Teilbereichen Rohstoffe und Energie im eigenen Land produziert werden können, dann muß man allerdings in sogenannten besseren Zeiten auch auf die Landwirtschaft schauen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.23

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Haiden. Bitte.

16.23

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch mit einigen Sätzen auf einige Ausführungen eingehen.

Herr Abgeordneter Lafer! Sie haben kritisiert, daß den Bauern immer wieder neue Kosten der Überschußverwertung zugemutet werden. So hieß es sinngemäß. Nun darf ich doch darauf hinweisen, daß alles, was wir auf diesem Gebiet derzeit haben, gemeinsam durch Verhandlungen und Vereinbarungen beschlossen ist. Das gilt für den Milchmarkt — hier im Plenum beschlossen — und das gilt für den Getreidemarkt. Es gibt keine Regelung dieser Art, der Sie nicht zugestimmt hätten.

Nun räume ich ein, daß das noch nicht unbedingt heißen muß, daß die Regelung gut ist. Wir könnten beide etwas gemacht haben, was nicht glücklich ist. Das ist durchaus möglich. Ich bin aber der Überzeugung, daß der Weg, den wir gegangen sind, der einzig richtige ist. Er wird im Ausland anerkannt. Man ist daran zu überlegen, ob man nicht ähnliche Wege gehen könnte.

Wieso es dazu gekommen ist, muß man doch auch sagen. Wir haben vor etwa 10, 15 Jahren noch einen beträchtlichen Importbedarf gehabt. In einer Zeit, in der die Frage des Exports keine vorrangige Rolle spielte, haben wir auch nicht das Problem gehabt, mit den niedrigen Weltmarktpreisen beim Export konfrontiert zu sein. Aber das ist eine Tatsache, an der wir nicht vorbeikommen. Man muß den Mut haben, das auch zu sagen.

Eines geht aber nicht: ein geregelter, fixer, gesicherter Preis und die volle garantierte Abnahme des Produktionsvolumens, gleichgültig wie hoch die Produktion ist. Das geht nirgendwo. Da scheint mir unser System, das wir gemeinsam ausgehandelt haben, das vernünftiger zu sein: daß wir in den Bereichen, die keinen Weltmarkt haben, weil wir unsere Produktion verschleudern müßten, auf den

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Inlandsbedarf und eine überschaubare Exportmenge abstellen — das geschieht beim Milchmarkt — und daß wir in jenen Bereichen, wo ein Markt besteht und längerfristig noch bestehen wird, wo der Unterstützungsaufwand pro Einheit auch bei weitem nicht so erheblich ist und zum Teil sogar stützungsfrei exportiert werden kann, exportorientiert vorgehen.

Herr Kollege Lafer! Wir sollten uns zu diesem System, das wir gemeinsam beraten, ausgehandelt und beschlossen haben, auch bekennen. Ich bitte Sie darum.

Nun zur Grenzlandförderung, weil Sie das hier neuerlich zur Debatte stellen. Herr Kollege Lafer! Wenn der Herr Landeshauptmann der Steiermark in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken will, als ob das Land Steiermark in der Grenzlandförderung mehr macht als der Bund, dann täuscht er die Öffentlichkeit. Sie müssen die Agrarinvestitionskredite beziehungsweise die Kosten hinzurechnen, diese müssen ja aufgebracht werden. Oder Sie sagen, daß diese Zinsenstützungen nicht erforderlich sind, daß man sie nicht braucht. Ich teile diese Meinung nicht! Man kann nicht Leistungen des Bundes nicht in Rechnung stellen und sagen, der Bund sei nicht bereit, in gleicher Weise tätig zu sein wie das Land. Das stimmt einfach nicht.

Nun einige Bemerkungen zum Herrn Abgeordneten Brandstätter. Ich möchte das sehr kurz machen. Herr Kollege Brandstätter! Was die Forstwirtschaft betrifft, sollten wir nicht einem System nachlaufen, wie wir es in der Landwirtschaft leider brauchen und haben müssen, nämlich uns mit einem Stützungssystem zu behelfen. Der Holzmarkt ist voll liberalisiert. Ich sage es zum x-ten Mal: Österreich ist eines der größten Schnittholzexportländer der Welt. Seien wir froh, daß wir einen liberalisierten Markt haben, daß wir mit unserem begehrten Produkt Holz Zugang zu diesem Markt haben. Hier Stützungssysteme aufzubauen, schiene mir einfach nicht vertretbar und nicht vernünftig.

Nun zur Novelle zum Forstgesetz. Ich weiß nicht, wie man das zustande bringen kann: Der Herr Abgeordnete Brandstätter sagt in einem Debattenbeitrag, es sei nichts geschehen hinsichtlich der Energiewälder. Er fragte: Herr Minister, was sind Sie bereit zu tun? Gleichzeitig kritisiert er die Novelle, in der die Vorschläge zur legislativen Änderung im Zusammenhang mit den Energiewäldern enthalten sind. Man muß den Entwurf, der zur Begutachtung ausgeschickt ist, lesen. Da steht es ja drinnen. Also bitte, was wollen Sie?

Ein offenes, ein sehr freimütiges Wort zum Güterwegebau. Ich bin selber Forstmann. Ich weiß, daß unsere Forsttechniker hervorragende Wege bauen, daß der Forstwegebau die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Forstwirtschaft in der Nachkriegszeit seit dem Jahre 1945 geworden ist. Ohne Forstwegebau hätten wir die Reserven nicht erschlossen. Ohne Forstwegebau hätten wir keine florierende Forstwirtschaft, wenn es auch zeitweilig immer wieder gewisse Phasen der gedrückten Preise gibt. Das ist am Holzmarkt so, das wird sich wahrscheinlich nicht ändern, weil das ein sehr sensibler Markt ist, der vom Weltmarkt abhängt.

Wir brauchen Forstwege. Wir müssen alles tun, damit der Forstwegebau gefördert und nicht behindert wird. Nur bitte ich Sie um Verständnis: Die Zeit ist vorbei, wo wir im Forstwegebau auf die Landschaft nicht in dem Maße Rücksicht nehmen, wie es notwendig ist. Darum geht es. Die meisten Forsttechniker wissen, wie man landschaftsgerecht Forstwege baut. Für jene, die es nicht wissen, brauchen wir die Möglichkeit, Normen aufzustellen, die eingehalten werden. Wenn Sie den Entwurf gelesen haben, werden Sie mit mir der Überzeugung sein, daß das System nicht komplizierter, sondern wesentlich einfacher und, wenn Sie wollen, auch weniger bürokratisch sein wird.

Herr Abgeordneter Huber! Ich bin mit Ihnen uneingeschränkt einer Auffassung, daß beim Projekt des Nationalparks Hohe Tauern alles getan werden muß, damit unsere Bauern nicht diejenigen sind, die die Rechnung bezahlen müssen. Ich habe das auch mit Nachdruck unterstrichen bei einer der Besprechungen, die wir in diesem Bereich durchgeführt haben. Jede Unterstützung für dieses Projekt, aber die Interessen der Bauern müssen abgesichert sein. Hier haben ja die Länder ein sehr entscheidendes Wort mitzureden.

Herr Kollege Hagspiel! Mit familienpolitischen Fragen will ich mich jetzt nicht auseinandersetzen, obwohl es verlockend wäre, mich mit Ihren Ausführungen sehr eingehend zu befassen. Nur eine Bemerkung gestatten Sie mir: Unseren Bauern möchte ich die Kinderbeihilfe und die Familienbeihilfe nicht wünschen, wie sie früher bestanden hat, als man noch als einziges Kriterium die Steuerleistung gehabt hatte und im Zuge des Steuerabzuges ein Teil dieses Systems bewältigt wurde. Da waren die Bauern diejenigen, die durch den Rost gefallen sind. Das ist Gott sei Dank bei der jetzigen Lösung nicht mehr der Fall. *(Beifall bei der SPÖ.)*

10046

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Gleich zur nächsten Frage, weil Sie mir einreden wollen, daß wir Ihrem Gesetz über die Bergbauernförderung, über die Direktzuschüsse beitreten sollen. Herr Kollege Hagspiel, wir werden das nicht tun können. Das Gesetz ist schlechter als die jetzige Regelung, die wir haben. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wieso?*) Es ist schlechter. Diejenigen, die 10 000 S bekommen haben, sind die Bauern, die in der schwierigsten Lage sind. Sie bekommen nach Ihrem Gesetz diesen Betrag bei weitem nicht. Lesen Sie doch das Gesetz nach! Sie haben es dann offenbar nicht mehr umstellen können. Sie brauchen ja nur die Initiative genau zu studieren, die Sie selber eingebracht haben.

Ich sage Ihnen auch, warum, Herr Kollege Hagspiel. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß ein Betrieb mit 20 Hektar wahrlich kein großer Betrieb ist und daß es alle Bergbauern in dieser Region nicht leicht haben. Aber wir vermögen nicht einzusehen, daß derjenige mit 10 Hektar weniger bekommen soll als der, der über 20 Hektar verfügt. Der Bauer mit der geringeren Grundausstattung ist der gefährdetere Bauer. Daher werden wir mit diesem System nicht mitgehen können. Eine Bergbauernförderung hat es vor 1970 — ich bleibe dabei — wirklich kaum in rudimentären Ansätzen gegeben. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das stimmt doch nicht!*)

Herr Kollege! Aber ich bitte Sie, Sie haben ja 700 Millionen Schilling im ganzen Grünen Plan gehabt, und jetzt sind es 2 Milliarden Schilling. Wo soll sie denn gewesen sein? Wo war sie denn? Sie hat doch nicht bestanden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich beschäftige mich schon noch mit Ihnen. Haben Sie ein bisserl Geduld, Herr Kollege Zittmayr, Sie kommen auch noch dran. Ich verspreche es Ihnen.

Herr Kollege Hagspiel! Noch etwas, weil Sie auf die Vorarlberger Leistungen für die Bergbauern hinweisen. Ich stehe nicht an zu sagen, daß die Leistung in Vorarlberg mit Abstand besser ist als in anderen Bundesländern. Aber Sie müssen hinzufügen, daß die Hälfte dieser Leistung in etwa von den Gemeinden getragen wird. Sie haben es sich relativ leicht gemacht. In groben Zügen, nicht ganz, aber etwa die Hälfte. (*Abg. Hagspiel: 20 Prozent!*) Nein, nein, bitte, da rechnen wir miteinander nach. Ich kenne das System sehr gut, das dürfen Sie mir glauben.

Nun eine Frage, die Sie auch behandelt haben, Herr Kollege Hagspiel, nämlich die Futtermittelverbilligungsaktion, die wir heuer gemacht haben. (*Abg. Dr. Leitner: War*

eine Irreführung der Bauern!) Haben Sie ein bisschen Geduld! Darf ich Ihnen sagen, wie sie zustande gekommen ist? Ich hatte im Urlaub ein erstes Gespräch mit Herrn Präsident Lehner und noch einigen Herren, die ihn begleitet haben, geführt. Dann war ich nicht mehr erreichbar. Ich habe zu meinen Beamten gesagt, man möge mit Herrn Präsidenten Lehner die Gespräche weiterführen. Diese sind in Linz in meiner Abwesenheit geführt worden. Es waren dann Rücksprachen mit Präsident Bierbaum notwendig. Diese Herren haben, ohne daß ich an den Besprechungen teilgenommen habe, dieses Paket vereinbart, wie es dann durchgeführt worden ist, mit der degressiven Förderung, zuerst für die Bergbauern und nachher für die anderen. Es wurde mit der Kammer vereinbart, und ich habe nachher gesagt, als ich gefragt worden bin, ich sei damit einverstanden. Also bitte, wenn Sie sich darüber beklagen wollen, beklagen Sie sich bei der gesetzlichen Interessenvertretung, die dieses Paket ausgehandelt hat. Ich habe es nicht ausgehandelt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun zum Brief. Ich habe nur die Großhandelspreise. Die Mehrwertsteuer hätte man noch sagen können, aber alles andere weiß ich ja nicht. Daß Sie vielleicht keine Freude haben, wenn man auch über Großhandelspreise offen spricht, räume ich ein. Da mögen Sie recht haben. Aber da kann ich Ihnen nicht helfen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Korrekte Information!*) Das war eine sehr korrekte Information. Das weise ich zurück, Herr Kollege Zittmayr.

Weil neuerlich über die Frage des Güterwegebaus gesprochen worden ist, möchte ich fragen: Herr Kollege Zittmayr, wissen Sie, daß Ihr Finanzreferent, wo Sie soeben zitiert haben, was er alles machte für die Bauern, die Mittel für den Güterwegebau in Österreich für 1982 von 106 Millionen Schilling auf 58 Millionen Schilling gekürzt hat? Ist Ihnen das bekannt? (*Abg. Dipl.-Ing. Zittmayr: Aber nennen Sie die Relation!*) Ist Ihnen das bekannt? (*Abg. Dr. Zittmayr: Aber reden.* Da halten wir jeden Vergleich aus. Über die Regionalpolitik, über die Regionalförderung sagen Sie überhaupt nichts. (*Abg. Hietl: Wie schaut es in Niederösterreich aus?*) Bezüglich der Bergbauernförderung in Niederösterreich, in der Steiermark oder anderswo machen Sie keinen Vergleich. Den Vergleich halten wir ohne Schwierigkeiten aus. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich wiederhole, was ich so gerne sage: Für die Bauern ist nicht entscheidend, ob der Bund oder das Land fördert. Am besten ist es,

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

wenn der Bund und das Land der Verpflichtung nachkommen, die besteht. (*Abg. Hietl: Der Bauer kommt nicht nach! — Ruf bei der SPÖ: Der redet einen Blödsinn zusammen!*)

Ich bin mit dem Herrn Kollegen Gurtner weitgehend einer Auffassung. Herr Kollege Gurtner! Wir haben keinen Streit, keine unterschiedliche Auffassung in den Fragen, die Sie hier berührt haben. Ich bin auch mit Ihnen einer Meinung, daß wir eine Absicherung bräuchten. Ich habe Ihnen diese Absicherung ja vorgeschlagen. Das wissen Sie ja. Wir haben davon gesprochen, daß wir gemeinsam, Bund und Länder, diese Absicherung durchführen sollten. In diesem Zusammenhang stimmt der Grundsatz: Es sollten auch die Länder zeigen, was sie können!, um Ihre Worte zu variieren. In diesem Zusammenhang müssen die Länder jetzt auch etwas zeigen. Der Bund hat einen wesentlichen Schritt getan, die Länder sollen nachziehen. Machen wir 15 a-Verträge! Ich bin damit einverstanden und bin überzeugt, daß ich in der Regierung die Unterstützung in dieser Frage habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind in wichtigen Fragen in diesem Jahr ein tüchtiges Stück vorangekommen. Wir haben in diesen Tagen und Stunden wichtige Gespräche miteinander zu führen. Die Landwirtschaft ist leistungsfähig. Unsere Bauern sind fleißig. Die überwiegende Anzahl unserer Bauern ist in einem Maße fleißig, das jeden Vergleich aushält. Aber mit Ihrer Darstellung erweisen Sie — das sage ich Ihnen — unseren Bauern, der Land- und Forstwirtschaft wahrlich keinen guten Dienst. — Danke. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Leitner: Die Bauern bräuchten nur einen besseren Landwirtschaftsminister!*) 16.41

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Josef Steiner.

16.42

Abgeordneter Josef Steiner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Landwirtschaftsminister hat jetzt in sehr emotionaler Art und auch sehr polemisch von seinem Regierungssitz aus zu den Ausführungen der Herren Abgeordneten Stellung genommen.

Ich getraue mir auch zu sagen, daß die Herren Abgeordneten in vielen Beziehungen recht gehabt haben.

Herr Minister! Sie haben, insbesondere was den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag bei der Milch betrifft, eine völlig eigenständige Vorgangsweise gewählt und von sich aus 1,83 S fixiert gegen den Willen der Präsi-

dentenkonferenz. Sie haben völlig eindeutig eine eigene Vorgangsweise gewählt. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Er hat bewußt den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag zu niedrig und den zusätzlichen umso höher angesetzt, um die Bauern in den Problemgebieten zu bestrafen!*) Der Herr Abgeordnete Zittmayr hat das noch näher erklärt.

Es wäre vielleicht wichtig für Sie zu wissen, worum es sich dabei überhaupt handelt. Es geht hier insbesondere um jene Betriebe, die eine Mehrlieferung auf den Markt bringen, um jene landwirtschaftlichen Milchbetriebe, die auf Grund ihrer über das Kontingent hinausgehenden Ablieferung 1,83 S vom bestimmten Preis einbezogen bekommen. Das ist eine Strafe für eine entsprechende Leistung, die diesbezüglich in einem zu hohen Maße, wie uns scheint, verpaßt worden ist.

Herr Bundesminister! Sie vertreten die Auffassung — die Herren Abgeordneten Ihrer Partei vertreten zum Teil dieselbe Auffassung; wahrscheinlich von Ihnen initiiert —, als ob die Bergbauernförderung erst mit der SPÖ-Alleinregierung in Österreich begonnen hätte. Dagegen wenden wir uns. Das ist eine völlig unsinnige Behauptung! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Bergbauernförderung hat vorher genauso funktioniert, nur unter einem anderen Titel. Es waren die Bergbauernarbeitsgemeinschaften — das wissen Sie sehr genau, Herr Minister —, die über das ganze Bergbauerngebiet verstreut waren. Sie waren dort, wo mit Investitionsbeihilfen gearbeitet wurde, wo Wege gebaut, wo Höfe gebaut, wo Hofstellen gebaut wurden, wo neue Viehstände eingestellt worden sind, wo Maschineninvestitionen unterstützt worden sind. All diese Bergbauernarbeitsgemeinschaftstätigkeiten haben bestimmt dieselbe Summe an Förderung beansprucht, die Sie heute in Form eines Direktzuschusses ausgeben. Wir sind ja nicht gegen den Direktzuschuß, wir wollen uns nur nicht unterstellen lassen, wir hätten die Bergbauern seinerzeit überhaupt nicht beachtet. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Der Herr Abgeordnete Hirscher hat auch darauf Bezug genommen. Jawohl, es wird den Bergbauern natürlich heute mit den Direktzuschüssen Geld ins Haus gebracht. Ich möchte aber sagen, daß die Länder auch sehr viel dazutun. Herr Bundesminister! Vielleicht wissen Sie, daß in Salzburg zum Beispiel eine Bewirtschaftungs- und eine Alpungsprämie ausbezahlt werden, die immer noch einen höheren Betrag ausmachen, als Sie den Salzburger Bergbauern durch Ihre Zuschüsse zur Verfü-

10048

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Josef Steiner

gung stellen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)*

Die beiden Förderungen, die Bundesförderung mit den Zuschüssen und die Landesförderung mit den Bewirtschaftungsprämien, gemeinsam sind heute eine ernst zu nehmende Förderung der Bergbauern. Das wollen wir gar nicht in Abrede stellen. Aber es immer so hinzustellen, als ob erst die SPÖ die Bergbauern gewissermaßen entdeckt hätte, finde ich eine ganz gewaltige Übertreibung.

Ebenso glaube ich — ich möchte heute auch auf die Ausführungen einiger Abgeordneter replizieren —, daß diese Darstellung vom Förderungsbudget aus, also daß das Almosen wären, unrichtig ist. Wir wollen alle, glaube ich, keine Almosen für die Bauern, sondern eine echte Förderung für Leistungen, die erbracht worden sind. Das Förderungsbudget, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist halt einmal nicht so hoch ausgefallen, als es wünschenswert wäre. Es ist ein halbes Prozent vom Gesamtbudget für immerhin 8 Prozent Bevölkerungsanteil der Bauernschaft. Ich würde meinen, daß das keine übertriebene Leistung ist, etwa vergleichbar, wie heute der Herr Abgeordnete Remplbauer gemeint hat, mit der verstaatlichten Industrie. Hier wäre für meine Begriffe die Wichtigkeit in beide Richtungen gleich hoch zu werten.

Dasselbe gilt auch für diese sich fast jedes Jahr immer wiederholende Vorrechnung der Sozialleistungen und der Gesamtausgaben über das Bundesbudget. Es wird schon stimmen, daß 9,5 Milliarden Schilling Gesamtausgaben, die der Herr Bundesminister zu verwalten hat, vorhanden sind und daß etwa 500 Millionen Schilling mehr budgetiert worden sind. Das streiten wir nicht ab. Aber wieviel davon fließt eigentlich den bäuerlichen Betriebsinhabern bzw. der bäuerlichen Bevölkerung zu? Das ist der zweite Punkt, den wir betrachten müssen. Hier sieht es einigermaßen anders aus.

Wenn man die Leistungen der Lawinen- und Wildbachverbauung miteinbezieht, die gemacht werden, wenn man den ganzen Aufwand des Ministeriums, der Verwaltungsstellen des Bundesministeriums in ganz Österreich bedenkt, wenn man heranzieht, daß das landwirtschaftliche Schulwesen vom Herrn Bundesminister verwaltet wird, daß die Bundesforste, die Spanische Reitschule und ähnliches mehr in diese Betragsgröße miteinbezogen sind, so muß man, glaube ich, das schon sehr scharf differenzieren und den Gesamtaufwand des landwirtschaftlichen Budgets und den Förderungsaufwand auseinanderhal-

ten. Da sind einmal die Mittel des Grünen Plans mit 1,9 Milliarden Schilling, die in der Kaufkraft noch immer nicht mehr sind als — wie etwa von Abgeordneten Remplbauer heute angeführt — die seinerzeitigen 800 Millionen Schilling. Ich werde noch kurz daran erinnern.

Ich weiß nicht, was Sie eigentlich meinen, wenn Sie uns immer wieder diese sozialen Leistungen vorwerfen. Wir wissen, daß das Sozialbudget 1982 30,5 Milliarden Schilling betragen wird. Wir wissen, daß gewisse Erhöhungen der Beitragszahlungen vorgenommen werden müssen. In diesem gesamten Abgang der Sozialversicherungen ist natürlich auch die Bauernsozialversicherung enthalten, die natürlich auch Zuschüsse bekommt, wobei eingesehen werden soll, daß im bäuerlichen Bereich die Zahl der Einzahler ständig im Sinken begriffen ist, während die Pensionistenzahl in jüngster Zeit sehr gestiegen ist, sodaß wir Werte erreichen, die ähnlich wie bei den Bergarbeitern sind. Es sind schon über 90 Prozent Pensionisten gegenüber den Einzählern festzustellen. Daß da natürlich die Zuschußleistung des Bundes mit steigt, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die uns nicht zum Vorwurf gemacht werden sollte.

Aber Sie rechnen uns ja die Geburtenbeihilfe genauso vor wie die Kinderbeihilfe. Sie rechnen uns die Schülerfreifahrt genauso vor wie die Schulbuchaktion. Das sind alles Dinge, die heute der Österreicher schlechthin bekommt. Warum nehmen Sie denn das heraus und werfen es uns vor? Weil Sie uns zu Subventionisten stempeln wollen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Gegen diese Vorgangsweise muß man sich einfach wenden.

Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat in altbekannter Manier wieder einmal die Vergangenheit aufgezeigt. Er greift ja immer zurück auf die seinerzeitigen ÖVP-Budgets. Er hat uns vorgerechnet, daß wir seinerzeit nur 814 Millionen Schilling für den Grünen Plan zur Verfügung gehabt haben. Heute sind es 1 900 Millionen Schilling. Hier habe ich auf Grund eines Indexes, der sogar im Buch des Landwirtschaftsministeriums nachzulesen ist, festgestellt, daß diese heutige Budgetgröße nicht einmal 100 Prozent der Kaufkraft der 814 Millionen Schilling von 1970 beträgt. Aber man kann natürlich Zahlenvergleiche machen und damit darstellen, wie gut es in Österreich inzwischen geworden ist. Dabei ist die Kaufkraftentwicklung, wie dieses Beispiel zeigt, eigentlich eher negativ.

Dasselbe stellen wir etwa bei der Regionalförderung fest. Hier wurden ja Umgruppierungen im Budget fixiert. Trotz nomineller

Josef Steiner

Steigerung der Regionalförderung von 96 Millionen Schilling im Jahre 1970 auf 142 Millionen Schilling im Jahre 1981 haben wir einen Indexwert von nur 63 Prozent des seinerzeitigen Budgets. So gesehen, glaube ich, steht fest, daß diese Vergleiche mit Summen einfach Fehlvergleiche sind.

Ganz besonders kommt das bei den Wegebauten zum Ausdruck. Vorhin hat der Herr Minister auf den Güterwegebau Bezug genommen. Ich muß ihm wieder sagen, daß die Güterweglaufmeter, die gebaut worden sind, einfach rückläufig sind und daß das selbst in seinem eigenen Büchlein, das er uns zukommen hat lassen, steht. Der Vergleichswert bzw. die Indexzahl liegt wesentlich unter dem, was er eigentlich hier zum Ausdruck bringen möchte.

Wir haben sicherlich heute eine höhere Summe zur Verfügung als seinerzeit, aber die Kosten je Laufmeter sind von 412 S auf 1 196 S gestiegen, und die Laufmeterzahl ist trotz steigender Summen innerhalb des Güterwegebaus von 1 349 km im Jahre 1970 auf 1 014 km im Jahr 1980 zurückgegangen. Das ist auch eine Kaufkraftvergleichssumme, die, glaube ich, nicht wegdiskutiert werden kann, wobei man sagen muß, daß man diese Wertvergleiche, die von den Abgeordneten der SPÖ angestellt werden, nicht einfach hinnehmen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade bezüglich der Wege, die, wie richtigerweise auch vom Herrn Minister erwähnt worden ist, so wichtig sind für die Nebenerwerbsbauern, für die Erschließung der Höfe und für den Fremdenverkehr, wie auch Abgeordneter Hirscher richtig aufgezeigt hat — wir in Salzburg haben hier einen Schwerpunkt gesetzt —, klagen unsere Herren Beamten in Salzburg immer wieder über mangelnde Bundeszuschüsse. Wir haben in Salzburg das Verhältnis 70 : 30, also 70 Prozent hat das Land in jüngster Zeit zur Verfügung gestellt und nur 30 Prozent der Bund. Früher war es immer 50 : 50, Herr Minister. Ich frage mich: Wo ist hier etwas verbessert worden? Hier stimmen einfach die Fakten nicht.

In Salzburg haben wir einstimmig ein Gesetz zur Wegerhaltung beschlossen. Wir haben einen Wegerhaltungsfonds gegründet zur Erhaltung des ländlichen Wegenetzes. Ich möchte das hier besonders erwähnen, weil ich glaube, daß das österreichweit eine Maßnahme ist, die zu diskutieren wäre und die vorbildlich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Summe des Aufwands für die Wegerhaltung wird bei uns in Salzburg zusammen-

gezogen und dann auf die Kopffzahl der Bevölkerung umgerechnet. Die Gemeinden zahlen das dann aus, und die Wegebauer werden den nötigen Erhaltungsaufwand entsprechend zugesprochen bekommen. Die Gemeinden bekommen dann vom Gemeindeausgleichsfonds ungefähr die Hälfte refundiert. Aber die andere Hälfte bleibt den Gemeinden sozusagen als Zahllast offen.

Hier hat man die große Hoffnung gehegt — man hat das immer wieder dargestellt und auch an Sie, Herr Bundesminister, geschrieben —, daß der Bund auch mitwirkt in einer Art von Drittelparität oder so ähnlich. Dann könnte man sagen, Gemeinden, Land und Bund zahlen diese Wegerhaltung, weil natürlich auch die Wegbenützung in ähnlicher Form stattfindet. Aber hier ist bis jetzt vom Bund, glaube ich, leider keine Zusage erfolgt. Ich würde Sie auffordern, Herr Minister, sich doch einmal das System als solches durch den Kopf gehen zu lassen und dann vielleicht auf Österreich anzuwenden. Aber insbesondere sollten Sie einmal uns Salzburger unter die Arme greifen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme an sich schon zum Schluß. Ich habe heute nur die Absicht gehabt zu replizieren. Die Grundsätze der Agrarpolitik sind heute hier ja weitgehend besprochen worden. Ich meine, daß der Herr Abgeordnete Remplbauer sicherlich recht gehabt hat, wenn er es sehr gelobt hat, daß gestern einstimmig die verstaatlichte Industrie wieder mit finanziellen Mitteln versorgt worden ist und daß auch das Verständnis meiner Partei dafür vorhanden war. Er hat dann im gleichen Atemzug gesagt, auch für die landwirtschaftlichen Sorgen hätte man Verständnis und sei durchaus gesprächsbereit. Nur hat er verabsäumt zu sagen: auch zahlungsbereit. Das habe ich bis jetzt vermißt.

Er hat gesagt: Wir können zwar heuer nicht mehr zur Verfügung stellen, als im Budget vorhanden ist, aber ich bin durchaus der Meinung, man müßte öfter darüber reden. Wir reden heute darüber, auch wenn er gemeint hat, wir sollten weniger reden.

Ich bin sicherlich schon ein Redner, der zusätzlich zu Ihrer Garnitur hier auftritt. Sie haben nicht so viele Redner zur Landwirtschaft aufbringen können. Ich habe dafür durchaus Verständnis. Bei uns ist doch eine Anzahl von Praktikern im Hause vorhanden. Ich finde es gerade im agrarischen Bereich für richtig, daß wir uns von der praktischen Landwirtschaft aus hier noch zum Wort melden können.

Wir glauben, so wichtig und so förderungs-

10050

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Josef Steiner

würdig die verstaatlichte Industrie ist, daß auch die Landwirtschaft einen ebenso hohen Stellenwert in Österreich einnehmen und daß man sich auch mit ähnlichem eigenen Einsatz, mit ähnlicher Überlegung und mit ähnlicher Unterstützung für die Landwirtschaft einsetzen müßte. So gut sieht es auf der Welt ja nicht aus mit der Ernährung. Auch in Europa sieht man, wie schwierig die Lage auf dem Ernährungssektor geworden ist. Ich würde glauben, daß wir gerade die sogenannte Überschußproduktion nicht eindämmen, sondern eher fördern müßten, um auch in Zukunft vielleicht in unserer Nachbarschaft helfend eingreifen zu können bzw. um selbst immer versorgt zu sein. So von der Hand zu weisen ist das nicht. Wenn man die Importe nach Österreich einmal nicht mehr so ohneweiters hereinbekäme, würde man sehen, wie wichtig die Landwirtschaft in Österreich ist.

Ich würde meinen, daß es der Landwirtschaft einfach gebührt, mehr als ein halbes Prozent Budgetanteil am Gesamtbudget zu haben. Ich bin der Auffassung, daß wir einem so geringen Budgetanteil nicht unbedingt unsere Stimme geben müssen. Wenn Sie einmal mehr zusammenbringen, meine Damen und Herren, dann sind wir vielleicht dazu bereit. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.58

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Keller.

16.58

Abgeordneter Keller (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst auf die ersten zwei Sätze des Herrn Abgeordneten Pfeifer, die er uns heute vormittag vorgetragen hat, eingehen. Ich glaube, man darf das nicht widerspruchsflos hinnehmen. Der Abgeordnete Pfeifer hat gemeint, daß beim heutigen Budgetkapitel zu viele Bauern reden. Ich glaube, daß es gerade die Bauern sind, die zu diesem Kapitel reden sollen, weil sie besonders die Standpunkte kennen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Bauer kennt selber die Probleme seiner eigenen Wirtschaft und nicht die anderer Berufe. Ich glaube, daß nicht zu viele geredet haben. Aber vielleicht ist es Ihnen unangenehm, wenn viele reden.

Ich möchte noch auf einen zweiten Satz, den Sie gesagt haben, eingehen. Sie haben gemeint, die Opposition sei nervös oder der Bauernbund sei nervös nach zwölf Jahren Opposition. Herr Kollege Pfeifer! Wir sind nicht nervös nach zwölf Jahren Opposition, sondern wir sind eher nervös wegen unserer leeren Geldtaschen nach zwölf Jahren sozialistischer Bundesregierung. *(Beifall bei der*

ÖVP.) Herr Kollege Pfeifer! Ich glaube, mit Ihren Reden können Sie uns gar nicht nervös machen, denn wir nehmen Sie sowieso nicht ernst in diesem Hause. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zum Kapitel Landwirtschaft. Heute werden ja das Kapitel Landwirtschaft und der Grüne Plan verhandelt. Wir können wohl im Grünen Plan Einkommensverbesserungen im Jahr 1980 feststellen. Aber trotz der Einkommensverbesserungen konnte das Einkommen der Bauern noch nicht an das der Industriearbeiter herangeführt werden. Und gemäß einem Bericht der Bundesregierung sind die Einkommen zwischen 1970 und 1980 geblieben. Zirka 50 Prozent des Einkommens eines Industriearbeiters verdient der österreichische Bauer auch heute noch.

Ich möchte zu einem speziellen Problem der Bergbauern Stellung nehmen. Der Bergbauer hat noch ein schlechteres Einkommen als die normale Landwirtschaft, nur zirka 40 Prozent eines Industriearbeiters, und das sind zirka 5 300 S bei einer 60- oder 65-Stunden-Woche. Ich glaube, das ist das schlechteste Einkommen aller Berufsgruppen in unserem Staate. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Auch wenn der Herr Minister die Direktzuschüsse auf 10 000 S erhöht hat, würde ich mich darüber freuen, wenn diese Erhöhungen aus den Budgetmitteln kommen würden. Aber leider wurden gerade den Bergbauern in diesem Jahr Mittel weggenommen. Sie können sich daran erinnern, daß man für den Absatz von Zucht- und Nutzvieh im Jahre 1980 für die Zonen 2 und 3 den Ab-Hof-Verkauf nicht mehr unterstützt und keinen Bergbauernzuschuß mehr gewährt. Das sind zirka 25 Millionen Schilling, Herr Minister. Im Jahre 1979 haben Sie der Zone 1 auch den Bergbauernzuschuß vom Absatz von Zucht- und Nutzvieh gestrichen, das waren zirka 22 Millionen Schilling. Sie haben also auf Kosten der extremen Berggebiete die Direktzuschüsse erhöht, das sind zirka 47 Millionen Schilling. Das ist genau der Betrag, um den die Direktzuschüsse aufgestockt wurden, von 327 Millionen auf 371. Und wen trifft es? Es trifft besonders durch die Wegnahme der Bergbauernzuschüsse vom Absatz von Zucht- und Nutzvieh gerade die extremen Gebiete.

Der Grüne Bericht weist nach, daß in den Berggebieten eine Einkommensverbesserung um 11,5 Prozent gegeben ist. Wenn ich die Inflationsrate abziehe, bleiben noch 4,8 Prozent. Und diese Einkommenszuwächse wurden hauptsächlich aus dem Verkauf von Holz erzielt. Gerade verschiedene Gebiete, vor allem die Westtiroler Bergbauerngebiete, haben leider wenig oder kein Holz zu verkau-

Keller

fen und sind insbesondere auf den Viehabsatz, auf den Verkauf von Zucht- und Nutzvieh, angewiesen. Der Preis von Zucht- und Nutzvieh, Herr Minister, ist drei Jahre lang ziemlich gleichbleibend. Das wissen Sie, glaube ich, ja selber. Durch die Wegnahme des Ab-Hof-Verkaufes haben viele unserer extremen Bergbauern ein schlechteres Einkommen im Jahr 1980 als ein Jahr zuvor. Gerade die extremen Gebiete leben ja vom Verkauf von Zucht- und Nutzvieh, da sie meist so weit vom Markt entfernt sind, daß sie keine Milch an den Markt abliefern können auf Grund schlechter Wege oder weil sie im Winter eingeschlossen sind durch Lawinengefahr und Schneefälle.

Ich nehme hier ein Beispiel: Ein Bergbauer verkauft acht Stück Rinder, er hat dafür in der Zone 3 pro Rind 1 400 S bekommen. Alle acht Stück kann er auf Grund verschiedener Umstände nicht versteigern. Wenn er nur drei nicht versteigert, dann sind das über 4 000 S an Mindererlös. Und da der Zucht- und Nutzviehpreis gleich ist, hat dieser Bergbauer ein Mindereinkommen von mehr als 4 000 S.

Ich hoffe, Herr Minister, daß Sie diese Maßnahme wieder zurücknehmen im Interesse dieser extremen Bergbauern, weil gerade sie die Berufsgruppe mit dem schlechtesten Einkommen sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In Tirol sind zirka 7 000 Bauern, die keine Milch auf den Markt bringen, sondern nur vom Verkauf und Absatz von Zucht- und Nutzvieh leben. Diese hat es besonders getroffen, und für diese Bauern gibt es keine Einkommenverbesserung im Jahre 1980.

Wenn Sie glauben, Herr Minister, daß es vor 1970 keine Bergbauernförderung gegeben hat, so kann ich doch darauf verweisen, daß es gerade dort Transportkostenzuschüsse gegeben hat. Sie können sich ausrechnen, was dieser Transportkostenzuschuß wert war, wenn man weiß, daß heute ein Bergbauer pro Kilo Transport 65 Groschen zu bezahlen hat. Das waren Millionenbeträge. Es hat auch Beihilfen für Maschinen, für Gebäude gegeben, das waren Beträge in Millionenhöhe. Sicher hat es nicht diese Direktzuschüsse gegeben.

Meine Damen und Herren! Die Lage in den Berggebieten ist ernst. Jahr für Jahr geben Tausende von Bergbauern ihre Wirtschaft auf. In meinem Bezirk haben in den letzten Jahren mehr als die Hälfte die Wirtschaft aufgegeben. Von 2 400 bergbäuerlichen Betrieben werden nur noch 1 040 bewirtschaftet. 15 000 Hektar landwirtschaftlicher Kulturgrund wird nicht mehr bewirtschaftet. Tausende von Hektar Almen werden nicht mehr bestoßen.

Ich kann zwei extreme Fälle von zwei Gemeinden aufzählen, wenn der Herr Minister glaubt, daß die Direktzuschüsse, wie er sie nach dem Gießkannensystem ausbezahlt, jedem das gleiche, diese Entwicklung verhindern.

Die Gemeinde Kaisers im Lechtal hatte 1950 42 landwirtschaftliche Betriebe. Diese 42 Betriebe haben zirka 420 Hektar Kulturgrund bewirtschaftet. Heute sind dort noch sieben Betriebe. Diese sieben Betriebe bewirtschaften noch zirka 40 Hektar. Fast 400 Hektar werden nicht mehr bewirtschaftet! Auch eine zweite Gemeinde gibt es und es gibt mehrere Gemeinden im Bezirk, die ähnlich liegen.

So glaube ich, daß die Bewirtschaftungsprämien doch nach Leistung bezahlt werden sollten und nicht nach dem Hof. Ich glaube, die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft müßte Anliegen aller hier im Hohen Hause vertretenen Parteien sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird immer von Umweltschutz geredet. Wir haben auch ein Umweltschutzministerium. Wer waren denn die Umweltschützer durch Jahrhunderte? Die Bauern mit ihrem Fleiß haben die Landschaft gepflegt, zuerst gerodet und dann gepflegt. Ich glaube, das sind wohl bis heute die echten Umweltschützer. Andere, die sich nur so geben, schreiben höchstens Artikel in Zeitungen, aber einen Beitrag zum Umweltschutz leisten wenige, außer den Bauern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, mit dieser gepflegten Landschaft schaffen wir die besten Voraussetzungen für den Fremdenverkehr, der in Österreich doch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist. Der Fremdenverkehr schafft doch in Österreich zirka 130 000 sichere Arbeitsplätze. Wenn ich die Familien dazurechne, sind es zirka 360 000 Arbeitsplätze. Dieser Fremdenverkehr bringt unserem Staate auch rund 85 Milliarden Schilling an Devisen, und das Berggebiet bringt zirka 50 Prozent dieser Devisen.

Damit die Bewirtschaftung im Berggebiet gesichert ist, brauchen wir eine entsprechende Preis- und Marktpolitik für unsere Bergbauern. *(Abg. Haas: Aber das macht ja der Minister Haiden!)* Sicher, aber zu wenig, Herr Kollege Haas, ich sage es Ihnen gleich! Wir brauchen die Abgeltung der Erschwernisse, denn ich weiß genau, daß man dem Bergbauern mit Extremlage nicht alles mit dem Preis abgelten kann, weil er ja mit dem Flachlandbauern nicht konkurrenzfähig ist. Darum brauchen wir diese Direktzahlung.

10052

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Keller

Wir brauchen eine Förderung der Güterwege, die auch im Budget 1982 ziemlich gleichgeblieben ist wie in den Jahren 1980 oder 1981. Wenn ich die Inflationsrate rechne, ist es ja ein Rückgang.

Wenn Sie immer von so viel Liebe zu den Bergbauern reden, warum stimmen Sie dann einem Gesetz nicht zu, das wir im Ausschuß über die Bewirtschaftung in den Berggebieten eingebracht haben? Ich glaube, daß es wichtig ist, die Sicherung der Berggebiete gesetzlich festzulegen.

Wenn wir einen Vorschlag eingebracht haben, der zirka 300 Millionen Schilling gekostet hätte, müßte ich hier nicht lizitieren. Ich weiß, daß das Budget schon genug belastet ist. Wir haben einen Budgetposten Bundestheater, der über eine Milliarde ausmacht. Ich glaube, das ist unbedingt zu viel für diese vier Bundestheater. Man könnte diese Budgetpost reduzieren. 300 Millionen für die Bergbauern und 500 Millionen Schilling für die Arbeitsplatzsicherung für unsere gefährdeten Betriebe und Arbeiter. So wäre das Geld sicherlich besser angelegt als bei den Bundestheatern! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Ich fordere Sie daher auf, die Einkommen der Landwirtschaft, insbesondere der Berggebiete, zu verbessern und an die der anderen Berufsgruppen anzupassen. Erst dann werden wir Ihnen auch öffentlich danken. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.10

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehmen werde.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht der Bundesregierung, III-111 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlags 1982.

Es sind dies die Kapitel 60, 62 und 77 samt den zu den Kapiteln 60 und 77 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlags in 815 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über die bei der Verhandlung der Beratungsgruppe VIII des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsanträge sogleich vorzunehmen. Erhebt sich dagegen eine Einwendung? — Dies ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Deutschmann und Genossen betreffend eine Agrar- und Wirtschaftspolitik für die Bauern.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Remplbauer und Genossen betreffend die Fortführung der derzeit erfolgreichen Agrarpolitik. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen. *(E 71.)*

Beratungsgruppe XIII

Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe XIII, Bauten und Technik.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Modl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Modl**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen, Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIII, Kapitel 64: Bauten und Technik.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe XIII enthaltene Kapitel 64 „Bauten und Technik“ des Bundesvoranschlags für das Jahr 1982 in seiner Sitzung am 17. November 1981 in Verhandlung gezogen.

Kapitel 64 Bauten und Technik

Bei Kapitel 64 „Bauten und Technik“ sind für das Jahr 1982 im Grundbudget Ausgaben

Modl

in der Gesamthöhe von 24 501 311 000 S vorgehen.

Der Personalaufwand des Ressorts beträgt 1 512 450 000 S, er ist gegenüber dem Jahre 1981 um 86 750 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 22 988 861 000 S, was gegenüber dem Jahre 1981 eine Erhöhung um 679 443 000 S bedeutet.

Die Einnahmen wurden mit insgesamt 4 172 591 000 S vorgeschätzt, sie sind somit um 153 280 000 S gegenüber dem Vorjahr höher veranschlagt.

Außer diesen Krediten im Grundbudget sind für den Fall, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1982 es erfordert, in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlags für das Kapitel 64 zusätzliche Kredite in Höhe von insgesamt 1 000 000 000 S vorgesehen. Für den Fall einer notwendigen Konjunkturbelebungsquote enthält die Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlags für das Kapitel 64 noch weitere Kredite in der Gesamthöhe von 980 000 000 S.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 6,2 Prozent des Ressort-Grundbudgets in Anspruch nimmt, sind im Jahre 1982 insgesamt 6 756 Planstellen zugrunde gelegt, das sind um 9 Planstellen weniger als im Vorjahr. Diese Verminderung von Planstellen setzt sich einerseits durch eine Erhöhung beim Personalstand der Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (11) und andererseits durch Verminderungen bei den Personalständen der Zentralleitung (1), der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal (1), der Bäder (5), des Bundesstrombauamtes (6) und des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (7) zusammen.

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist daher faktisch nur auf die mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1982 in Kraft tretende Bezugserhöhung und auf die laufenden Beförderungen und Vorrückungen zurückzuführen.

Zu den Ausgabenansätzen des Sachaufwandes ist folgendes zu bemerken:

Auf Grund einer Änderung im Ansatzsystem für die Bundesstraßenverwaltung, die über Wunsch des Rechnungshofes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen ab dem 1. Jänner 1982 zur Anwendung kommt, sind die für das Jahr 1982 ausgewiesenen Ansatzbeträge, die im wesentlichen gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben sind, mit den im Jahre 1981 veranschlagt gewesenen Beträgen nicht vergleichbar.

Für den Bundeshochbau sind einschließlich der Liegenschaftsverwaltung und der Liegenschaftsankäufe um rund 560 Millionen Schilling mehr veranschlagt als im Vorjahr.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag 1982 enthält darüber hinaus in der Stabilisierungsquote Anlagenkredite in Höhe von 514 000 000 S und Aufwandskredite von 286 000 000 S, die für den Bundeshochbau vorgesehen sind. Die Konjunkturbelebungsquote sieht Anlagenkredite in Höhe von 356 000 000 S und Aufwandskredite von 244 000 000 S vor, die ebenfalls für den Bundeshochbau bestimmt sind.

Der Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds wurde gegenüber 1981 um rund 93,3 Millionen Schilling erhöht, wobei im Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Stabilisierungsquote weitere Förderungskredite in Höhe von 200 000 000 S und in der Konjunkturbelebungsquote von 380 000 000 S für den Wasserwirtschaftsfonds enthalten sind.

Die übrigen Ansätze des Ressorts für den Sachaufwand sind im Vergleich zum Vorjahr, von einigen Verschiebungen abgesehen, ungefähr gleich hoch.

Die Einnahmen des Bautenressorts sind für das Jahr 1982 um rund 153,3 Millionen Schilling höher veranschlagt als für 1981. Die Erhöhungen ergeben sich durch die Umsatzsteueranteile beim Wasserwirtschaftsfonds mit 93,3 Millionen Schilling, bei den Überweisungen aus dem Katastrophenfonds mit 22,9 Millionen Schilling, bei der Liegenschaftsverwaltung von 30 Millionen Schilling, beim Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen von 11 Millionen Schilling sowie durch eine Verminderung von 3,9 Millionen Schilling bei den übrigen Ansätzen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dkfm. Dr. Keimel, Kittl, Probst, Gföllner, Hesoun, Lußmann, Josef Schlager, Dr. Pelikan, Ing. Willinger, Vetter, Schemer, Dr. Puntigam, Hagspiel und Breiteneder.

Bundesminister für Bauten und Technik Sekanina und Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer nahmen zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen ausführlich Stellung.

Bei der Abstimmung am 27. November 1981 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XIII unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 64: Bauten und Technik, samt

10054

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

ModI

dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Spezialberichterstatler.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Keimel. Ich erteile es ihm.

17.21

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Bautenbudget ist nun das zweite, das Bautenminister Sekanina zu verantworten hat. Gleichzeitig damit ist es eine Analyse von zwei Jahren Ressortführung. Es ist die Halbzeit der Legislaturperiode und damit auch Vorschau auf 1982 und die Folgejahre.

Die Österreichische Volkspartei hatte dem Bautenminister Sekanina viel Durchsetzungsvermögen nach der von ihm selbst stark kritisierten Ressortführung durch seinen Vorgänger Moser eingeräumt. Und, Herr Bautenminister, wir haben Ihnen wiederholt — ich betone: wiederholt — die Zusammenarbeit angeboten und auch sehr viele Alternativen, oftmals erarbeitet mit den Ländervertretern, vor allem gerade im Wohnbereich, erstellt und im Parlament eingebracht.

Heute müssen wir — das möchte ich Ihnen gleich vorweg sagen — eines feststellen: Die Bilanz von Bautenminister Sekanina ist in praktisch allen Bereichen zutiefst enttäuschend. Er hat sich als Ankündigungsminister, auch als Belastungsminister, wenn wir an die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer und so weiter denken, ohne Effizienz, aber vor allem — und das ist das wesentliche — ohne fortschrittliche Ideen etabliert.

Herr Minister! Sie haben sich in der Regierung ganz offensichtlich — ich werde es Ihnen noch beweisen — nicht durchsetzen können. Es ist eigentlich das einzige Ressort, das in diesem wichtigen wirtschaftspolitischen Bereich laufend verloren hat.

Die Bauwirtschaft steht vor der schwersten Rezession seit Jahrzehnten. Wohn- und Straßenbau stagnieren, ihre Finanzierung steht, wie wir alle wissen und wie Sie vor allem, Herr Minister, öfter erklärt haben, vor dem Kollaps.

Wir haben eine ganz neue Studie des Wirt-

schaftsforschungsinstituts über die Lage der Bauwirtschaft, in der es heißt: Nach einem Rückgang von real 1 Prozent in den Jahren 1980 und 1981 — also in beiden Jahren — droht — bitte, man muß das Wort auch hören: „droht“ — das österreichische Bauvolumen im kommenden Jahr um rund 3 Prozent real zu schrumpfen.

Die Beschäftigung in der Bauwirtschaft wird sich im laufenden Jahr, also heuer, um rund 8 000 Personen verringern, für 1982 ist mit einem weiteren Abbau in der gleichen Höhe zu rechnen.

Herr Minister! In dem von Ihnen verantworteten Wirtschaftsbereich in zwei Jahren also 16 000 Arbeitsplätze weniger! Daher ist auch die Zahl — wieder wörtliches Zitat des Wifo — arbeitsloser Bauarbeiter im Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres um 31 Prozent, um ein Drittel höher als im Vorjahr.

Und die Gründe? Die Hauptgründe zeigt das Wirtschaftsforschungsinstitut auch auf, wenn es schreibt:

Die öffentlichen Haushalte, insbesondere der Bund — das sind Sie, Herr Minister —, haben die Bauausgaben absolut eingeschränkt. Auch die budgetierten Ausgaben für Bauten sind für das kommende Jahr — also 1982 — durch Vorbelastungen in ihrer effektiven Nachfragewirksamkeit vermindert. Kürzungen betreffen vor allem den Straßenbau, den öffentlichen Wohnbau. Die Wohnbauförderungsmittel werden nicht ausgeweitet.

Das, meine Damen und Herren, ist die Vorschau des Wirtschaftsforschungsinstitutes.

Daher erwarten wir ja in der Vorschau auch, daß die öffentlichen Bauträger ihre Budgets drastisch einschränken.

Und jetzt noch etwas aus dieser Vorschau:

„Die Wohnbauförderung befindet sich in abwartender Haltung wegen der angekündigten Änderungen.“

Wissen Sie, was Sie mit Ihren dauernden Ankündigungen auch noch anrichten: In diesen Zeiten eine abwartende Stellung der Wohnbauträger! Das ist der Erfolg Ihrer Ankündigungen, denen keine Taten folgen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher heißt es auch bei der Arbeitsmarktvorschau: Es ist daher zu „befürchten“ — zuerst die Worte: es droht etwas, dann müssen wir diese Worte auch aus Berichten entnehmen —, daß im Jänner 1982 etwa 45 000 Arbeitslose im Bau gezählt werden.

Dr. Keimel

Herr Minister! Das ist wohl keine Erfolgsbilanz. Das wird gerade durch die Arbeitslosen in Ihrem Bereich zur höchsten Arbeitslosigkeit, wie Dr. Kramer vom Wifo berichtet hat, seit 19 Jahren führen. Und damit ist die Mär der Vollbeschäftigungspolitik dieser Regierung wohl auch nur mehr Geschichte.

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund die Ressortführung, die innere Organisation. Dieser Ressortminister ist ja seinerzeit angetreten mit der Ankündigung, er werde das Ministerium nach modernen Managementmethoden führen.

Herr Minister! Ich kenne viele Managementmethoden selbst als Bundesobmann des Managementklubs. Ihre habe ich mir vorerst einmal angeschaut. Ich finde nur folgende Worte dafür: Management by confusion.

1979 wurde dem Bautenressort ein Staatssekretär für Wohnbau zugeteilt. Seit November 1980 haben Sie einen Ministersekretär mit Sondervertrag eingestellt. Ich nenne das immer den Quasi-Staatssekretär, weil er etwa im gleichen Belastungsbereich an Steuermitteln steht. Der Beamtenapparat wird nicht reduziert, wohl aber in weiten Bereichen ausgeschaltet.

1981 haben Sie eine neue Auto- und Schnellstraßen-Aktiengesellschaft mit einem Verwaltungsapparat gegründet, der aus der Bundesmineralölsteuer bezahlt wird. Das Normalressort würde ja auch aus den normalen, aus den allgemeinen Steuermitteln gespeist. Und ich frage Sie, Herr Minister, was ich neulich gehört habe: Stimmt es, daß Sie auch bereits ein Verwaltungsgebäude für diese neue Gesellschaft angeschafft hätten? In Wr. Neustadt, wie ich höre. Ich konnte das noch nicht verifizieren, Sie werden es mir ja sicherlich beantworten. Offensichtlich also auch aus der Bundesmineralölsteuer, wo wir ohnehin schon zuwenig für den Straßenbau haben.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole daher die seit zwei Jahren vorgetragene Forderung der ÖVP: Sofortige Auflösung sowohl des Staatssekretariats — ich sage bewußt nicht: Staatssekretärin, ich personifiziere es nicht — als auch des Quasi-Staatssekretariats als sichtbares Zeichen der Verwaltungseinsparung.

Ich fordere Sie auf, Herr Minister, die Überleitung der ASAG in das Straßenressort wieder vorzunehmen, denn der Bericht, den diese Gesellschaft vorgelegt hat — wir werden dann im Jänner darüber diskutieren —, ist beschämend. Insbesondere wenn man bedenkt, daß die Verwaltungsmittel — ich glaube, es sind jetzt zehn, zwölf Angestellte, ich höre, es wer-

den hier Konsulenten beschäftigt und so weiter — ja alle von den bauwirksamen Mitteln der Bundesmineralölsteuer weggehen.

Meine Damen und Herren! So geht das nicht! Und wie wird denn diese ASAG eigentlich kontrolliert? Da wird 1 Milliarde aus Bundesmineralölsteuermitteln hinbefördert. Wie geschieht hier wieder die Kontrolle einer Sondergesellschaft angesichts der Tatsache, daß wir schon genügend über mangelnde Kontrolle gehört haben? Wie geschehen hier die Kontrollen, die Vergaben und so weiter?

Meine Damen und Herren! Die Ressortführung durch den Bundesminister wurde also teurer, aufwendiger, aber gleichzeitig und bedauerlicherweise ineffizienter.

Herr Minister! Ich muß leider auch feststellen, daß Ihr Verhältnis zur Volkspartei offensichtlich nicht auf dem Willen zur gemeinsamen Problemlösung beruht. Wir haben sie Ihnen so oft angeboten, wir haben Unterlagen geliefert, im Parlament liegen Gesetzesvorlagen. Haben Sie auch nur ein einziges Mal den Versuch einer gemeinsamen Diskussion über die Probleme gemacht, die in Österreich in diesem Baubereich anstehen? Haben Sie einmal den Versuch der Diskussion über die Vorschläge der ÖVP gemacht? Haben Sie einmal den Kontakt mit mir gesucht — immerhin bin ich Obmann des Bautenausschusses?

Herr Minister! Das ist eigentlich nicht der Stil, den wir Ihnen angeboten haben und den wir von Ihnen erwartet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn das nicht der Wille ist, dann muß ich mich manchmal fragen, warum Sie über unsere Vorschläge, warum Sie über unsere Konzepte, über die Probleme nicht Zeit haben, mit uns zu sprechen.

Ich glaube, Sie haben keine Zeit, Herr Minister, weil Sie, was wir zu Beginn Ihrer Ressortführung vor zwei Jahren kritisiert haben — hier im Haus haben wir es kritisiert —, durch Ihre Multifunktionen offensichtlich übermäßig belastet sind. *(Abg. Brandstätter: Der Stolz kostet ihn viel Zeit!)*

Herr Minister! In Bauzeiten wie diesen — erwartet wird ja auch von Ihnen, worauf ich noch kommen werde, eine krisenhafte Entwicklung über mehrere Jahre — lesen wir und auch die Bevölkerung von Ihnen höchst selten etwas im Wirtschaftsteil, wir lesen immer wieder und unentwegt etwas im Sport- oder im innenpolitischen Teil.

Sie haben vor zehn Tagen — am 6. Dezember lese ich es — diese meine Meinung besser kommentiert, als ich es könnte. Ich habe mich extra erkundigt, ob das tatsächlich Ihre Aus-

Dr. Keimel

führungen waren — sie waren es. Sie haben erklärt: Derzeit habe ich was Schönes beinand: In der Politik die G'schicht mit dem Dallinger, im Fußball die mit dem Stotz.

Herr Minister! Das ist eigentlich ungeheuerlich. In der Politik — wie Sie sagen: G'schicht beinand — sehen Sie offensichtlich nur die Nachfolgeprobleme im ÖGB nach Präsident Benya mit Dallinger.

Wissen Sie, Herr Minister, was Ihre politischen Probleme sein müßten, und zwar ausschließlich und allein: daß im Jänner fast schon 50 000 Bauarbeiter arbeitslos sein werden, daß über 16 000 Arbeitsplätze im Bauwesen innerhalb von zwei Jahren verlorengehen, daß Tausende junge Menschen und Familien Wohnungen brauchen und weitere Tausende sich sogenannte Sozialwohnungen nicht mehr leisten können. Das sind Ihre politischen Probleme und nichts anderes! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Auf den Stotz-Krieg — Sie haben ihn hier erwähnt — möchte ich gar nicht eingehen, auch nicht auf den Stil. Aber eines möchte ich schon sagen: In Bauzeiten wie diesen sollte sich ein Minister mit solchen Problemen über alle Medien einfach nicht befassen müssen.

Herr Minister! Ich sage Ihnen etwas: Legen Sie alle diese Funktionen zurück, widmen Sie sich allein und ausschließlich diesem wichtigen und schwierigen Ressort! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aber das bringt ja nichts!)*

Herr Minister! Wenn Sie einmal über die Bauwirtschaft sprechen — am 7. November, einen Monat vorher, kommentiert: Blitzaktionen, Baugipfel und so weiter —, dann sagen Sie etwa folgendes über den Wohnbau: Die bisher von Staatssekretärin Beatrix Eypeltauer veröffentlichten Vorschläge würden von mir jedenfalls — und jetzt wörtlich — „mit Vorsicht“ betrachtet.

Das ist die Zusammenarbeit, die Sie im Fußballbund offensichtlich auch mit Ihrem Coach hatten. Sie sollten die Vorschläge der Frau Staatssekretär nicht mit Vorsicht betrachten, sondern mit ihr erarbeiten und zusammenarbeiten.

Herr Minister! Ich entnehme daraus, daß Sie mit Ihrer Staatssekretärin offensichtlich genauso wenig Kontakt wie mit der ÖVP und mit deren Vorschlägen haben. Ich möchte hier vermerken, daß die Frau Staatssekretär jedenfalls immer das Gespräch mit uns gesucht hat, und das sei auch einmal hier angemerkt. Daher will ich die Position nicht personifizieren.

Herr Minister! Sie haben aber zu manchem

anderem — das will ich noch einmal über Ihren Stil sagen — offensichtlich eine eigenartige Art des Nichtzeithabens. Vor wenigen Wochen — es war während der Budgetverhandlung — waren der Handelsminister, ich und Sie — ich habe es jetzt in der Reihenfolge der Vorträge gesagt — bei der Bundestagung der Betriebsberater Österreichs eingeladen. Es waren ausgedruckte Einladungen, und wir hatten Referate zu halten, uns der Diskussion zu stellen. Es wurde in Ihrem Büro gefragt. Ich war dort, der Handelsminister kam auch, hat seine Ausführungen gehalten, von Ihnen haben wir bis mittag überhaupt nichts gehört, nichts gesehen, und ein Anruf in Ihrem Büro hat ergeben, daß man nichts weiß.

So geht es doch nicht! Das kann doch nicht der Stil eines Bundesministers sein. Ich wollte das nur zur Abrundung bringen.

Herr Minister! Bei dieser Ressortführung, möchte ich noch einmal sagen, war es geradezu logisch, daß der Bundeskanzler statt des Bautenministers einen Bautengipfel einberuft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestern lese ich, der Ministerrat hat jetzt aus dem Bautengipfel offensichtlich die nötigen Schlußfolgerungen gezogen, daß nämlich endlich Betriebe, denen der Bund Milliarden schuldig ist, auch eine annehmbare Verzinsung bekommen.

Es war überhaupt der Gipfel des Baugipfels, geradezu eine Zusage als Förderung, daß man Schulden der Republik an die Bauwirtschaft endlich auch zahlt. Das ist doch der Gipfelpunkt, so etwas als Hauptergebnis eines Baugipfels anzusehen!

Aber was jetzt noch dazukommt: Ich lese in der „Presse“: Der angekündigte Baugipfel mit den Landeshauptleuten wird heuer voraussichtlich nicht mehr zustande kommen.

Herr Minister! In Bauzeiten wie diesen soll der nicht mehr zustande kommen! Haben Sie keine Zeit mehr, mit den Landeshauptleuten abzuchecken, um was es geht: Winterbeschäftigung, nächstes Jahr und so weiter?

Ich lese hier aus dem Budget der Gemeinde Wien, daß die baulichen Investitionen um 636 Millionen Schilling oder 8 Prozent zurückgehen werden. Ich höre in der Sonntagsansprache des niederösterreichischen Landeshauptmannes, daß sich das Land Niederösterreich bemüht, die Bauwirtschaft anzukurbeln, daß die wirtschaftsfördernden Ausgaben dafür nächstes Jahr um 40 Prozent gegenüber heuer gesteigert werden.

Und dann ein Appell des Landeshauptmannes Ludwig. Er sagt in dieser Sonntagsan-

Dr. Keimel

sprache im Rundfunk: Während somit von Landesseite her für Wirtschaft und Arbeitsplätze Milliardeninvestitionen flüssiggemacht werden, wird von Bundesseite in einem wesentlichen Investitionsbereich, dem Straßenbau, für 1982 eine Kürzung um 413 Millionen Schilling angekündigt. Dies ist umso bedauerlicher — sagt Landeshauptmann Ludwig —, als der Herr Bautenminister selbst es war, der die Benachteiligung der Ostregion im Bundesstraßenbau gegenüber dem Westen aufgezeigt und rasche Hilfe versprochen hat. Ich bitte den Herrn Bautenminister, diesen berechtigten Wünschen Niederösterreichs zu entsprechen.

Der Landeshauptmann macht Ihnen also über den Rundfunk ein Angebot, mit dem Land gemeinsam die anstehenden Probleme, vor allem in den benachteiligten Regionen, zu lösen. Und Sie sollten zum Gipfel, wie ich entnehme, mit den Landeshauptleuten heuer keine Zeit mehr haben? Herr Minister! So kann man doch wirklich das Ressort nicht führen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, zur Ressortentwicklung. Das Bautenressort hat ja direkt — direkt! — drei ganz wichtige Bereiche abzudecken: Wohnbau und Wohnbauförderung, Straßenbau, Wasserwirtschaft, Wasserwirtschaftsfonds. Dazu kommt noch der allgemeine Hochbau, insbesondere die Erhaltung der Bausubstanz des Bundes, also der öffentlichen Bauten ebenso wie der sehr wertvollen historischen Bausubstanz.

Indirekt aber hat der Bautenminister alle negativen Einflüsse auf die Bauwirtschaft abzuwenden und positive zu erwirken. Weil Sie im Ministerrat hier ja mitwirken, ein paar Beispiele, Herr Minister: Sie haben mitzuwirken bei der Entwicklung des Bausparsystems. Wir wissen, daß es zusammengebrochen ist, daß sich die Darlehenszusagen daher für nächstes Jahr halbieren werden.

Was haben Sie persönlich getan? Ich weiß von der Frau Staatssekretär, daß sie mit dem Finanzminister Gespräche gesucht hat und so weiter.

Was haben Sie zu erwirken und mitzuwirken? Zum Beispiel Gestaltung der steuerlichen Abschreibungspolitik für betriebliche Baulichkeiten. Sie haben im Ministerrat ein Gesetz durchgehen lassen, wo die baulichen Abschreibungen hätten total auslaufen sollen. Zu einer Zeit, in der wir doch schon wissen, daß die Baukrise und die Rezession vor der Tür stehen. Wir haben es dann im Ausschuß abwenden können. Sie haben es als Bautenminister durchgehen lassen.

Herr Minister! Ausschreibungs- und Vergabeordnung, Koordinierung mit den Gebietskörperschaften, alle diese Bereiche umfassen einen ganz großen wirtschaftspolitischen Aspekt, nämlich die kontinuierliche — das ist auch wichtig —, die kontinuierliche Beschäftigung der österreichischen Bauwirtschaft. Sie beschäftigt ja immerhin fast 9 Prozent der österreichischen Arbeitnehmer, sie trägt fast 10 Prozent zum österreichischen Inlandsprodukt bei.

Und jetzt noch etwas, Herr Minister: Entgegen anderen Branchen, wo wir echte Nachfrageprobleme haben, also Strukturprobleme, haben wir doch genau im Baubereich größten Bedarf, im Wohnbau, in der Stadterneuerung, im Straßen- und Verkehrsbau, in der Wasserwirtschaft. Da geht das Problem genau hinein ins Politische, in die Prioritätenverlagerung, nämlich in den Finanzierungsbereich. Es wäre ein Bereich, in dem heimisch autonome, nicht vom Ausland abhängige Beschäftigungspolitik gemacht werden könnte, wenn nur die richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Rahmenbedingungen gesetzt werden. Und diese Rahmenbedingungen sind mit dem Budget 1982, mit den steuerrechtlichen Maßnahmen, den Förderungsbestimmungen, Bausparsystem und so weiter, geradezu additiv negativ.

Die Bauwirtschaft bringt ja noch einen Effekt, nämlich mit einem Multiplikator von 1,6 den höchsten Beschäftigungseffekt. Eine Milliarde in der Bauwirtschaft, 1,6 Milliarden volkswirtschaftliche Gesamtleistung. Das ist es, dem Sie sich widmen müssen, Herr Minister.

Noch einmal: Geben Sie als Zeichen, daß Sie sich nur mehr dem widmen, alle Ihre anderen Funktionen ab. Wir würden uns freuen, wenn wir Ihren Namen ab sofort nur mehr auf der Wirtschaftsseite, in den Organen der Bauwirtschaft und so weiter lesen würden, und wenn vor allem allen Ihren Ankündigungen — ich komme noch darauf zurück — endlich Taten folgen würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So sieht ja auch die Gebarung 1982 im Vergleich zu den Vorjahren aus. Ihr Gesamtressort hatte an den Bundesaussgaben insgesamt 1980 einen Anteil von 7,11 Prozent, heuer, 1981, 7,08; es wird wahrscheinlich auf 7 Prozent absinken, 1982 6,65 Prozent. Also ein laufendes Fallen an den Gesamtausgaben! Die Steigerung 1982 gegenüber heuer 766 Millionen Schilling oder 3,2 Prozent. Das bedeutet, wenn man die Baupreise vergleicht, einen realen Rückgang von nicht 3 Prozent, sondern wahrscheinlich von 5 Prozent.

10058

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Dr. Keimel

Herr Minister! Wenn man dabei vergleicht, daß die Gesamtausgaben des Budgets um 9,9, um fast 10 Prozent steigen, dann merken wir doch, daß in dieses wichtige Ressort nichts geflossen ist, daß Sie sich in diesem wichtigen Ressort offensichtlich nicht durchsetzen konnten.

Vergleichen wir gleich den großen Bereich Straßen. Trotz der enormen Steuererhöhungen der letzten Jahre — jeder Autofahrer weiß es — ist der Anteil Straßen an den Gesamtausgaben des Budgets ebenfalls laufend zurückgegangen.

Da möchte ich jetzt etwas vergleichen, weil Sie das so gerne in der Regierung tun. 1970 war der Anteil Straßen an den Gesamtausgaben 5,36 Prozent. 1981, heuer, 4,7, 1982 4,27 Prozent. Wenn Sie nur den gleichen Anteil im Straßenbudget hätten wie 1970, dann hätten Sie um 4 Milliarden Schilling mehr, dann hätten wir in diesem Bereich kaum größere Probleme. So sieht es eben aus, was wir Ihnen 1970 übergeben haben und was Sie heute mit Beschäftigungsproblemen behaftet haben.

Bundesstraßenmittel heuer 15,7 Milliarden. Ich frage Sie, Herr Minister: Wird das überhaupt erreicht, oder geht es zurück? Wird dieser Betrag von 15,7 nicht heruntergehen? Sie haben im Ausschuß etwa 600 Millionen geschätzt, und nächstes Jahr, 1982, schätzen Sie wieder 15,7, also Nullzuwachs. Ein starker realer Rückgang. Aber zu diesem starken realen Rückgang kommt ja noch zusätzlich, daß viel weniger bauwirksame Mittel zur Verfügung stehen durch die starke Belastung für Kredit- und Zinsenzahlungen für die Sondergesellschaften. Da klappt ja schon, glaube ich, ein Betrag von zwei Milliarden Schilling, den Sie aus den sonst bauwirksamen Mitteln auch entnehmen müssen.

Es ist besonders zu beachten, daß auch der Anteil bei den Subventionen — wir haben den letzten Bericht aus 1979 — ganz besonders kraß im Bereich Wohnen und Straßenbau zurückgegangen ist.

So heißt es auch, meine Damen und Herren, zur Bundesstraßenverwaltung im Zehnjahres-Investitionsprogramm der Bundesregierung; wir haben das bekommen, Zehnjahres-Investitionsprogramm 1981 bis 1990, nach der Feststellung des buchhalterischen Abfalles der Investitionen von über 80 auf unter 60 Prozent der zweckgebundenen Einnahmen; wörtlich heißt es in diesem Bericht:

„Dies und die steigenden Ausgaben für Instandhaltungen und an die Straßenbaugesellschaften bewirken einen abnehmenden

Investitionsanteil, der ab 1982 kontinuierlich bis auf 40 Prozent fallen wird.“ Bis auf 40 Prozent fallen wird! (*Abg. Ing. Hobl: Das ist ja ein alter Hut! Das ist ja nichts Neues!*) Das war ein gefährlicher Zwischenruf! Wenn das also nichts Neues war, dann frage ich, welche Aktionen gegen diese Entwicklung der Herr Bautenminister gesetzt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Er nimmt also dann einfach den Rückgang von 80 auf 40 Prozent hin! (*Abg. Dr. Mock: Das war ein Ausrutscher! Kann passieren! — Abg. Ing. Hobl: Was schlagen Sie vor?*)

Herr Abgeordneter Hobl! Wissen Sie, was ich vorschlage? — Wir brauchen nichts vorschlagen, sondern wir haben es durchgeführt. Ich wiederhole es für Sie noch einmal: Wir haben Ihnen 1970 das Straßenbaubudget mit einem Anteil von 5,36 Prozent übergeben. Sie haben es heruntergebracht auf 4,27. Differenz: 4 Milliarden Schilling. Das ist es. Wir brauchen Ihnen gar nichts vorzuschlagen, wir haben es Ihnen vorgemacht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und die ganz gleiche Entwicklung zeigt sich ja auch für den Wasserwirtschaftsfonds. Aber, Herr Abgeordneter Hobl, nur damit wir uns nicht so rhetorisch und nur akademisch unterhalten. In meinen Anfangsausführungen habe ich es getan, und ich werde es auch zum Schluß noch einmal machen: Wir von der ÖVP bieten Ihnen zum wiederholten Male an, unsere Konzepte, die Probleme gemeinsam zu besprechen. Wir sind auch nicht die Oberg'scheiten. Aber gemeinsam sollten wir doch diese Riesenprobleme bewältigen. Sie rufen mir über die Bank her: Was habt ihr denn für einen Vorschlag? Selber in der Regierung, und nicht einmal etwas haben! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Da hat er zugestimmt, der Herr Minister, der Vorlage im Ministerrat!*)

Die ganz gleiche Entwicklung, meine Damen und Herren, zeigt sich auch für den Wasserwirtschaftsfonds, für die Forschung. Sie wissen, daß hier die Beiträge des Bundes stagnieren, aber real natürlich ganz besonders zurückgehen. Seit Jahren werden neue Organisations- und neue Finanzierungsformen gerade für den Wasserwirtschaftsfonds debattiert, diskutiert.

Ich biete Ihnen wieder an, Herr Minister — Sie haben die Halbzeit hinter sich —, ich biete Ihnen noch einmal an, daß wir diese großen Probleme gemeinsam endlich durch Taten lösen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber nicht nach dem Prinzip, wie Sie es 1979 proklamiert haben.

Dr. Keimel

Ich muß Sie erinnern, daß Sie, bevor Sie noch Minister waren — ich glaube, etwa drei Wochen vorher —, erklärt haben: Wenn ich um 10 Uhr angelobt werde, bin ich um 11 Uhr schon beim Finanzminister, und dann will ich viel, viel und sicher. — Das war Ihr wörtliches Zitat.

Die Entwicklung nun bedeutet, daß sich der Bautenminister in der Regierung nicht, und zwar bei beiden Finanzministern nicht, durchsetzen konnte. Damit haben Sie, Herr Bautenminister, ein Gesamtbudget mitbeschlossen, das bei höchstem Budgetdefizit, progressiver Staatsverschuldung und der höchsten Steuerlast die niedrigste — bitte, die niedrigste! — Budgetquote für Investitionen ausweist und vor allem die niedrigste Quote auch bei den baulichen Investitionen Ihres Ressorts.

Aber dafür machen Sie laufend Versprechungen. Herr Minister, 1979 haben Sie doch selbst erkannt und wörtlich erklärt: „Die Bauleistung im Bundesstraßennetz ist derzeit zu gering.“

Sie haben das erklärt, und wir haben dann gemeinsam erklärt — auch Sie damals —, daß Sie, wenn auch nur teilweise, Mittel der Lkw-Steuer, der Bundeskraftfahrzeugsteuer, der Mehrwertsteuer auf die Ölpreiserhöhungen und Bundesmineralölsteuer für Ihr Ressort, für dieses wichtige Ressort, erhalten sollten. Nur teilweise, nicht im Ansatz mehr vorhanden.

Sie sprechen nicht einmal mehr davon. Sie, Herr Minister, waren mit dem damaligen Finanzminister Androsch im Ministerkomitee mit Bundesminister Broda zum Mietengesetz. Sie können sich daher heute aus dem Mietengesetz nicht einfach herauschälen. Das wurde nun von den Sozialisten durchgepeitscht und wird jeden privaten Wohnbau behindern, wenn nicht verhindern, „graue“ Märkte entstehen lassen. Sie tragen mit die Verantwortung.

Warum habe ich mit Ihnen und mit der Frau Staatssekretär hier auch gesprochen, vom Bautenressort her? Wissen Sie, warum? — Weil das neue Mietengesetz der Beginn einer völlig konsensualen Neuordnung des Wohnungswesens in Österreich hätte sein können und sein sollen. Da hätten Sie mitwirken sollen. Das wäre wichtig gewesen, den Konsens zu suchen. Wir waren doch vor dem Sommer so nahe dran. Die hätten hier mitwirken müssen, dann hätten wir den ganzen Wohnbereich neu ordnen können. Heute stehen wir wieder vor dem Neubeginn.

Im Juni 1980 haben Sie die alten Forderungen erhoben — ich zitiere Sie wörtlich —, Sie

haben „in aller Deutlichkeit eine Sonderbeurteilung“ für Ihr Ressort gefordert. Der Erfolg — wie aufgezeigt.

Bei der Pressekonferenz, die Sie gegeben haben, hat der Hochbauchef Ihres Ressorts erklärt: Jährlich verfällt derzeit mehr Bausubstanz, als wir erhalten können.

Herr Minister! Bausubstanz lassen Sie verfallen? Wir übertragen also der nächsten Generation offensichtlich nicht nur die Staatsschulden, sondern — was man jetzt nicht so sieht — auch den Verfall der Bausubstanz, auch der historischen?

Meine Damen und Herren! So heißt es auch wieder im Investitionsprogramm der Bundesregierung 1981 bis 1990, das wir vor einigen Wochen bekommen haben, wörtlich zum Hochbau — ich zitiere —: „Es entspricht dieses Programm den Anforderungen des Bundeshochbaues bedauerlicherweise nur sehr bedingt.“

Herr Minister! Sie sollten uns keinen Bericht geben, in dem Sie etwas bedauern, sondern wo Sie uns darstellen, wie Sie es anders machen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für den Wohnbereich kündigen Sie und auch die Frau Staatssekretär laufend Pläne, Konzepte, Maßnahmen an. Nicht eine einzige Maßnahme, Herr Minister, liegt hier im Hohen Hause. Nach letzter Aussage, wie ich jetzt wieder gelesen habe, soll im Frühjahr 1982 etwas kommen. Heuer noch — steht hier — will Sekanina erste detaillierte Vorstellungen veröffentlichen. — Sie haben nicht mehr viel Zeit. — Im Frühjahr 1982 wird es ein komplettes, fix und fertiges Programm geben.

Herr Minister! Da ist ja weit über die Hälfte Ihre Legislaturperiode vorbei, und Sie wissen auch, was Sie jetzt nicht gebracht haben, kann zufolge der Fernwirkung eines solchen Gesetzes, etwa Wohnbauförderungsgesetz und so weiter, in Ihrer Periode überhaupt nicht mehr umgesetzt werden. Nur ein paar Erinnerungen, was Sie hier alles gemacht haben.

1971 hat die SPÖ versprochen, jährlich um 5 000 Wohnungen mehr zu bauen. Es ist nichts daraus geworden. Auch die revidierte Statistik beweist, daß es weniger waren, gerade in den letzten beiden Jahren, 1979 und 1980.

Zur Nationalratswahl 1979 haben Sie wörtlich versprochen — ich zitiere — „ein Wohnbauförderungsprogramm für Jungfamilien“. Es ist jetzt über zwei Jahre her. Ich frage Sie: Kennen Sie eine Jungfamilie in Österreich, die von Ihrem Wohnbauförderungsprogramm schon etwas hat? Sie haben nichts anderes vorgelegt

10060

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Dr. Keimel

als einen — jetzt sage ich bewußt nach der Stellungnahme der Landesregierung Wien — fragwürdigen Entwurf zu einem sogenannten Startwohnungsgesetz. Vor allem haben Sie dieses Versprechen Wohnbauförderungsprogramm offensichtlich selbst schon herunterreduziert auf ein Startwohnungsprogramm, Jungfamilien-Startwohnungsgesetz. Das haben Sie nicht versprochen, sondern ein Wohnungssofortprogramm.

Im September 1971 haben Sie wörtlich erklärt, das System der Wohnbauförderung neige zum Kollabieren. Was haben Sie in diesen zwei Jahren getan? Es neigt nach diesen zwei Jahren zum Infarkt; es kommt langsam zum Infarkt.

Am Verbandstag der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft im September 1980, vor über einem Jahr, haben Sie dann auch erklärt, nachdem man Ihnen schon alle diese hervorragenden Vorschläge erarbeitet hat, zu den Vorschlägen des Gemeinnützigen Wohnungsverbandes — ich versuche Sie hier auch wieder beim Wort zu nehmen, daß ich hier ja nicht etwas Falsches sage —, „daß die Erkenntnisse dieses Verbandstages so wertvoll sind, daß sie raschest von den dafür Zuständigen diskutiert werden müssen. Sie sind in ihren Einzelheiten und in ihren globalen Größen so wertvoll, daß das Ministerium nicht umhin kann, sich raschest damit zu beschäftigen.“ — Das war im September 1980. Also vor ungefähr 14, 15 Monaten. Darf ich Sie fragen, was in diesen 14, 15 Monaten eigentlich geschehen ist?

Heuer, Herr Minister, nach einem Jahr hat dieser Verband wieder seinen Jahresverbandstag gehabt und hat folgendes erklärt in der Einladung:

„Unsere Bereitschaft, die Zukunft des Wohnbaues mitzugestalten, haben wir am letzten Verbandstag eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Diskussion hat aber bisher kaum greifbare Ergebnisse erbracht. Eine Neuordnung der Wohnbaupolitik ist vorerst nicht absehbar.“

Wissen Sie, Herr Minister, was besonders tragisch ist? — Konzepte liegen im Haus, der Verbandstag hat etwas erarbeitet, wir haben vor einhalb Jahren ein Eigentumsbildungsgesetz, umfassend „Wohnen“, hier im Haus eingebracht, vor einem halben Jahr eine mit allen Landesvertretern erarbeitete Wohnbauförderungsgesetznovelle, und Sie sind nicht einmal imstande, selbst etwas zu bringen, wenigstens diese Vorschläge und Konzepte aufzugreifen!

Ja, Herr Minister, wie stellen Sie sich

eigentlich vor, daß die Wohnungswirtschaft in Österreich geregelt werden soll?

Die ÖVP hat ihre Alternativen vorgelegt. Wir haben bei Ihrem Amtsantritt — ich sage es noch einmal — die Meinung vertreten, daß Sie, Herr Minister, zur Zusammenarbeit bereit sind. Wir haben daher laufend unsere Konzepte erarbeitet und vorgelegt. Wir haben es das sogenannte „Wohnungspaket“ genannt, umfassend also.

Die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 liegt im Parlament. Im wahrsten Sinne des Wortes: sie liegt. Das erste Eigentumsbildungsgesetz, welches neben einer breiten Eigentumsbildung gerade im Wohnbereich besonders geeignet wäre, zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe für den Wohnbereich zu erschließen.

Wir haben unsere Konzepte zum Mieten- und Stadterneuerungsgesetz im Parlament vorgelegt. Und wir werden, Herr Minister, nachdem sie jetzt seit über einem halben Jahr im Parlament liegen, nächstes Jahr im Jänner sofort verlangen, daß sie im Ausschuß behandelt werden.

Insbesondere hat die Österreichische Volkspartei im Zuge ihres Budgetkonzeptes durch die Setzung neuer Prioritäten dem wichtigen Bereich Bauten besondere Bedeutung für die heimische Vollbeschäftigung, für Verkehrs- und Energiepolitik eingeräumt und hat gerade den Bereich Wohnen im Mock-Plan, im VP-Antrag zur Sicherung der Arbeitsplätze vom September, im Steuerkonzept — im Steuerkonzept, bitte! —, als so wichtig empfunden, daß wir ein Kapitel dem Wohnbereich gewidmet haben. Und auf alle diese Vorschläge und Gesetzesinitiativen sind Sie nicht eingegangen.

Meine Damen und Herren! Das Kapitel Bauten und Technik bedeutet daher einen wesentlichen Rückgang im Straßen- und Wohn- sowie Hochbau. Es bedeutet die Gefahr des totalen Finanzierungsinfarktes während der nächsten Jahre. Das haben Sie selbst auch angekündigt, Herr Minister. Es bedeutet den Verfall der öffentlichen und damit auch historisch wertvollen Bausubstanz. Besonders bedeutet es einen rasanten Schrumpfungsprozeß der österreichischen Bauwirtschaft, kurzfristig sogar mit der Gefahr der ärgsten Rezession und Arbeitslosigkeit.

Herr Minister! Wir haben voriges Jahr, wie Sie wissen, einen Entschließungsantrag zum Thema Wohnen eingebracht und haben Ihnen eine Frist von einem halben Jahr gesetzt. Sie sollten in einem halben Jahr ein Konzept zum Wohnbereich vorlegen. Die sozialistische

Dr. Keimel

Fraktion ist dem Entschließungsantrag damals nicht beigetreten, und Sie haben am 27. 11. 1980, vor über einem Jahr also, erklärt, daß es offensichtlich unser Versuch und unser Bemühen war darzulegen, daß die Bundesregierung bis dato nicht imstande gewesen wäre, das Problem in den Griff zu bekommen.

Soweit es das Ressort betrifft — haben Sie dann erklärt —, „werden wir uns bemühen, erstens einmal einen wohlausgewogenen und ausdiskutierten Problemkatalog zu erreichen, zum zweiten im Anschluß daran in einer entsprechenden Gesprächs- und Verhandlungsphase dafür Sorge zu tragen, die Möglichkeiten einer positiven Beeinflussung zu erstellen. Und ich könnte mir vorstellen, daß aus diesem Titel resultierend es dann im Laufe des Jahres 1981 möglich sein muß, auch eine entsprechende Darstellung über eine etappenweise Lösung dieses Problems zu erreichen.“ — 27. November 1980. Nichts ist geschehen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist nichts geschehen. Die vom Bauenminister angekündigte Frist ist verstrichen, ohne daß etwas geschehen ist. Auch die eigens als Wohnbaustaatssekretärin eingesetzte Frau Dr. Eypeltauer hat, anstatt einen konkreten Gesetzesvorschlag vorzulegen, in der „Zukunft“ vom September 1981 lediglich eine neue Wohnbaureformdiskussion innerhalb der SPÖ angekündigt.

Wir bringen daher heute, Herr Minister, noch einmal einen Entschließungsantrag ein:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Bauten und Technik wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich ein Finanzierungskonzept für die Wohnbauförderung mit dem Ziel vorzulegen, daß in Österreich wieder Wohnungen gebaut werden, die sich die Familien leisten können.

Ich bin neugierig, meine Damen und Herren der linken Reichshälfte, ob Sie es heuer wieder ablehnen mit der Begründung, das wird ohnehin in dieser Zeit erreicht, in einem halben Jahr. — Gar nichts liegt vor!

Herr Minister! Die ÖVP kann daher nicht nur diesem Kapitel Bauten und Technik ihre Zustimmung nicht erteilen, sondern wir lehnen insbesondere auch die ineffiziente, aufwendige Ressortführung durch Sie nach nunmehr zwei Jahren ab.

Aber, Herr Minister, nach dieser Halbbilanz stehe ich nicht an — genau in Bauzei-

ten wie diesen und überhaupt in einer schwierigen Phase der Wirtschaft der nächsten Jahre —, Ihnen noch einmal anzubieten, gemeinsam die Probleme zu analysieren, gemeinsam die Problemlösungen zu finden, zum Wohle der österreichischen Bevölkerung und der österreichischen Bauwirtschaft. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 18.02

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Dr. Keimel, Lußmann, Vetter und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kittl. Ich erteile es ihm.

18.03

Abgeordneter **Kittl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Budgetdebatten bei uns und in den großen Industrieländern des Westens bereiten allen verantwortlichen Politikern große Sorgen. Nicht nur die bestehende Arbeitslosigkeit, sondern auch die vor allem in den letzten Wochen sich abzeichnende steigende Arbeitslosigkeit etwa in der Bundesrepublik Deutschland — derzeit 1,5 Millionen — zeigt eine sehr kritische Situation an. In Großbritannien stellen wir 3 Millionen Menschen ohne Beschäftigung fest, in Frankreich immerhin 2 Millionen, und in den USA hat die Zahl der Arbeitslosen 9 Millionen überschritten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer jetzt die Ausführungen des Abgeordneten Keimel gehört hat, der hat offenbar den Eindruck, daß ein Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei von der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und in der ganzen Welt überhaupt keine Ahnung hat. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Müder Applaus!)*

Meine Damen und Herren! Die Krise der letzten eineinhalb bis zwei Jahre ist sicherlich von Amerika ausgegangen, von einem Land, das sich immer dem Kapitalismus verschoren hat, und die Verstärkungseffekte, die zu dieser Krise geführt haben, waren die enormen Steigerungen der Treibstoffpreise und ganz besonders auch die Hochzinspolitik. Und ich glaube, wir brauchen nur in die Welt hineinzuschauen, in diese europäische Wirtschaft *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mock)*, dann muß es uns klar sein, daß wir kühlen Kopf behalten müssen, damit nicht von dort aus neue Schwierigkeiten auf uns zukommen, daß etwa der sogenannte freie Handel, zusammengefaßt in der EG, in der Europäischen Gemeinschaft, zusammengefaßt in den OECD-Ländern, wieder eingeschränkt wird

10062

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Kittl

und wieder dem Protektionismus ausgesetzt wird. (*Abg. Steinbauer: Durch eine sozialistische Regierung!*) Gerade das ist auch hier eine gefährliche Entwicklung, die unter Umständen auf uns zukommen kann.

Meine Damen und Herren! Einige Antworten zu den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Keimel: Wir haben ja in den letzten Jahren einige Gesprächsrunden mit der österreichischen Bauwirtschaft geführt, und ich erinnere mich noch an ein Gespräch um die Jahreswende 1978/79. Es war damals schon eine für die Bauwirtschaft sicherlich sehr, sehr schwierige Situation, und es haben dort die Vertreter der Bauwirtschaft eine Reihe von Vorschlägen gebracht und gefragt: Könnten sich die Abgeordneten der großen Parteien auf diese Vorschläge einstimmen? — Der Abgeordnete Keimel hat diese Vorschläge vom Tisch gewischt und hat gesagt: Nicht einem einzigen Erhöhungsantrag, ob das die Mineralölsteuer ist, ob das irgendeine andere Steuer ist, nicht einem einzigen Erhöhungsantrag wird die Österreichische Volkspartei zustimmen!

Ich habe damals festgestellt, daß innerhalb der Vertreter der Bauwirtschaft der Herr Abgeordnete Keimel eine Qualifikation erfahren hat, daß sie gesagt haben: Das kann nur ein Mann sein, der von der Wirtschaft überhaupt keine Ahnung hat! (*Zustimmung der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sicherlich haben wir mit den Vertretern der Bauwirtschaft sehr, sehr hart und sehr, sehr kritisch verhandelt. Gar keine Frage, daß wir uns auch das statistische Material aufgearbeitet haben, und ich habe den Vertretern der großen Firmen aufgezählt und dargelegt, wie die Entwicklung vom allgemeinen Preisindex her ausschaut und die Entwicklung des Indexes der Bauwirtschaft.

Ich habe darauf hingewiesen, daß das einmal zu ganz erheblichen Schwierigkeiten führt, wenn diese Entwicklung auch in den nachfolgenden Jahren so weitergeht. Die Bauwirtschaft hat erklärt: Wir haben natürlich unsere Probleme. Ausgehend aus der Hochkonjunkturzeit etwa um 1971, 1972, 1973 hat sich die Bauwirtschaft in der Maschinisierung ihrer ganzen Geräte in einem Ausmaß ausgeweitet, das natürlich die Erwartungen ununterbrochen gefördert hat: Sind Sie in der Lage, noch mehr Aufträge zu übernehmen — ja oder nein?

Aber dann kamen die Schwierigkeiten nach dem Jahr 1974, nach dem Ölpreisschock, und das hat dazu geführt, meine Damen und Her-

ren, daß auch das Bauvolumen zwangsläufig zurückgehen mußte, wenn die Baupreissteigerungen so weitergingen.

Das hat natürlich dann auch diese Schwierigkeiten hier bei unserem Haushalt eingeleitet.

Die sozialistische Bundesregierung hat alle Maßnahmen ergriffen, die Wirtschaft aufrechtzuerhalten, die Beschäftigungspolitik, meine Damen und Herren, voranzutreiben.

Aber wer hat bei allen Haushalten seit 1970/71 ununterbrochen gegen die Aufnahme von Krediten, gegen die Bereitstellung von großen finanziellen Mitteln gestimmt? — Es waren doch weitgehend alle beiden Oppositionsparteien! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wie widersprüchlich auch hier die Haltung des Abgeordneten Dr. Keimel ist, sieht man an einer Reihe von Beispielen.

Meine Damen und Herren! Wir haben doch sehr, sehr viele Ausgaben für die Bausparkassenverträge gehabt. Zur Finanzierung ist ja der Bund schon in der Hochphase mit jährlichen Mitteln von 6 Milliarden Schilling eingestiegen, und das war dann die Ursache, daß der Finanzminister sagen mußte: Ich kann diese großartigen Bausparverträge in diesem Umfange nicht mehr finanzieren, ich muß etwas zurücknehmen!

Wir haben jetzt einige Neufassungen gehabt. Die letzte Phase war wieder, daß wir allerdings wieder die Bausparverträge von 10 Prozent auf 13 Prozent und höhere Summe ausgewiesen haben, und vielleicht ist es möglich, daß wir im Laufe der Jahre schauen, daß es wieder besser wird mit den Bausparkassenverträgen.

Aber Dr. Keimel hat gleichzeitig auch gesagt, daß wir auf dem Gebiet des Mietrechtsgesetzes nahezu überhaupt nichts gemacht haben, ja daß das die weitere Entwicklung der Wohnbaupolitik nach dem Standpunkt der Österreichischen Volkspartei geradezu blockieren würde.

Wir haben uns hier im Hohen Haus am 12. November über die Rechtsmaterie auseinandergesetzt, und ich bin ja eigentlich erstaunt, daß die Österreichische Volkspartei mittlerweile noch nicht zur Vernunft gekommen ist, meine Damen und Herren. Denn eines ist sicher: Nach den Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei zahlt doch niemand anderer drauf als junge und ältere Menschen, die sich die freien Verträge einfach nicht leisten können.

Herr Abgeordneter Dr. Mock, wenn Sie auf

Kittl

einem Plakat draußen sind: Was erwarten die jungen Menschen von der Österreichischen Volkspartei? — (*Abg. Dr. Mock: Wohnungen, die man sich leisten kann!*) Wohnungen, die sie sich leisten können. (*Abg. Dr. Mock: Daher stimmen Sie unserem Antrag zu!*) Um 4 000 S oder 6 000 S, Herr Abgeordneter Dr. Mock! Da sind Sie doch wirklich falsch informiert, das können sich junge Menschen nicht leisten! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Das ist Ihr sozialer Wohnbau! Die 6 000 S haben ja Sie jetzt...*)

Herr Abgeordneter Keimel! Ich kann Ihnen aus ganz Österreich genügend Beispiele aufzählen, wo in Miethäusern, die jetzt vielleicht schon 80 oder 100 Jahre bestehen, genau die gleichen Mieten verlangt werden wie in Objekten, die erst im Jahre 1981 fertiggestellt worden sind. Wenn das nicht ein ungesundes Verhältnis ist, dann weiß ich nicht mehr, was man überhaupt noch verlangen kann. (*Abg. Dr. Keimel: ...als Regierung auf zehn Jahre!*)

In der politischen Auseinandersetzung stelle ich bei Ihnen ganz besonders fest, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, daß Sie immer eine verletzende Art reiten, und ich muß offen und ehrlich sagen: Ob jetzt einer noch eine zusätzliche Funktion hat oder nicht, da muß er mit seiner eigenen Anschauung fertig werden und muß er das auch tatsächlich durchziehen, aber ich glaube, daß diese verletzende Art mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß! (*Beifall bei der SPÖ. — Rufe und Gegenrufe zwischen Abg. Dr. Keimel und der SPÖ.*)

Und nun gleich zu einigen entscheidenden Fragen. Sie haben eine Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz und eine Novelle zum Eigentumsbildungsgesetz eingebracht.

Zunächst einmal zur Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Keimel.*) Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Sie haben in Ihrem Vorschlag gewiß einige Vorstellungen drinnen, in denen wir uns im Laufe der kommenden Beratungen dann auch gemeinsam werden finden können.

Herr Kollege Keimel! Auf der einen Seite haben Sie uns ein Mietrechtsgesetz vorgeworfen, das dem Grunde nach — ich habe es schon ausgeführt — seit 1972 in den Grundzügen schon immer in Diskussion gestanden ist. 1973/74 war dann die erste Novelle zum Mietengesetz, dann gab es Vorschläge und Beratungen 1976/77/78 und dann den Entwurf 1979. Und am 12. November 1981 sagen Sie: Dieses Gesetz wird in einem Husch-Pfusch-Verfahren hier im Parlament beschlossen werden!

Ich meine, da müßten Sie doch ehrlich zugeben, daß Sie unglaublich sind, denn gerade das Mietrechtsgesetz ist in einer langen entscheidenden Phase aufgearbeitet worden. Das wollen wir doch mit aller Entschiedenheit festhalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Zu diesem Eigentumsbildungsgesetz der Österreichischen Volkspartei: Regional wissen wir, daß unter Umständen auch Gemeinnützige Bauvereinigungen durchaus bereit sind zuzustimmen, daß genossenschaftliche Wohnungen unter ordentlichen vertraglichen Verhältnissen in das Eigentum der Nutzungsberechtigten übergeführt werden können. Aber Sie müssen auf der einen Seite bedenken, daß wir in den Ballungsräumen ganz erhebliche Schwierigkeiten haben, denn es ist ja geradezu ein Widersinn in unserer demokratischen Ordnung, daß wir auf der einen Seite 6 000 oder 8 000 leerstehende Wohnungen haben und gleichzeitig vielleicht auch 10 000 Wohnungsuchende. Das ist doch ein Widerspruch! Da muß doch in dieser demokratischen Ordnung etwas nicht in Ordnung sein! Das kann man doch nicht verantworten!

Ich fürchte daher und sage das mit aller Betonung der Verantwortlichkeit gegenüber den jüngeren Menschen: Daß wir leerstehende Wohnungen haben, kann einfach schlechthin in einer demokratischen Gesellschaft, wenn wir Tausende Wohnungsuchende haben, nicht verantwortet werden, da gehören Maßnahmen ergriffen! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe des Abg. Dr. Jörg Haider und bei der ÖVP.*)

Wenn wir dieses Problem noch mehr ausweiten, daß wir noch einmal zusätzliche Möglichkeiten schaffen: Ich kenne aus meinem ganzen Bereich, meine Damen und Herren — das möchte ich sagen —, keine einzige genossenschaftliche Wohnung oder keine einzige Gemeindewohnung, die nicht einen Rechtstitel hat, sodaß dort eine leerstehende Wohnung anzutreffen wäre. Natürlich gibt es dann, wenn jemand herausstirbt, oft monatelange Verlassenschaftsabhandlungen, aber diese Wohnung kann ich nicht als leerstehend bezeichnen, das wissen wir alle gemeinsam. Auch wenn jemand ins Krankenhaus muß und Wohnungen oft acht oder zehn Monate leerstehen: Das sind nicht die typischen leerstehenden Wohnungen.

Aber auf der anderen Seite wissen wir, daß wir weit über 150 000 leerstehende Wohnungen in Österreich haben (*Zwischenruf bei der ÖVP*), und hier werden nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und die Gemeinden aufgerufen, Maßnahmen zu ergreifen, damit

10064

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Kittl

dieses wirklich unwürdige System tatsächlich beseitigt wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir gerade in der Entwicklungsphase von 1970 herauf doch sehr viel erreicht haben, daß unser Lebensstandard wirklich gewaltig aufgeholt hat, daß wir in Österreich sogar Industrieländer in Europa weit überflügelt haben; ich denke da an Belgien, England oder auch an Italien.

Nun zu einigen wesentlichen Initiativen unseres Bautenministers, denn der Herr Abgeordnete Keimel hat ja geglaubt, er muß unserem Minister vorwerfen, daß er nicht initiativ ist.

Meine Damen und Herren! Wir haben als Vertreter der Sozialistischen Partei in diesem Hohen Haus Einladungen bekommen durch die Sozialistischen Parteien der EG. Es wurde durch unseren Klubobmann Dr. Heinz Fischer die Verbindung hergestellt. Diese Verhandlungen haben eigentlich schon seit 1978 ohne Unterbrechung angedauert. Wir haben uns immer bemüht, für unsere sehr aufwendigen Transitwege Beiträge von der EG zu erhalten.

Ich habe eine Reihe von Protokollen des Herrn Außenministers gelesen und auch Protokolle unseres Verkehrsministers, der immer wieder dieses Problem angeschnitten hat. Wir haben unseren Bautenminister ersucht, er möge auch einen Beitrag dazu leisten, und er war es eigentlich, der sich sehr, sehr rasch an dieses Problem herangemacht hat, der dazu übergegangen ist, um auch einen Beitrag zu leisten.

Meine Damen und Herren! Unser Bautenminister war im Frühjahr dieses Jahres in Brüssel und hat mit den zuständigen Stellen der EG verhandelt. Es hatte auch noch eine Einladung der EG für eine Abordnung des Hohen Hauses gegeben. Es wurden dort mit den kompetenten Stellen über unsere Probleme — nicht nur über die Transitwege, sondern auch über das Gebiet der übrigen Wirtschaftszweige — Verhandlungen geführt. Es wurde darüber gesprochen, und wir haben gefragt, welche Lösungsbeiträge die EG akzeptieren könnte.

Es hat schon ausgesehen, als würde es im Juni möglich sein, daß die Regierung, der Rat der EG, der Kommission ein Verhandlungsmandat erteilen wird, um überhaupt einmal mit der Republik Österreich in konkrete Verhandlungen einzutreten. Das ist damals an der Regierungskrise in den Niederlanden gescheitert.

Heute haben wir nunmehr in den Zeitungen gelesen, daß am 15. Dezember diese Verhandlungen stattgefunden haben in der Europäischen Gemeinschaft. Der Obmann des Verkehrsausschusses Horst Senfeld hatte mir diese Verhandlungen schon angekündigt. Wir können jetzt mit Befriedigung feststellen — dazu hat unser Bautenminister sicher einen wesentlichen Beitrag geleistet —, daß nunmehr ein Verhandlungsmandat erteilt wurde, um jetzt konkret mit Österreich zu verhandeln, damit wir einen Beitrag für unsere Pyhrn Autobahn bekommen. Zu dieser Tätigkeit gratulieren wir unserem Bautenminister Sekanina sehr herzlich! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird ja immer wieder ausgeführt, daß Österreich in Europa ein Musterland ist. Ich glaube, daß kaum ein europäischer Staat mehr getan hat nach den Grundvorstellungen des Nationalökonom John Keynes. Dieser hat in seinen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Konzepten die Globalsteuerung durch den Staat und insbesondere auch finanzpolitische Maßnahmen gefordert, um eine Wirtschaft lebendig zu halten.

Heute wissen wir, daß wir hinsichtlich der Preissteigerung, Arbeitslosenzahl und Vollbeschäftigung die besten Ergebnisse in Europa haben. Österreich wird immer wieder als Musterland bezeichnet, das seine Probleme ganz hervorragend gelöst hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das Bautenressort war immer ein Ressort, das sehr, sehr viele Wirtschaftsaufträge an die Privatwirtschaft weitergegeben hat. Denken wir, wenn wir heute unser Budget für das Jahr 1982 sehen, an folgendes: Straßenbauausgaben in Höhe von 15,4 Milliarden Schilling, Bundeshochbau 10,7 Milliarden Schilling, sozialer Wohnbau 15 Milliarden Schilling und der Wasserwirtschaftsfonds bekommt eine Dotierung von 8 275 Millionen Schilling.

Sehr geehrte Damen und Herren! Schon am Beginn der Übernahme des Ressorts durch unseren Bautenminister Sekanina hat er erklärt — gerade im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die es in unserem Land und in Europa gibt und die auf uns zukommen — und schon damals die erste Aussage gemacht, daß er eine Überprüfung des Bundesstraßennetzes vorschlagen werde, so wie es im Bundesgesetz aus 1971 festgelegt worden ist.

Meine Damen und Herren! Das ist keine einfache Sache, denn wir wissen auf der anderen Seite, daß natürlich immer die Frage im

Kittl

Raum steht: Haben wir die größte Verkehrssicherheit mit den Autobahnen, mit den Schnellstraßen, mit den Bundesstraßen?

Dennoch hat der Herr Bautenminister vorgeschlagen, daß das Autobahnnetz von etwa 1 874 Kilometer auf 1 700 Kilometer reduziert werden soll. Er hat eine entsprechende Novelle des Bundesstraßengesetzes in die Begutachtung gegeben. Es wird sicher sehr, sehr schwierig sein, weil einfach die Länder auch ihre eigenen Wünsche haben. Es wird sehr, sehr schwierig sein, das ordentlich hineinzubringen. Er hat auch entsprechende Gespräche mit den Vertretern der Bundesländer angekündigt, denn eine derartige Reduzierung kann auch wieder nur im Einvernehmen mit den Bundesländern durchgesetzt werden.

Wir stellen in Österreich ja eine hochinteressante Entwicklung fest: Es ist ganz important, daß eigentlich der Westen Österreichs im Bundesstraßenbau wesentlich weitergekommen ist als der Osten Österreichs. Ich verstehe auch gar nicht, wo eigentlich die Mittel etwa in der Steiermark hingeflossen sind, in einem Land, das einfach durch Autobahnen oder Schnellstraßen bis auf die letzten zwei Jahre überhaupt nicht erschlossen war. Ich weiß nicht, was da eigentlich vor sich gegangen ist.

Denn, meine Damen und Herren, der Westen Österreichs hat durch die Tauern Autobahn, durch die Brenner Autobahn, durch die Felbertauernstraße und — denken wir daran — auch durch den Arlbergtunnel ganz großartige Leistungen vom Bund bekommen. Es ist eigentlich erstaunlich, warum wir gerade im Osten und im Süden nicht weitergekommen sind.

Ich glaube daher, daß es heute in unserer Situation gerechtfertigt ist, daß einfach auch eine Umschichtung der Mittel mehr nach dem Osten und nach dem Süden gerechtfertigt ist, weil wir natürlich Verständnis dafür haben, daß Gebiete, insbesondere dann, wenn dort Großindustrien sind, entsprechend erschlossen werden müssen.

Aber es ist interessant, meine Damen und Herren, daß durch die weit zurückliegende Zeit wir im Westen Österreichs schon große Schwierigkeiten mit abgefahrenen Fahrbahndecken der Autobahnen haben. Wir haben unseren Bundesminister Sekanina aufmerksam gemacht, daß schon das Draht- und Stahlgeflecht herauschaut, und er war auch bisher schon, in den letzten beiden Jahren bereit, sehr erhebliche Mittel in den Raum Salzburg zu geben, damit dort die Autobah-

nen wieder auf den neuesten Stand gebracht werden.

Liebe Damen und Herren! Ich glaube, daß das schon auch ein Beweis ist, daß unser Bautenminister ununterbrochen unterwegs ist, um die Straßenprobleme in den Bundesländern kennzulernen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn nun immer wieder von der konservativen Seite behauptet wird, der Minister hat überhaupt keine Initiativen gesetzt — meine Damen und Herren: Es steht ja schon riesig lang im Raum, wie der Bund zu etwas mehr Mittel für den Straßenbau, für den Bundesstraßenbau kommen kann.

Herr Kollege Keimel! Sie erinnern sich, als ich angekündigt habe in der VIBÖ, in der österreichischen Bauindustrie: Wir als Sozialisten werden bereit sein, die Mineralölsteuer auf 30 Groschen pro Liter zu erhöhen, damit wieder mehr Mittel dem Bundesstraßenbau zugeführt werden können. *(Zwischenruf des Abg. Probst.)* Das haben wir ja schon hinter uns, Herr Kollege! Wer hat es denn beschlossen? — Die sozialistische Fraktion war bereit, den Kopf hinzuhalten, damit unsere Bauindustrie mehr Mittel zur Verfügung hat. Sie ergehen sich in schönen Reden, aber wenn es darum geht, der Bauwirtschaft zu helfen, dann sind Sie einfach abgemeldet. Und das ist ja auch ein seltsamer Zustand! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Unser Bautenminister — und da hat er vollkommen richtig gehandelt — hat eine Untersuchung eingeleitet, um einmal festzustellen: Ist es nicht möglich, diese Mautformalitäten in Österreich wegzubringen? Sind nicht die Verkehrsteilnehmer, die Kraftfahrer bereit, irgendwie im Wege der Kraftfahrzeugsteuer zu einer Neuregelung ja zu sagen, damit wir ein neues System, ein gerechtes System, ein aufkommensneutrales System einführen, damit diese Mittel wieder hereinkommen? Selbstverständlich sollten die ausländischen Teilnehmer weiter die Autobahngebühr entsprechend bezahlen.

Was ist herausgekommen? — Es ist nun einmal interessant, daß die Kraftfahrer — vielleicht auch durch die ständig steigenden Treibstoffpreise — einfach schon nicht mehr bereit sind, mehr Mittel zu bezahlen, einer Regelung zuzustimmen. Das Ergebnis der Untersuchung hat gezeigt, daß über 60 Prozent der Verkehrsteilnehmer einfach nicht bereit sind — einfach nicht bereit sind! —, weitere Mittel zu bezahlen.

Meine Damen und Herren! Nun zum Wohnbau.

10066

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Kittl

Kollege Keimel hat gesagt, es geschehen schreckliche Dinge in der Wohnbauförderung. Man könnte trotz allem — ich werde dann noch einige Zahlen bringen — wirklich darüber nachdenken, ob diese Verlängerung, ob diese Regelung, die wirklich in einem Hush-Pfusch-Verfahren von der Österreichischen Volkspartei 1967 durchgesetzt wurde, gut war. Denn im Mai den Gesetzesentwurf ins Haus zu bringen und dann im Juni zu beschließen, ist eben „ein schöner Gang“ gewesen, Herr Kollege Keimel. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, oder lassen Sie es sich von den älteren Abgeordneten sagen.

Meine Damen und Herren! Aber von 1945 bis 1960 wurden in Österreich 512 469 Wohnungen fertiggestellt, von 1961 bis 1970 waren es 536 376 und von 1971 bis 1980 waren es 510 413.

Ich habe schon bei der Mietrechtsdebatte ausgeführt, meine Damen und Herren, daß wir in diesen 35 Jahren Zweiter Republik mehr gebaut haben, mehr Wohnungsbestand haben aus diesen 35 Jahren als aus der gesamten übrigen zurückliegenden Bauschicht Österreichs. Das ist, glaube ich, eine Leistung, auf die wir stolz sein können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man soll natürlich diese Ziffern noch einmal in einer zweiten Phase durchleuchten. Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahre 1960 betrug die Größe der Wohnungen, die durch die gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet wurden, im Schnitt 55 Quadratmeter, im Jahr 1970 waren es 62 Quadratmeter. 1980 betrug sie bei der Gemeinnützigen bereits 79 Quadratmeter.

Wenn wir, sehr geehrte Damen und Herren, alle Bauträger zusammennehmen — privat, gemeinnützige öffentliche Körperschaften und dergleichen mehr —, dann schaut das Ergebnis noch wesentlich günstiger aus. Das heißt: 1960 werden 67 Quadratmeter, 1970 werden 90 Quadratmeter und 1980 werden 96 Quadratmeter im Schnitt pro Wohnung ausgewiesen.

Das ist eigentlich eine hervorragende Wohnbauleistung und trägt auch dem Rechnung, daß wir für Familien entsprechend große Wohnungen zur Verfügung stellen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Interessant, meine Damen und Herren, ist eine Zahl, die einfach — so möchte ich es jetzt ehrlich sagen — vom Tisch gewischt wurde, die völlig untergegangen ist. Wir haben in den einzelnen Jahren einmal 44 000, dann 45 000, dann 50 000 und dann wieder einmal 52 000 Wohnungen gehabt.

Erfreulicherweise hat im Jahr 1980 die Gemeinde Wien einmal tatsächlich genau nachgeschaut, was tatsächlich gemacht worden ist. Von einem Stand von über 50 000 haben wir immerhin 25 000 fertiggestellte Wohnungen zur Statistik dazugeben können. Die Zahl für 1980 beträgt daher 78 457 Wohnungen. *(Zwischenrufe des Abg. Dr. Keimel.)* Das ist natürlich eine Ziffer aus den Baujahren 1978/79, Herr Kollege Keimel. Aber ich verstehe natürlich: Als Oppositionspolitiker hauen Sie das ja in die tiefste Lade hinein, weil Ihnen das ja wirklich zuwider ist, daß Sie einmal sagen müßten, es wurden 78 000 Wohnungen durch die Regierung Kreisky errichtet. Das wäre ja schrecklich! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wenn wir dann noch dazunehmen, meine Damen und Herren, daß wir im Wege des Wohnungsverbesserungsgesetzes in der Phase von 1970 bis 1980 mehr als 200 000 derartige Fälle versorgt haben, daß wir zur Wohnungsverbesserung einen ganz entscheidenden Beitrag geliefert haben, dann glaube ich, daß wir auf dem Gebiet des Wohnungssektors wirklich großartige Leistungen erbracht haben.

Zu den anderen Kapiteln, etwa Wasserwirtschaftsfonds, werden Redner meiner Fraktion dann noch Stellung nehmen.

Es hat darüber hinaus in der Präsidiale Gespräche gegeben, ob man in der Berichterstattungspolitik so wie bisher weiter fortsetzen soll. Die Präsidiale hat sich geeinigt, daß die Berichte betreffend den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und den Wohnhauswiederaufbaufonds zusammengeführt werden sollen.

Ich bringe daher einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller Parteien ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kittl, Dr. Keimel, Probst und Genossen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 (815/900 der Beilagen), Kapitel 64, Bauten und Technik betreffend die Zusammenfassung der Rechnungsabschlußberichte des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhauswiederaufbaufonds.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Bauten und Technik wird ersucht, die gemäß der Entschließung vom 23. Oktober 1968 vorzulegenden Rechnungsabschlußberichte des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhauswiederaufbaufonds gemeinsam

Kittl

in einem Bericht (mit getrennten Bilanzen) vorzulegen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Entschließungsantrag in die Verhandlung mit einzubeziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, daß in der schwierigen Zeit von unserem Bautenminister gerade auch in diesem Ressort alles getan wurde, um Mittel zur Verfügung zu stellen, damit unsere Vollbeschäftigungspolitik von diesem wichtigen Ressort aus weiter durchgeführt werden kann, und deswegen geben wir gerne dieser Vorlage unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)* 18.40

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Kittl, Dkfm. Dr. Keimel und Probst ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Probst. Ich erteile es ihm.

18.41

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kittl hat uns jetzt wieder vorgeführt, wie man das macht. *(Abg. Dr. Fischer: Da können Sie etwas lernen!)*

Herr Kollege, Sie machen es sich sehr einfach: Schuld an der Wohnungsmisere in Österreich ist der Kapitalismus in Amerika, schuld sind alle anderen, Sie haben da noch etliche Adressaten aufgezählt. Und vor allem, gegipfelt hat mehrmals — und das ist mir auch in Zwischenrufen aufgefallen — Ihre Aussage in der Stellungnahme: Wer kritisiert, hat keine Ahnung. Das ist ein sehr beliebtes Wort bei Ihnen, aber ich werde mir diese Gefahr trotzdem aufhalsen und weiter kritisieren.

Schuld ist weiters der Ölpreis. — Es würde mich wirklich interessieren, wie Sie diese enge Verbindung schlüssig nahtlos herstellen. Der Ölpreis ist an vielem schuld, am Niedergang anderer Wirtschaftszweige viel mehr. *(Abg. Kittl: Ich schlage Ihnen vor: Reden Sie mit einem Bauunternehmer!)* Ja. Aber ich garantiere Ihnen, daß der Ölpreis in der Bauwirtschaft viel weniger schuld ist als Ihre Regierungspolitik. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Kollege Kittl! *(Abg. Kittl: Da sind Sie im Irrtum!)*

Sie reden vom Musterland Österreich. Wunderbar. — Wenn Musterland, dann ist das nur auf den Fleiß der Bewohner dieses Landes

zurückzuführen, sage ich Ihnen nur. *(Abg. Kittl: Gehören wir auch dazu oder nicht?)*

Aber was konnten Sie denn, Herr Kollege Kittl, an tatsächlichen Leistungen in diesem Ressort aufzählen, wenn ich Sie fragen darf? Die einzige Leistung waren die 30 Groschen Mineralölsteuererhöhung, die Sie hier gebracht haben.

Ich sage Ihnen noch etwas, Herr Kollege Kittl, und das sage ich mit allem Ernst, der mir zur Verfügung steht. Angesichts der Wohnungssorgen Tausender junger Menschen, angesichts der Arbeitsplatzsorgen Tausender Menschen aus der Bauwirtschaft finde ich es geradezu an der Grenze des Unmoralischen, wie Sie hier lobhudeln, über die wirkliche Situation hinwegzutäuschen versuchen.

Und allein das zwingt uns, aus moralischen Gründen zu diesem Budgetkapitel ein klares Nein zu sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir treten jederzeit — und haben das immer wieder gepredigt — für sparen ein, aber sparen dort, wo es Sinn hat, nicht am falschen Platz. Und Sie haben gerade dort gespart, wo es sich am verheerendsten für die österreichische Wirtschaft auswirkt, bei dem Ressort mit den meisten Investitionsmitteln, wo es gerade am schädlichsten ist.

Und wo — bitte sagen Sie mir das — hätten Sie mehr Möglichkeiten gehabt, die Konjunktur anzukurbeln? Bei der Bauwirtschaft natürlich, denn dort wirkt jede Investition unmittelbar und direkt.

Sie wirkt auf die Arbeitsplätze. Sie wissen, die Bauwirtschaft ist enorm arbeitsplatzintensiv. Und sie wirkt vor allem für die Zukunft.

Und wie schaut es denn im Ressort wirklich aus? Sie haben es ja nicht erwähnt. Das sind Zahlen, die Sie zu erwähnen vergessen haben.

Das Bautenressort ist beim Budgetanteil von 7,08 Prozent auf 6,65 Prozent herabgesunken, es wurde heruntergedrückt. Das wesentlichste und wichtigste Konjunkturlenkungsinstrument wurde gedrückt statt aufgefettet. Das ist ein realer Rückgang. Zählen Sie dazu bitte noch die Inflation, zählen Sie dazu die gestiegenen Bau- und Materialpreise und zählen Sie noch dazu den gigantisch angestiegenen Schuldendienst der bisherigen Vorhaben, der jetzt erst so richtig zu greifen beginnt. Sie haben es früher schon gehört, wie sich der in der Zukunft deletär auswirken wird.

Ich glaube — und das gibt mir wieder ein bisserl Hoffnung —, daß Sie und Ihre ganze Fraktion den Ernst der Lage inzwischen selbst zu erkennen beginnen.

10068

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Probst

Erstes Zeichen war der Baugipfel. Da haben wir alle voll Hoffnung hingeschaut: Vielleicht rührt sich jetzt etwas. Und was ist herausgekommen? Die Berge kreißten, und ein Mäuslein ward geboren.

Die Regierung nimmt sich an der Nase, erkennt, daß ihre Zahlungsmoral am Boden ist, und beschließt, sie wird ab nun pünktlicher zahlen. Denn das ist ja die wesentliche Grundvoraussetzung für das Überleben der Bauwirtschaft.

Und sie wird auch — und das halte ich für ganz besonders toll, weil es wieder aufzeigt, was sie in der Vergangenheit versäumt hat — die Verzugszinsen für diese Schulden von 4 Prozent auf 9,5 Prozent erhöhen.

Herr Kollege Kittl! 4 Prozent, das ist weniger, als die Schulsparer bekommen! Und sagen Sie mir: Wo kriegt eine Baufirma einen Kredit um 9,5 Prozent? Das ist fürwahr ein großartiges Ergebnis für einen derartig laut angekündigten Baugipfel! Dazu kann ich Ihnen gratulieren!

Sie geben die Schuld der kapitalistischen Hochzinspolitik. Ich appelliere jetzt an Sie, ich appelliere an den Herrn Bautenminister, ich appelliere an die gesamte Fraktion namens des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender, namens der Freiheitlichen Partei und namens der gesamten Wirtschaft in Österreich: Setzen Sie sich ein für ein sofortiges Sistieren, für eine sofortige Abschaffung der investitionshemmenden Kreditsteuer. Die ist inlandproduziert, die hat mit dem amerikanischen Kapitalismus nichts zu tun! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Bundesminister! Sie haben bei Ihrem Amtsantritt versprochen, Sie werden in Ihr Ressort mehr an Budgetmitteln hinüberretten. — Sie haben uns enttäuscht. Oder es ist Ihnen nicht gelungen.

1981 war schon eine starke Abkühlung bei uns vorhanden, es war schon schlechter als 1980. 1982 war das Budget noch schlechter als 1981.

Die Zweckbindung einiger kraftfahrzeugbedingter und kraftfahrzeugbehafteter Steuern ist Ihnen nicht gelungen, zum Beispiel der Lkw-Steuer (des Straßenverkehrsbeitrages), zum Beispiel des Bundesanteiles an der Kraftfahrzeugsteuer, diese Nahverkehrsmilliarde. Es wäre schön, wenn hier mehr geschehen würde in der Erschließung des Nahverkehrs.

Aber die Heizöl-, also die Energiesteuer, wurde von 8 auf 13 Prozent erhöht. Und fürs

Benzin — das ist auch eine Energieform — zahlt man 18 Prozent Mehrwertsteuer.

Ich mache einen Vorschlag: Kämpfen Sie sich hinein, holen Sie sich die Differenz von 5 Prozent von der Mehrwertsteuer beim Benzinpreis in Ihr Ressort zurück! Auch das wird dem österreichischen Straßenbau und dem Wohnungsbau zugute kommen.

Besonders kraß ist ja der Niedergang beim Straßenbau. Wir haben es gehört, und wir erleben es täglich. 1982 haben wir um 485 Millionen weniger. Gegenüber 1980 haben wir bereits ein Manko von 2,3 Milliarden zu verzeichnen. Also innerhalb zweier Jahre büßt Ihr Ressort stolze 25 Prozent Mittel ein! Die guten Absichten, die Sie uns vor zwei Jahren versprochen haben, sind Ihnen gründlich danebengegangen, Herr Bautenminister! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Straßenbau: Was erwarten wir vom Straßenbau? Grundvoraussetzung für Straßenbau ist — nicht nur in Österreich, sondern überall in der Welt, man möchte meinen, daß das Selbstverständlichkeiten sind — erst einmal eine ausgereifte Planung. Nicht so wie beim AKH, wo der Baufortschritt so gigantisch ist, daß die Planung um Monate und Jahre nachhinkt.

Aber bitte: gründliche und ausgereifte Planung. Ich werde nicht müde, zu sagen — es ist zu spät, die Kuh ist aus dem Stall, man kann nichts mehr machen, es ist eine Sünde der Vergangenheit, die weit zurückreicht, mir ist es egal, ob das eine Schuld der Sozialisten und der ÖVPlar ist —: Die Trassierung der A 2 über den Wechsel durch menschenleeres Gebiet ist eine Fehlplanung! Hätten Sie damals die A 2, die Süd Autobahn, von vornherein über den Semmering und durch das Mürztal bis nach Bruck geplant und dann mit dem Anschluß an die Pyhrn Autobahn nach Graz beziehungsweise nach Klagenfurt weiter, dann hätten wir uns den Bau der S 6 ersparen können. Das ist meine laienhafte Meinung, an die glaube ich.

Weiters: Straßenbau hat strengstens nach der ÖNORM, nach den Vergaberichtlinien zu erfolgen.

Und vor allem — ganz wesentlich, eine Erkenntnis, die sich hoffentlich durch vergangenen Schaden ein bißchen mehr durchsetzen wird —: Jedes Bauvorhaben ist von Kontrolle zu begleiten, und zwar von der Planung weg bis zur Endabrechnung. Und das ist konsequent durchzuführen.

Es wäre wirklich eine Untersuchung wert, wie viele Millionen, ja wie viele Milliarden

Probst

Schilling an Skandalen verlorengegangen sind, an Skandalen, von denen wir womöglich noch gar nichts wissen, und vor allem, wie viele Milliarden durch Pleiten verlorengegangen sind, die bei rechtzeitiger Kontrolle, bei rechtzeitiger Warnung vielleicht in ihrem katastrophalen Endausmaß noch zu verhindern gewesen wären.

Weiters: Straßenplanung hat sich an den Gesetzen des Umweltschutzes zu orientieren. Es ist der Erholungsraum, die naturgegebene Landschaft so weit wie möglich zu schonen. Es ist auf möglichst geringe Emissionen beziehungsweise Immissionen zu achten. Lärm, Abgase, Salz und Salzersatzstoffe haben sehr selten eine positive Wirkung.

Es hat natürlich alles Bisherige im Rahmen des Möglichen — und auch das, was ich jetzt sage — um größtmögliche Schonung in bezug auf das Biotop besorgt zu sein. Ein Biotop braucht 60 Jahre, bis es sich auf eine Veränderung einstellt. Auch das sollen wir uns vor Augen halten. Wir sind es unseren Nachfahren schuldig.

Und noch etwas hat eine Planung im Auge zu behalten, und das ist in unserer Situation das Wichtigste: Sparsamkeit.

Wir Freiheitlichen haben, seit in Österreich Straßen gebaut werden und seit in Österreich eine Freiheitliche Partei im Parlament sitzt, gemahnt und kritisiert: Seid sparsamer!

Das wurde später auch von den diversen Rechnungshofberichten bestätigt.

Die Fehler der Vergangenheit werden uns auch vom Herrn Bundesminister selbst bestätigt in dieser Broschüre der ASAG, der Autobahn-Schnellstraßen-Aktiengesellschaft, gegen deren Gründung wir ja im heurigen Mai waren. Die ÖVP hat damals zugestimmt; warum, weiß ich nicht. Wir waren dagegen, weil nur Budgetmittel für die Bedeckung der Straßenbaukosten durch die ASAG vorgesehen waren und sind, und zwar Budgetmittel aus der Bundesmineralölsteuer, und weil es nur wieder neue Investitionen sind, weil gut arbeitende Landesbaudirektionen vorhanden sind, die ihre Aufgabe bisher gut gelöst haben oder gelöst hätten, wenn sie das Geld dafür gehabt hätten.

Wie der Verdacht des Herrn Kollegen Kittl mit der steiermärkischen Landesbaudirektion auszumachen ist, das ist dann Ihre Sache. Ich will da nicht richten. Ich bin da kein Insider, außerdem nicht aufgerufen dazu.

Aber Ihre Sünden der Vergangenheit — und da fallen etliche schon in die Regierungszeit der Sozialistischen Partei — werden

durch eigene Aussprüche bestätigt. Sie sagen — und ich schätze Ihre Offenheit —:

„So haben die Autobahnen in Österreich eine Kronenbreite von 32 Metern. In der Bundesrepublik Deutschland beträgt sie meist 26 Meter, in einem Land, das eine wesentlich stärkere Motorisierung aufweist.“

Hinten wird dann berichtet, daß die Kronenbreite in der Schweiz, die ja am ehesten mit uns vergleichbar ist, nur 22,5 Meter beträgt, und als Überschrift steht: „Geringere Kronenbreiten und zeitgemäßere Kurvenradien: Über 40 Prozent Kostenersparnis.“

Wenn ich an die Autobahn südlich von Graz denke: Das Stück Süd Autobahn ist sechsbah-nig. Wenn Sie dort an einem normalen Wochentag fahren, kriegen Sie Platzangst, Sie sind mutterseelenallein.

Hätten wir — und das ist für mich ein Schlüsselsatz — in der Vergangenheit so gebaut wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz, würde heute unser Autobahngrundnetz bereits unter Verkehr stehen. Das würde in der Praxis bedeuten — und all jenen, die diese nicht fertigen Strecken benützen müssen, sage ich das recht deutlich: das würde in der Praxis bedeuten —: Die Semmering-Schnellstraße S 6 und die Murtal-Schnellstraße S 36 wären ebenso fertig wie die Süd Autobahn A 2 bis ins Lavanttal nach Kärnten, die Innkreis Autobahn würde unter Verkehr stehen, die Lücke der Tauern Autobahn zwischen Villach und Spittal wäre geschlossen, und die Arlberg-Schnellstraße könnte in ihrer Gesamtlänge ebenfalls unter Verkehr stehen.

Und noch ein eher trauriges, bedenkliches Kapitel dazu: Nach einer Studie deutscher Verkehrsexperten vermeiden drei zusätzliche Autobahnkilometer einen Verkehrstoten und 150 bis 200 Verkehrsunfälle pro Jahr. Diese Zahlen sind ja sicher keine Traumzahlen. Und das halte ich ebenfalls für äußerst bedenklich.

Herr Bundesminister! Die Absicht — nicht das Instrument, aber die Absicht —, die hinter der ASAG steht, begrüßen wir voll. Sie haben das begründet mit dem Wunsch, schneller, billiger und effizienter zu bauen. Ich würde mir wünschen, daß dieser Wunsch — Ihr Wunsch — in Erfüllung geht.

Ich habe es gesagt: Mir hat etliches an Ihrem Bundesstraßenkonzept imponiert. Der Herr Kollege Kittl hat es anders ausgedrückt. Er hat es in dem Sinn ausgedrückt — ich interpretiere es jetzt etwas anders —: Es war eine Sünde der Vergangenheit, daß der

10070

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Probst

Westen ausgebaut wurde, es ist eine Sünde der Vergangenheit, daß die Touristenrouten als erste ausgebaut wurden und Österreich teilweise zu einem Land für einen kleinen Schwarzen und einmal Volltanken degradiert wurde (*Abg. Kittl: Die wären im Fremdenverkehr erstickt, Herr Kollege! Das muß man auch sehen!*), und es ist eine Sünde der Vergangenheit, daß aus dem Ostbereich nur 39 Prozent der Straßen und etwas über 80 Prozent im Westen bereits fertig sind.

Und hier begrüße ich, das imponiert mir, und als Steirer und als österreichischer Steuerzahler bedanke ich mich, daß Sie das erkannt haben, das heißt, daß Sie auch die Konsequenzen daraus ziehen, daß das Ziel — und das ist *expressis verbis* ja ausgedrückt — Ihrer ASAG ist, die Steiermark mit der Süd Autobahn, mit der Mürztal-Schnellstraße und mit der Murtal-Schnellstraße zu erschließen.

Und das ist wieder eine Schuld der Vergangenheit. Ich bin überzeugt davon, die steirische Landesbaudirektion hätte sicher die Straße gebaut, wenn sie das Geld dafür gekriegt hätte.

Und jetzt bitte denken Sie an die Situation in der Steiermark. Denken Sie alle an das fast wöchentliche Notopfer der Republik Österreich, das in die Steiermark gepumpt werden muß. Es ist uns Steirern ja schon direkt peinlich, immer als Bittsteller und Bettler auftreten zu müssen, wenn es heißt, Probleme zu lösen, wie VEW, Alpine, Eumig, Fohnsdorf, Grenzregionen. Und jedesmal, wenn ein neuer Investor an Land gezogen werden soll, kommt das Gegenargument: „die geographische Randlage. Das ist nicht rentabel zu gestalten. Die Steiermark liegt hinter dem Berg, es ist eine Weltreise von Salzburg bis nach Graz.“

Das ist eine Sünde der Vergangenheit. Und meistens wird das als Begründung angeführt. Und die erste Forderung neben so Notmaßnahmen, wie geschwind ein Geld hineinpumpen, daß man die Gehälter zahlen kann, ist wohl eine Strukturverbesserung, und in großräumiger Hinsicht ist das ja wohl die Erschließung des Gebietes mittels Straße und mittels Bahn.

Jetzt meine Frage: Was ist mit der Pyhrn Autobahn? Herr Kollege Kittl, ich darf das, was Sie uns aufgezählt haben, ein bisserl in die Vergangenheit verlängern, vielleicht wird es heiter dadurch.

Ich entnehme der Zeitung der Straßengesellschaft unter der Überschrift „EG-Karussell“ einige Schlagzeilen, die, wären sie nicht so traurig und würden sie nicht so viel Blut-

zoll fordern — die Tatsachen, die nämlich dahinterstecken —, direkt erheiternd wären: „EG-Karussell, EG-Karussell, EG-Karussell.“

Im März schreibt die „Neue Zeit“: „Pyhrnfinanzierung, EG in Zugzwang gekommen.“

Wieder im März die „Presse“: „Pyhrnfinanzierung: Österreich wieder abgeblitzt.“

Im April die „Kleine Zeitung“: „EG-Hilfe für Pyhrn — auch Italien dafür.“

Im Mai „Oberösterreichische Nachrichten“: „Noch lange kein Geld für die Pyhrn Autobahn. EG will lieber Verkehr global regeln.“

„Neue Zeit“, im Mai wieder: „Pyhrn Autobahn: Die EG hat über Geld noch nicht geredet.“

Und dann im Juli schreibt die „Presse“: „EG gibt 6 Milliarden für die Pyhrn Autobahn.“ — Hurra!

Und im gleichen Juli schreibt die „Kleine Zeitung“: „Pyhrn Autobahn: Vorerst keine EG-Finanzierung.“

Im September im „Oberösterreichischen Tagblatt“: „Pyhrn Autobahn-Finanzierung: EG-Beratungen am 7. Oktober.“ — Wir haben gehört, Sie waren am 15. Dezember. Wieder ein bisserl Verspätung.

Dann geht es weiter. „Neue Kronen-Zeitung“ im September: „Falls die EG nicht zahlen: Transitblockaden drohen.“ Im Oktober sagt Finanzminister Salcher in den „Salzburger Nachrichten“, er überlegt Transitzwangsrouten.

Und dann berichten die „Oberösterreichischen Nachrichten“: „EG-Zuschuß für Pyhrn Autobahn durch hartnäckiges Verhandeln.“

Es geht dann noch weiter, ich will Ihnen das ersparen. Am 21. November in der „Wiener Zeitung“: „Beschränkung im Transitverkehr? Fröhbauer im Europaparlament.“ — Also wenn über Beschränkungen geredet wird, hat die Geschichte ja nicht sehr positiv ausgesehen um diese Zeit.

Es wird langsam zum Trauerspiel mit der Pyhrn Autobahn. Es geht das Sprichwort um: Auf der Pyhrn Autobahn rotten sich die Türken und die Jugoslawen gegenseitig aus. — Aber das ist nicht in unserem Sinne, Herr Kollege Kittl. Was dort im Sommer vor sich geht, das sollten Sie sich einmal anschauen. Fahren Sie einmal diese Strecke. (*Abg. Kittl: Ich kenne es ohnehin!*)

Ich habe die Absicht der ASAG durchaus positiv beurteilt. Ich möchte das noch einmal unterstreichen. Ich bitte, mir da nichts Fal-

Probst

sches zu unterstellen. Ich würde mich riesig freuen — und mit uns ganz Österreich, weil es sicher konjunkturwirksam wäre —, wenn das im vorgesehenen Tempo durchgezogen werden könnte. *(Präsident Thallhammer übernimmt den Vorsitz.)*

Aber — und jetzt eine ernste Frage und eine ernste Mahnung — was ist mit der regionalen Bauwirtschaft im ganzen übrigen Österreich, Herr Minister?

Es werden jetzt schon vom steirischen Landesbudget 200 Millionen Schilling zugunsten der ASAG abgezogen.

Es gibt Bundesstraßen, die in Bau sind, Brücken, die in Bau oder fertig sind, Umfahrungen. Trofaiach zum Beispiel: begonnen. Feldbach: seit Jahren versprochen, kein Handstrich. Fehring, Weißenbach an der Gaberlstraße. Überdies noch alles im strukturschwachen notleidenden Gebiet. In vielen Bundesländern sind die Folgekosten schon so groß wie das ganze Landesbudget.

Und da kommt noch etwas dazu: Es besteht hier die Gefahr, daß durch derartige Konzentration auf einige wenige Großbauvorhaben die Mammutfirmen übrigbleiben. Die kleinen gehen zugrunde, und die staatlichen oder halbstaatlichen Baufirmen bleiben übrig, die den Großbanken gehören. Das ist eine überaus empfindliche Situation für die gesamte regionale Bauwirtschaft mit ihren Arbeitskräften, wo noch dazu ab 1984 die Arbeiterabfertigung voll zu greifen beginnt.

Die Bauwirtschaft ist doch — das wird doch niemand bestreiten — der Motor der Konjunktur, und deswegen hätte gerade das Baurenressort aufgefettet gehört. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dazu, damit die Bauwirtschaft überleben kann, muß man ihr auch durch pünktliche Zahlungen eine Chance lassen.

Herr Bundesminister! Ich habe mich erkundigt: Mit heutigem Tage sind in der Steiermark allein noch 400 Millionen Schilling Bundesschulden zu bezahlen. Ich fordere Sie hier namens der Bauwirtschaft Österreichs auf: Zahlen Sie bitte endlich Ihre Schulden. Die Bauwirtschaft hält das nicht länger aus! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Über den Wohnbau — wäre es nicht so traurig, könnte man sich das ersparen — ist nichts zu sagen, denn er findet nicht statt. IMAS hat in einer Studie festgestellt, daß 57 Prozent der Baumeister im heurigen Jahr bereits einen Rückgang an Bauvolumen von 10 Prozent zu verzeichnen haben. 14 oberösterreichische Wohnbaugenossenschaften haben festgestellt, daß es zu einem drasti-

schen Sinken der Bautätigkeit im Jahr 1981 gekommen ist und daß das Jahr 1982 noch schlechter wird. Alle Befragten stellen eine überaus düstere Prognose für die Zukunft, vor allem für den Wohnbau.

Ich begrüße es, daß der Herr Bundesminister gesagt hat, der Wohnbau soll Vorrang genießen, das ist die dringendere Notwendigkeit, das ist aus rein humanitären, aus menschlichen Gründen so. Aber was haben wir im Wohnbau versprochen bekommen, und was liegt auf dem Tisch? Zwei Jahre kosmetische Herumpfuscherei!

Wir haben die Einkommensgrenzen erhöht, wir haben ein anderes Gesetz verlängert. Zwei Jahre Ankündigungen von Reformen an Haupt und Gliedern! Und was ist passiert? Bisher nichts, aber es scheint sich ein Meinungsumschwung, eine Meinungsbildung zu vollziehen. Die SPÖ erkennt anscheinend die Katastrophe, erkennt die große Schuld, die sie gegenüber der heranwachsenden Generation zu tilgen hat, und erkennt, daß es so nicht weitergehen kann.

Eine zage Hoffnung tut sich in uns auf, auf die kommende Regierungsklausur, eine zage Hoffnung auf gemeinsame Gespräche über eine umfassende Neuordnung dieser Notsituation. Eine Neuordnung, die das Ziel haben soll, daß das Ganze im Konsens gelöst werden soll.

Anders als beim Mietrecht, bei dem eine sehr große Chance vertan wurde: die Chance, mehr Wohnungen mehr Menschen zur Verfügung stellen zu können. Denn ich befürchte, daß durch das neue Mietrechtsgesetz, durch seine noch strengeren Einschränkungen noch weniger Wohnungen frei werden.

Fragen Sie bei den Realitätenmaklern: die Häuser werden günstiger.

Wir haben Sie gebeten um die Möglichkeit befristeter Mieten, die an ein bestimmtes Ereignis gebunden sind, wenn Leute, die berechtigt — berechtigt! — eine Wohnung ihrem eigenen Kind zukommen lassen wollen, wenn dieses heiratet, wenn dieses eine eigene Kanzlei eröffnen will oder wenn es großjährig ist, daß solche Ereignisse einen Termingrund bilden können. Um Spekulationen vorzubeugen, schlage ich die Bindung an ein bestimmtes Ereignis vor.

Nein, es wurde die Zeit der befristeten Miete auf ein Jahr verlängert und für Studenten auf fünf Jahre.

Wir alle haben unsere Bestrebungen in dieser Richtung weiterzuführen. Aber das Hauptgewicht sollte nicht auf dem Neubau von

10072

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Probst

Wohnungen auf der grünen Wiese liegen, die ja kaum — das weiß jetzt schon jeder — im ausreichenden Maße zu fördern sind. Ein Angebot einer Sozialwohnung um 5 000 S monatlich an einen jungen Menschen ist kein Sozialwohnbau.

Wir haben mit den Siedlungen auf der grünen Wiese unsere Probleme mit der Infrastruktur. Wir haben in Österreich auf der anderen Seite mehr Wohnungen als Haushalte. Das stimmt, das bestätige ich Ihnen, daß die leerstehen, Herr Kollege Kittl. Mit dem neuen Mietrechtsgesetz werden wahrscheinlich noch mehr leerstehen, fürchte ich. *(Abg. Kittl: Da können ja die Länder und Gemeinden Maßnahmen ergreifen!)*

Die Gemeinde Graz hat eine Maßnahme ergriffen. Da tritt die Stadt als Hauptmieter auf und garantiert, daß sie den Untermieter zu dem mit dem Vermieter vereinbarten Zeitpunkt wieder kündigt. Von einer Behörde garantiert, gilt das. Das ist aber auch schon wieder eine Krücke für ein Gesetz. Warum hat man nicht diese Möglichkeit gleich in das Gesetz hineingenommen? Muß es erst zu einer solchen Konstruktion kommen?

Die Bevölkerungsentwicklung sollten wir bei all dem auch nicht außer acht lassen. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland Studien, die — ich bitte das nicht direkt auf Österreich umzulegen — dem Wohnungsneubau jede Chance absprechen. Man meint dort in diesen Studien, und die sind im Auftrag der SPD-Regierung gemacht worden, daß es bedenklich ist, neu zu bauen. Man soll Vorhandenes verbessern, der Infrastruktur und der Bevölkerungsentwicklung wegen.

Man kann mit dem Wohnbau auch Balanzzentren in ihrer Entwicklung steuern. Auch dazu muß man den Mut haben.

Und vor allem noch ein Argument. Denken Sie bitte daran, das gilt für unser Gespräch, Herr Kollege Kittl. Haben Sie je gehört, daß es zuwenig Autos gibt? Nein. Es gibt auch nicht zuwenig Wohnungen. Wenn Mercedes heute seine Serie um 50 Prozent verbilligt, werden sie mit den Aufträgen nicht nachkommen. Das gleiche wäre mit den Wohnungen: Wenn mehr Wohnungen auf dem Markt wären, wären sie billiger, wären sie zu haben.

Nicht die Wohnung ist die Mangelware, sondern das Asoziale daran ist, daß sie nicht bezahlbar ist oder daß es zwei Klassen der Bevölkerung gibt: Die einen Begünstigten, die in der billigen Wohnung leben, und die Jungen, die nicht die geringste Chance haben, die

zehnmal so teure Wohnung jemals bezahlen zu können.

Herr Kollege Kittl, das ist doch ernst gemeint, da müssen doch jede Ideologie, jeder Klassenkampf und alles hinter diesen Fakten zurückstehen, finde ich. *(Beifall bei der FPÖ).*

Für uns in Österreich sollte das ein Signal sein. Wir können die deutschen Verhältnisse nicht auf Österreich übertragen, ich wiederhole es, aber sie sollten ein Denkanstoß sein. Und wir sollten uns klar darüber sein, daß es wahrscheinlich auch in Österreich neben den Änderungen und Hinderungen aus dem Mietrechtsgesetz zuerst um einen qualitativen und dann erst, regional zumindest, um einen quantitativen Fehlbestand geht.

Hier gründen sich unsere Hoffnungen — da hoffe ich berechtigt auf die Mitarbeit oder auf die Initiative von Seiten der Regierungspartei — auf einen besseren Effekt durch eine allmähliche Verlagerung zur Subjektförderung hin.

Eine ganz große Hoffnung — ich glaube, daß sich das langsam auch bis zur Regierungsspitze durchsprechen wird — setzen wir auf die Stadterneuerung, auf die Revitalisierung des Althausbestandes, bei dem die Infrastruktur vorhanden ist, bei dem der gewohnte dörfliche Charakter vorhanden ist, bei dem das vorhanden ist, was anderswo erst um viel Geld zugebaut werden muß.

Ich sage Ihnen noch etwas: Eine Jungfamilie zahlt sicher lieber in einem Altbau 2 500 S Miete als in einem Neubau 5 000 S, der sich noch dazu sozialer Wohnbau nennt, was in dieser Relation wie ein Hohn klingt. Die Altstadterhaltung soll uns aber auch ein kulturelles Anliegen sein.

Wir wissen ganz sicher, und zwar ist das hundertfach bewiesen, daß die Revitalisierung alter Bauten in jedem Falle billiger ist als der Neubau. Und auf jeden Fall sichert er mehr Arbeitsplätze als der Neubau, weil er arbeitsplatzintensiver ist.

Da liegt eine große Verantwortung bei der Regierung, ob sie das erkennt. Denn der Großteil des Baugeschehens ist im Einfluß der öffentlichen Hand. 80 Prozent der neu geschaffenen Wohnungen werden öffentlich gefördert.

Ich habe hier eine Aufstellung jener Fonds, jener Kredite bekommen, die seit 1945 aushafteten. Vom Bundeswohn- und Siedlungsfonds sind noch 6,7 Milliarden Schilling ausständig, beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sind es noch 11,3 Milliarden Schilling, bei der Wohnbauförderung 1954 sind es zirka 6,7 Milliarden

Probst

Schilling und aus der Wohnbauförderung 1968 zirka 85 Milliarden Schilling.

Die Wohnbauförderung 1968 muß man wahrscheinlich ausklammern. Aber für den Rest dieser aushaftenden Kredite, die Laufzeiten bis zu hundert Jahren haben, müssen Sie sich auf Regierungsseite etwas einfallen lassen, denn dieses Geld muß rascher zurückfließen.

Ich darf zum Abschluß kommen. Meine verehrten Damen und Herren! Die Witterung, das Klima, hat einen sehr großen Einfluß im Bau, in der Bauwirtschaft. Das Klima in einem Staat wirkt ebenfalls sehr bestimmend für den Fortschritt der Bauwirtschaft.

Achten wir bitte gemeinsam, wie jede einzelne Milliarde hart erarbeiteter Steuergelder anzulegen ist, wie wir mit jeder Milliarde möglichst viele Arbeitsplätze erhalten und nicht wegrationalisieren und zum Beispiel dafür Energie einsparen, wie wir mit jeder Milliarde möglichst vielen Menschen produktiv als Investition für die Zukunft dienen können. Das muß unser Anliegen sein, nicht das ewige Löcherstopfen. Arbeiten wir endlich für die Zukunft, und investieren wir dort, wo es sich wirklich lohnt! *(Beifall bei der FPÖ.)* 19.12

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Bauten und Technik. Bitte, Herr Minister.

19.12

Bundesminister für Bauten und Technik **Sekanina**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte, und ich hoffe, daß es mir gelingt, in Kürze auf die Bemerkungen, die vor allem die Herren Abgeordneten Dr. Keimel und Probst im Hohen Hause gemacht haben, Antwort geben.

Es würde sicherlich nach meinem Dafürhalten zu weit führen, würde ich nun chronologisch auf die einzelnen Bemerkungen Bezug nehmen, ich möchte aber doch auf einige Punkte eingehen, die mir wichtig erscheinen. Das ist, glaube ich, bei der Beantwortung von meiner Seite das Entscheidende.

Herr Dr. Keimel! Sie haben gemeint, daß die Konzeption im Bundesministerium für Bauten und Technik grundsätzlich und global nicht stimmt. Sie haben unter anderem gemeint, daß mein zeitlicher Aufwand für die Tätigkeit als Bundesminister nach Ihrer Vorstellung zu gering ist. Sie haben gemeint, daß die Personalpolitik, die ich im Bundesministerium betreibe, nicht in Ordnung ist, und Sie haben gemeint, daß die Tätigkeit der ASAG nicht in Ordnung ist und von Ihnen nicht goutiert wird. Sie haben gemeint, daß das Kon-

zept für den Straßenbau nicht ausreichend ist, eine Konzeption für den Wohnbau nicht vorliegt, und Sie haben eine Reihe von anderen Argumenten in ähnlicher Richtung vorgebracht. Das ist sinngemäß und inhaltlich von mir aus beurteilt Ihre Argumentation. Sie unterscheidet sich nicht von Ihrer Argumentation, die Sie vor Jahresfrist gesetzt haben.

Zusätzlich haben Sie mir noch vorgeworfen, wenn ich das von dieser Warte aus sagen darf, daß ich nicht kooperationsbereit bin, daß ich — nach Ihrer Version — ein gestörtes Verhältnis zu Ihrer Fraktion habe und insgesamt offensichtlich — wieder nach Ihrer Version — mit diesem meinem Verhalten deutlich dokumentiere, daß ich dieser Aufgabe in einer bestimmten Form nicht gewachsen bin.

Zuerst darf ich feststellen, Herr Abgeordneter — ich habe mich bemüht, Ihre Argumentation wörtlich mitzuschreiben —, daß ich grundsätzlich und zu jeder Zeit zu der von Ihnen mehrmals betonten Zusammenarbeit bereit bin.

In der österreichischen Bauwirtschaft wird die Praxis betrieben. In der jetzigen Situation der Bauwirtschaft können wir nach meinen Vorstellungen mit Theorie nicht sehr viel anfangen, sondern müssen wir uns um die praktischen Probleme dieser Wirtschaft kümmern.

Ich würde empfehlen — ich darf mir das von diesem Standort aus erlauben —, vielleicht Gespräche Ihrerseits zu führen mit den Herren der VIBÖ, der Vereinigung Industrieller Bauunternehmungen Österreichs — Sie dürften, glaube ich, leicht kontrollieren können, ob ich dort Kontakte pflege —, aber auch mit anderen Bereichen der Bauwirtschaft. Vorwürfe bis zum jetzigen Zeitpunkt in dieser negativen Form habe ich nicht gehört. Ich glaube, daß es dazu seitens der Bauwirtschaft auch keinen Grund gibt.

Sie treffen die Feststellung, daß die Bilanz zutiefst enttäuschend ist, und treffen zusätzlich die Feststellung, daß ich mich innerhalb der Regierung nicht durchgesetzt habe. Die Beantwortung des Bundesministers ist, glaube ich, dann sinnvoll, wenn er ganz konkret auf die Vorwürfe eingeht.

Ich darf Sie, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, daran erinnern, daß ich mir bei Amtsantritt die Bemerkung erlaubt habe, daß ich nach einem, wie ich glaube, sinnvollen Zeitraum imstande sein werde, ein Ausbaukonzept für das österreichische Bundesstraßennetz vorzulegen. Ich war der Meinung, daß Ihnen das geläufig sein würde. Ich wiederhole mich also hier, weil das offensichtlich nicht der Fall ist.

10074

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Bundesminister Sekanina

Ich habe ausdrücklich erklärt — das ist in den Stenographischen Protokollen nachzulesen —, daß Sie bis zur Jahrzehntmitte in diesen Bereichen ein optimales Grundnetz vorfinden sollen; das ist der Zeitraum um 1986.

Unter diesem optimalen Grundnetz verstehen wir — das ist das jetzt gültige Ausbaukonzept, seit langem und mehrmals von mir der Öffentlichkeit kundgetan —, daß es eine entsprechende Verbindung gibt im hochrangigen Straßennetz zwischen Wien, Salzburg, Klagenfurt, Graz und wieder zurück nach Wien, weil in diesem Raum letztlich 4,5 Millionen Menschen wohnen und der Großteil der österreichischen Wirtschaft konzentriert ist.

Das heißt also im Detail: Wir müssen die Strecke über den Wechsel fertigstellen, wir müssen die beiden Schnellstraßen von Seebenstein bis Judenburg fertigstellen, wir müssen das noch offene Stück, die 35 Kilometer, zwischen Spittal und Villach fertigstellen, wir müssen, durch internationale Umstände bedingt, die noch offenen 33 Kilometer zwischen Ried und Pichl fertigstellen. Ich glaube, daß wir mit dieser Aktivität und mit einem Kostenaufwand, auf der Preisbasis von 1981 berechnet, in der Größenordnung von 20 Milliarden Schilling dieses optimale Grundnetz erreichen werden. Das schließt nicht aus, daß es in den regionalen Bereichen eine Reihe von Problemen gibt.

Ich darf ganz konkret bemerken: Die Ausbausituation, von mir 1979 übernommen und im ersten Tätigkeitsjahr um ein bestimmtes Ausmaß erweitert, ergibt derzeit folgendes Bild: Die Westregion Österreichs hat im Autobahnbereich einen Ausbauprozentsatz von rund 84 Prozent erreicht, die Mittelregion, Oberösterreich, Steiermark und Kärnten, eine Ausbausituation von rund 40 Prozent und die Ostregion, das ist Wien, Niederösterreich und das Burgenland, eine Ausbausituation von ebenfalls rund 40 Prozent, exakt etwas weniger als 40 Prozent.

Ich habe in Gesprächen mit den Landeshauptleuten — auch eine Dokumentation meines Kontaktes im Zusammenhang mit dieser von mir zu bewältigenden Aufgabe — die Auffassung vertreten, daß es im jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist, eine gewisse Verlagerung im Bundesstraßenbau nach der Ostregion durchzuführen.

Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, die fachlichen Fakten zu beachten, nur mit denen kann ich mich auseinandersetzen und nicht mit irgendwelchen allgemeinen theoretischen Überlegungen.

Was heißt denn das? In der Reihenfolge

besitzt die höchste Ausbaustufe überhaupt Salzburg, weil dort das Autobahnnetz zu 100 Prozent ausgebaut ist. An zweiter Stelle liegt Vorarlberg mit einem Ausbaustand von ungefähr 85 Prozent, an dritter Stelle liegt Tirol mit einem Ausbaustand von 74 Prozent und an vierter Stelle liegt das Bundesland Niederösterreich mit einem Ausbaustand von 53 Prozent.

Ich meine, daß man, vom fachlichen Standpunkt aus beurteilt, nun innerhalb der Ostregion auch die Prioritäten festlegen muß. Dieser Vorwurf Ihrerseits, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, trifft nicht zu, ich kann Ihnen das sofort beweisen; auch kein mangelnder Kontakt meinerseits, wie Sie von Ihrer Warte aus argumentiert haben.

Der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich hat im Rahmen einer Sitzung im Niederösterreichischen Landtag eine Erklärung abgegeben. Ich kenne nicht die Herren, die ihm die Informationen übermittelt haben. Ich kann mir jedenfalls in der Praxis nicht vorstellen, daß sich der Herr Landeshauptmann Ludwig von Niederösterreich die Daten selbst erarbeitet und zusammenstellt. Er hat dort wörtlich erklärt, daß es ein Anschlag auf die Aktivitäten in Niederösterreich ist, auf den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes, und daß das Bundesland Niederösterreich nun um 400 Millionen Schilling weniger bekommen wird als im Jahre 1981.

Ich habe Auftrag gegeben, daß vorerst einmal der Betrag von 12,1 Milliarden exakt 12 133 Millionen Schilling, auf die neun Bundesländer verteilt wird nach einem Schlüssel, den ich mir erlaubt habe zu erarbeiten.

Gleichzeitig habe ich festgestellt, daß außer diesen 12 133 Millionen Schilling 1 Milliarde Schilling für den Ausbau im Bereich der ASAG 1982 festgelegt wurde.

Herr Landeshauptmann Ludwig, und ich habe ihm das persönlich am Telefon erklärt, hat falsch argumentiert, anscheinend auf Grund falscher Informationen, daß um 400 Millionen Schilling weniger zur Verfügung stehen werden.

Ich darf bitte darauf verweisen, daß ihm im ersten Verteilungsentwurf der Betrag von 2,2 Milliarden Schilling für die in der Auftragsverwaltung zu erledigenden Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden im Bereich des Bundesstraßenbaus, und dazu kommen die 400 Millionen Schilling, die im Bereich des Bundeslandes Niederösterreich im Tätigkeitsbereich der ASAG verwendet werden.

Eine zweite von Ihnen falsch interpretierte

Bundesminister Sekanina

Darstellung, Herr Abgeordneter Dr. Keimel. Sie haben vom zusätzlichen Verwaltungsaufwand der ASAG gesprochen, genau sind das 15 Personen. Ich habe im Einvernehmen mit den Herren Landeshauptleuten Dr. Krainer und Ludwig die personelle Besetzung dieser Gesellschaft vorgenommen, ausschließlich im Einvernehmen, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, das ist Ihnen offensichtlich nicht rechtzeitig informativ übermittelt worden.

Sie, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, haben von mir eine Antwort darauf verlangt, ob es nicht zutrifft, daß die ASAG von Verwaltungskostenseite her teurer ist als die Auftragsverwaltung.

Sie haben bitte einen wesentlichen Faktor, der fachlich aber notwendig ist, wenn man das beurteilt, außer acht gelassen. Wir bezahlen für die Auftragsverwaltung aus unseren Mitteln 7 Prozent. Die Verwaltungskosten der ASAG aber, das können Sie exakt durchrechnen, und wenn es Ihr Wunsch ist, werde ich Ihnen das übermitteln lassen, sind geringer als 7 Prozent, die ja in Wirklichkeit nicht 7 Prozent sind, sondern 8,84 Prozent. Und jede Landesbaudirektion wird Ihnen selbstverständlich, wenn Sie das aus meinen Unterlagen nicht zur Kenntnis nehmen wollen, beweisen und bestätigen, daß das zutrifft. Das heißt mit anderen Worten: Die Tätigkeit der ASAG im Verwaltungsbereich ist billiger als die Tätigkeit in Form der Auftragsverwaltung.

Es war unsere erklärte Absicht, daß mit der Beauftragung der ASAG, das ist die Autobahn-Schnellstraßen-Aktiengesellschaft, diese den Wechselübergang baut und gleichzeitig auch die beiden 135 Kilometer langen Teilstrecken oder Strecken der beiden Schnellstraßen. Wir sind dabei von der Überlegung ausgegangen, damit zu einer billigeren, schnelleren und rationelleren Vorgangsweise zu kommen. Und es ist eindeutig bewiesen, daß das möglich ist.

Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Ich habe hier von dieser Stelle aus nicht das Recht, Ihre Ausführungen polemisch zu kritisieren. Aber zu sagen, daß das Material, das ich den Klubs verpflichtet war zu übergeben über die Tätigkeit der ASAG, nichts wert ist ... (Abg. Dr. Keimel: Das habe ich nicht gesagt!) Sie haben, bitte, Herr Dr. Keimel, diese ... (Abg. Dr. Keimel: Die Unterlage ist beschämend!) Na, das ist ja dasselbe. Ihre Formulierung ist offensichtlich noch kräftiger. Ich habe mir erlaubt, das ein bißchen abzuschwächen im Hinblick auf die Mitarbeiter.

Herr Dr. Keimel! Der Generaldirektor die-

ser Gesellschaft, den ich im Einvernehmen mit dem Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich bestellt habe, war mehr als 20 Jahre in der Landesbaudirektion Niederösterreich tätig. Dem jetzt vorzuwerfen, daß seine Tätigkeit im Entwurf eine beschämende Handlung ist, muß ich im Interesse der dort Beschäftigten zurückweisen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum zweiten darf ich Ihnen sagen. Die Bauleiter ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)

Herr Abgeordneter Keimel! Ich habe nicht die Möglichkeit, in der Form zu antworten, wie Sie Ihre Zwischenrufe praktizieren. Ich muß mich hier auf das mir zustehende Recht beschränken und nicht mehr.

Ich stelle noch einmal fest, daß die dort sonst noch im fachlichen Bereich tätigen Herren langjährige Praxis im Baugeschehen haben. Ich bitte Sie, Herr Dr. Keimel, wenn Sie die Planunterlagen als unzulänglich bezeichnen im Hinblick auf Ihre Information, dann ist das Ihr gutes Recht, aber ich stelle mich uneingeschränkt vor die Mitarbeiter dieser Gesellschaft, wenn man in der Form argumentiert, daß ihre Tätigkeit, die sie dem Hohen Haus vorlegen, beschämend ist, weil das in keinem Falle zutrifft. (Beifall bei der SPÖ.)

Darf ich des weiteren, Herr Abgeordneter Keimel, sagen: Sie haben, auch zum wiederholten Male, und ich darf das im Klartext sagen, Kritik daran geübt, daß Herr Dr. Talirz in meinem Büro tätig ist. Herr Dr. Talirz ist ausgebildeter Techniker, hat jahrelang im Bereich der Arlberg-Schnellstraßen-AG gewirkt und hat durchaus wohlausgewogene Erfahrungen mit dem Straßenbau.

Ich kann dem Herrn Sektionschef Dr. Raschauer nicht zumuten, auf Grund seiner sonst sehr umfassenden und für uns wertvollen Tätigkeit, daß er sich im Rahmen des Ministerbüros ausschließlich für mich zur Verfügung stellt.

Und ich habe bitte Herrn Dr. Talirz nicht deswegen verpflichtet, damit er eine politische Funktion ausübt, sondern ich habe mir erlaubt, ihn deswegen zu verpflichten, daß ich unmittelbar täglich und stündlich imstande bin, die Entscheidungen auch im Bereiche des Bundesstraßenbaus unter einer entsprechenden fachlichen Beratung durchzuführen. Dar- aus etwas nichts Zutreffendes, nichts Korrektes abzuleiten, muß ich bitte, Herr Dr. Keimel, doch von meiner Warte aus zurückweisen. (Beifall bei der SPÖ.)

10076

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Bundesminister Sekanina

Sie haben darüber Beschwerde geführt, daß ich auch mit Ihnen keinen Kontakt habe. Herr Dr. Keimel! Ich darf Ihnen aus einem anderen Grund sagen, weil Sie noch etwas erwähnt haben, was mit unserer Tätigkeit hier überhaupt nichts zu tun hat, und es ist Ihnen bekannt, daß ich mich wohl zu den Funktionären zählen darf, die man täglich zu einer relativ zeitigen Stunde erreicht. Es wäre Ihnen sicherlich jederzeit möglich gewesen, wenn Sie das für notwendig erachtet hätten, mich zu erreichen, und ich wäre Ihnen selbstverständlich kurzfristig oder in der kürzest möglichen Zeit zur Verfügung gestanden.

Ihre Argumentation im persönlichen Bereich mir gegenüber unterscheidet sich ein bißchen von Ihrer Argumentation, die Sie hier praktizieren. Aber das ist sicherlich auch eine taktische Vorgangsweise, die ich durchaus nicht negativ werte, das gehört halt offensichtlich zum Geschäft eines Politikers.

Sie haben erklärt, obwohl das nicht hergehört, daß ich meine Multifunktionen aufgeben soll und haben etwas von einem Verhältnis zum oder im Zusammenhang mit dem ÖFB genannt. Ich bitte zu verstehen, daß ich es nicht für notwendig erachte, über dieses Problem hier zu reden.

Meine Sitzungen, wenn das noch erlaubt ist, daß ich das von der Regierungsbank aus sage, im ÖFB werden fast zu 98 Prozent an einem Samstag oder Sonntag durchgeführt. Ich bitte, mir zu erlauben, daß ich an diesen beiden Tagen über meine Freizeit entscheiden darf und verfüge. Und ein Büro im ÖFB habe ich nicht, bewußt aus den Gründen, die man leicht damit in Verbindung bringen könnte. Daher ist die Frage dieser Funktionärstätigkeit, der Tätigkeit dort, für mich völlig uninteressant im Zusammenhang mit unseren Aufgaben hier im Hohen Haus.

Der Bundeskanzler, haben Sie kritisiert, hat einen Baugipfel einberufen und nicht ich, das war bitte abgesprochen. Ich glaube, daß hier in diesem Zusammenhang eine Doppelgeleisigkeit nicht notwendig ist.

Das Gespräch mit den Landeshauptleuten im Detail, ob das die Herren Wallnöfer, Ludwig oder Wagner sind — ich habe in den letzten Wochen mit der Mehrzahl der Herren gesprochen im Zusammenhang mit dem Bauprogramm. Es ist offensichtlich nicht immer notwendig und auch nicht der Wunsch der Herren, daß es hier zu gemeinsamen Sitzungen kommt.

Ich glaube also sagen zu dürfen, daß wir im Bundesstraßenbau erstens einmal ein Konzept haben, zum zweiten imstande sind, dieses

Konzept zu realisieren, zum dritten es unsere Auffassung ist, daß wir bis zur Mitte dieses Jahrzehnts wesentliche Fortschritte erzielt haben werden, und zum vierten haben wir ein klares Finanzierungskonzept vorgelegt, dessen Realisierung Schritt für Schritt bewerkstelligt wird.

Ich darf letztlich noch zum Bundesstraßenbau behaupten, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, und das gilt auch bitte an die Adresse des Herrn Abgeordneten Probst: Wir haben in den Jahren 1954 bis 1970 eine bestimmte Entwicklung genommen. Auch die Zuwachsraten im Pkw-Bereich haben sich dementsprechend entwickelt, und es ist sicherlich nicht zu bestreiten, daß wir vor dem Ölpreisschock eine entsprechende Euphorie im Hinblick auf den Autoverkehr in Österreich feststellen konnten. Wir mußten dann auf die geänderten Verhältnisse reagieren, das haben wir getan. Ich glaube mit Recht behaupten zu dürfen, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, daß das Ressort, die Mitarbeiter des Ressorts und auch ich persönlich uns durchaus engagiert haben, und wir mit Fakten aufwarten können, die positiven Charakter tragen.

Unser Ziel ist es, dieses optimale Grundnetz herzustellen, unser Ziel ist es, die dafür notwendige Finanzierung zu bewerkstelligen, unser Ziel ist es, umweltfreundlich zu bauen, unser Ziel ist es, rationell zu bauen, und die Gründung dieser Gesellschaft ist ein wesentlicher Beitrag dazu. Es ist unser Ziel, die Sondergesellschaften zu reorganisieren, es ist unser Ziel, die Finanzierungsbereiche herauszulösen, sie zusammenzuführen, um damit ein neues Instrumentarium zu schaffen, das uns im Bundesstraßenbau weiterbringt.

Und gleichzeitig darf ich feststellen, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, es ist wieder Ihr Recht, mir Vorwürfe zu machen, aber die Entwicklung der vergangenen Jahre kann ich nicht mehr beeinflussen. Es war offensichtlich erklärte Absicht, daß bestimmte Straßenabschnitte in Österreich vorzeitig gebaut werden, das galt für den Bereich der A 10, für die Gesellschaftsstrecke, das galt für den Bereich der Pyhrn Autobahn, das galt für den Bereich der Arlberg Schnellstraße und das galt auch für den Bereich der Brenner Autobahn. Sie sehen daraus, daß mit dieser vorgezogenen Aktivität auch finanzielle Probleme entstanden sind, und diese finanziellen Probleme müssen eben heute bewältigt werden.

Es ist nun einmal so, daß durch das geänderte Verhalten des Konsumenten die Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer, die für heuer mit mehr als 13 Milliarden Schilling festgelegt wurden, in dieser Größenordnung

Bundesminister Sekanina

nicht kommen werden, sondern um rund 670 Millionen Schilling weniger, und daß daraus zusätzliche Probleme entstehen, die kurzfristig von niemandem, aber wahrlich von niemandem gelöst werden können, höchstens rein theoretisch oder rhetorisch, aber in der Praxis nicht, ich glaube, das wird jeder Fachmann bestätigen.

Zum Bundeshochbau darf ich sagen — und ich habe das angekündigt, Herr Abgeordneter Dr. Keimel und auch Herr Abgeordneter Probst —, wir werden zu einer gewissen Umschichtung kommen müssen innerhalb des Budgets.

Ich habe deutlich erklärt, daß die Priorität nicht innerhalb des Ressortsbudgets beim Bundesstraßenbau verbleiben wird, sondern eine Umschichtung zum Hochbau erfolgen wird. Und die reale Zuwachsrate für den Bundeshochbau für 1982 beträgt 3,2 Prozent, ein sichtbarer Ausweis. Das mag zu wenig sein, Herr Abgeordneter, aber doch immerhin, die Absicht ist eindeutig gewährleistet und gegeben, und das wird man von fachlicher Warte aus nicht bestreiten können. Wir werden uns selbstverständlich auch darüber den Kopf zerbrechen müssen, welche Entwicklung das in den nächsten Jahren nehmen wird.

Soweit es den Wohnbau betrifft, wird Frau Dr. Eypeltauer darauf Antwort geben, sie hat als Staatssekretärin im Bundesministerium für Bauten und Technik hier eine Ressortzuständigkeit, und ich darf für meinen Teil erklären, daß die bisherige Tätigkeit im Zusammenhang mit diesem Staatssekretariat von uns eine sinnvolle und nützliche gewesen ist, wie im Jänner die ersten vorzulegenden Arbeiten dann beweisen werden, und bei der Regierungsklausur wird man im Wohnbaubereich bereits mit Aktivitäten aufwarten können. Aus diesem Grunde, erlaube ich mir zu sagen, habe ich zwar Ihren Antrag zur Kenntnis zu nehmen, ich habe über ihn nicht zu befinden, aber dieser Antrag ist durch diese Aktivitäten an sich in seiner Aktualität nicht mehr in dem Maß gegeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf weiters bemerken, wir haben, meine Damen und Herren, im Bundeshochbau bestimmte Entwicklungen genommen, die sollte man nicht außer acht lassen. Es ist ja nicht so, daß in den letzten zehn oder elf Jahren in diesem Bereich nichts geschehen wäre.

Die finanziellen Aufwendungen im Bundeshochbau betrugen 1970 bis 1980 immerhin 36 Milliarden Schilling. Im Zeitraum seit 1970 wurden folgende Bundesbauten fertiggestellt: Insgesamt 361 Objekte, davon 142 Schulen der

Unterrichtsverwaltung, 39 Schulen der Wissenschaftsverwaltung, 54 Bauten der Landesverteidigung, 18 Bauten im land- und forstwirtschaftlichen Schul- und Anstaltenbereich und sonstige Bundesbauten 108, mit einem Kostenvolumen von 18,8 Milliarden Schilling. *(Abg. Probst: Das ist noch immer zu wenig! Die Bundesbahnen allein kriegen schon das Doppelte an Investitionen in diesem Zeitraum! Warum unterzeichnen Sie unseren Antrag nicht? Er ist zielführend!)*

Herr Abgeordneter Probst! Es wird kaum zielführend sein — zumindest von meiner Warte aus ist die Chancengleichheit nicht gegeben —, wenn ich hier jetzt mit zeitlichem Aufwand auf Einzelheiten eingehe.

Ich stelle fest, was geschehen ist. Ich bezweifle nicht, daß das Argument, das kann auch noch zu wenig sein, seine Berechtigung hat.

Aber im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Abläufe hat auch das Bautenressort seine ihm zugeordnete Größenordnung, und es ist nicht so, daß im Bundeshochbau, der ja vom Arbeitsplatz her gesehen, von der Arbeitsmarktverwaltung her gesehen, das Interessantere für uns sein könnte, nichts geschehen ist.

Noch einmal: Eine reale Zuwachsrate von 3,2 Prozent. Ihr oppositionelles Argument lautet: zu wenig. Aber das ist keine besondere Anstrengung, wenn ich feststelle, daß etwas zu wenig ist. Die Frage für den Ressortleiter lautet, ob er seine Absicht verwirklichen konnte zu einem bestimmten Teil, und das habe ich. Und die nächste Frage lautet, ob diese Entwicklung auch fortgesetzt wird, und ich bin davon überzeugt, daß das möglich ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Eine weitere Aktivität darf ich aufzeigen, weil ja immer der Eindruck entsteht, daß im Bundeshochbau überhaupt nichts mehr geschieht. Das ist ja nicht der Fall.

Ich habe jetzt gesagt, welche Beträge wir aufgewendet haben, 36 Milliarden Schilling. Ich habe Ihnen aufgezeigt, wie viele Objekte fertiggestellt wurden. Darf ich Ihnen nun eine Zusammenfassung der im Bau befindlichen Neubauten übermitteln. Das sind auch wieder 164 Objekte, unterteilt auf die einzelnen Bereiche, ich möchte Sie nicht mehr zeitlich strapazieren und das hier auf die Bereiche bezogen erwähnen. Aber immerhin sind mit diesen 164 Objekten, ist mit dieser Zahl von Objekten ein Bauvolumen in der Größenordnung von 17,1 Milliarden Schilling verbunden.

10078

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Bundesminister Sekanina

Ich darf abschließen, meine Damen und Herren, und für meinen Teil feststellen:

Im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mußte auch das Ressort Bauten und Technik gewisse Zwangsläufigkeiten zur Kenntnis nehmen. Innerhalb des Ressorts haben wir uns bemüht, die für uns mögliche Umschichtung in die Wege zu leiten. Soweit es den Bundesstraßenbau betrifft, haben wir Wege beschritten oder begonnen zu beschreiten in der Kürze dieser Zeit, die dazu führen sollen, rationeller, das heißt sparsamer, umweltfreundlicher und schneller bauen zu können.

Im Hochbau habe ich mir erlaubt zu erwähnen, welche Aktivitäten wir gesetzt haben, im Wohnbau wird auf die Einzelheiten noch eingegangen werden.

Grundsätzlich heißt das, wir sind der Überzeugung, daß mit dieser Konzeption, die eindeutig und klar auf dem Tisch liegt, überprüfbar und überschaubar ist, auch in den nächsten Jahren ein nicht unbeträchtlicher Beitrag zur Entwicklung der Bauwirtschaft geleistet werden wird.

Und abschließend, letzter Satz. Die jetzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel... Ich sage das deswegen so einschränkend, damit ich nicht wieder in den Verdacht komme, angekündigt und nicht gleich um 11 Uhr das erledigt zu haben, weil ich um 10 Uhr beim Finanzminister war; übrigens hat der zeitliche Ablauf damals zugetroffen, aber das nur nebenbei. Wir werden bemüht sein als Ressort durch andere Aktivitäten, die zu einem späteren Zeitpunkt und nicht zu dem augenblicklichen möglich sind, für eine weitere finanzielle Besserstellung in diesem Bereich Sorge zu tragen.

Soweit meine Antwort auf Ihre Beiträge.
(Beifall bei der SPÖ.) 19.37

Präsident Thalhammer: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Keimel zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm und mache auf die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen aufmerksam.

19.37

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! (Abg. Wille: Ob es eine tatsächliche Berichtigung sein wird?) Sicher, Herr Abgeordneter Wille. Ich mache eine tatsächliche Berichtigung deshalb, damit etwas nicht im Raume stehen bleibt, sonst hätte ich sie gar nicht gemacht.

Ich habe nämlich in meinen Ausführungen,

Herr Minister, erklärt, daß die Vorlage III/112 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen, Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik über die bisherigen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Autobahn und Schnellstraßen AG, beschämend ist. Daß Sie jetzt meine Ausführungen überwälzen wollen auf die Mitarbeiter dieser ASAG, ist polemisch, um bei Ihrem Ausdruck zu bleiben.

Denn das, was Sie hier dem Parlament vorlegen, Herr Minister — und das habe ich als beschämend bezeichnet, ich habe es Ihnen auch gesagt —, ist, daß hier nichts berichtet wird, was uns neu wäre. Aber vielmehr noch, ich habe die Kosten der ASAG, die alle von den Baumitteln weggehen, von der Bundesmineralölsteuer, so scharf kritisiert und damit Sie, nicht die Mitarbeiter. Und hier bekommen wir einen teuren gedruckten Prospekt.

Das ist nicht Aufgabe, Herr Minister, einer Gesellschaft, die rationell, wirtschaftlich und billigst bauen soll. Und daher und jetzt komme ich dazu, Herr Minister, und jetzt komme ich dazu. (Bundesminister Sekanina: Billiger als die Auftragsverwaltung! 7 Prozent! — Abg. Dr. Heindl: Wo ist die Tatsachenberichtigung? — Abg. Kittl: 7 Prozent Verwaltungskosten!)

Jetzt kommt die erste Tatsachenberichtigung: Sie haben erklärt, daß es offensichtlich billiger wäre. Sehen Sie aber, diese genaue Berichterstattung steht im Bericht an das Parlament nicht drinnen. Aber wissen Sie, warum es derzeit billiger ist — als Berichtigung —? Weil alles, was bisher diese ASAG an Teilstrecken vergeben hat, inklusive aller Ablaufpläne von dieser Auftragsverwaltung ja vorgelegt und bereits erarbeitet worden sein soll. Das wissen Sie auch. (Bundesminister Sekanina: 7 Prozent! — Abg. Dr. Heindl: Das ist eine tatsächliche Berichtigung?) Mit diesen 7 Prozent. Das ist eine tatsächliche Berichtigung.

Und nun, Herr Minister, wörtlich... (Zwischenrufe.) Ich würde vielleicht dem Herrn Präsidenten diese Wertung überlassen.

Präsident Thalhammer: Der Redner hat nur fünf Minuten Zeit, ich bitte, ihn am Wort zu lassen und die Handhabung der Geschäftsordnung mir zu überlassen. Bitte, Herr Dr. Keimel.

Abgeordneter Dr. Keimel (fortsetzend): Sie haben nun gesagt, Herr Minister — und das möchte ich nicht im Raum stehen lassen —, Sie weisen entschieden zurück, daß ich erklärt hätte — ich habe es mitstenographiert —, die Tätigkeit der bewährten Mitarbeiter der ASAG sei beschämend. Ich weise das

Dr. Keimel

auch zurück, weil ich das nicht erklärt habe, und Sie wissen es auch. Nicht die Tätigkeit der bewährten Mitarbeiter der ASAG sei beschämend, das habe ich nie gesagt, und daher brauchen Sie es auch mir gegenüber nicht zurückweisen. Aber eine Antwort auf eine tatsächliche Frage, die ich gestellt habe, haben Sie mir wohlweislich nicht gegeben.

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Dr. Keimel, aber jetzt wirklich zur Berichtigung zu kommen.

Abgeordneter Dr. Keimel (fortsetzend): Die Frage um das teure Verwaltungsgebäude, die haben Sie wohlweislich nicht in Ihren Ausführungen beantwortet. *(Beifall bei der ÖVP.)* 19.42

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lußmann. Ich erteile ihm das Wort. *(Abg. Dr. Heindl: Wo ist die tatsächliche Berichtigung des Dr. Keimel?)*

19.42

Abgeordneter Lußmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Minister! Wenn man sich zum Kapitel Bauten mit den Straßen beschäftigt, halte ich es für wichtig, einige Sätze über deren Bedeutung vor auszuschicken.

Nach dem 2. Weltkrieg hat die Motorisierung eine unglaubliche Entwicklung erlebt, die uns nahezu überrollt hat. Hatten wir vor dem Krieg noch ein Bundesstraßennetz von zirka 4 000 Kilometern, so sind es derzeit 12 275 Kilometer. Das ist aber gar nicht das Wesentliche, denn in Wahrheit beträgt das Straßennetz in Österreich 185 000 Kilometer, wenn man die Landes-, Gemeinde-, Forststraßen und sonstige berücksichtigt; Straßen, denen im wesentlichen die Funktion der Verbindung von Bundesstraßen oder eine Zubringerfunktion zukommt.

Demgegenüber haben wir ein Schienennetz von 6 776 Kilometern. Das allein könnte die Verschiebung der Verkehrsstruktur im letzten halben Jahrhundert schon verdeutlichen. Hinzu kommen noch die eindrucksvollen Ziffern der Verkehrszählung.

Ich habe die erste Verkehrszählung 1928 gefunden. Damals waren in Österreich 65 000 Fahrzeuge. Die letzte Verkehrszählung mit Ende letzten Jahres hat 3 385 000 Fahrzeuge ergeben, was unter anderem auch heißt, daß 300 PKW auf 1 000 Einwohner kommen, wo wir noch unter den Werten von einigen westeuropäischen Staaten liegen. Und auf die Art wickeln sich auch 90 Prozent des Personen-

verkehrs, mindestens 80 Prozent des Güterverkehrs auf den Straßen ab. 93 Prozent aller Ausländer, die nach Österreich kommen, kommen mittels Kraftfahrzeug herein.

Mehrere internationale Studien prophezeien uns noch eine wesentliche Zunahme bis zum Jahre 2 000, manche sprechen von 50 und über 50 Prozent.

Auch dem Kommentar zur Dringlichkeitsreihung von 1980 des Bautenministeriums ist wörtlich zu entnehmen — ich darf zitieren —: „Innerhalb des österreichischen Verkehrswesens nimmt der Verkehrsträger Straße eine dominierende Stellung ein. Ähnlich wie in den westlichen Nachbarstaaten entwickelt sich der Straßenverkehr auch in Österreich in den letzten Jahren bedeutend stärker als der Schienenverkehr. Und dies trotz der Auswirkungen der Energiekrise. Dies trifft sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr zu.“

Soweit, meine Damen und Herren, zu den handfesten Unterlagen der bisherigen und weiteren Entwicklung.

Nun möchte ich mich der heutigen Ausgangsposition zuwenden. Trotz dieser rasanten Entwicklung fehlt es noch immer an einem tragfähigen Finanzierungskonzept zur Fertigstellung der im wesentlichen fertiggestellten Planungen. Wir hätten im österreichischen Bundesstraßennetz insgesamt noch 600 Kilometer an Autobahnen, 700 Kilometer an Schnellstraßen und 4 500 Kilometer an Bundesstraßen B auszubauen. Wenn man da den Schnitt des Baufortschrittes der letzten 10 Jahre von jährlich 40 Kilometern Autobahnen, 22 Kilometern Schnellstraßen und ungefähr 100 Kilometern Bundesstraßen B heran nimmt, so würde man bis zur Fertigstellung der Autobahnen noch 15 Jahre, für Schnellstraßen noch 32 Jahre und der Bundesstraßen B 45 Jahre warten müssen.

Ich habe hier die Dringlichkeitsreihung — infolge der vorgeschrittenen Zeit möchte ich nicht noch die Straßen aufzählen, wie sie in der Dringlichkeitsreihung vorgesehen sind —, es sind ungefähr 60 Prozent der eben zitierten Straßen. Bei den derzeitigen finanziellen Voraussetzungen, Herr Minister — und da sind Sie ja zuständig —, könnte in diesem Jahrzehnt nur ein Bruchteil verwirklicht werden, auch nur ein Bruchteil der in der Dringlichkeitsreihung vorgesehenen Straßen. Denn bei der derzeitigen Konstellation stehen 65 Milliarden bis 1990 für die in der Dringlichkeitsreihung vorgesehenen Neubaumaßnahmen zur Verfügung. Das sind, wie dem Kommentar zu entnehmen ist, 50 Prozent der mit 130

10080

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Lußmann

Milliarden bezifferten erforderlichen Mittel. Und ausgerechnet, Herr Minister, im Straßenbau ist keine Steigerungsquote eingesetzt. Es wird von den gleichbleibenden Einnahmen aus der zweckgebundenen Mineralölsteuer ausgegangen. Und durch die höheren Rückzahlungen an die Sondergesellschaften — diese werden mit 103 Milliarden beziffert — sowie einen steigenden Erhaltungsaufwand ist mit einer Verminderung des Ausbaues auf 40 Prozent der vorhandenen Budgetmittel zu rechnen.

Für die Österreichischen Bundesbahnen ist vergleichsweise im 10-Jahres-Programm eine Steigerung von 6 auf 8,5 Milliarden Schilling Jahresquote vorgesehen. Das, Herr Minister — wenn man das Resümee zieht —, ist auf Sicht hin die Bankrotterklärung der österreichischen Straßenbaupolitik. Kollege Kittl — jetzt ist er nicht da ... (*Abg. Kittl: O ja! — Abg. Graf: Er ist da!*) Er ist da! Er fühlt sich noch bemüht, dieser Politik zu applaudieren, weil wieder einmal — so haben Sie im Ausschuss gesagt — klare Prioritäten gesetzt werden. Ja, Herr Kollege, da muß ich Ihnen sagen, ich habe bei der Straßenbaupolitik keine Freude, denn das ist ein Fortwursteln, wo derzeit mehr repariert als konstruiert wird. Ich meine, das muß man einfach zugeben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es scheint auch ein Mißverständnis vorzuliegen zwischen dem Finanzminister und dem Bautenminister, Herr Kollege. Der Herr Finanzminister hat erklärt, das Jahrzehnt der Investition ist angebrochen, beim Herrn kraftstrotzenden Bautenminister sieht man also, daß das Jahrzehnt der Stagnation, wenn nicht der Resignation im Straßenbau angebrochen ist. Es ist einfach alles rückläufig, die Wohnungen und die Straßen. Und dabei, Herr Minister, haben Sie das beste Instrument zur Belebung der Wirtschaft in der Hand: (*Bundesminister Sekanina: Das trifft ja für die Eisenbahn auch zu!*) Hilfe für Jungfamilien, die Sie im Wohnbau geben können, und Hilfe für die Armee der Straßenbenutzer, die wir einfach haben. Und Sie wissen damit zu wenig anzufangen, das sind doch Tatsachen! (*Abg. Kittl: Die Regierungsvorlage liegt schon im Ausschuss!*)

Herr Kollege, ich muß schnell darauf eingehen, weil Sie die Steiermark zitiert und gesagt haben: Was ist denn in der Steiermark mit dem Geld geschehen? Da ist nichts geschehen! Ich kann Ihnen sagen, was geschehen ist: Wir haben zu wenig Mittel bekommen, denn die Steiermark hat 1,5 Milliarden Schilling aus ihrem Budget vorfinanziert, damit bei den Straßen endlich etwas weitergeht. Das sind ja

feststehende Tatsachen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Konzeption des Herrn Ministers geht davon aus, einerseits das angefangene Grundnetz im Bereich des Straßenbaues sinnvoll zu ergänzen und gleichzeitig auf die Verkehrsanschließung der wichtigsten Industrieorte Bedacht zu nehmen und andererseits — das haben Sie heute gesagt — ein optimales Grundnetz bis 1985 fertigzustellen. Das zweite werden Sie sicher nicht können, das werde ich Ihnen noch beweisen, weil die finanziellen Voraussetzungen fehlen.

Das Konzept, Herr Minister, gleicht dem des Bundeskapitäns Stotz, nämlich eine vorhandene Mannschaft im Falle eines Ausfalles sinnvoll durch einige Ersatzleute zu ersetzen. Bitte sehr, Herr Minister, das ist auch keine erfolgversprechende Strategie für die Zukunft. Herrn Bundeskapitän Stotz haben Sie ja auf eine nicht sehr vornehme Art gefeuert. (*Bundesminister Sekanina: Das Präsidium, bitte!*) Das Präsidium, bitte sehr!

Alles rosig zu schildern, das beginnt schon mit der Budgetrede des Herrn Finanzministers: Für den Bundesstraßenbau stehen für 1982, sagt er, 15,742 Milliarden zur Verfügung.

In Wahrheit sind es nur 6,4 Milliarden, und da sind noch die Grundablösen dabei. Und die Differenz wird schon im nächsten Jahr nur für Rückzahlungen und Erhaltungsmaßnahmen aufgewendet. Also ohne zusätzliche Finanzierungsmittel, Herr Minister, werden Sie ganz einfach nicht über die Runden kommen. Was Minister Lausecker gelingt — ich habe es zuerst zitiert —, was die Mittel betrifft, das hätte man eigentlich von Sekanina erwartet, und das ist der eigentliche Vorwurf, den man Ihnen machen muß! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und da weniger Mittel aus der Mineralölsteuer hereinkommen — habe ich erst gestern gehört —, wählen Sie folgende Vorgangsweise. Sie haben ein Telegramm an den Landeshauptmann von Niederösterreich geschickt, daß die Mittel für 1981 um 150 Millionen gekürzt werden.

Herr Minister: zugesagte und verbaute 150 Millionen Schilling. Ja was sollen jetzt dort die Baumeister, sollen die in ihrem eigenen Saft schmoren? Die können doch auch nicht alle ihre Leute ohne Weihnachtsremuneration und ohne Lohn nach Hause schicken, wenn der Baumeister das umsetzt. Das ist einfach eine unakzeptable Vorgangsweise. (*Bundesminister Sekanina: Nur stimmt es nicht!*) Ja bitte sehr, ich habe es so gehört. (*Bundes-*

Lußmann

minister Sekanina: Ich habe den Herrn Landeshauptmann Ludwig ...)

Herr Minister, Ihnen fehlen einfach für die vorgesehenen Baumaßnahmen im Jahr 1982 rund eine Milliarde, und Sie müssen diese fehlende Milliarde auf die anderen Bundesländer verteilen, denn was Sie zuerst schon gesagt haben — aber ich glaube, da liegt ein Mißverständnis vor, auch vom Landeshauptmann von Niederösterreich —: Die 400 Millionen dürfen also doch in Niederösterreich verbaut werden, und zwar bei der (*Bundesminister Sekanina: ASAG!*) ASAG. Dann ist das in Ordnung.

Erlauben Sie mir, in Kürze zur bereits geschilderten Bedeutung der Straßen noch einige Argumente anzuführen. Zum Beispiel die Frage der Sicherheit. Ich habe mir die Mühe gemacht, alle erreichbaren Statistiken über Verkehrsunfälle seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu sichten: Zählungen von 1951 bis 1980, von vorher habe ich es nicht gefunden: 53 900 Verkehrstote. Also sind es auf alle Fälle noch mehr. Die Höchstquote war 1972 mit 2 236 Verkehrstoten. Seither ist es rückläufig, was sicher schon auf den besseren Straßenzustand zurückzuführen ist. Es sind jetzt ungefähr 1 850 pro Jahr.

Jetzt kommt aber das Wesentliche, Kollege Probst hat das auch schon angeschnitten: Auf der Autobahn sind es pro Jahr nur 100. Das allein läßt doch schon den eindeutigen Schluß zu, daß je besser die Straßenqualität, desto geringer die Zahl der Unfallopfer ist. Und diese Theorie wird auch noch erhärtet durch die Statistik der Bundesgendarmerie, die über das Verkehrsunfallgeschehen in Österreich seit 15 Jahren eine Statistik führt. Da liegen für 1980 163 markante Gefahrenstellen vor, wo alarmierende Unfallziffern festzustellen sind. Leider sind auch in der Steiermark Rekorder. Zum Beispiel bei den vier Gendarmerieposten Stainach, Liezen, Selzthal und Trieben, auf der berüchtigten „Gastarbeiterroute“ sind 14 dieser Gefahrenstellen. Da das mein Heimatbezirk ist, weiß ich auch warum. Dort sind die Straßen einfach zu schmal, enge, unübersichtliche Kurven, ein schlechter Belag und, und, und. Und das erhöht die Unfallgefahr. Dort liegen auch die Gründe dafür, daß außerdem in den letzten 15 Jahren im Jahresdurchschnitt 65 000 Verkehrsverletzte zu beklagen sind.

Ein weiteres Argument ist die Wirtschaftlichkeit. Im Rahmen des Weltkongresses International Roads Federation heuer im Juni in Stockholm hat ein Bonner Ministerialrat, nämlich Fritz Busch, darauf hingewiesen —

ich darf zitieren —: „Großzügiger Straßenbau hilft mittel- und längerfristig, nicht nur Mineralölsteuer einsparen, sondern auch der Effekt der höheren Sicherheit, also Verminderung der Unfällen wird sofort sichtbar.“

Immerhin, Hohes Haus, ist der Sachschaden in Österreich jährlich ungefähr 25 Milliarden hoch.

Als drittes möchte ich noch etwas anführen. Das Straßenverkehrssystem möglichst sicher zu gestalten, ist nicht nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine moralische Forderung an den Staat.

Es haben zwei Herren, Dr. Weinsbach aus Bonn und Dipl.-Ing. Beckjunker aus Münster, in dem Schweizer Fachorgan „Straße und Verkehr“ folgende, meiner Meinung nach völlig richtige Forderung aufgestellt — und ich darf wieder zitieren —: „Die Länder Mittel- und Westeuropas sind ohne Straßenverkehr, der eine wesentliche Voraussetzung für ihren wirtschaftlichen Wohlstand ist, nicht denkbar. Der Bürger als Straßenbenutzer investiert mit jedem gefahrenen Kilometer in dieses von ihm gewünschte Verkehrssystem. Er hat daher auch ein angemessenes Recht auf eine entsprechende Rendite für seine Leistung als Steuerzahler. Daher ist es der Verwalter des Straßennetzes dem Investor, sprich Bürger, schuldig, die hier anfallenden Mittel auch zweckentsprechend zu verwenden.“

Daher ist es eine alte Forderung — sie wurde heute auch schon mehrmals aufgestellt —, eine größere Zweckbindung der im Rahmen des Straßenverkehrs eingenommenen Steuern und Abgaben durchzuführen. Ich möchte jetzt die ganzen Einnahmen, die über den Kraftfahrzeugverkehr hereinkommen, nicht im einzelnen anführen; aber zu den Steuern, die Sie einnehmen, die im Budget enthalten sind, kommt noch der große Brocken der Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer und vor allen Dingen auch die Mehrwertsteuer aus dem Kraftfahrzeugverkauf und -betrieb mit 12,6 Milliarden Schilling. Dazu Strafgebuhen und Anmeldegebühren von 700 Millionen Schilling. Führerscheingebühren, Parkgebuhen und, und, und.

Wenn man alles zusammenzählt, mit den Einnahmen, wie sie im Budget sind und diesen anderen, so kommt man auf die große Summe von 38 Milliarden Schilling, Herr Minister. Da kann man wirklich nur sagen, die Kraftfahrzeugbesitzer sind die Melkkuh der Nation. Er hat bislang mit wahrer Engelsgeduld alle Belastungen ertragen, obwohl die Gegenleistung in keinem Verhältnis steht. Trotzdem ist es nach wie vor eines der ersten

10082

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Lußmann

Bedürfnisse fast aller volljährig gewordenen jungen Menschen, den Führerschein zu erwerben. Wer von der Annahme ausgeht, daß der Individualverkehr in Zukunft abnehmen wird, der setzt sicher aufs falsche Pferd.

Ich möchte aber, Herr Minister, nicht alles verteufeln. Mir sind auch die Schwierigkeiten, die Sie haben, völlig bewußt. Das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung steigt, dadurch wird das Bauen sicher kostspieliger und verzögert sich. Ich kann mich auch Ihrer Straßenbauphilosophie ohne weiteres nähern, die ist ja nicht nur Ihre, sondern derzeit modern, nämlich, um das einfach zu sagen: wieder am Boden zu bleiben, einige Kurven mehr und so weiter, aber dabei müssen natürlich auch die geologischen Voraussetzungen stimmen, und eher in die Länge als in die Breite zu bauen.

Es ist nur die Frage, weil heute schon von der ASAG die Rede war, ob im konkreten Fall der Spartrasse durch das Pittental über den Wechsel die Rechnung mit dieser Spartrasse aufgeht. Denn Sie haben immerhin die Kosten der Neuplanung dazu, Sie können mit einer erheblichen Bauverzögerung rechnen oder müssen rechnen, Sie müssen die bereits erfolgten Grundablösen wieder rückgängig machen und neue Ablösen durchführen.

Herr Minister, über die ASAG wurde heute schon mehr gesprochen, und wir werden uns die Sache im Ausschuß wirklich gründlich anzusehen haben. Denn da kommen — und Sie haben es heute auch schon zum Teil zitiert — Jubelmeldungen aus der Steiermark; zum Beispiel das Teilstück Umfahrung Knittelfeld der S 36 ist vergeben. In Wirklichkeit sind dort ja alle planlichen Vorbereitungen seitens des Landes bereits fix und fertig gewesen. Was Sie auch zuerst zitiert haben, daß die so billig arbeiten, dazu muß ich sagen, ja das ist ja kein Wunder: Wenn ich nur in's Ladel greifen muß und habe da schon die Pläne fertig, ist das natürlich ein gewaltiger Startvorteil.

Auch wurde schon die Teilstrecke der S 6 von Sankt Marein nach Kapfenberg ausgeschrieben. Aber es sind ja auch in der Planung schon fix und fertig: die Umfahrung Niklasdorf und die Südumfahrung von Leoben, das wissen Sie also anscheinend, weil Sie beifällig nicken.

Da schmückt sich die ASAG sicher vorläufig mit fremden Federn, Herr Minister, obwohl ich gehört habe — von Graz aus, von der Landesbaudirektion —, daß die Kooperation gut ist. Allerdings habe ich auch gehört — das muß ich hier auch anbringen —, daß die Grundablösen schon zum Eineinhalbfa-

chen, als es üblich beziehungsweise vorgeschrieben ist durchgeführt werden, damit man halt — husch, husch — etwas schneller fertig wird.

Da möchte ich auch noch einmal fragen — Sie sind, Herr Minister, nicht darauf eingegangen —, ob dieser Ankauf eines Bürogebäudes für die ASAG in Wr. Neustadt, der angeblich ungefähr 10 Millionen ausmacht, nötig war. Übermorgen findet ja, glaube ich, die feierliche Eröffnung statt, vielleicht können Sie uns da noch etwas sagen.

Noch etwas: Es ist bei dieser ASAG ein ganz eigenes Team, und das birgt halt die Gefahr in sich, daß bei dieser Konstellation zumindest ein Teil der Beamten, die Sie im Ministerium oder in den Landesbaudirektionen haben, gezwungen sind, Daumen zu drehen, wenn die Agenden so verschoben werden. Und die, Herr Minister, meine Damen und Herren, haben doch die ganze Zeit bewiesen, daß sie Straßen bauen können. Wir haben in Österreich immer hervorragende Planer und Techniker gehabt.

Viele Straßen sind bei uns im Land sogar eine Bereicherung der Landschaft, möchte ich sagen, zum Beispiel in meiner Heimat, wenn ich die Nordtrasse des Prädichl hernehme, und viele Teilstücke auf der Autobahn, das können wir doch immer wieder beobachten. Seit eh und je sind in Österreich schöne Straßen gebaut worden. Die Gesäusestraßen zum Beispiel oder gar die Großglocknerstraße.

Natürlich gibt es Auswüchse, das wissen wir auch. Aber so kann man es ja sicher nicht machen, wie Kurt Tozzer in seiner Fernsehsendung — ich habe sie zufällig gesehen —, daß man einfach nur die Negative herauszieht. Dann gibt es natürlich Anlaß zu Kritik und Unruhe in der Bevölkerung. Aber man könnte es genau umgekehrt machen und nur die schönen Teilstücke zeigen, dann wäre halt alles wunderbar. Da muß man sicher den Mittelweg gehen.

Ich möchte aber die Möglichkeit, hier zu reden, zum Anlaß nehmen, um den Beamten, den Planern und Erbauern von Straßen von hier aus meinen herzlichsten Dank auszusprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich möchte auch nicht die Gelegenheit verstreichen lassen, Sie an den Raum Eisenwurzen zu erinnern. Sie waren ja selber dort und haben ihn kennengelernt. Sie haben uns versprochen, jedes Jahr hundert Millionen bis 1985 zu verbauen. Es ist aber kein Ansatz im Budget beim Straßenverzeichnis. Ich habe zumindest nichts davon entdeckt.

Lußmann

Damit möchte ich schon schließen. Hohes Haus! In der Krise beginnt sich die wirtschaftliche Kompetenz der Volkspartei — Gott sei Dank — mehr durchzusetzen. Man hat das vorige Woche beim Mock-Kreisky-Abkommen gesehen. Bislang war es doch so, daß die Vorstellungen des Mock-Planes auch vom Herrn Bundeskanzler, bitte sehr, ständig vom Tisch gewischt, wenn nicht sogar ins Lächerliche gezogen wurden.

Und nun plötzlich werden die Vorstellungen doch anerkannt, weil sich meiner Meinung nach die besseren Ideen früher oder später doch durchsetzen. Wenn sich die klaren Vorstellungen der Volkspartei auch auf dem so wichtigen Bautensektor durchsetzen, dann könnten wir diesem Kapitel zustimmen, Herr Minister. So aber leider nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)* 20.03

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hesoun. Ich erteile ihm das Wort.

20.04

Abgeordneter **Hesoun** (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Vorerst an die Adresse des Herrn Dr. Keimel im Zusammenhang mit der ASAG. Herr Dr. Keimel, Sie haben kritisiert, daß die Bürogebäude in Wiener Neustadt sozusagen adaptiert wurden und damit zusätzliche Kosten verursacht werden. Ich möchte dem in aller Form entgegenhalten: Die Bürogebäude in Wiener Neustadt umfassen 900 m² Fläche und haben einschließlich der Adaptierungskosten 10,2 Millionen Schilling betragen. Ich möchte noch unterstreichen, daß dies ein Mietobjekt ist.

Gleichzeitig hat von der beabsichtigten Büroerrichtung der Herr Landtagsabgeordnete Zimmer Kenntnis bekommen, seines Zeichens LandesparteiSekretär der Österreichischen Volkspartei Niederösterreich. Er hat ein Angebot unterbreitet von der Wohnbaugenossenschaft „Frieden“ um 15 Millionen Schilling — in einem Neubau.

Ich frage daher: Ist vielleicht Ihre Kritik so zu sehen, daß hier seitens der Verantwortlichen das Angebot des LandesparteiSekretärs der Österreichischen Volkspartei Zimmer im Zusammenhang mit der Wohnbaugenossenschaft „Frieden“ abgelehnt wurde? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bedaure, daß hier von Ihrer Seite Kritik in der Öffentlichkeit geübt wird. Die Zahlen, so glaube ich, beweisen ja, wie verantwortungsbewußt man gehandelt hat.

Herrn Abgeordneten Lußmann nur eine Antwort: Wenn Sie hier die Kritik am Bautenminister und an den Verantwortlichen anbringen, daß die Grundablösen das Eineinhalbfache betragen haben, so nur einen kurzen Satz dazu: So wie bei all diesen Fragen hat es sicherlich die Oppositionspartei sehr leicht zu behaupten, daß für die Grundablösen das Eineinhalbfache bezahlt werde. Es wird das sicherlich von Ihrer Seite so ausgelegt, daß die Verantwortlichen schlecht verhandelt haben. Gleichzeitig werden aber von ihrer Seite immer wieder Grundbesitzer in Schutz genommen, es wird die Behauptung aufgestellt, daß zu wenig seitens des Bundes bezahlt wird.

Die gleiche Vorgangsweise kennen wir im Zusammenhang mit dem Wohnbau, wo ebenfalls von Ihrer Seite die Hausherren immer wieder so informiert werden, als ob die Mieter zu wenig zahlen würden. Auf der anderen Seite wiederum gehen sie zu den Mietern und behaupten, die Mieten seien zu hoch.

Diese Politik, geschätzte Damen und Herren, kennen wir; wir nehmen sie aus diesem Grund nicht sehr ernst. Die Öffentlichkeit macht sich ein Bild darüber, bildet sich ein Urteil, und ich glaube, der Befund, der in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang ausgestellt wurde, ist sicherlich für Sie von Nachteil gewesen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Einen Hinweis noch auf die Vorgangsweise beim Straßenbau in Niederösterreich. Hier wurde immer wieder Herr Landeshauptmann Ludwig in den Vordergrund gestellt. Ich möchte nur ganz formlos und ohne Emotion die Feststellung treffen, geschätzte Damen und Herren, daß Herr Landeshauptmann Ludwig noch bis vor kurzem Bürgermeister in Perchtoldsdorf war, dort ein Straßenbaulos begonnen wurde. Dieses Baulos war ausgelegt auf 24 Monate Bauzeit, in wenigen Monaten hat man sich aber alles überlegt; hat dieses Baulos kurzfristig auf 14 Monate verkürzt, die Firma mußte — „mußte“, unterstreiche ich — die Beschäftigten dazu bringen, Überstunden zu leisten, damit das fertiggestellte Baulos rechtzeitig am 9. Dezember — vor wenigen Tagen also — dem Verkehr übergeben werden konnte.

Meine Frage an Herrn Landeshauptmann Ludwig *(Ruf bei der ÖVP: Sie sind im Nationalrat!)*: Warum eine Vorverlegung der Bauzeit? — Darauf ein lapidare Antwort, geschätzte Damen und Herren. Im Zusammenhang damit, daß der jetzige Bürgermeister von Perchtoldsdorf unbedingt diese Straße als Umfahrungsstraße für die Hoch-

10084

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Hesoun

straße braucht, denn die Hochstraßen brauchen die Weinhauer fürs Parken.

Gleichzeitig damit werden aber Freisetzungen seitens der Firma dort vor sich gehen müssen. So kann man natürlich auch Politik machen.

Ich habe aber nicht die Absicht, diese Politik zu unterstreichen, sondern möchte mich mit grundsätzlichen Fragen auseinandersetzen. (*Abg. Dr. Keimel: Wer ist denn dort der Vermieter?*) Ich weiß das. Ich war schon dort, Herr Dr. Keimel. Sie waren ja noch nicht dort. Sie sind Obmann des Bauausschusses, fahren Sie doch hin. (*Abg. Dr. Keimel: Ich weiß es wirklich nicht!*) Sehen Sie sich die Dinge an, kritisieren Sie von mir aus im nachhinein, verfolgen Sie die Zielvorstellung, die damit verbunden war. Erkundigen Sie sich an Ort und Stelle, wie die Dinge dort liegen. (*Abg. Dr. Keimel: Wenn Sie mir sagen, wer der Vermieter ist, brauche ich nicht hinzufahren!* — *Zwischenruf des Abg. Vetter.*)

Das hat nichts mit Höflichkeit zu tun. Kollege Keimel hat erst gesagt, Kollege Vetter, daß er nicht informiert ist. Als Obmann des Bautenausschusses hat er doch jede Möglichkeit, sich zu informieren. (*Abg. Dr. Keimel: Ist das vielleicht gar ein Geheimnis, wer der Vermieter ist?*)

Geschätzte Damen und Herren! Die Bauwirtschaft nimmt sowohl durch die Produktionsleistung ihrer Beschäftigten als auch durch den hohen Multiplikatorwert auf Grund ihrer Verflechtung mit der übrigen Wirtschaft eine Schlüsselstellung in der österreichischen Volkswirtschaft ein. Herr Dr. Keimel, wir sollten uns hier mit den Sachproblemen auseinandersetzen und keine Streitgespräche führen, wenn ich so sagen darf, gerade jetzt nicht.

Ich glaube, es wäre förderlich für alle Beteiligten, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Ich habe eigentlich mit Verwunderung heute Ihre Ausführung gehört. Gestern habe ich dem Obmann des Handelsausschusses zugehört, der ganz andere, versöhnliche Töne gefunden hat. Ich glaube, es ist Zeit, solche Töne zu suchen und auch zu finden.

Es hat niemand etwas davon, wenn man immer wieder nur nörgelt, kritisiert und Dinge an die Öffentlichkeit zerzt, die eigentlich falsch dargestellt werden. Herr Dr. Keimel, in der Bauwirtschaft haben alle eine gemeinsame Verantwortung, Sie als Obmann des Bautenausschusses, wir als Mitglieder des Bautenausschusses, egal ob in einem Betrieb oder in einer Organisation stehend. Die Entwicklung bei der öffentlichen Hand ist

bekannt. Ich möchte darauf nicht näher eingehen; diese Summen sind bereits genannt worden.

Ich möchte aber, geschätzte Damen und Herren, doch den Erfahrungswert Ihnen bekanntgeben, daß ein Bauarbeiter zirka drei weitere Arbeitnehmer beschäftigt, daß somit sozusagen sowohl Vor- als auch Nachleistungen erbracht werden und daß die Bauwirtschaft meiner Meinung nach als volkswirtschaftliche Notwendigkeit von grundsätzlicher Bedeutung ist. Unser Beschäftigungs-niveau in der Bauwirtschaft zu halten, ist daher eine Verpflichtung für uns alle. Es soll so hoch wie möglich gehalten werden, um dieser rezessiven Erscheinung, die weltweit vorhanden ist, doch in gewissem Maße rechtzeitig entgegenzutreten.

Es wurde schon angeführt, wie sich die Verschlechterung in der Bauleistung ergibt. Ich möchte aber trotzdem noch einmal schlagwortartig die Dinge wiederholen. Wir alle kennen die negativen Entwicklungstendenzen für die Bauwirtschaft, aus schlechten internationalen Wirtschaftslagen resultierend, der Hochzinspolitik, den ausufernden Refinanzierungskosten, den steigenden Bau- und Bodenpreisen und so weiter. Auch hier sind Sie sicherlich nicht in Unkenntnis, Herr Dr. Keimel, über die hohen Rohstoff- und Energiekosten — auf die Energiekosten komme ich dann im besondern zu sprechen —, den Rückgang der privaten Bauaufträge und den Verzögerungen im Baugeschehen. Auch hier möchte ich mich dann dazu etwas verbreiten.

Ich bin — ich möchte das ganz offen zum Ausdruck bringen — dem Bundeskanzler sehr dankbar. Wenn hier Kritik an dem stattgefundenen Baugipfel geübt wurde, der am 16. November abgehalten wurde — ich war Teilnehmer an diesem Baugipfel —, so kann ich nur sagen, daß ich mich sehr genau an die Worte seitens der Bauindustrie und des Baugewerbes erinnern kann.

Herr Dr. Keimel! Ich weiß nicht, wie weit eine Gesprächsbasis zwischen Ihrem Kollegen Letmair und Ihnen gegeben ist, aber wenn er Sie umfassend informiert hat, so werden Sie zugeben müssen, daß eine sehr, sehr gute Beurteilung dieses Baugipfels sowohl von der Bauindustrie als auch vom Baugewerbe erfolgt ist.

Ich erwarte mir — ich sage das ganz offen — von der Regierungsklausur, die am 11. Jänner 1982 abgehalten werden wird, positive Auswirkungen für das Baugewerbe, positive Auswirkungen deshalb, da ich Kenntnis davon habe, daß sowohl der Herr Bautenmini-

Hesoun

ster, der Herr Verkehrsminister als auch der Herr Finanzminister emsig bemüht sind, für die Regierungsklausur Unterlagen zu erarbeiten, um der Bauwirtschaft zusätzliche Aufträge zu erteilen.

Ich sage darüber hinaus vielleicht auch einiges, was sich für Bauarbeiter mit diesem 11. Jänner verbindet. Ich erwarte mir, geschätzte Damen und Herren, daß mehrere — ich sage das mit Absicht — Tausend Wohnungen über die normale Wohnbauförderung hinaus für das Jahr 1982 geplant werden. Wir als Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter haben rechtzeitig, ich glaube, auch richtig interveniert; es ist uns Gehör geschenkt worden. Wir haben uns zusammen mit der Bauwirtschaft, mit der Bauindustrie und mit dem Baugewerbe die Sache zurechtgelegt. Sie wissen, Herr Dr. Keimel, daß wir uns — ich sage das ganz offen — mit unseren Gesprächspartnern in sehr offener Form und sehr direkt auseinandergesetzt haben.

Es wurden Konzepte seitens des Herrn Verkehrsministers erarbeitet, die sein Ressort betreffen. Zirka 1 Milliarde Schilling wurde richtig und rechtzeitig eingeplant. Es wird auch ausgeschrieben werden, es gibt Bauvorhaben, die in Variation im Frühjahr oder auch im Herbst zur Ausschreibung und zur Vergabe gelangen können.

Wir sind auf jeden Fall für diese Bemühungen dankbar, weil wir wissen, daß die weltweite, schwierige, wirtschaftliche Rezession auch bei uns ihren Niederschlag gerade im Baugewerbe findet. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Die Regierung hat das zu machen!)* Ich komme schon darauf zu sprechen, Herr Dr. Keimel! Wir beobachten genauso wie die Regierung als Organisation die Entwicklung in der Bauindustrie und im Baugewerbe. Wir haben — das möchte ich sagen — Gott sei Dank mit allen Regierungsmitgliedern ein außerordentlich gutes Verhältnis. Wir sind fast täglich mit ihnen im Kontakt, wir haben diese Entwicklung gesehen, wir haben sie mit der Regierung abgesprochen, und das Resultat — das habe ich ausgeführt — wird meiner Meinung nach hoffentlich doch so sein, daß mehrere Tausend Wohnungen für das Jahr 1982 zusätzlich vergeben werden. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Schwacher Applaus!)* Es geht nicht um den Applaus, wir kämpfen hier nicht um einen Applaus, wir kämpfen hier lediglich darum, die Arbeitsplätze in Österreich zu erhalten. Um den Applaus geht es uns nicht, Herr Kollege. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir machen eine Politik, die nicht davon abhängt, wie Sie uns beurteilen, sondern wie

uns die Menschen draußen beurteilen. Wir sind der Meinung, daß unsere Arbeit gut sein muß. Dies geschieht aber meistens nicht auf der Bühne, sondern dahinter.

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe in diesem Zusammenhang auch eine andere Frage zu klären. Bei den Beratungen zum Kapitel Gesundheit und Umweltschutz am vergangenen Donnerstag habe ich mich mit Absicht nicht zu einer tatsächlichen Berichterstattung gemeldet, denn ich hätte nach der Geschäftsordnung nur 5 Minuten lang die Möglichkeit gehabt, hier auf Debattenbeiträge von Ihrer Seite einzugehen. Ich möchte aber heute die Gelegenheit dazu nutzen, weil es doch im ursächlichen Zusammenhang mit dem Baugewerbe, mit der Bauindustrie und überhaupt mit dem Bauvorhaben steht.

Zum ersten möchte ich die Feststellung treffen, daß Informationen weitergegeben und interpretiert wurden, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. Zum Beispiel hat der Herr Abgeordnete Heinzinger — er ist ja im Saal —, ohne sich um den Wahrheitsgehalt zu kümmern, Aussagen gemacht, die aus dem Zusammenhang gerissen und somit falsch wiedergegeben wurden.

Kollege Heinzinger, ich habe nicht die Absicht, hier ein Streitgespräch zu führen, sondern ich bin vielmehr der Meinung, daß auch hier politisch verantwortungsbewußte Funktionäre einen gangbaren Weg beschreiten sollten. Dieser Weg heißt, daß man sich über die Dinge, die man weitergibt, näher informieren soll. Das heißt, man muß doch so manches mit Vorsicht interpretieren.

Kollege Heinzinger! Zu Rekordmeldungen über Selbstmorde, Drogentote, über Gewalttätigkeiten oder Korruption, die Sie hier aufgezeigt haben, meinten Sie, daß man das nicht mit Brutalität zudecken könne. Ich habe das Protokoll sehr ausführlich gelesen, ich könnte wörtlich zitieren. Sie haben anschließend in diesem Zusammenhang den Gewerkschaftspräsidenten Benya zitiert, Kollege Heinzinger, und diesen dafür verantwortlich gemacht, daß er sich an die Spitze derer gestellt hat, die für ein Wirtschaftswachstum eintreten.

Kollege Heinzinger! Ich möchte vielleicht in ganz amikaler Form hier Dinge zum Ausdruck bringen, möchte nochmals unterstreichen, daß ich hier keinen Gegensatz suche, sondern in die Richtung denke, daß ich der Meinung bin, daß man solche Sachen ganz einfach unterlassen sollte.

Ich glaube — ohne auf Details einzugehen —, daß Präsident Benya für die unselbständige Erwerbstätigen in den letzten Jahrzehnten

10086

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Hesoun

sicherlich Hervorragendes geleistet hat. Niemand — ich sage ganz deutlich in Ihre Richtung: das gilt auch für seine politischen Gegner hier — würde es wagen, etwas anderes als ich hier zu behaupten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich sage ganz offen: Kollege Heinzinger! Es ist daher etwas befremdend, wenn von einem Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, der noch dazu vorgibt, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, im Zusammenhang mit Selbstmorden ... *(Rufe bei der ÖVP: „Vorgibt!“ — Abg. Dr. Keimel: Sie haben die Arbeitnehmervertretung gepachtet!)* „Vorgibt“, habe ich mir zu sagen erlaubt, und das regt Sie etwas auf. Ich bitte, doch zu berücksichtigen, daß ich nicht diese Ihre Meinung teile, denn Arbeitnehmerinteressen und deren Interessen sind anders gelagert. Es geht eben nicht an, im Zusammenhang mit Selbstmorden, Drogen und Gewalttätigkeit, den Gewerkschaftspräsidenten zu zitieren.

Ich möchte noch eines hinzufügen — ich glaube, auch dies bleibt von Ihrer Seite unbestritten —: Es war gerade Präsident Benya, der immer wieder den Kurs der Toleranz zwischen den Parteien und die Gemeinsamkeit in den Vordergrund seiner Arbeit gestellt hat. Ich glaube, daß es gerade die letzten Monate waren, die hier den Beweis sozusagen widerspiegeln.

Ich möchte noch hinzufügen: Er ist einer jener Männer — geschätzter Kollege Heinzinger, wenn ich mir diese Formulierung gestatten darf, um hier sozusagen einen Brückenschlag zu versuchen —, die immer wieder versucht haben, zwischen den politischen Parteien eine Konsensbereitschaft herbeizuführen.

Ich glaube daher, Sie sollten, wenn solche Ausführungen in solchen Zusammenhängen von Ihrer Seite interpretiert werden, doch etwas vorsichtiger sein.

Ich möchte noch eines hinzufügen — und hier tue ich mich etwas leichter —: Sie haben sich auch mit meiner Person beschäftigt, Kollege Heinzinger, und Sie haben im Zusammenhang mit Energie- und Umweltschutzfragen die Formulierung gebraucht: Unsere Geduld ist zu Ende. Sie meinten damit die Geduld der Gewerkschaftsbewegung oder der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter.

Auch hier, geschätzter Kollege Heinzinger, haben wir sozusagen eine Meinungsdivergenz, wenn Sie bei dieser Ihrer Aussage bleiben. Der von Ihnen vorgebrachte Nachsatz lautet: Wir werden die Mehrheit der Bevölkerung mobilisieren. — Das haben Sie zum Ausdruck

gebracht und haben gemeint: Wir als Gewerkschaft werden die Meinung der Öffentlichkeit mobilisieren.

Auch dieser Satz wurde aus dem Zusammenhang gerissen. Ich möchte nicht vermuten, daß Sie es bewußt gemacht haben. *(Abg. Dr. Neisser: Zitieren Sie richtig!)* Ich gebe Ihnen sozusagen hier die Chance, daß Sie es nicht bewußt gemacht haben. Sie haben das wiedergegeben, wovon Sie glaubten, daß es richtig ist.

Ich möchte aber doch hinzufügen, daß auch Ihr Zitat, das Sie aus dem „Kurier“ wiedergegeben haben, falsch ist. Denn wir als Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter haben nie die Absicht gehabt, die Grünen „von Mann zu Mann“ zu stellen, wie Sie es formuliert haben.

Ich glaube, geschätzter Kollege Heinzinger, wenn Sie solche Formulierungen in unserer Richtung verwenden, dann sollten Sie sich in Zukunft die Dinge etwas anders zurechtlegen, in einer Form, so möchte ich sagen, die erstens richtig ist, zweitens, es soll ehrlich sein, drittens soll es so sein, daß es mit Überzeugung vorgebracht werden kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang doch an Sie den Appell richten, nicht Dinge wiederzugeben, die unrichtig sind, die falsch sind und mit denen — ich kann es nicht beweisen — vielleicht doch in der Öffentlichkeit von Ihrer Seite gewisse Absichten verbunden werden.

Ich bin daher der Meinung, daß Fragen wie Arbeitsplatzsicherung, die soziale Sicherheit und die Zukunftsfragen, die wir zu bewältigen haben, sicherlich mit dem notwendigen Ernst zu behandeln sind.

Ich glaube nicht, daß es geeignet und richtig ist, daß wir Probleme des Bauens und Verbauens damit verbinden, daß wir sozusagen gegen eine andere Gruppe massiv zu Felde ziehen.

Wir haben — ich möchte das ganz offen hier zum Ausdruck bringen — eine hohe Arbeitslosenzahl zu erwarten. Aus diesem Grund haben wir Gewerkschafter unsere berechtigten Sorgen vorgetragen. Ich frage Sie: Ist es verwerflich, wenn sich ein Bauarbeiterfunktionär, wie es Kollege Rautner, Millendorfer oder Hesoun sind, vor die Öffentlichkeit stellt und sich für seine Kollegen einsetzt? Ich möchte sagen: Es waren gerade jene Menschen, die im Jahre 1945 darangegangen sind, dieses Land und die Städte dieses Landes wieder aufzubauen. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist Ihr Standpunkt!)* Das ist nicht nur mein Standpunkt, sondern das ist die Meinung der

Hesoun

Öffentlichkeit, und die Leistungen dieser Menschen wurden immer wieder lobend hervorgehoben. Warum sollte man sie in diesem Beitrag von Herrn Heinzinger sozusagen anders dargestellt wissen?

Jeder, der die Dinge aufgeschlossen betrachtet, muß zugeben, daß jene Menschen, die bei eisiger Kälte, allen Witterungseinflüssen ausgesetzt, unsere Kraftwerksketten in hohen Regionen errichtet haben, die Flußkraftwerke, und, wie bereits erwähnt, die Städte wiederaufgebaut haben, doch weltweite Anerkennung gefunden haben.

Es ist daher verwerflich, wenn jene, die für die Öffentlichkeit, für den österreichischen Staat, aber auch für Sie, wenn Sie so wollen, viel geleistet haben, als zweitklassig qualifiziert werden. Diese Berufsgruppe hat sicherlich nicht auf Grund ihrer Leistung, sondern hauptsächlich wegen unbedachter Äußerungen und Redensarten mancher Leute ein schlechtes Image. Es geht in diesem Zusammenhang — ich sage es ganz offen und ehrlich — um üble, üble Praktiken mancher Firmeninhaber. So ist dieses Image entstanden. Nicht ihre Leistung war daran schuld, daß sie dieses Image bekommen haben, sondern entscheidend war in erster Linie die Leistung derer, die diese Betriebe geführt haben.

Oder ist es vielleicht verwerflich, wenn wir in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß auch diese Menschen eine Zukunft haben sollen?

Ich möchte ganz offen, geschätzte Damen und Herren, zum Ausdruck bringen: Es ist dies meine ehrliche Überzeugung, daß es sicherlich öffentlichkeitswirksamer ist, wenn man zum Ausdruck bringt: Mehr Grün und weniger Beton, und wenn man sich zum gleichen Zeitpunkt hier herstellt und zusätzlich großvolumige Bauvorhaben verlangt.

Es ist sicherlich vielleicht auch ein Schlagwort, wenn man die Dinge damit verbindet. Ich möchte doch ganz offen und ehrlich hier noch einmal zitieren — ich habe das in meiner ORF-Diskussion sehr deutlich ausgeführt —: Wir werden, so habe ich gesagt, die schweigende Mehrheit in diesem Lande auf Grund der schlechten Versorgung mit Energie und dem Verlust ihrer Arbeitsplätze rechtzeitig auf sie aufmerksam machen.

Wir haben gleichzeitig erklärt — das gilt auch für alle anderen Fragen, die wir ernstlich behandeln —, daß wir uns genau die gleichen Gedanken um diese Umwelt machen wie all jene, die vorgeben, sich Gedanken um diese Umwelt zu machen.

Denn auch wir, geschätzte Damen und Herren, haben nicht nur die ehrliche Absicht, sondern wir empfinden es sozusagen auch als unsere Verpflichtung, unseren Nachkommen eine gesunde und eine gute Umwelt zu übergeben. *(Abg. Dr. Mock: Gut so!)*

Ich habe auch zum Ausdruck gebracht — ich sage es ganz ehrlich, Kollege Heinzinger —, daß wir jene, die vorgeben, Umweltschützer zu sein, die jedoch ihre persönlichen Interessen damit verbinden und verfolgen, von Mann zu Mann stellen werden.

Ich sage auch, wen ich damit gemeint habe. Auch hier hat Kollege Heinzinger den Inhalt gewußt, und wir werden so vorgehen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wir meinen — ich möchte hier etwas konkreter werden — damit Menschen, die, ich sage es ganz offen, durch mutwillige Einsprüche Bauvorhaben mehr als ein Jahr lang verhindern. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Weil wir nicht jedes Grün zubetonieren wollen!)* Durch Verhinderung dieser Bauvorhaben mußten 500 Menschen kurzarbeiten und 100 mußten gekündigt werden. Das sind Schicksale von Menschen! *(Beifall bei der SPÖ.)* Liebe Kollegin, so und nicht anders sind die Dinge zu sehen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte gar nicht darauf eingehen, daß Kollege Heinzinger mir gegenüber in Rosenberg, wo er sich an einer Debatte über die Verbauung des Kamptales beteiligte, zugab, daß er sozusagen nur stellvertretend für Sie, Frau Kollegin Hubinek dort ist; er hat mir das unter Zeugen gesagt. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Sie wollen zubetonieren; das ist mir klar!)* Er war stellvertretend für Sie dort, weil Ihnen angeblich — nach seinen Worten — der Herr Parteiobmann Mock verboten hat, an der Diskussion teilzunehmen. *(Abg. Dr. Mock: Endlich weiß ich das jetzt! — Heiterkeit.)* Für mich war es verwunderlich, daß es so etwas in einer demokratischen Partei gibt. Aber das hat der Kollege Heinzinger gesagt; das kommt also nicht von mir.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn solche Menschen mutwillig Bauvorhaben verhindern, dann sind dies Tatsachen. Sie können diese Tatsachen, wie es zum Beispiel in Dürnberg der Fall gewesen ist, nicht wegstreiten. Es nützt Ihnen nichts. Wiedergegeben wurden diese Medienberichte in anderer Form, sicherlich mit dem Ansatz, hier Gegensätze aufzubauen, Gegensätze aufzubauen zwischen uns und jenen, die sich in anderer Form zu dieser Umwelt bekennen als ich.

Ich sage ganz offen: Wir Gewerkschafter haben die Erfahrung gemacht *(Abg. Dr. Marga*

10088

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Hesoun

Hubinek: Daß Umwelt uninteressant ist!), daß die Umwelt für uns lebenswichtig ist. Aber das zweite lebenswichtige Ding für den Menschen sind Arbeit und soziale Sicherheit. *(Beifall bei der SPÖ.)* Diese Komponente suchen wir und nicht nur den einen Weg, der in eine Richtung geht, der uns sicherlich nur dorthin führt, wo sich die Menschen vor dem Zweiten Weltkrieg befanden.

Frau Kollegin Hubinek! Ich habe vielleicht eine andere Vergangenheit als Sie. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Das hoffe ich!)* Ich sage es hier ganz offen, ganz offen ... *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Ich will nicht dieselbe Vergangenheit haben!)* Aber vielleicht eine ehrlichere. Niemand kann etwas dafür, wo er geboren wurde. Ich bekenne mich dazu, wo ich zur Welt gekommen bin. Diese Menschen waren anständig. Nur hat man über sie geurteilt.

Ich sage Ihnen hier ganz offen, warum ich diese meine Einstellung habe: Ich bin auf dem Ziegelwerk auf die Welt gekommen, und meine Eltern ... *(Ruf bei der ÖVP: Keine Schande!)* Ist keine Schande. Ich bin stolz darauf; das sage ich ganz ehrlich, weil ich die Not der Menschen dort miterlebt habe, jahrzehntelang miterlebt habe.

Ich möchte damit im Zusammenhang bringen: Diese Menschen von damals haben Angst gehabt, in den Sommermonaten krank zu werden, weil sie sonst keine 42 Wochen für ihre Arbeitslosenversicherung zusammengebracht haben. Wenn sie keine 42 Wochen Arbeitslosenversicherung einbezahlt hatten, haben sie über die Wintermonate keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Diese Menschen haben bis aufs Letzte alles gegeben, um diese 42 Wochen zu erreichen.

Aus diesen Gründen, Kollegin Hubinek, habe ich vielleicht ein anderes Verhältnis zur Arbeitslosensituation bzw. zu Menschen, die die Arbeitslosigkeit aufoktroziert bekommen durch jene, die Einzelinteressen vertreten.

Ich habe dadurch vielleicht eine andere Meinung, und ich bin vielleicht durchaus mit Ihnen einer Meinung, wenn ich sage, man muß über diese Probleme diskutieren. Wir sind zukunftsorientiert in dieser Frage, wenn ich es so formulieren darf: Wir wollen mit all jenen Menschen, die sich als echte Grüne bekennen, die aber auch die Interessen in dieser Richtung sehen, eine ernste Diskussion führen.

Ich möchte doch noch etwas wiederholen: Ich habe in der Diskussion, Kollege Steinbauer, zum Dr. Weiß folgendes gesagt: Ich bekenne mich ... *(Abg. Steinbauer: Hat*

der Stotz auch die Möglichkeit gehabt, die der Hesoun verlangt? — Abg. Samwald: Es ist aber unfair, solche Zwischenrufe zu machen!) Kollege Steinbauer! Ich weiß nicht, was Sie damit verbinden. Es zeigt nur eines: daß Sie weitab von den Menschen agieren, nur mit Schlagworten operieren, daß Ihnen aber das Schicksal der Menschen wirklich egal ist. Das entnehme ich Ihrer Zwischenbemerkung.

Mir geht es zunächst um den Wert des Menschen. Ihnen geht es darum, ob Sie damit Opportunismus betreiben können. Und da unterscheiden wir uns grundsätzlich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe bereits angeführt, daß ein Abgeordneter, der sich hier herstellt und die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam macht, auch von der Richtigkeit seiner Aussagen überzeugt sein muß. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)*

Kollege Schwimmer! Ich will nicht daran erinnern, was Sie alles von dieser Stelle aus zum Ausdruck gebracht haben. *(Abg. Dr. Neisser: Wenn Sie das bringen, werden Sie die Debatte aufwerten!)*

Ich bin weiters der Meinung, geschätzte Damen und Herren: Glaubwürdig ist nur der, der vertrauenswürdig ist, und glaubwürdig, so glaube ich, sagen zu dürfen, waren die Gewerkschafter in Österreich seit dem Jahre 1945 immer. Gerade in jener Zeit, Herr Kollege Schwimmer, als viele andere nicht mehr an diese Republik geglaubt haben, zu einer Zeit, als die Gewerkschaften in diesem Lande in einer ähnlichen Situation waren, in der heute die polnische Gewerkschaft ist. *(Rufe bei der ÖVP: Na, na! — Widerspruch bei der ÖVP.)* Ich sage Ihnen, Kollege Schwimmer, da kann man heute leicht interpretieren und „na“, „na“, „na“ schreien. Sie waren ja im Westen, wir waren hier. Sie waren also weit weg von dieser Situation. Wir waren damals in diesem Bundesland und haben den Druck und den massiven Einsatz hier weit stärker verspürt als Sie. Und ich möchte nur ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Aber es redet ja nicht der Schwimmer herunter, es hat ja nicht der Schwimmer den Zwischenruf gemacht, Herr Abgeordneter Mock, sondern es hat der Nachbar vom Herrn Schwimmer diesen Zwischenruf gemacht. Der ist also aus dem Westen, der hat ja diese Situation nicht erlebt.

Ich möchte ihm nur sagen: Es waren damals die Arbeiter — das wollen wir doch heute nicht wegdiskutieren —, die sich doch in erster Linie dazu bekannt haben, daß sie die Bereitschaft haben, diese Diskussion laut zu führen. *(Abg. Graf: Auch!)* Auch die Arbei-

Hesoun

ter. Okay, Herr Abgeordneter Graf, jawohl! Aber ich möchte sagen: In erster Linie waren es die Arbeiter, die sich sozusagen hier bereit erklärt haben, rechtzeitig und richtig für diese Republik einzutreten. (*Abg. Graf: Die Hunderttausenden Gewerbler und Bauern waren nämlich auch im Osten, auch! Bleiben wir bei dem „auch“!*) Wir wollen das nicht bestreiten, Herr Kollege! (*Abg. Graf: Wunderbar!*) Ich wollte nur sagen: In der ersten Reihe ist aber doch der Arbeiter gestanden.

Wenn ich mir hier sozusagen die Bemerkung erlauben darf: Herr Abgeordneter Graf! Sie wissen ganz genau, wie sich die Dinge im Wiener Neustädter Bereich, wie sich die Dinge im Ballungsraum Wien zugetragen haben. (*Abg. Graf: Sicher! Aber ich möchte den Zwischenruf „auch“! unterbringen!*) Ich unterstreiche: „auch“, ich möchte sagen: gemeinsam. Einigen wir uns darauf. (*Ruf bei der ÖVP: Schon besser!*) Ich stehe nicht an, das so zu sagen, aber die Behauptung, die von rückwärts kam, ist meiner Meinung nach falsch. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! — So hätte ich formulieren können, wenn ich sozusagen unter meinesgleichen wäre. Aber nachdem mir, geschätzte Frau Hubinek, noch immer Ihr Widerstand entgegensteht, kann ich diese Formulierung nicht gebrauchen. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Sie bestürzen mich!*) Warum? — Haben Sie noch immer nicht eingesehen, daß die Gewerkschaftsidee, den Arbeitsplatz zu sichern, von anderen Gruppen in der Öffentlichkeit diskriminiert worden ist?

Ich sage noch einmal: Geschätzte Damen und Herren! Wir haben Sorgen im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzsicherung, Herr Präsident Dittrich, der hinter Ihnen sitzt, Frau Kollegin Hubinek, wird Ihnen ja die Situation wahrscheinlich auch schildern können. Ich glaube, wenn wir gut, gewissenhaft unsere Arbeit verrichten wollen, dann muß in Zukunft in so wichtigen Fragen, wie in der Frage des Bauens doch vielleicht ein gemeinsamer Weg gesucht werden: der Weg der Konsensbereitschaft.

Ich habe in dieser Diskussion, Kollegin Hubinek, sehr deutlich gesagt: Für mich sind die Krimmler Wasserfälle Naturdenkmäler. Ich würde mich nie in diese Richtung begeben oder nie mich in der Richtung verwenden lassen oder verwenden, daß diese Krimmler Wasserfälle für die Energieversorgung verbaut werden sollen.

Ich habe im zitierten ORF-Interview — das ist ja meine Kritik am Kollegen Heinzinger —

zum Ausdruck gebracht, daß ich sehr wohl für den Naturpark Hohe Tauern bin. Ich habe aber immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß das eine mit dem anderen nebeneinander Existenzberechtigung hat und haben muß.

Wenn wir, geschätzte Damen und Herren, die politische Unsicherheit, die uns oft in dieser Frage umgibt, doch vielleicht im Vertrauen auf eine gute Zukunft anders als in der Vergangenheit diskutieren würden, dann würde es für beide Teile sicherlich besser und effizienter sein.

Ich glaube aber, daß Projekte, die in Angriff genommen wurden, auch fertiggestellt werden müßten. Denn niemand wird sich... (*ÖVP-Abgeordnete unterhalten sich miteinander.*) Schauen Sie, meine Kollegen, Sie können noch so laut rückwärts diskutieren...

Präsident Thalhammer: Herr Abgeordneter! Ich möchte einen Vorschlag zur Güte machen: daß Sie Ihren Beitrag zum Thema etwas enger fassen, bitte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Abgeordneter Hesoun (fortsetzend): Ich werde Ihren Wunsch respektieren, Herr Präsident, und möchte abschließend nur noch sagen:

Wir haben gerade in den letzten Tagen immer wieder die Frage Energie diskutiert. Wir beziehen Öl zurzeit aus dem Orient, unsere Kohle kommt aus Polen, Gas kommt aus der UdSSR. All dies sind keine Garanten für uns, ich möchte sagen, keine Garanten für die Zukunft.

Wir dürfen, geschätzte Damen und Herren, auch nicht hypnotisiert auf andere Länder schauen, sondern wir sollten Maß an unserer Leistung nehmen, wie wir sie seit dem Jahre 1945 vollbracht haben.

Ich glaube daher, abschließend folgendes sagen zu dürfen: Wir haben im Jahre 1945 eine große Leistung begonnen, diese Leistung ist heute sichtbar für jene Generation, die sie an ihre Erben übergibt.

Es ist eine Frage der Zukunft, einer gemeinsamen Zukunft, wie wir die Dinge bauen — es heißt ja auch Vertrauen in die Zukunft —, wie wir die Dinge in Zukunft durch Kompromisse und durch Toleranz auf den richtigen Weg bringen. — Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{20.41}

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile es ihm.

10090

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

20.41

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der philosophische Ausflug meines Vorredners, des Kollegen Hesoun (*Heiterkeit*), sozusagen über zwei Seelen, die in ihm wohnen — über den Ökologen Hesoun auf der einen Seite und den Ökonomen Hesoun auf der anderen Seite —, zu einem positiven Ausklang gefunden hat und nachdem er offenbar — und das möchte ich hier ganz bewußt unterstreichen — in seiner Eigenschaft auch als Gewerkschaftsfunktionär versucht hat klarzustellen, daß es durchaus keinen Widerspruch zwischen den Grundanliegen der Arbeiterbewegung nach Sicherung der Beschäftigung und den sicherlich auch heute immer wieder stärker zum Durchbruch kommenden Anliegen weiter Kreise der Bevölkerung, den Umweltgedanken, den Schutzgedanken in den Vordergrund zu rücken, gibt, möchte ich besonders unterstreichen, daß er es unternommen hat, auch auf diesen nicht bestehenden und nur vermeintlichen Widerspruch hinzuweisen.

Man sollte also, glaube ich, nicht versuchen, das jetzt ins Lächerliche zu ziehen, denn hier ist meines Erachtens das Bemühen feststellbar, Mißdeutungen, die in der Öffentlichkeit und nicht nur im Rahmen von parlamentarischen Verhandlungen getätigt worden sind, durch den Angesprochenen selbst abzuklären.

Wir Freiheitlichen sind froh, daß hier nicht der Parteipolitiker Hesoun gesprochen hat, sondern der Gewerkschaftsfunktionär und Arbeiterkammerpräsident Hesoun, der auch über die Grenzen der Parteien hinweg den Grundgedanken einer Versöhnung von Ökologie und Ökonomie akzeptiert und unterstrichen hat.

Aus der Sicht meiner Fraktion kann ich das nur begrüßen.

Ich möchte aber jetzt zu dem Thema, das zur Debatte steht, zurückkehren und die Gelegenheit wahrnehmen, den Herrn Bautenminister doch auf einige Dinge hinzuweisen, nachdem ich am Anfang der Debatte fast das Gefühl gehabt habe, es ist für die Opposition schön langsam verboten, kritisch zu sein, weil eine gewisse Empfindlichkeit — nicht beim Minister, er ist Kummer gewohnt — bei manchen seiner Fraktionskollegen Platz gegriffen hat, die sofort, wie von der Tarantel gestochen, immer auffahren, wenn die Opposition, manchmal sicherlich auch etwas emotionell — das sind Sie genauso in Ihren Argumenten —, versucht, das eine oder andere kritisch anzumerken.

Ich kann mich sehr gut erinnern: Als der

Herr Bundesminister ins Amt gezogen ist, war er nicht nur für seine Fraktion, sondern auch für uns als Parlamentarier und Menschen, die sich mit den Problemen seines Ressorts befassen, eine gewisse Hoffnung.

Wir haben die Hoffnung damit verbunden, daß vor allem in jenen Bereichen, für die die Regierung seit zehn Jahren Versprechungen abgegeben hat und wo nichts passiert ist, ein Impuls erfolgen würde. Man hat Sie förmlich — Sie können ja die Protokolle nachlesen, Herr Bundesminister — unter einen Glassturz gestellt — nicht so, wie die Hausfrau den Käse unter den Glassturz stellt, sondern wie etwa der kleine Prinz die Rose unter den Glassturz gestellt hat —, damit nichts passiert, damit der sich entwickeln kann, damit er eine gewisse Schonfrist hat, weil man gesagt hat: Nach seinen Ankündigungen müßte hier tatsächlich ein wesentlicher Impuls passieren.

Heute, nach zwei Jahren... (*Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.*) Frau Abgeordnete Hubinek, Sie können ja dann ein besseres Beispiel bringen.

Wenn man es jetzt nach zwei Jahren vergleicht, dann muß man feststellen: Es ist der Sekanina ein wirklicher Fußballer, denn er hat ein Spielbein und ein Standbein.

Sein Standbein ist das kräftigere, das ist nämlich der Straßenbau, da kniet er sich hinein, da bringt er auch etwas zuwege.

Sein Spielbein, das ist etwas unterentwickelt, das ist der Wohnbau.

Man kann also festhalten, daß zum Einzug in das Ressort alle gesagt haben: Sekanina — das ist der Mann der Tat! In bezug auf den Wohnbau sage ich: Das ist heute der Mann ohne Rat. Denn Sie haben, Herr Bundesminister, in diesem Ressort keine Schwerpunktbildung zusammengebracht.

Die mahnenden Worte, die auch der Kollege Hesoun als Vertreter der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft heute und hier deponiert hat, soll man ja nicht vom Tisch wegwischen. Zwischen den Zeilen ist das ja eine massive Kritik auch an der Regierungspolitik in bezug auf den Hochbau. Das soll man, glaube ich, nicht übersehen.

Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, daß Sie bereits im Jahre 1970 durch Ihren Bundeskanzler mit den wiederholten Erklärungen in den nächsten zehn Jahren immer wieder auf den Plan getreten sind, wo es geheißen hat: Wir werden jährlich um 5 000 Wohnungen mehr bauen, als die ÖVP-Alleinregierung gebaut hat!

Dr. Jörg Haider

Jetzt vergleichen wir das einmal. 5 000 Wohnungen mehr würde bedeuten, daß wir im Jahre 1982 114 000 Wohnungen bauen müßten. Gebaut haben wir aber knapp 50 000.

Herr Bundesminister! Das ist ja die eigentliche Kritik, die wir hier anbringen. Es ist zwar belustigend, wenn der Kollege Kittl die Vergleiche zwischen 1961 und 1970 und 1971 und 1980 zieht und eigentlich ein heimliches Lob dann an die ÖVP ausgesprochen hat, denn die und die Koalition haben offenbar immer noch mehr Wohnungen in der Zeit gebaut, als dies die SPÖ-Alleinregierung zusammengebracht hat. Aber mir ist das gleich. (*Abg. Kittl: Zuerst hatten wir 55 m², jetzt sind wir bei 96!*) Herr Kollege Kittl! Es wird Ihnen ja doch nicht verborgen bleiben, daß heute die Großwohnungen noch immer das Privileg der Besserverdienenden sind. Aber die vielen jungen Menschen draußen ... (*Zwischenruf des Abg. Kittl.*) Ist ja nicht wahr! Sie sehen doch die Betriebskosten. Warum nehmen denn in den Bundesländern die Wohnbeihilfenanträge um 100, 200 Prozent von einem Jahr aufs andere zu? — Weil die Menschen die Betriebskosten nicht mehr zahlen können. Das ist ja das Problem, das wir auch mit hier zur Debatte stellen müssen. Herr Kollege, Sie wollten etwas sagen? (*Abg. Ing. Hasler: Sie haben ja keine Ahnung!*) Offenbar haben Sie sich nicht informiert, denn im Bundesland Kärnten, aus dem Sie kommen, lieber Kollege, ist das Antragsvolumen nach Wohnbeihilfen, also die subjektive Unterstützung zur Tätigkeit des Wohnaufwandes, von einem Jahr aufs andere um über 100 Prozent gestiegen. Ihr Kollege Frühbauer muß das finanzieren. Sie reden hier nur herum, ohne zu wissen, daß auch in Kärnten die Menschen Probleme haben, die Wohnungen zu finanzieren. Wir mahnen hier die Reform ein, die notwendig ist. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es gab also, meine Damen und Herren, seinerzeit, als die Hofübergabe von Moser an Seikanina erfolgt ist, so etwas wie eine Stunde Null in der Wohnbaupolitik. Aus dieser Stunde Null ist, glaube ich, eine etwas längere Sendepause geworden, denn wir haben zwar eine Frau Staatssekretär, die mitunter sehr konzeptiv ist und viele Pläne und Überlegungen auf den Tisch legt, aber wir sind noch kein Stückchen weitergekommen, daß es zu einer Realisierung der notwendigen Pläne im Wohnbau gekommen wäre; das heißt, wir haben auch heute nach wie vor einen qualitativen und quantitativen Fehlbestand, wir haben einen Rückgang der bauwirksamen Wohnbauförderungsmittel. 300 Milliarden Schilling — Herr Kollege Kittl, das macht uns gemeinsam Sorgen —, 300 Milliarden Schil-

ling sind es an Darlehen, die aushaften und wo der Rückfluß nur sehr schleppend auf Grund der langen Laufzeiten vorgenommen wird.

Was dazu geführt hat — und das wird den Kollegen, der zuerst interveniert hat, ja interessieren —, daß etwa im Bundesland Kärnten der Wohnbaureferent (*Zwischenruf bei der SPÖ*) — nein, die hat eh genug Schwierigkeiten; über diese Genossenschaft will ich gar nicht reden —, daß der Landeshauptmann-Stellvertreter Frühbauer als Wohnbaureferent auf Grund der mieslichen Situation in der Wohnwirtschaft sich entschlossen hat, ein Notprogramm zu erstellen, um auf der einen Seite der Bauwirtschaft ein bißchen zu helfen und auf der anderen Seite das Desaster, in dem heute die Wohnbauförderung steckt, mit Vorgriffen, die er noch nicht finanziell abgedeckt hat, abzudecken; er überlegt unter Umständen die Wohnbeihilfen, also die Subjektförderung für die Einkommensschwachen, zu teilen und zu begrenzen, wie er gemeint hat; wo er die Annuitätenzuschüsse in den Jahren kürzen muß, damit er den heutigen Vorgriff für Wachstumsimpulse der Bauwirtschaft ersetzen und finanzieren kann.

Meine Damen und Herren! Ich spreche hier nicht als der Oppositionsabgeordnete, sondern aus einer gewissen Sorge, daß wir nach Jahren der Ankündigungen, nach einem Einzug von einer Staatssekretärin, der ich gar nicht die fachliche Kompetenz absprechen möchte, in dieser Frage etwas zustande zu bringen, bis zur Stunde noch keinen Schritt weitergekommen sind.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das der eigentliche Grund ist, warum auch der Kollege Keimel sehr pointiert und vielleicht auch sehr hart hier die Kritik an die Adresse des Bautenministers gerichtet hat und warum wir sagen: Hier muß einmal klipp und klar dem Parlament gesagt werden, wie es in der nächsten Zeit weitergehen soll.

Heute haben wir schon wieder diese Situation. Der Herr Bautenminister tritt als Beschwichtigungshofrat auf und sagt: Wir werden ... und es kommt ..., und über den Wohnbau redet eh dann noch die Frau Staatssekretär, das läuft schon alles irgendwie.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist eines der elementarsten Lebensbedürfnisse der Menschen, eine adäquate, menschenwürdige Wohnung zu haben. Wir haben regional große Schwierigkeiten und nicht nur in Wien Probleme! Es freut mich daher gar nicht, wenn auf der einen Seite der Bautenminister sagt: Wir werden sowieso

10092

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Dr. Jörg Haider

alles tun für die Bauwirtschaft!, auf der anderen Seite aber seine Frau Staatssekretär in dem heute abend erschienenen „Kurier“ sagt: Mehr Altstadtsanierung, weniger betonieren. Die Bauwirtschaft hätte es natürlich lieber — hat sie gemeint —, wenn wir in den Randregionen ein bißchen betonieren täten. Das ist aber nicht unser Ziel.

Ich kenne mich nicht mehr aus. Was will diese Regierung? Auf der einen Seite redet man von den großen Bauprogrammen, auf der anderen Seite sagt die zuständige Staatssekretärin für Wohnbaufragen: Nicht verbetonieren!

Der Kollege Hesoun wird mit einer schönen Enttäuschung von hier weggehen, nachdem er zu Recht eingemahnt hat, daß man auch auf die große Zahl der Beschäftigungslosen in diesem Winter in der Bauwirtschaft verweisen wird müssen.

Meine Damen und Herren! Denn hier haben Sie selbst die Verantwortung für die Situation zu übernehmen, die heute eingetreten ist.

Die Frau Staatssekretär Eypeltauer agiert in Wohnbaufragen so, wie ihr Ruf als Hausfrau ist. Wenn man die Zeitungen über sie liest, dann weiß man, sie ist eine gute Hausfrau und Mutter. Eine gute Hausfrau kann in der Regel auch kochen, und so agiert sie so wie eine Hausfrau, die ein Steak zubereitet, das heißt, man läßt es jetzt einmal längere Zeit abliegen, dann wird es mürbe.

Aber zum Unterschied von dem Steak, das Sie als Hausfrau kochen, Frau Staatssekretär, ist es halt mit der Wohnbaupolitik ein bißchen anders. Denn je länger man die Probleme, abliegen läßt, umso größer werden die sozialen Probleme, umso größer werden die Krisenentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in der Bauwirtschaft und umso energischer fordern wir von Ihnen als Parlamentarier und vorrangig als freiheitliche Fraktion, endlich zu handeln und nicht zu beruhigen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Sie haben auch Ihr Wort in der Öffentlichkeit verpfändet. Sie haben gesagt: Die schwierigen achtziger Jahre — wir werden sie meistern!

Einer großen Bewegung wie der Sozialistischen Partei glaubt man das sicher, wenn sie das auf ein Plakat schreibt, weil man weiß, sie hat eine Vielzahl von Fachleuten, die sich bemühen werden, hier zu steuern.

Ich sage Ihnen aber: Sie haben hier ein Versprechen gemacht, das Sie jedenfalls mit dem Budget 1982 und auf Grund der Arbeitslosen-

entwicklung in diesem Winter nicht erfüllt haben.

Denn, meine Damen und Herren, vorausschauende Wohnpolitik, vorausschauende Wohnbauförderung hätten nie zu dieser katastrophalen Situation in diesem Winter führen dürfen, hätten nie dazu führen dürfen, daß die Gewerkschafter erst zur Regierung pilgern müssen, um dort einmal auf den Tisch zu hauen und zu sagen: Meine Herren, es ist Zeit, daß Sie etwas tun!, sondern es hätte die Notwendigkeit bestanden, eine kontinuierliche Beschäftigung und damit eine wesentliche Absenkung der Arbeitslosenziffern vorzunehmen.

Das ist es auch, was wir kritisieren, daß man zwar jetzt bemüht ist, in irgendeiner Form und in absehbarer Zeit ein Programm zusammenzustoppeln, daß man aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der Regierungspartei, bis zur Stunde die Situation und die dramatische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verschlafen und ignoriert hat, daß es eben Tausende und Abertausende, vor allem junge Familien gibt, die heute mit der Wohnungsproblematik konfrontiert sind; obwohl Sie wissen, daß ein massiver Investitionsstoß — etwa im Bereich der Wohnbaupolitik, Frau Staatssekretär —, eingeleitet vor einem halben Jahr, dazu geführt hätte, daß wir nur die halbe Zahl an Winter-Arbeitslosen im Bereich der Bauwirtschaft hätten.

Denn wir hätten bereits Investitionen beginnen können, und jede eingesetzte Geldmenge im Bereich des Hochbaues — und vor allem hier im Bereich der Wohnbauförderung — hätte zur Folge gehabt, daß wir dort um 50 Prozent mehr Arbeitskräfte beschäftigen können als um dieselbe Geldmenge, die im Tiefbau eingesetzt ist. Das ist eine klare, unmißverständliche Regel.

Sie müssen es sich gefallen lassen, daß man Ihnen sagt, daß Sie diese Entwicklung verschlafen haben und daß diese Regierung, die immer so tut, als würde sie nichts anderes im Kopf haben, als die Arbeitsplätze zu sichern, in diesem Fall ganz entschieden und eklatant versagt hat. Denn Sie haben diese Winterarbeitslosigkeit, die wir heute haben, mehr oder weniger provoziert.

Sie wissen auch, daß gerade im Wohnbau eine Million eingesetzte Schilling 1,7 bis 1,8 Millionen Schilling Folgeaufträge für die Wirtschaft mitgebracht hätte.

Ich frage mich also wirklich: Warum haben Sie nicht rechtzeitig gehandelt? Jetzt werden wir irgendein Programm zusammenstoppeln

Dr. Jörg Haider

und wissen, daß die Situation dramatisch geworden ist.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mir die Worte des Sozialministers in Erinnerung rufe, so hat der vorige Woche dem Parlament gesagt: Ein Prozent Arbeitslose ist gleich 2,3 Milliarden Schilling Aufwand pro Jahr.

Wissen sie, wieviel Geld wir in die Wohnungswirtschaft stecken hätten können, wenn wir rechtzeitig verhindert hätten, daß die Arbeitslosenziffern in diesem Winter so hoch werden? Das Geld wäre, glaube ich, im Bereich der Wohnungswirtschaft wirklich sinnvoll angelegt. Das wäre wirklich sinnvoll im Bereich des Baunebengewerbes verblieben, das wäre wirklich sinnvoller dort gewesen, wo es produktiv eingesetzt werden kann, anstatt als Feuerwehrmaßnahme und Arbeitslosenunterstützung für jene gegeben zu werden, denen keine Existenz im Moment geschaffen wird. Das ist unser politisches Credo als Freiheitliche. Ich glaube nicht, daß das eine böartige Unterstellung ist, die wir hier begehen, sondern sie will sehr hart und nüchtern auf die Tatsachen aufmerksam machen, um die es geht.

Wenn Sie als gelernter Fußballer, Herr Bundesminister, Interesse daran haben, am Ball zu bleiben, dann dürfen wir Sie auffordern und einladen, mit Ihrer Regierungsfraktion heute unseren Entschließungsantrag, den wir auch als gemeinsamen Entschließungsantrag verabschieden können und der ein Wohnbausofortprogramm vorsieht, mit zu übernehmen.

Wir würden damit erreichen, daß wir mittelfristig eine Arbeitsplatzsicherung machen.

Wir würden damit erreichen, daß der Wohnungsfehlbestand, der in den letzten Jahren angefallen ist, zu einem Gutteil und in einer ersten Phase korrigiert werden könnte.

Wir würden damit erreichen, daß wir die Wohnbauförderung in jener Form adaptieren könnten, die die Frau Staatssekretär Eypeltauer ja in manchen Zeitungsartikeln und — wie ich hier nachgelesen habe — auch in einem sehr umfänglichen Punktationsprogramm schon konzipiert hat. Es bedarf nur mehr der Umsetzung.

Wir würden hier die Möglichkeit haben, eine Maßnahme zu setzen, zu der sich auch die Banken verpflichten könnten, daß man eben die Mindestreservepflicht für zweckgebundene Kredite, die einen Investitionsstoß für die Bauwirtschaft vorsehen und für den Wohnbau ermöglichen, senkt.

Das ist eine Vorgangsweise, glaube ich,

über die man sich rasch verständigen könnte, wo es ein zweckgebundenes Kreditvolumen für die Bauwirtschaft gäbe und wo Sie als zuständige Ressortleiter im Bereich der Wohnbauförderung jene liquiden Mitteln hätten, um einen Nachholbedarf zu tätigen und vor allem eine Wohnbauförderung zu konzipieren, die sich in erster Linie auf die jungen Familien konzentriert. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen und bringe den Antrag der freiheitlichen Fraktion zu diesem Fragenkomplex ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Jörg Haider, Dr. Steger, Probst zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 (815/900 d. B.) Beratungsgruppe XIII, Bauten und Technik betreffend Vorlage eines Wohnbauprogramms.

Von der derzeitigen unbefriedigenden konjunkturellen Lage ist im besonderen die Bauwirtschaft schwer betroffen, was sich vor allem auch an der hohen Rate der Arbeitslosigkeit in dieser Branche zeigt. Es ist daher dringend erforderlich, wirksame Impulse für eine Belebung der Bauwirtschaft und damit auch für einen Abbau der Arbeitslosen zu setzen. Die Erstellung eines darauf ausgerichteten Wohnbauprogrammes könnte darüber hinaus auch wesentlich dazu beitragen, die Probleme auf dem Wohnungssektor zu beheben.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den

Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat bis Ende Jänner 1982 ein Wohnbauprogramm einschließlich der im Zusammenhang damit notwendigen Gesetzesvorschläge zuzuleiten.

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Ich glaube, wir haben als freiheitliche Fraktion hier einen Weg gewählt, der den Antrag in der Sache sehr eindeutig begründet hat. Ich darf noch einmal darauf verweisen, daß es alarmierend ist, wie der Anteil der Steuermittel aus dem Budget für die Arbeitsmarktpolitik unter dieser Bundesregierung abgenommen hat. Im Jahre 1974 haben Sie immerhin noch 13,4 Prozent an Steuermitteln aus dem Budget für die Arbeitsmarktförderung und für die Arbeitsmarktpolitik eingesetzt. Im Jahr 1982 haben Sie nur mehr 4,45 Prozent übrig. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

10094

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Dr. Jörg Haider

Meine Damen und Herren! Das ist nicht etwas, was man einfach wegschieben soll. Wir glauben Ihnen, daß Sie die Arbeitsplätze sichern wollen. Wir glauben auch, daß es Ihnen ein dringendes Anliegen ist; ebenso dringend wie uns Freiheitlichen. Was wir aber jetzt von Ihnen erwarten, ist, daß dieser Dialog zwischen Schwerhörigen endlich aufhört; ein Dialog, wo jede politische Gruppe Impulse, Vorschläge und Ideen in die Diskussion einbringt, wo es ein hohes Maß an Übereinstimmung gibt und wo es auch Erklärungen aus der eigenen Fraktion gibt, wie dringlich die Situation ist, um noch einmal auf Kollegen Hesoun und seine interessanten Ausführungen Bezug zu nehmen. Trotzdem sollte es uns nicht gelingen, im Rahmen einer Budgetdebatte die gemeinsame Notwendigkeit für eine solche Entschließung des Nationalrates klarzumachen?

Ich darf Sie bitten, Herr Bundesminister, als Zeichen Ihrer Bereitschaft, hier wirklich zu handeln, als Zeichen der Regierungsfraktion, daß wir nicht stundenlang zum Fenster hinausreden, sondern den Menschen ein Signal geben wollen: Wir sind uns der Situation in der Bauwirtschaft und wir sind uns der Situation auf dem Wohnungsmarkt bewußt!, unseren Antrag zu unterstützen, aus dem durchaus auch ein gemeinsamer Antrag werden könnte. Wir erwarten uns, daß mit diesem Antrag jener Weg beschritten wird, den Tausende und Abertausende heute beschäftigungslose Menschen in Österreich von uns erhoffen, nämlich Impulse für eine wirtschaftliche Belebung eines der wichtigsten Zweige unserer Wirtschaft zu setzen. *(Beifall bei der FPÖ.)* 21.02

Präsident: Der eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Behandlung.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Heinzinger gemeldet.

21.03

Abgeordneter Heinzinger (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hesoun hat einen breiten Teil seiner unterschiedlich zu beurteilenden Aussagen mir gewidmet und darin mindestens dreimal eklatante Unwahrheiten gesagt. Ich möchte diese eklatanten Unwahrheiten berichtigen.

Hesoun hat zunächst behauptet, ich hätte Präsident Benya mit Drogentoten, mit Selbstmordraten, mit vielen sozialen Randerscheinungen in Österreich in Zusammenhang gebracht und eine Quasi-Verantwortung daraus konstruiert. Das ist unwahr, und ich ver-

biete mir den Geist, der hinter einer solch infamen Unterstellung steht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe erklärt, daß die Grünen insgesamt Erkrankungen unserer Gesellschaft signalisieren und daß sie verantwortungsvoll handeln, während der Präsident des Gewerkschaftsbundes in einem anderen Zusammenhang meinte, sie würden nicht verantwortlich handeln.

Sie haben zum zweiten behauptet, ich hätte unkorrekt zitiert. Das ist unwahr. Ich habe mich überzeugt: Im Protokoll finden sich alle Zitate wörtlich wieder, so wie sie in den Quellen stehen.

Dann, Herr Abgeordneter Hesoun, haben Sie ein sehr trauriges Stück politischer Brunnenvergiftung probiert, indem Sie erklärt haben, ich hätte Ihnen quasi vertraulich erzählt, ich wäre nur so etwas wie ein Stellvertreter meiner lieben Kollegin Marga Hubinek. Zunächst bin ich stolz darauf, wo immer ich kann, die Kollegin Hubinek zu vertreten. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek. — Beifall bei der ÖVP.)* Sie meinten, daher würde ich quasi meine Aufgabe dort nicht ernst nehmen. Jeder, der im Kamptal bei dieser Auseinandersetzung dabei war, weiß, in welcher Form ich, um die Wünsche der Kollegin Hubinek zu erfüllen, für die Interessen des Kamptales eingetreten bin. Herr Kollege Hesoun! Es ist unwahr, es ist von Ihnen frei erfunden, daß ich mit Ihnen irgendein Gespräch des Inhaltes geführt habe, wie sie es hier behauptet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 21.06

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Staatssekretärin Dr. Beatrix Eypeltauer.

21.06

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix Eypeltauer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verkenne beileibe nicht die Probleme und Schwierigkeiten im Wohnbau. Wenn ich sage, daß es keine spezifisch österreichischen Probleme sind, sondern mit diesen Dingen auch alle anderen Länder konfrontiert sind, so werden Sie mir entgegenhalten, das interessiere Sie nicht. Es ist aber eine Tatsache. Das macht die Situation für uns um nichts leichter, trägt aber vielleicht zum Verständnis bei.

Dennoch halte ich dramatische Töne im Wohnbau für verfehlt, und zwar aus folgendem Grund: Wir sind in Österreich in einer vergleichsweise glücklichen Situation durch die Tatsache, daß uns hier zweckgebundene

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer

Einnahmen, die sich von Jahr zu Jahr beträchtlich erhöhen, zur Verfügung stehen. Wenn wir die Mittel des heurigen Jahres mit denen des nächsten Jahres vergleichen, so können wir wieder eine erfreuliche Steigerung dieser Förderungsmittel an sich feststellen. Das ist auch nicht überall selbstverständlich.

Wir haben immerhin eine gesicherte Grundlage, meine Damen und Herren, und darüber hinaus ist das Ergebnis des Jahres 1980 in keiner Weise alarmierend oder erschreckend. Wenn wir in diesem Jahr 1980 — jetzt abgesehen von der reinen Wohnbauförderung — immerhin 45 261 Baubewilligungen zu verzeichnen haben, so ist das mehr als im Jahr 1978 und beträchtlich mehr als im Jahr 1979. Das ist also kein schlechtes Ergebnis.

Auf die Meldungen des Jahres 1980, von denen heute schon die Rede war, mit ungefähr 78 000 fertiggestellten Wohnungen, will ich mich nur insofern beziehen, als ich sage, daß sich durch zum Teil verspätete Meldungen die Ergebnisse der vergangenen Jahre wesentlich verbessert haben. Wenn wir den Schnitt des letzten Jahrzehnts hernehmen, liegen wir durchaus im europäischen Mittelfeld. Aus Gründen, die in einer Umstellung der statistischen Erhebungen gelegen sind, ist es zu diesen verspäteten Meldungen gekommen. Oder vielleicht sollte ich besser sagen: Durch die Umstellung war es jetzt möglich, genauer und präziser alle Fertigstellungen zu erheben. Das dürfen wir auch nicht übersehen, denn, wie gesagt, dieses 1980 vorliegende Ergebnis wirft ein ganz anderes Licht auf die vergangenen Jahre.

Die Landesförderungen — um diese handelt es sich ja bei der Wohnbauförderung — sind im vergangenen Jahrzehnt sehr verschiedene Wege gegangen. Auf Grund eines einzigen Gesetzes haben sich die Förderungen — das wissen alle, die damit zu tun haben — beträchtlich auseinanderentwickelt. Wir stellen bei einigen Ländern fest, daß sie an sich weniger Geld ausgeben, als sie für die Wohnbauförderung zur Verfügung haben. Ich habe manchmal das Gefühl, daß sich angesichts der hohen Bankzinsen die Landesfinanzreferenten über die kassenstärkende Wirkung der Wohnbaugelder freuen. *(Abg. Dr. Keimel: In Wien!)* Die Länder haben in den Jahren 1968 bis 1980 106,5 Milliarden Schilling zur Verfügung bekommen und 103,3 Milliarden Schilling ausgegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin die letzte, die die Notwendigkeit neuer Gesetze erkennt, aber mit dem sogenannten

Paket der Österreichischen Volkspartei wäre wirklich nichts getan, wäre nichts Grundlegendes geändert. Das ist meine felsenfeste Überzeugung. Ich halte es nicht für ein Paket, sondern vielleicht für einen Luftpostbrief angesichts der großen und schwierigen Problematik, die wir haben, verbunden mit der Notwendigkeit einer Umstellung des gesamten Systems. Ich habe Ihre Vorschläge sehr genau studiert, und wir werden ja bald Gelegenheit haben, uns miteinander im Ausschuß oder sogar in einem Unterausschuß detailliert zu besprechen. Ich habe bis jetzt keinen Grund gefunden, warum bei Realisierung Ihrer Vorschläge eine einzige Wohnung billiger werden sollte, und auch nicht daraus ersehen, wie man eine einzige Wohnung mehr bauen könnte. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Vielleicht sollten Sie es noch einmal studieren!)* Ich glaube, Frau Dr. Hubinek, ich kann Ihnen das nachher in einem Zwiegespräch erklären. Ich möchte die Geduld der Damen und Herren Abgeordneten heute nicht auf eine zu große Probe stellen.

Meine Damen und Herren! Das Mietrechtsgesetz erscheint mir eine Voraussetzung gewesen zu sein für das Schnüren unseres neuen Wohnbaupaketes. Dieses Mietrechtsgesetz halte ich für ein taugliches Instrument zur Stadterneuerung, wir werden das in einigen Jahren ganz gewiß erkennen können. Hier zusätzliche Impulse zu geben, wie sie der Herr Abgeordnete Haider verlangt hat, halte auch ich für eine wichtige und dringend notwendige Angelegenheit.

Ich habe mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen, daß das Startwohnungsgesetz infolge von Terminschwierigkeiten nicht am 1. Jänner in Kraft treten kann. Ich muß dazusagen, daß wir damit etwa 100 Millionen Schilling im ersten Halbjahr 1982 nicht verbauen können und daß diese Impulse, die nichts Großartiges gewesen wären — aber man kann doch auch im kleinen helfen! —, erst in der zweiten Hälfte des Jahres erfolgen können, um auf der einen Seite Verbesserungen zu finanzieren und um auf der anderen Seite einer Anzahl von jungen Familien zu einer Wohnung zu verhelfen.

Was das neue Wohnbauförderungsgesetz anlangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Arbeiten daran sehr weit gediehen sind und daß wir uns sehr bald auch über dieses spezielle Gesetz werden unterhalten können. Aber, meine Damen und Herren, ich bin immer bemüht und bestrebt, hier das Einvernehmen mit den Ländern — denn es ist ja ihre Förderung, die Länder müssen sie ja vollziehen — rechtzeitig herzustellen. Wir haben

10096

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer

am 12. Juni zehn sehr umfangreiche Fragen an die Landesregierungen gerichtet. Acht Länder haben sie beantwortet. Wir konnten sie auswerten. Das Land Tirol — das muß ich leider sagen — hat bis heute keine Antwort auf diese Fragen gegeben. (*Abg. Dr. Keimel: Wir haben einen Gesetzentwurf seit Juli schon im Parlament, erarbeitet von allen Länderreferenten!*)

Herr Dr. Keimel! Ersparen Sie mir, daß ich Ihnen die einzelnen Bestimmungen Ihres Entwurfes sozusagen vorhalte oder vorlese, denn mit Ausnahme der Darlehensverkürzung, die ja sowieso etwa in der Steiermark schon vorgenommen wurde, ist nichts Essentielles drinnen. Auch bei Ihrem Eigentumsbildungsgesetz sind es hauptsächlich Wünsche an den Finanzminister. Aber das habe ich ohnedies hier schon einmal gesagt. Wir werden das weite Gebiet der Verbesserung im Lichte des kürzlich beschlossenen Mietrechtsgesetzes ganz neu fassen müssen. Wir müssen hier eine Verbindung herstellen, Herr Dr. Keimel, zu der Instandhaltungs- und Instandsetzungsproblematik. Das wieder ist mit der Stadterneuerung aufs engste verbunden.

Herr Dr. Haider! Stadterneuerung ist für mich nicht etwa die Dichtung der Fenster oder das Ausmalen von Stiegenhäusern. Sie wissen genau, daß ich damit all jene umfassenden Maßnahmen meine, die von der Lückenverbauung über den Abbruch von nicht erhaltungswürdigen Häusern und den Neubau von Häusern bis zur Sanierung derjenigen Häuser reichen, die erhaltungswürdig sind; darüber hinaus: die Entkernung von Höfen, Verkehrsberuhigung und dergleichen mehr.

Das sind Dinge, die der Bauwirtschaft starke Impulse geben, und daran ist uns selbstverständlich sehr gelegen. Das wollen wir mit diesen Maßnahmen erreichen. Gerade hier sind ja besonders viele Leute beschäftigt. Sie sind hier in einer höheren Anzahl beschäftigt als dort, wo man großflächig mit riesigen Maschinen bauen kann. Das habe ich mit meinen Ausführungen in dieser Zeitung auch gemeint. Es geht uns um die Beschäftigung möglichst vieler Menschen, und ich glaube, da gehen wir miteinander und sicherlich auch mit der Gewerkschaft konform. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*)

Ich habe von diesen konkreten Maßnahmen bisher nicht gesprochen, sondern ich habe immer von der Neuordnung der Gesetze gesprochen. Heute aber ist die Rede davon, daß wir sehr schnell — der Herr Abgeordnete Hesoun hat es ja schon angedeutet, und Zeitungen haben es ja auch schon berichtet —

konkrete Impulse für den Wohnbau geben werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wir alle haben gemeinsam die Folgen der internationalen Hochzinsphase zu tragen. Der Herr Finanzminister hat ja Verständnis für die Situation des Wohnbaus bewiesen, indem er die Bausparförderung verbessert hat. Ich wundere mich, daß von dieser positiven Maßnahme so gut wie gar nicht gesprochen worden ist. Hier werden Möglichkeiten eröffnet, und man spürt bereits wieder eine stärkere Bereitschaft zum Bausparen. Die Engpässe bei der Bausparförderung haben ja einen Teil der Probleme, unter denen wir leiden, mit sich gebracht.

Aber ich bin mir eben — und damit komme ich schon zum Schluß und wieder auf das Ursprüngliche zurück — des weiteren Verständnisses des in dieser Zeit ja viel geplagten und strapazierten Finanzministers gewiß. Ich bin mir gewiß, daß er für die Fragen des Wohnbaus an sich, also der Neuerrichtung von Wohnungen, und auch speziell für die Fragen der Stadterneuerung dieses Verständnis hat. Ich würde daher meinen, daß der Entschließungsantrag des Herrn Dr. Haider bereits überflüssig ist, denn wir werden mit konkreten Taten ganz bestimmt im ersten Monat des neuen Jahres beweisen, wie sehr es uns um diese Situation des österreichischen Wohnbaus geht und wie ernst es uns damit ist, auf diesem Gebiet Hilfe zu geben. (*Beifall bei der SPÖ.*) 21.19

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Tull.

21.19

Abgeordneter Dr. Tull (ohne Klubzugehörigkeit): Meine Damen und Herren! Die fulminanten Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hesoun haben, glaube ich, sehr überzeugend und eindrucksvoll bewiesen, wie wichtig es ist, mit einem Ammenmärchen aufzuräumen, nämlich mit jenem — und das ist ja eine obskure Behauptung —, daß die um den Umweltschutz besorgten Menschen eigentlich für die derzeitige Schwierigkeit, für die derzeitige Krise in der Bauwirtschaft verantwortlich gemacht werden müssen.

Es spricht von sehr wenig Sachkenntnis und von sehr viel politischer Kurzsichtigkeit, wenn man glaubt, nunmehr die Umweltschützer oder schlechthin jene, die man als Grüne bezeichnet, zu Prügelknaben der Bauwirtschaft machen zu können. Da hört man so Urlaute, wie — darüber ist heute schon gesprochen worden — man würde die Umweltschüt-

Dr. Tull

zer von Mann zu Mann stellen. Ich bin nur sehr neugierig, Herr Abgeordneter Hesoun, ob Sie bereit sind, das, was Sie hier angekündigt haben, in die Tat umzusetzen. Dann müßten Sie nämlich spätestens morgen in der Früh um ungefähr 8 Uhr beim Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Steyrer vorstellig werden, denn er hat sich ja vor einigen Tagen als ein sehr überzeugter Umweltschützer und fast Grüner hier vorgestellt. Als erstes müßten also Sie dann bereit sein, den Herrn Bundesminister Dr. Steyrer zu stellen.

Herr Abgeordneter Hesoun hat sich, wie ich einer Publikation der Straßengesellschaft entnommen habe, im Finanz- und Budgetausschuß im Zusammenhang mit dem Straßenbau dagegen ausgesprochen, daß man nunmehr seitens der Umweltschützer und der Grünen gegen die Verbetonierung in Österreich vehement auftrete.

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur für Umweltschützer und Grüne, sondern es müßte eigentlich für alle Österreicherinnen und Österreicher ein nicht zu übersehendes Alarmsignal sein, wenn offiziell festgestellt wird, daß täglich 35 Hektar besten Bodens durch die Bautätigkeit verlorengeht. Nichts, meine Damen und Herren, gegen eine vernünftige Bebauung, und niemand von uns ist daran interessiert, daß die Bauwirtschaft und damit die Bauarbeiter in Schwierigkeiten kommen sollen. Aber es ist doch, glaube ich, hoch an der Zeit, daß man den Mut hat, einmal die Frage zu stellen, ob wir nicht auch im Straßenbau neue Überlegungen anzustellen und neue Akzente zu setzen bereit sind.

Wird es auf die Dauer wirklich so weitergehen, unentwegt Straßen neu zu bauen? Wie lange werden wir uns das noch leisten können, wenn man bedenkt, daß beispielsweise eine Autobahnauf- und -abfahrt, also eine Verkehrsspinne, ungefähr so viel Grund in Anspruch nimmt, wie die Altstadt von Salzburg aufweist oder verschiedene andere kleinere Städte Österreichs für sich in Anspruch nehmen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn man sich dazu bekennt, daß der Individualverkehr, der motorisierte Individualverkehr im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte durch den Massenverkehr ersetzt werden muß, dann wird man den Mut haben, auch im Straßenbau diesem Umstande Rechnung zu tragen, also mit der Neuplanung, mit dem Neubau von Straßen im Hinblick auf die gesamte Entwicklung etwas zurückhaltender zu sein, dafür aber entsprechende Prioritäten

bei den Erhaltungsarbeiten, bei den Ortsumfahrungen und so weiter zu setzen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, niemand ist in Österreich dagegen, auch nicht die Umweltschützer, daß neue Kraftwerksbauten geschaffen werden. Aber haben nicht jene Umweltschützer, Naturfreunde, die verschiedenen Organisationen und Einrichtungen, die im Zusammenhang mit dem Kampftalprojekt die Öffentlichkeit auf die außerordentlich großen Gefahren aufmerksam gemacht haben, die mit diesem Projekt verbunden waren, recht gehabt? Ist es wirklich so abwegig, wenn man dagegen Stellung genommen hat, daß eine 32 Meter hohe und einige Kilometer lange Staumauer errichtet und somit die Landschaft buchstäblich zerstört wird?

Ich glaube, meine Damen und Herren, ebenso ist es niemandes Interesse, weder der Umweltschützer noch anderer Österreicherinnen und Österreicher, daß nunmehr in der Bauwirtschaft da oder dort Schwierigkeiten entstehen und daß wir im Laufe dieses Winters einige Zehntausend gefeuerte Bauarbeiter haben.

Aber ich glaube, daß gerade die Umweltschützer in der Lage sind, verschiedene Alternativen aufzuzeigen.

Zum Beispiel, meine Damen und Herren, gerade was den Eisenbahnverkehr betrifft: Wäre es nicht möglich, hier zusätzliche Mittel zum Bau von Frachtenbahnhöfen, von Verschiebebahnhöfen, für den Ausbau des Nahverkehrs aufzuwenden? Das sind doch auch entsprechende Investitionen, arbeitssichernde Investitionen, die letzten Endes, glaube ich, auf lange Sicht gesehen dem entsprechen, was wir uns alle von einer modernen zukunftsorientierten Verkehrspolitik erwarten.

Oder, meine Damen und Herren, man soll doch nicht übersehen, daß nur 50 Prozent der österreichischen Bevölkerung in Wohnungen leben, die mit leistungsfähigen zentralen Wasserversorgungsanlagen ausgestattet sind, die mit einwandfreiem Wasser aus diesen zentralen Wasserversorgungsanlagen beliefert werden, daß nur 45 Prozent der Österreicher ihr Trinkwasser aus einwandfreien Trinkwasserschutzgebieten erhalten.

Könnte man nicht hier auch im Interesse der Bauwirtschaft entsprechende Prioritäten setzen? Es könnten hier sicherlich zwischen 80 und 100 Milliarden Schilling aufgewendet werden. Damit würde man der Bauwirtschaft Impulse verleihen und darüber hinaus natür-

10098

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Dr. Tull

lich auch für die Arbeitsplätze der Bauarbeiter vorsorgen.

Meine Damen und Herren! Es ließe sich hier noch so manches aufzeigen: Lärmschutzmaßnahmen, Luftverbesserungsmaßnahmen und so weiter. All das könnte man in Angriff nehmen, ohne auf die meines Erachtens wirklich obskure Idee zu kommen, die Verbetonierung Österreichs noch weiter im bisherigen Ausmaße fortzusetzen.

Aber auch im Wohnungsbau, meine Damen und Herren, wird es — so hoffe ich — sicherlich neue Möglichkeiten geben.

Man muß es begrüßen, wenn hier auch ökologische Gesichtspunkte entsprechend berücksichtigt werden, denn es ist, meine Damen und Herren — davon bin ich wirklich überzeugt —, kein Zeichen des Fortschrittes, wenn im Namen einer falsch verstandenen Sanierung ganze Stadtteile niedergerissen werden, die noch erhaltungswürdig wären.

Erst recht, meine Damen und Herren, ist es kein das Wohl des Menschen beachtender Fortschritt, die Menschen durch längst überflüssig werdende Bürobauten aus dem Stadtinneren zu vertreiben, wofür zum Ausgleich dann in der Nähe der großen Städte Erholungslandschaften zerstört und durch Betonwüsten eliminiert werden.

Ich glaube, es wird gut sein, wenn der Vortatz, der sich nunmehr abzuzeichnen beginnt, nämlich der Althausanierung einen wichtigeren Stellenwert einzuräumen, durchgesetzt wird. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß damit letzten Endes sowohl der Wirtschaftsförderung im allgemeinen als auch dem Schicksal, der Notwendigkeit der Bauarbeiter im besonderen Rechnung getragen werden wird. Denn die Maxime, glaube ich, sollte für uns alle doch heißen: Die natürlichen und sozialen Natur- und Lebensräume der Menschen müssen unter allen Umständen um jeden Preis erhalten und gesichert werden. 21.28

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Weinberger.

21.29

Abgeordneter Weinberger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Trotz fortgeschrittener Stunde, nach 12½ Stunden Diskussion hier im Hohen Haus, darf ich in gebotener Kürze einige Bemerkungen zum Kapitel Bauten und Technik machen.

Kollege Keimel aus Tirol hat also gemeint, daß die Mittel immer weniger werden. — Es

ist richtig, daß das reine Bauvolumen etwas geringer wurde. Aber durch den Bau von mehr Straßen gibt es natürlich mehr Instandhaltungen, und die kosten auch ihr Geld.

Wir haben also — ich möchte nur in aller Kürze einige Zahlen nennen — 1970 5,26 Milliarden Schilling zur Verfügung gehabt und haben das jetzt nach 12 Jahren verdreifacht auf 18,09 Milliarden Schilling.

Aber ich möchte heute zu einer Broschüre Stellung beziehen, meine Damen und Herren, die Ihnen in den letzten zwei oder drei Wochen zugegangen ist. Sie handelt von Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung. Anlässlich einer Enquete in Innsbruck wurden von Fachleuten die Probleme der heutigen Zeit aufgezeigt. Aus dieser Broschüre geht hervor, daß wir sehr stolz sein können auf das Straßennetz, auf unsere Straßen, die sicher sind, auf unsere Brücken, die gebaut worden sind, wir können stolz sein auf die Inntal Autobahn, auf die Tauern Autobahn, auf die Felbertauern Autobahn, auf die Brenner Autobahn (*Abg. Probst: Gastarbeiter-route!*) und zuletzt auf den Arlberg-Tunnel. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber auf die Begleiterscheinungen dieser Straßen hinweisen. Schlagzeilen in der Presse, nicht nur seit einer Woche, sondern seit Monaten und Jahren, lauten zum Beispiel: „Schlachtfeld Straße“, „Verkehrssicherheit ist nur ein Wort“, „Verkehrskanalisierung“, wenn man an die Lärmschutzbauten im Inntal denkt, „Nord-Süd- oder Süd-Nord-Korridor“ und so weiter.

Transitverkehr bringt nicht nur Umweltschäden, es kommt teilweise sogar zu gesundheitsbedenklichen Situationen. Ich glaube, auch die Tausenden Menschen, die jährlich ihr Leben lassen müssen, sollten uns zu denken geben. In einer Woche möchte ich nicht bei jenen Familien um den Christbaum geschart sein, wo es Verkehrstote gegeben hat. Daher möchte ich, wie ich schon sagte, in aller Kürze auf diese Problematik eingehen.

Es gab im Jahre 1980 1 800 Verkehrstote und eine Schadenshöhe neben dem tiefen Schmerz und Leid von über 20 Milliarden Schilling. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, sprechen Bände.

In einem Jahr gab es in den OECD-Ländern 143 000 Tote und 5,8 Millionen Verletzte.

Und etwas, was ich aufzeigen möchte, und das hat sicher mit der Verkehrserziehung zu tun: das Ableben junger Menschen. Junge Kraftfahrzeugbesitzer, Mopedfahrer bis zum

Weinberger

Alter von 24 Jahren, ein Teil von 16 Prozent der Gesamtbevölkerung, verschuldet beziehungsweise ist in 41 Prozent aller Unfälle mitbeteiligt.

Letzte Woche wurde hier im Hohen Haus anlässlich einer Fragestunde, aber auch beim Kapitel für Gesundheit und Umweltschutz über die Gurtenanlegepflicht debattiert.

Meine Damen und Herren! Solange wir, die drei Parteien, uns hier nicht einig werden, solange werden wir auch nicht verhindern können, daß viele Menschen ihr Leben lassen müssen, nur weil wir zu keiner Einigung gelangen. Ich glaube, es ist daher unsere Pflicht, gemeinsam dem Schlachtfeld Straße und dem Umweltbelasteter Straße unser besonderes Augenmerk zu schenken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir brauchen, meine Damen und Herren, eine erhöhte Verkehrssicherheit, wir brauchen einen verbesserten Umweltschutz. Einige meiner Vorredner haben schon darauf hingewiesen: Es ist, glaube ich, wichtig, nicht nur schöne breite Straßen zu bauen, auf die wir stolz sind, sondern auch daran zu denken, wenn diese Straßen gebaut werden, daß die Sicherheit im Vordergrund stehen und die Umweltbelastung hintangehalten werden sollte.

Verkehrsminister Lausecker hat vor längerer Zeit schon Vorstöße gemacht gerade im Bereich der Gurtenanlegepflicht. Es wurden 70 Stellen befragt über eine Gesetzesvorlage. Es sind nur ganz wenige Stellungnahmen zurückgekommen, und die, die zurückgekommen sind, haben praktisch fast keine Lösungen beinhaltet. *(Abg. Probst: Herr Kollege, das sollte uns trotzdem nicht hindern!)*

Man darf nur hoffen, Kollege Probst, daß sich weder die zuständigen Minister noch jene Stellen, die hier arbeiten, entmutigen lassen, sondern daß sie weiter diesen Problemen ihre Aufmerksamkeit schenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Etwas, was mich schon im Vorjahr berührt hat. Ich wurde damals zu später Stunde hier im Hohen Haus als Redner gestrichen, ich habe mir das aber aufbehalten.

In einem Wiener Tagblatt steht zu lesen, daß ein Polizeiexperte Alarm schlägt, und zwar meint er in seiner Aussage, daß viele Lkw lebensgefährlich seien. Bei 87 Prozent der überprüften Lkw wurden Beanstandungen festgestellt, bei 44 Prozent mußten die Kennzeichen abmontiert werden. Es sind viele Autos zu schnell unterwegs. Die Hupparade der häufigsten Mängel in aller Kürze: 40 Prozent der Lkw haben Reifenglatzen,

36 Prozent schlecht wirkende Hinterradbremsen, 35 Prozent Risse und Brüche im tragenden Rahmen, 25 Prozent schlecht wirkende Vorderradbremsen und 12 Prozent defekte Lenkungen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein skandalöser Zustand. Ich bin aber überzeugt, daß sich hier jetzt nach einem Jahr nicht viel geändert hat.

Es ist daher höchst an der Zeit, glaube ich, rigorose Maßnahmen zu setzen. Wir haben ja versprochen — ich glaube, alle drei Parteien im Hohen Hause bei ihren Wahlversprechen —, daß wir eine menschliche Umwelt erhalten und dafür zu sorgen haben, daß sich die Menschen in unserer Heimat wohlfühlen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte aber als Tiroler Abgeordneter hier doch sehr, sehr herzlich dem Bautenminister Sekanina danken und auch dem Vorgänger, Bautenminister Moser, die sich sehr wohl seit vielen Jahren um die Umwelt gekümmert haben, denn sonst wäre es nicht möglich, daß über eine halbe Milliarde Schilling für die Lärmbekämpfung zur Verfügung gestellt wurde. Uns Tirolern sagt man nach, daß wir lärmempfindlich sind. Wir sind vielleicht ein bißchen mehr lärmempfindlich durch die topographische Situation unserer Autobahn durch das Inntal. Bei uns wohnen sehr viele Leute an Hanglagen, und dort ist halt der Lärm lauter als im Flachland.

Das heißt also, Herr Bundesminister, daß in den letzten Jahren Umweltschutz gerade in diesem Bereich großgeschrieben wurde, und ich möchte Ihnen sehr herzlich dafür danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nur hoffen, daß solche Schlagzeilen in Zukunft weniger werden wie die in unserer „Tiroler Tageszeitung“. Die schreibt: „Schwertransit: 80 Prozent zu schnell.“

Etwas möchte ich jetzt abschließend noch sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es wurde schon gesagt: Wir wollen unser schönes Heimatland nicht zubetonieren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Tiroler werden ab und zu als zu lärmempfindlich hingestellt. Aber wo soll denn der Mensch, der aus der Stadt auf das Land hinauskommt, der vom Lärm weg will und zu uns nach Salzburg, Tirol oder Kärnten kommt, wie soll der es da aushalten, wenn wir mehr Lärm haben als in den Städten? Denn der Lärm wird erzeugt durch echt zu schnell fahrende und überladene Lkw.

Ich appelliere daher hier im Hohen Hause an alle Stellen, sei es jetzt im Bund oder im

10100

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Weinberger

Land — auch die Landespolitiker haben sich darum zu kümmern —, daß man einfach ein bißchen mehr dahinter ist, denn nur Lärmschutzwände aufzustellen, weil die undisziplinierten Gesetzesübertreter halt überhaupt kein Maß und Ziel mehr kennen, mit dem, glaube ich, können wir uns nicht abfinden.

Allein — als Zahl noch — 4 500 Schwerlastfahrzeuge durchfahren die Strecke Kufstein—Brenner, an einem einzigen Tag registriert an der Mautstelle Schönberg. 60 000 Pkw kommen dazu, sowie die sogenannten Raketen, die schweren Motorräder, die mit rund 170, 180 Stundenkilometern durch die Gegend fahren.

Herr Bundesminister Sekanina! Obwohl hier sehr vieles geschehen ist — es trifft auch die anderen Minister, den Innenminister, und ich habe mit ihm gesprochen —, müssen wir an alle die Bitte richten, daß sie dem ständig wachsenden Schwerstverkehrsproblem ein besonderes Augenmerk schenken, so wie wir alle das tun müssen, meine Damen und Herren. Ich würde Sie bitten, hier mitzutun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Wir freuen uns über den verhältnismäßig guten Zustand und über den Ausbau unseres Straßennetzes.

Wir brauchen auch den weiteren Ausbau, nicht nur für den Straßenverkehr, sondern auch für die Bauwirtschaft. Der Verkehr wird nicht weniger, sondern er wird noch zunehmen.

Aber denken wir auch daran, daß es trotz weiterer Verkehrserschließungen noch etwas sehr Wichtiges gibt, und zwar eine verkehrssichere, saubere und gesunde Umwelt zu erhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)* 21.41

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Vetter.

21.41

Abgeordneter Vetter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kittl hat versucht, durch das Aufzeigen der Probleme in Amerika und in verschiedenen europäischen Ländern die Schwierigkeiten in Österreich herabzumindern. So habe ich es zumindest verstanden, Herr Abgeordneter.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir im Hohen Haus, im Parlament, vertreten Menschen, die in Österreich leben, in Österreich arbeiten und in Österreich wohnen wollen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Kittl.)*

Herr Abgeordneter! Diese Argumentation kommt ja immer wieder bei Schwierigkeiten, daß Sie aufs Ausland ausweichen. Die Schwierigkeiten im Ausland stimmen ja, aber wir sind für die Menschen in Österreich da, deren Probleme haben wir und hat vor allem die Bundesregierung zu lösen. Da hätte ich mir von Ihnen konkretere Vorschläge erwartet, nicht das Aufzeigen der Probleme in Amerika. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Begrüßen möchte ich, Herr Abgeordneter Kittl, daß Sie festgestellt haben, daß Sie in unserer Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 einiges gefunden haben, von dem Sie meinen, daß ein Konsens gefunden werden kann. Nur hätten wir die große Bitte, daß man möglichst bald über die Gesamtmaterie verhandeln kann.

Die Frau Staatssekretär hat Baubewilligungen zitiert und mit großer Freude festgestellt, daß die Zahl der Baubewilligungen bei aller Problematik der statistischen Erhebungen im Jahre 1980 wieder ein bißchen angestiegen ist, nämlich auf 45 300.

Frau Staatssekretär, das stimmt. Aber im Jahre 1972 haben wir noch 67 366 gehabt, im Jahre 1973 60 052 nach dem Statistischen Zentralamt, also ein rapides Absinken der Baubewilligungen in Zeiten der sozialistischen Alleinregierung. Das haben Sie nicht gesagt, aber das ist die ganze Wahrheit, darum wiederhole ich das.

Noch ein Problem, Frau Staatssekretär: Laut Statistischem Zentralamt haben wir in Österreich mit einem Ansteigen der Bevölkerung zu rechnen. Das heißt, daß der Babyboom der sechziger Jahre sich gegenwärtig auswirkt. Das bedeutet, Frau Staatssekretär, wir brauchen nicht weniger Wohnungen, sondern wesentlich mehr Wohnungen, Wohnungen, die sich die Menschen in Österreich leisten können. Und davon sind wir noch meilenweit entfernt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es stimmt auch, wenn Sie aufgezeigt haben, daß die Förderungsmittel angestiegen sind. Ja, natürlich, Frau Staatssekretär, bei den steigenden Preisen steigen natürlich auch insgesamt die Förderungsmittel an. Aber dennoch sind es weniger und teurere Wohnungen geworden. Das ist die Realität, obwohl viele Länder zusätzliche Mittel in den Wohnbau hineinstecken.

Die Ziffer, die Sie genannt haben, Frau Staatssekretär, betrifft ausschließlich die Stadt Wien. Das ist auch eine Mitteilung des Herrn Stadtrates Hatzl. Fast alle Bundesländer müssen immer mehr Landesmittel zusätz-

Vetter

lich zuschießen, um nur annähernd die gleiche Wohnbauleistung erreichen zu können.

Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon mehrfach die Bedeutung des Kapitels Bauten dokumentiert, es wurde darauf hingewiesen, und es wurden die Auswirkungen und die Konsequenzen auf die gesamte Bauwirtschaft und damit auch auf die Vollbeschäftigung aufgezeigt.

Feststeht, daß es sich um einen Bereich handelt, in dem in den Zeiten der sozialistischen Alleinregierung die Schwierigkeiten immer größer geworden sind.

Herr Bundesminister! Sie selbst haben seit dem Jahre 1979 konkrete Konzepte für den Wohnbau versprochen. Ich habe aber heute auch nur wieder Ankündigungen hören müssen. Es wäre wirklich endlich an der Zeit, daß man mit Ankündigungen aufhört, daß man zu Konzepten kommt, daß man zu Gesprächen und zu Beschlüssen kommt, zu Beschlüssen, die zumindest die Chance in sich haben, jenes Ziel zu erreichen oder jenem Ziel näher zu kommen, von dem ich doch hoffe, daß wir es gemeinsam verfolgen, nämlich Wohnungen bauen oder fördern zu können, die sich die Menschen, vor allem die jungen Menschen in Österreich leisten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Man könnte mit den vielen Ankündigungen von Ihnen persönlich und mit Ankündigungen der Frau Staatssekretär mehrere Reden füllen. Ich kann mich darauf gar nicht einlassen. Nur eine: 22. Jänner 1981 im „Heute“, ein Bild des Bundeskanzlers und so weiter. Der Bautenminister „wird bis zum Sommer unabhängig von der Wirtschaftskommission ein neues Wohnbaukonzept vorlegen...“

Herr Bundesminister! Was konnten Sie heute aufzeigen? Nichts Konkretes, wieder nur Ankündigungen, Versprechungen, und das in einem Ressort, dem die Bundesregierung durch die Bestellung eines Staatssekretärs für den Bereich Wohnbau optisch, nur in der Optik, ganz besondere Bedeutung vor einigen Jahren zugemessen hat.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Wie lange können Sie sich oder wie lange wollen Sie sich noch die Erfolglosigkeit — zumindest bis zum heutigen Tag — dieser Frau Staatssekretär gefallen lassen? Sie haben die Verantwortung in der Regierung, Sie sind der Bautenminister. Das kann man nicht einfach abschieben. Sie sind nach der Verfassung auch für den Wohnbau als Minister verantwortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vor wenigen Tagen haben wir das Startwohnungsgesetz bekommen, Frau Staatssekretär. Ich kann das nicht als Erfolg anerkennen, weil ich meine, daß dieses Gesetz bei aller sachlichen Problematik, die es gibt, in dieser Legislaturperiode gar nicht mehr wirksam werden kann und Sie letztlich ein Versprechen nicht halten konnten.

Denn, Frau Staatssekretär, Sie haben 20 Monate gebraucht. Sie haben am 13. März 1980 die erste Enquete abgehalten. Ich habe mir damals schon erlaubt, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen. 20 Monate haben Sie benötigt, bis es zu einer Regierungsvorlage kommt. Frau Staatssekretär! Das kann man bei bestem Willen nicht mehr als Erfolg verkaufen. Das ist einfach unmöglich.

Wir sind die einzigen, die Konzepte erarbeitet haben, aber ich sage es noch einmal, Herr Bundesminister: Wir vertreten nicht die Meinung, daß wir den Stein der Weisen gefunden haben. Das wäre völlig unmöglich bei einer so schwierigen Materie. Aber feststeht, daß wir am 27. November 1980 in einem Entschließungsantrag aufgefordert haben, ein Wohnbaufinanzierungskonzept zu bringen. Sie haben damals gesagt: Das ist ja gar nicht notwendig, weil ich ohnehin in wenigen Monaten, also innerhalb dieser Frist, meine Vorlagen dem Parlament zuleiten werde.

Heute sind zwölf Monate oder noch mehr vergangen, und die Wohnungssuchenden müssen sich mit neuerlichen Versprechungen trösten, Herr Bundesminister. Glauben Sie nicht, daß diese Gangart einer — unter Anführungszeichen — „Pflanzerei“ gleichkommt? Nicht wir Abgeordnete, Herr Minister, fühlen uns „gepflanzt“, sondern ich meine jene, die sündteure Wohnungen kaufen müssen, oder gar jene, die sich nicht die sündteuren Wohnungen leisten können. Das werden immer mehr Menschen in Österreich, das ist der wahre Skandal, und das sind Ihre Versäumnisse in diesem Bereich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch wir haben es nicht leicht gehabt, Herr Bundesminister. Auch wir haben unsere Konzepte mit allen Bundesländervertretern in stundenlangen Diskussionen absprechen müssen, weil es eben Gegensätze zwischen Wien und Vorarlberg gibt. Aber wir haben unsere Konzepte vorgelegt, und das sind die einzigen bis zum heutigen Tage geblieben. Das ist die Realität, und das ist kein Erfolg der sozialistischen Bundesregierung.

Und wenn sich die Frau Staatssekretär im Budgetausschuß nur mit den Randproblemen des ÖVP-Antrages beschäftigt, dann möchte

10102

Nationalrat XV. GP — 99. Sitzung — 16. Dezember 1981

Vetter

ich auch klar sagen, daß das keine sachliche Gesprächsbasis ist.

Frau Staatssekretär, eine Frage an Sie. Sie haben in der September-Nummer dieses Jahres in der „Zukunft“ angedeutet, daß es innerhalb der SPÖ eine neue Wohnbaureformdiskussion geben wird. Ich glaube, daß es der Höhepunkt einer gewissen naiven Einstellung angesichts der immer drückender und offenkundiger werdenden Probleme in diesem Bereich ist, daß Sie erst im September 1981 eine Diskussion innerhalb der Regierungspartei ankündigen und im morgigen Interview des „Kurier“ feststellen, daß das Ergebnis dieser erst vor wenigen Wochen angekündigten Diskussion schon im Jänner der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll.

Frau Staatssekretär, ich möchte Sie wirklich fragen, wo Sie jetzt plötzlich die Eile und die Geschwindigkeit hernehmen. Zuerst geht es jahrelang nicht, und plötzlich sind sie in zwei bis drei Monaten fertig! Das kann ich einfach nicht glauben.

Das klingt auch in der Öffentlichkeit etwas unglaubwürdig. Ich halte mich da an das Wort, das man dem Herrn Bautenminister am 7. November 1981 in den Mund legte: „Die bisher von Staatssekretärin Beatrix Eypeltauer veröffentlichten Vorschläge würden von ihm jedenfalls ‚mit Vorsicht‘ betrachtet.“

Herr Bautenminister, nun zu Ihrer Äußerung betreffend Bundesstraßenbau Niederösterreich. Ich halte es mit den Versprechungen des Baugipfels für unvereinbar, wenn plötzlich ein Bundesland weniger Zuteilungen an Bundesmitteln bekommen soll. Sie haben in Ihrer Wortmeldung festgestellt, Niederösterreich bekommt 2,2 Milliarden in der ersten Tranche und dann 400 Millionen als Anteil für die ASAG.

Gerade bei diesen 400 Millionen, Herr Bundesminister, liegt ja der Hund begraben, wenn ich mich so ausdrücken darf. Die Frage, ob diese 400 Millionen bauwirksam werden können, ist leider mit nein zu beantworten. Denn Sie wissen genausogut wie ich, daß der Schwerpunkt der ASAG im Bauprogramm 1982 auf dem steirischen Gebiet liegt, und Sie wissen genausogut wie ich, daß durch die Planungsänderungen im Teil Niederösterreich natürlich Verzögerungen vorgekommen sind. Jetzt ganz ohne Polemik, so sachlich, wie Sie es immer betonen, Herr Bautenminister: Daher ist es einfach unglaubwürdig, daß diese 400 Millionen bauwirksam werden.

Ich möchte unter Hinweis auf Ihre Äußerungen West-Ost-Gefälle, Bundesstraßenbau, auf die Ergebnisse des Baugipfels an Sie den

Appell, den ersten Appell und, wenn Sie wollen, die höfliche Bitte richten, daß Sie mit dem Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich nochmals über dieses Problem sprechen, aber nicht am Telefon (*Zwischenruf des Bundesministers Sekanina*), wie ich es gehört habe und was Sie auch bestätigt haben, sondern in einem persönlichen Gespräch. Denn bei diesen 400 Millionen handelt es sich um bereits begonnene Baulose und bereits ausbezahlte Löhne und Gehälter, und es würde tatsächlich Gefahr bestehen, daß Baulose geschlossen werden müßten. Das wäre auch hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung eher eine Verstärkung im negativen Sinne. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Angesichts der großen Schwierigkeiten im Baubereich und auf Grund der Tatsache, daß in diesem vorliegenden Budget, das wir heute behandelt haben, kein konkreter Ansatz für Lösungsmöglichkeiten im Wohn-, aber auch im Straßenbaubereich zu finden ist, kann man einer verantwortungsbewußten Oppositionspartei nicht zumuten, daß sie dieser Vorlage zustimmt. (*Beifall bei der ÖVP.*) 21.52

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIII des Bundesvoranschlags 1982.

Diese umfaßt das Kapitel 64 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in 815 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über die bei der Verhandlung der Beratungsgruppe XIII des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsanträge sogleich vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher vorerst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Dr. Keimel und Genossen betreffend Vorlage eines Finanzierungskonzeptes für die Wohnbauförderung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen

Präsident

zu erheben. — Das ist die Minderheit.
Abgelehnt.

Wir kommen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kittl, Dr. Keimel, Probst und Genossen betreffend die Zusammenfassung der Rechnungsabschlußberichte des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 72.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Vorlage eines Wohnbauprogramms.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit.
Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 145/A und 146/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 1627/J bis 1633/J eingelangt.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, den 17. Dezember um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (815 und Zu 815 der Beilagen)

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie, und

Beratungsgruppe XI: Finanzen

sowie Text des Bundesfinanzgesetzes und aller Anlagen, soweit sie noch nicht in Verhandlung gestanden sind.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 56 Minuten